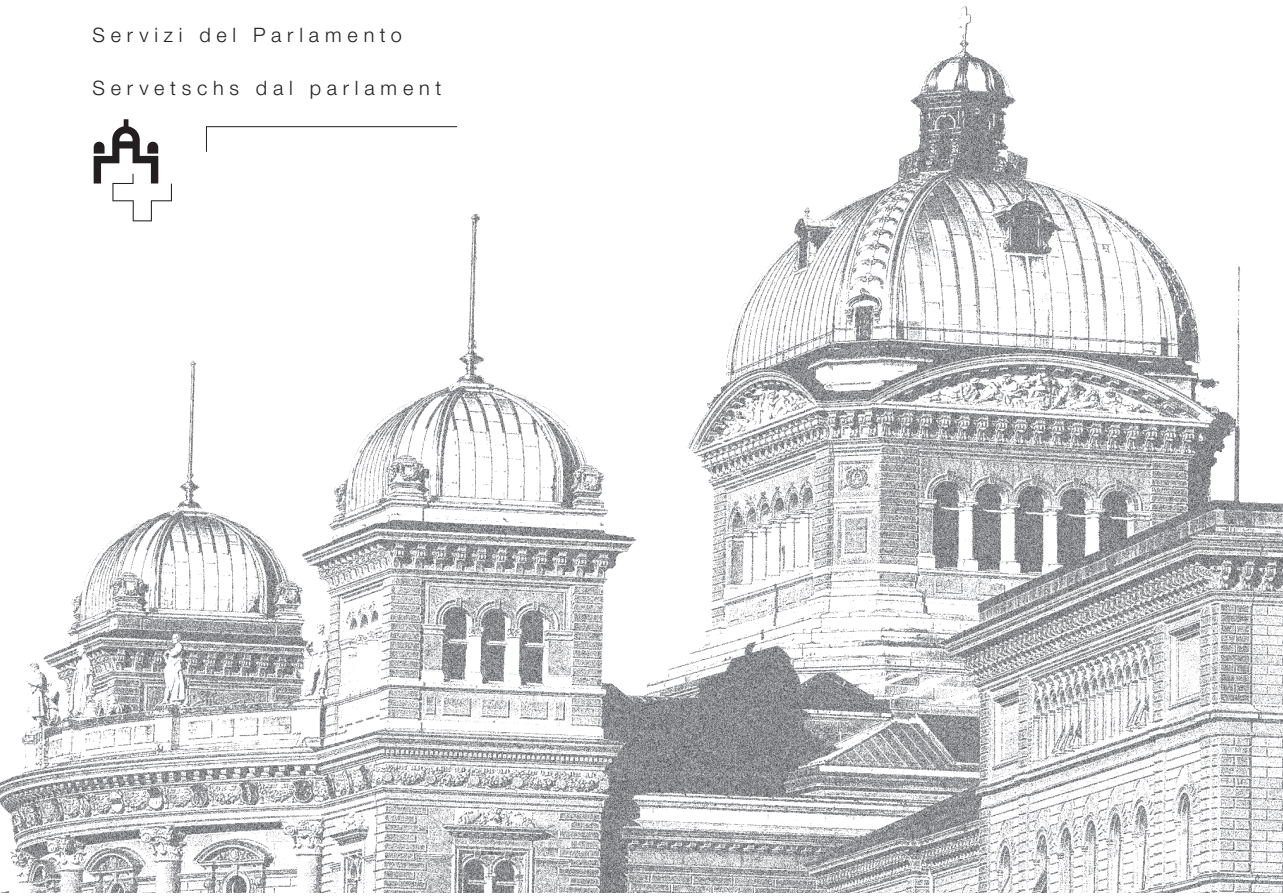


Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 25.09.2022

Votation populaire du 25.09.2022

Votazione popolare del 25.09.2022

21.024

Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts

Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt

Legge federale sull'imposta preventiva.
Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi

VH 21.024

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Parlamentsbibliothek

Bibliothèque du Parlement
CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Biblioteca del Parlamento

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni		I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen		II
Résumé des délibérations		VII
Riassunto delle deliberazioni		XII
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	28.09.2021	1
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	30.11.2021	33
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	02.12.2021	45
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	06.12.2021	59
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	07.12.2021	67
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	17.12.2021	69
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	17.12.2021	70
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale		71
6. Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts), Änderung vom 17. Dezember 2021		86
Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers), Modification du 17 décembre 2021		100
Legge federale sull'imposta preventiva (LIP) (Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi), Modifica del 17 dicembre 2021		114
7. Argumente		128
Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.		
Arguments		
Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.		
Argomenti		
I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.		

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

21.024 n Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts

Botschaft vom 14. April 2021 zu einer Änderung des Verrechnungssteuergesetzes (Stärkung des Fremdkapitalmarkts) ([BBI 2021 976](#))

NR/SR *Kommission für Wirtschaft und Abgaben*

1. Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts) ([BBI 2021 977](#))

28.09.2021 Nationalrat. Beschluss abweichend vom Entwurf

02.12.2021 Ständerat. Abweichung

06.12.2021 Nationalrat. Abweichung

07.12.2021 Ständerat. Zustimmung

17.12.2021 Nationalrat. Annahme in der Schlussabstimmung

17.12.2021 Ständerat. Annahme in der Schlussabstimmung

[Bundesblatt 2021 3002](#); Ablauf der Referendumsfrist 07.04.2022

21.024 n Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt

Message du 14 avril 2021 concernant une modification de la loi fédérale sur l'impôt anticipé (Renforcement du marché des capitaux de tiers) ([FF 2021 976](#))

CN/CE *Commission de l'économie et des redevances*

1. Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers) ([FF 2021 977](#))

28.09.2021 Conseil national. Décision modifiant le projet

02.12.2021 Conseil des Etats. Divergences

06.12.2021 Conseil national. Divergences

07.12.2021 Conseil des Etats. Adhésion

17.12.2021 Conseil national. Adoption (vote final)

17.12.2021 Conseil des Etats. Adoption (vote final)

[Feuille fédérale 2021 3002](#); Délai référendaire 07.04.2022

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

21.024 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts

Botschaft vom 14. April 2021 zu einer Änderung des Verrechnungssteuergesetzes (Stärkung des Fremdkapitalmarkts) ([BBI 2021 976](#))

Der Bundesrat will den Standort Schweiz für den Fremdkapitalmarkt und für Konzernfinanzierungsaktivitäten zugunsten der Real- und Finanzwirtschaft stärken. Dies wird erreicht, indem die Verrechnungssteuer auf Zinsen weitgehend abgeschafft wird. Zusätzlich werden Anpassungen bei der Umsatzabgabe vorgenommen.

Die Botschaft zum Geschäft wurde am 14. April 2021 vom Bundesrat mit dem Antrag auf Zustimmung an die eidgenössischen Räte überwiesen.

National- und Ständerat stimmten dieser Reform der Verrechnungssteuer in der Schlussabstimmung am 17. Dezember 2021 zu.

Ein überparteiliches linkes Komitee aus SP, Grünen und Gewerkschaften ergriff am 13. Januar 2022 das Referendum gegen die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen. Das Referendum ist am 27. April 2022 formell mit 59 954 gültigen Stimmen zustande gekommen und die Schweizer Stimmbevölkerung wird am 25. September 2022 darüber abstimmen.

Ausgangslage

Im Fremdkapitalmarkt führt das geltende Steuersystem zu unbefriedigenden Ergebnissen für den Wirtschaftsstandort und den Fiskus. Zinszahlungen auf inländischen Obligationen unterliegen einer Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Schweizer Obligationen sind deshalb für die meisten Anlegerinnen und Anleger unattraktiv, selbst wenn dieser Anspruch auf vollständige Rückerstattung der Steuer haben. Schweizer Konzerne weichen der Verrechnungssteuer aus, indem sie ihre Obligationen über eine ausländische Gesellschaft emittieren.

Des Weiteren belastet die Umsatzabgabe den Handel mit Obligationen. Gerade bei Obligationen mit kurzer Restlaufzeit stellt sie ein Hindernis dar und macht den Handel über Schweizer Effekthändler unattraktiv.

In den vergangenen Jahren wurden bereits mehrere Anläufe zu einer Reform der Verrechnungssteuer unternommen. Auch das Parlament (z. B. [17.494](#) pa. Iv. "Aufhebung der Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen und Geldmarktpapieren") sowie Expertinnen und Experten von Bund, Kantonen und Wirtschaft bekräftigten den Handlungsbedarf. Der Bundesrat hat daher vom 3. April bis zum 10. Juli 2020 eine Vernehmlassung zur Reform der Verrechnungssteuer durchgeführt. Er hat dem Ergebnis der Vernehmlassung Rechnung getragen, womit die Reform im Wesentlichen noch folgende Elemente beinhaltet:

- Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Mit dieser Vorlage soll die Verrechnungssteuer auf Zinserträgen weitgehend abgeschafft werden. Dies erleichtert es Unternehmen, ihre Obligationen aus der Schweiz zu emittieren. Davon könnten nicht nur inländische, sondern auch ausländische Konzerne Gebrauch machen. Es besteht zudem die Chance, dass konzerninterne Finanzierungsaktivitäten vermehrt in der Schweiz betrieben werden.

- Belebung des Wertschriften- und Vermögensverwaltungsgeschäfts: Als Begleitmassnahme zu den Reformelementen bei der Verrechnungssteuer wird die Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen aufgehoben. Damit wird es für Anlegerinnen und Anleger attraktiver, inländische Obligationen über einen inländischen Effekthändler zu handeln, da die Umsatzabgabe entfällt.

Bezüglich sämtlicher Komponenten der erwarteten finanziellen Auswirkungen dieser Reform bestehen Unsicherheiten (Abhängigkeit vom Zinsniveau, Auswirkungen der Covid-19-Krise, kritische Annahmen aufgrund mangelnder Daten, Verhaltensanpassungen). Die unter diesen Unsicherheiten geschätzten finanziellen Auswirkungen präsentieren sich wie folgt:

- Einmalige kurzfristige Effekte aufgrund der Zeitspanne zwischen Erhebung und Rückerstattung der Verrechnungssteuer: Diese belaufen sich auf etwas mehr als 1 Milliarde Franken. Der davon auf

den Bund entfallende Anteil (90 %) ist durch in der Vergangenheit gebildete Rückstellungen gedeckt und damit nicht budgetwirksam. Bei den Kantonen (10 %) hängt die Budgetwirksamkeit von etwaigen kantonalen Rückstellungen ab.

- **Wiederkehrende statische Effekte:** Diese belaufen sich beim aktuellen Zinsniveau auf 170 Millionen Franken bei der Verrechnungssteuer (90 % Bund, 10 % Kantone). Steigt das Zinsniveau, so steigen auch die Mindereinnahmen. Bei der Umsatzabgabe belaufen sich die Mindereinnahmen auf 25 Millionen Franken (100 % Bund).

- **Längerfristige dynamische Effekte:** Die Reform weist ein attraktives Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Für den Bund, bei dem nahezu sämtliche wiederkehrenden statischen Mindereinnahmen anfallen, könnte die Reform nach etwa fünf Jahren zum Ausgleich dieser Mindereinnahmen führen. Für die Kantone und Gemeinden, bei denen die wiederkehrenden statischen Mindereinnahmen sehr viel geringer ausfallen, dürften die Wertschöpfungs- und Beschäftigungsimpulse bereits innerhalb kürzerer Frist zu Mehreinnahmen führen.

Generell wird die Verrechnungssteuer für inländische Anlegerinnen und Anleger nicht unmittelbar zwecks Generierung von Staatseinnahmen erhoben, sondern um die auf diesen Vermögenswerten anfallenden Einkommens- und Vermögenssteuern zu sichern. Die Vorlage führt nun zu einer Schwächung des Sicherungszwecks im Inland, da inländische Obligationenzinsen nicht mehr der Verrechnungssteuer unterliegen, obwohl sie einkommens- und vermögenssteuerpflichtig sind. Diese Schwächung gilt es jedoch zu relativieren, da bereits im heutigen System nur bestimmte Zinserträge besichert sind.

Verhandlungen

Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts) ([BBl 2021 977](#))

28.09.2021	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf
02.12.2021	SR	Abweichung
06.12.2021	NR	Abweichung
07.12.2021	SR	Zustimmung
17.12.2021	NR	Annahme in der Schlussabstimmung
17.12.2021	SR	Annahme in der Schlussabstimmung

Bundesblatt [2021 3002](#); Ablauf der Referendumsfrist: 07.04.2022

In der Herbstsession 2021 befasste sich der **Nationalrat** zum ersten Mal mit der Vorlage zum Verrechnungssteuergesetz. Zuvor waren in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N), die für die Vorberatung der Vorlage zuständig war, in der Eintretensdebatte im August 2021 drei Minderheitsanträge eingereicht worden: ein Nichteintretensantrag (Minderheit Wermuth) und zwei Rückweisungsanträge (Minderheit Ryser und Minderheit Badran). Nationalratspräsident Andreas Aebi (V, BE) informierte den Rat aber zu Beginn der Sitzung vom 28. September, dass der Antrag der Minderheit Wermuth auf Nichteintreten zurückgezogen wurde.

Im Namen der Kommission sprachen sich Céline Amaudruz (V, GE) und Leo Müller (M-E, LU) in der Eintretensdebatte für Eintreten auf diese Vorlage und gegen die beiden Rückweisungsanträge (Minderheit Ryser und Minderheit Badran) aus. Die Schweiz habe im Moment einen relativ unterentwickelten Fremdkapitalmarkt, da auf den Zinszahlungen jeweils 35 Prozent Verrechnungssteuer abgeführt und deklariert werden müssen. Mit dieser geplanten Revision könne man aber den Fremdkapitalmarkt stärken und in der Schweiz neue Arbeitsplätze schaffen. Insgesamt habe diese Revision auch ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Die eingeplanten Mindereinnahmen der Reform könnten auf Bundesebene nach bereits etwa fünf Jahren kompensiert werden, da die Reform mittelfristig zu Mehreinnahmen führen sollte.

Franziska Ryser (G, SG) als Sprecherin der ersten Kommissionsminderheit, welche Rückweisung an den Bundesrat beantragte, warf dem Bundesrat vor, er habe bei der Revision der Verrechnungssteuer das Ziel aus den Augen verloren. Statt die Steuersicherung zu verbessern und den Bund vor ungerechtfertigten Steuerhinterziehungen zu schützen, wolle der Bundesrat auf Biegen und Brechen einen weiteren Steuerabbau für Unternehmen und ausländische Anlegerinnen und Anleger durchdrücken. Um diese Vorlage noch zu retten, brauche es einen Neustart. Sie beantragte deshalb Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, zur Stärkung des Sicherungszwecks für natürliche

inländische Personen die Verrechnungssteuerpflicht auf Zinsen, Renten und sonstigen Erträgen von in- wie ausländischen Emittenten im Direktbesitz beizubehalten respektive noch auszuweiten. Dafür soll ein vereinfachtes Zahlstellensystem vorgesehen werden, welches erlaubt, die steuerpflichtige Person von der Verrechnungssteuer zu befreien, sofern diese für ein Meldeverfahren optiert.

Jacqueline Badran (S, ZH) als Sprecherin der zweiten Kommissionsminderheit beantragte ebenfalls Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat. Die Verrechnungssteuer auf Obligationen solle zwar abgeschafft, aber durch eine neue obligatorische Meldepflicht ersetzt werden. Denn keine Meldepflicht bedeute nichts anderes als eine Rampe für Steuerhinterziehung; Steuerehrliche hätten nichts von dieser Vorlage.

Die Fraktionssprecher und -sprecherinnen der Mitte-, der FDP-Liberalen- und der SVP-Fraktion sprachen sich geschlossen für Eintreten auf die Vorlage und gegen die beiden Rückweisungsanträge aus dem linken Lager aus. Es handle sich um die zentrale Vorlage für den Steuer- und Unternehmensstandort Schweiz, sagte Daniela Schneeberger (RL, BL). Mit der Revision könnten ins Ausland abgewanderte Geschäfte wieder in die Schweiz zurückgeholt werden.

"Wir müssen nach der Corona-Krise alles beseitigen, was die Entwicklung des Finanzplatzes hemmt", hielt Thomas Matter (V, ZH) fest. Die Verrechnungssteuer und die Umsatzabgabe gehörten dazu. Diese wirkten sich heute hemmend auf den schweizerischen Fremdkapitalmarkt aus.

Auch die Grünliberale Fraktion unterstützte laut Fraktionssprecherin Kathrin Bertschy (GL, BE) grundsätzlich diese Vorlage. Ein Teil der Fraktion befürwortete aber auch den Antrag der Minderheit Badran auf Rückweisung und Einführung eines Meldeverfahrens.

Da der Nichteintretensantrag Wermuth bereits zu Beginn der Sitzung zurückgezogen wurde, wurde Eintreten auf die Vorlage ohne Abstimmung beschlossen.

Weil sich die beiden Anträge auf Rückweisung ausschlossen, wurden sie in der Abstimmung zuerst einander gegenübergestellt. Hier setzte sich die Minderheit Ryser mit 127 zu 52 Stimmen bei 8 Enthaltungen gegen die Minderheit Badran durch. In der zweiten Abstimmung behielten die bürgerlichen Fraktionen dann die Oberhand und lehnten den Rückweisungsantrag der Minderheit Ryser mit 120 zu 66 Stimmen ab.

Die Detailberatung wurde in zwei Blöcke aufgeteilt. In Block 1 ging es um Änderungen im Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer. Hier waren drei Mehrheits- bzw. Minderheitsanträge sowie ein Einzelantrag zu beurteilen. In Block 2 ging es um Änderungen anderer Erlasse (insbesondere um das Bundesgesetz über die Stempelabgaben). Hier diskutierte der Nationalrat über drei Mehrheits- bzw. Minderheitsanträge.

Insgesamt folgte der Nationalrat bei der Detailberatung den Anträgen der Kommissionsmehrheit der WAK-N und nahm verschiedene Änderungen gegenüber der Fassung des Bundesrats vor. So soll auch die Verrechnungssteuer auf den Zinsen von indirekt über einen Schweizer Anlagefonds gehaltenen Obligationen abgeschafft werden, sofern diese Zinserträge separat ausgewiesen werden. Was die Umsatzabgabe anbelangt, so beschloss der Nationalrat, diese nicht nur auf Schweizer Obligationen, sondern auch auf ausländischen Obligationen mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als zwölf Monaten abzuschaffen. So soll der Markt für diese Art von Wertschriften in die Schweiz verlegt werden.

Die Sozialdemokratische und die Grüne Fraktion kämpften gemeinsam mit dem Bundesrat erfolglos mit verschiedenen Minderheitsanträgen gegen die Ausweitung der Vorlage. Und die Grünliberale Fraktion scheiterte mit ihrem Einzelantrag, die Abschaffung der Verrechnungssteuer nur auf Zinsen von neu emittierten Obligationen zu beschränken.

In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die Vorlage mit 122 zu 68 Stimmen bei einer Enthaltung an. Für die Annahme der Vorlage stimmten die SVP-Fraktion, die FDP-Liberale Fraktion, die Mitte-Fraktion sowie die Grünliberale Fraktion. Gegen die Annahme der Vorlage stimmten die Sozialdemokratische und die Grüne Fraktion.

Gleichzeitig schrieb der Nationalrat vier ähnliche Vorlagen ab: Jeweils der Entwurf 2 der Geschäfte [09.503](#), [11.047](#) und [15.049](#) sowie das Geschäft [17.494](#).

In der Wintersession 2021 beschäftigte sich der **Ständerat** mit dieser Vorlage. In der Eintretensdebatte am 30. Oktober 2021 beantragte die vorberatende Kommission (WAK-S) ihrem Rat, auf die Vorlage einzutreten. Zwei Minderheitsanträge standen zur Diskussion: ein Nichteintretensantrag (Minderheit Rechsteiner) und ein Rückweisungsantrag an den Bundesrat mit dem Auftrag, zur Stärkung des Sicherungszwecks für natürliche inländische Personen ein vereinfachtes Zahlstellensystem einzuführen (Minderheit Herzog).

Mit der Reform soll gezielt der Fremdkapitalmarkt gestärkt werden, sagte Kommissionssprecher Erich Ettlín (M-E, OW) zu Beginn der Debatte. Denn die geltenden Regeln hätten Nachteile für den hiesigen Wirtschaftsstandort und den Schweizer Fiskus. Er gab zudem zu Protokoll, dass das Emissionsvolumen am Schweizer Fremdkapitalmarkt im Jahr 2016 nur noch 55,4 Milliarden Franken betrug und damit 44 Prozent unter dem Volumen des Jahres 2009 lag.

Anders sahen dies linke Ständerätinnen und Ständeräte. Die Verrechnungssteuer gehöre zu den ergebnissten Steuern des Bundes, sagte Paul Rechsteiner (S, SG) als Sprecher der Minderheit, die nicht auf die Vorlage eintreten wollte. Ausgerechnet diese "bewährte Steuer" solle jetzt weitgehend abgeschafft werden. Das sei eine "finanzpolitische Dummheit, erst recht mit Blick auf die anspruchsvollen Herausforderungen der Covid-Krise für den Staatshaushalt".

Auch Eva Herzog (S, BS) setzte sich dem Geschäft entgegen. Sie beantragte, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen, damit dieser eine neue Vorlage ausarbeite unter Einschluss eines Meldeverfahrens. Für Firmen und Privatpersonen mit Sitz in der Schweiz habe die Verrechnungssteuer lediglich einen Sicherungszweck: Es gehe also um Steuerehrlichkeit. Dass der Sicherungszweck der Verrechnungssteuer im vorliegenden Bereich aufgegeben werde und man sich damit unter dem Titel des Schutzes der Privatsphäre für die Interessen von Steuerunehrlichen einsetze, erstaune sie. Was mit dem automatischen Informationsaustausch mit dem Ausland Normalität geworden ist, sollte endlich auch im Inland eingeführt werden, dies zugunsten all derer, die jeden Franken ihres Einkommens und ihres Bankbüchleins normal versteuern.

Der Ständerat stimmte zuerst über den Nichteintretensantrag der Minderheit Rechsteiner ab und lehnte diesen mit 32 zu 13 Stimmen ab. Und auch der Rückweisungsantrag der Minderheit Herzog wurde danach mit identischem Stimmverhältnis abgelehnt.

Am 2. Dezember 2021 behandelte die kleine Kammer bei der Detailberatung den Erlassentwurf artikel- oder abschnittsweise. Die ursprüngliche Vorlage des Bundesrats sah vor, dass die Verrechnungssteuer auch auf Ersatzzahlungen - also Zahlungen, bei denen verrechnungssteuerpflichtige Erträge nachgebildet oder weitergeleitet werden - geregelt werden soll. Nach Ansicht des Nationalrates sollen nur Erträge aus Ersatzzahlungen, die von inländischen Anlegerinnen und Anlegern geleistet wurden, Gegenstand der Verrechnungssteuer sein. Der Ständerat wollte sich hier aber nicht auf diesen Personenkreis begrenzen, folgte dem Bundesrat und schuf damit eine Differenz zum Nationalrat.

Einig waren sich die Räte aber darin, dass die Erträge aus Obligationen und Serienschuldbriefen bei kollektiven Kapitalanlagen von der Verrechnungssteuer ausgenommen werden sollen. Der Ständerat war zudem mit der Änderung des Nationalrates einverstanden, dass alleine aufgrund von Formmängeln keine Verrechnungssteuerforderung erhoben wird. Der Entscheid fiel mit Stichentscheid des Ständeratspräsidenten Thomas Hefti (RL, GL).

Der Ständerat folgte schliesslich seiner vorberatenden Kommission und fügte neu eine Übergangsbestimmung ein, die dazu führt, dass noch laufende Anleihen nicht von der Verrechnungssteuer befreit werden. Dadurch reduziere sich der Steuerausfall, ohne dass das Hauptziel der Vorlage infrage gestellt werde, sagte Kommissionssprecher Erich Ettlín (M-E, OW).

In Block 2 zur Änderung anderer Erlasse schuf der Ständerat ebenfalls verschiedene kleinere Differenzen zum Nationalrat. Diese waren aber häufig vor allem textlicher, eher formaler Natur. So unterstützte der Ständerat knapp - mit 24 zu 20 Stimmen - im Grundsatz auch die vom Nationalrat zusätzlich in die Vorlage aufgenommene Aufhebung der Umsatzabgabe der Stempelsteuer bei der Vermittlung von Transaktionen im Konzernbereich. Er ergänzte jedoch, dass nicht nur die Vermittlung von Beteiligungen, sondern auch deren Kauf und Verkauf von der Umsatzabgabe befreit sein sollten. Der Ständerat verzichtete ausserdem auf eine zeitliche Rückwirkung.

Schliesslich folgte der Ständerat dem Bundesrat und lehnte die vom Nationalrat vorgesehene Beschränkung nach Artikel 77 des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes ab. Behörden wie die Eidgenössische Steuerverwaltung sollen folglich weiterhin Einsicht in das Transaktionsregister erhalten.

Die Mehrheit im Nationalrat hatte ursprünglich noch die Befürchtung geäussert, dass dadurch das Bankkundengeheimnis verletzt werden könnte, und hatte die Einsichtsmöglichkeit eingeschränkt.

In der Gesamtabstimmung nahm der Ständerat schliesslich die Vorlage mit 32 zu 12 Stimmen an. Für die Annahme der Vorlage stimmten die SVP-Fraktion, die FDP-Liberale Fraktion und die Mitte-Fraktion. Gegen die Annahme der Vorlage stimmten die Sozialdemokratische und die Grüne Fraktion.

Der **Nationalrat** beschäftigte sich am 6. Dezember 2021 wieder mit der Reform der Verrechnungssteuer. Kommissionssprecherin Céline Amaudruz (V, GE) und Kommissionssprecher Leo Müller (M-E, LU) fassten zusammen, dass noch fünf kleinere Differenzen gegenüber der Vorlage des Ständerates zu bereinigen sind. Die vorberatende Kommission (WAK-N) beantragte ihrem Rat bei den meisten Differenzen, der Version des Ständerates zu folgen und auch die beiden noch offenen Minderheiten Ryser (Obligationen mit Restlaufzeiten von unter zwölf Monaten sollen nicht von der Stempelabgabe ausgenommen werden) und Badran (die Stempelabgabe im konzerninternen Verhältnis soll nicht abgeschafft werden) abzulehnen.

Die beiden Sprecherinnen der zwei Minderheiten, Franziska Ryser (G, SG) und Jacqueline Badran (S, ZH), kritisierten noch einmal generell die "Schleifung" der Verrechnungssteuer ganz ohne Not. Es gehe doch einfach nicht an, dass die bürgerliche Mehrheit ständig "Bestellungen der Kapitaleigentümer durchwinkt". Die Revision sei schon längst aus dem Ruder gelaufen und mit Sachen ergänzt worden, die nichts mit dem ursprünglichen Ziel der Vorlage zu tun haben.

Der Nationalrat folgte schliesslich inhaltlich in allen fünf Differenzen der vorberatenden Kommission sowie der kleinen Kammer und lehnte somit auch die beiden Minderheitsanträge aus den Reihen der Grünen und der Sozialdemokratischen Fraktion ab. Einig waren sich die Räte darin, dass nur ab 2023 neu herausgegebene Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit werden, was zu einer Minderung der ursprünglich berechneten Steuerausfälle führen sollte. Zudem sollen Anteile von ausländischen Geldmarktfonds von der Stempelabgabe befreit werden. Offen blieb lediglich noch eine Präzisierung bezüglich des Inkrafttretens der Vorlage, falls es aufgrund eines Referendums gegen die Revision zu einer Volksabstimmung kommt. Der Nationalrat wollte, dass das Gesetz bei einer Annahme durch das Volk sicher auf Anfang 2023 in Kraft tritt. Der Ständerat wollte die Wahl des Termins dem Bundesrat überlassen.

Am Tag darauf behandelte der **Ständerat** die letzte Differenz zum Nationalrat. Dabei schloss sich der Ständerat oppositionslos der Haltung des Nationalrates an, wonach bei einem allfälligen Referendum und einer Annahme dieser Reform durch die Schweizer Stimmbevölkerung das Gesetz sicher ab Anfang 2023 gelten soll.

In der Schlussabstimmung nahmen der Nationalrat mit 125 zu 70 Stimmen und der Ständerat mit 31 zu 12 Stimmen den Erlassentwurf zur Reform der Verrechnungssteuer an. Für die Annahme der Vorlage stimmten die SVP-Fraktion, die FDP-Liberale Fraktion, die Mitte-Fraktion sowie die Grünliberale Fraktion (im Nationalrat). Gegen die Annahme der Vorlage stimmten die Sozialdemokratische und die Grüne Fraktion.

Ein überparteiliches Komitee aus SP Schweiz, Grüne Schweiz und Gewerkschaften lancierte am 13. Januar 2022 das Referendum gegen die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen. Es bemängelt insbesondere, dass die Abschaffung der Verrechnungssteuer ein Freipass zur Steuerkriminalität für Vermögende aus dem In- und Ausland auf Kosten der Allgemeinheit sei und dass dem Bund mit der Vorlage grosse Verluste entstehen würden.

Am 5. April 2022 hat das Referendumskomitee 66 478 Unterschriften gegen die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer vom 17. Dezember 2021 eingereicht. Die Überprüfung durch die Bundeskanzlei der 60 210 mit Stimmrechtsbescheinigung eingereichten Unterschriften hat ergeben, dass 59 954 davon gültig sind. Somit ist das Referendum formell zustande gekommen.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 18. Mai 2022 entschieden, diese Vorlage am 25. September 2022 zur Abstimmung zu bringen.

Quellen: Amtliches Bulletin / Botschaft vom 14. April 2021 zu einer Änderung des Verrechnungssteuergesetzes (Stärkung des Fremdkapitalmarkts) [BBI 2021 976](#) / Medienmitteilungen der Kommissionen / Keystone-SDA / Presseartikel

2. Résumé des délibérations

21.024 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt

Message du 14 avril 2021 concernant une modification de la loi fédérale sur l'impôt anticipé (Renforcement du marché des capitaux de tiers) ([FF 2021 976](#))

Le Conseil fédéral entend renforcer le site suisse en faveur de l'économie réelle et financière dans les domaines du marché des capitaux de tiers et des activités de financement de groupes. A cet effet, l'impôt anticipé prélevé sur les revenus d'intérêts sera en grande partie abrogé. Par ailleurs, le droit de timbre de négociation sera modifié sur certains points.

Le Conseil fédéral a transmis son message relatif à cet objet aux Chambres fédérales le 14 avril 2021 pour approbation.

Le Conseil national et le Conseil des Etats ont adopté cette réforme de l'impôt anticipé au vote final le 17 décembre 2021.

Un comité interpartis composé du PS, des VERT-E-S et des syndicats a lancé le 13 janvier 2022 un référendum contre l'abolition de l'impôt anticipé sur les intérêts des obligations suisses. Le 27 avril 2022, le référendum a formellement abouti, avec 59 954 signatures valables. Le peuple suisse se prononcera sur la question le 25 septembre 2022.

Contexte

Le système d'imposition en vigueur donne des résultats insatisfaisants en ce qui concerne le marché des capitaux de tiers, tant pour la place économique que pour le fisc. Les paiements d'intérêts sur les obligations suisses étant soumis à un impôt anticipé de 35 %, les obligations suisses ne sont guère attrayantes pour la plupart des investisseurs, même si ces derniers ont droit au remboursement intégral de l'impôt. Les groupes de sociétés suisses contournent d'ailleurs régulièrement l'impôt anticipé en émettant leurs obligations par l'entremise de sociétés étrangères.

Le droit de timbre de négociation constitue quant à lui une entrave au négoce d'obligations, en particulier au négoce d'obligations à courte durée résiduelle. Il ternit l'attrait du négoce d'obligations par des négociants suisses.

Ces dernières années, le Conseil fédéral a tenté plusieurs fois de réformer l'impôt anticipé. Le Parlement (Par ex. [17.494](#) Iv. pa. " Suppression de l'impôt anticipé sur les obligations et les papiers monétaires suisses ") ainsi que des experts et expertes de la Confédération, des cantons et des milieux économiques ont eux aussi souligné la nécessité d'agir. Le Conseil fédéral a mené une consultation sur la réforme de l'impôt anticipé du 3 avril au 10 juillet 2020, et a tenu compte des résultats de cette consultation. La réforme porte ainsi essentiellement sur les éléments suivants :

- Renforcement du marché des capitaux de tiers : le projet vise à supprimer en grande partie la retenue de l'impôt anticipé sur les revenus d'intérêts. Il sera ainsi plus facile pour les entreprises d'émettre leurs obligations à partir de la Suisse. Des groupes nationaux, mais aussi étrangers, pourraient en tirer parti. De plus, les activités de financement interne des groupes pourraient augmenter.

- Relance du commerce de titres et des activités de gestion de fortune : la réforme de l'impôt anticipé s'accompagnera de la suppression du droit de négociation sur les obligations suisses. Grâce à cette mesure, il sera plus intéressant pour les investisseurs de négocier des obligations suisses par l'intermédiaire d'un commerçant de titres suisse.

De nombreuses incertitudes pèsent sur les estimations des effets sur les recettes et ce, à tous les niveaux (dépendance du niveau des taux d'intérêt, conséquences de la crise liée au coronavirus, hypothèses sujettes à caution dues au manque de données, ajustements comportementaux). Compte tenu de ces incertitudes, on peut estimer les conséquences financières de la réforme comme suit :

- Effets uniques à court terme en raison du délai entre la perception et le remboursement de l'impôt anticipé : le manque à gagner s'élèvera à un peu plus d'un milliard de francs. Il sera supporté à raison de 90 % par la Confédération et couvert par des provisions constituées antérieurement. Il n'aura donc pas d'incidence budgétaire. Pour ce qui est des cantons (qui supporteront le manque à gagner à raison de 10 %), les conséquences budgétaires dépendront de leurs provisions.

- **Effets statiques récurrents** : avec le niveau actuel des taux d'intérêt, la diminution des recettes de l'impôt anticipé sera de l'ordre de 170 millions de francs (supportée à raison de 90 % par la Confédération et de 10 % par les cantons). Lorsque les taux d'intérêt s'élèvent, le manque à gagner se creuse. Dans le cas du droit de timbre de négociation, le manque à gagner sera d'environ 25 millions de francs (supporté à hauteur de 100 % par la Confédération).

- **Effets dynamiques à long terme** : la réforme présente un rapport coût/bénéfice intéressant. Pour la Confédération, qui supportera la quasi-totalité des diminutions statiques récurrentes des recettes, la réforme pourrait être autofinancée après cinq ans. En ce qui concerne les cantons et les communes, pour lesquels les diminutions statiques récurrentes des recettes seront nettement moins fortes, les recettes pourraient augmenter du fait que la réforme stimulera la création de valeur et l'emploi, et ce, déjà à court terme.

La perception de l'impôt anticipé auprès des investisseurs domiciliés en Suisse vise non pas directement à générer des recettes pour l'Etat, mais à garantir les impôts sur le revenu et sur la fortune touchant ces actifs. Le projet de réforme conduit à un affaiblissement de la fonction de garantie en Suisse, puisque l'impôt anticipé n'est plus prélevé sur les intérêts obligataires suisses alors que ces derniers restent soumis à l'impôt sur le revenu et sur la fortune. Il convient néanmoins de relativiser cet affaiblissement, car seuls certains revenus d'intérêts sont garantis dans le système actuel.

Délibérations

Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers) ([FF 2021 977](#))

28.09.2021	CN	Décision modifiant le projet
02.12.2021	CE	Divergences
06.12.2021	CN	Divergences
07.12.2021	CE	Adhésion
17.12.2021	CN	Adoption (vote final)
17.12.2021	CE	Adoption (vote final)

Feuille fédérale [2021 3002](#); délai référendaire: 07.04.2022

Le **Conseil national** s'est penché pour la première fois sur le projet au cours de la session d'automne 2021. Auparavant, au mois d'août 2021, trois propositions de minorité avaient été déposées lors du débat d'entrée en matière de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CERN), chargée de l'examen préalable : une proposition de non-entrée en matière (minorité Wermuth) et deux propositions de renvoi (minorité Ryser et minorité Badran). Au début de la séance du 28 septembre, le président du Conseil national, Andreas Aebi (V, BE), a informé le conseil du fait que la minorité Wermuth avait retiré sa proposition.

Lors du débat d'entrée en matière, Céline Amaudruz (V, GE) et Leo Müller (M-E, LU) se sont prononcés, au nom de la commission, en faveur de l'entrée en matière sur ce projet et contre les deux propositions de renvoi (minorité Ryser et minorité Badran). Ils ont avancé que le marché suisse des capitaux de tiers était relativement sous-développé, le versement des intérêts étant soumis à un impôt anticipé de 35 %, qui doit être déclaré. La révision envisagée permettra de renforcer le marché des capitaux de tiers et de créer de nouveaux emplois en Suisse. Dans l'ensemble, le projet de réforme présente un très bon rapport coût-utilité, ont ajouté Mme Amaudruz et M. Müller. Les diminutions de recettes escomptées pourraient être compensées au niveau fédéral après seulement cinq ans environ, étant donné que la réforme du système devrait entraîner à moyen terme une hausse des recettes fiscales.

Franziska Ryser (G, SG), porte-parole de la première minorité de la commission ayant demandé un renvoi au Conseil fédéral, a reproché à ce dernier d'avoir perdu de vue l'objectif principal de la réforme de l'impôt anticipé : au lieu de renforcer la garantie fiscale et de permettre à la Confédération de lutter contre les soustractions d'impôt, le Conseil fédéral a, selon elle, cherché à faire passer, envers et contre tout, une nouvelle réduction de l'imposition des entreprises et des investisseurs étrangers. Mme Ryser a estimé que le projet pouvait encore être sauvé si l'on reprenait tout à zéro. Par conséquent, elle a proposé de renvoyer le projet au Conseil fédéral en chargeant ce dernier de conserver ou d'élargir l'obligation d'acquiescer l'impôt anticipé sur les intérêts, les rentes et les autres rendements d'obligations étant en possession directe d'émetteurs suisses et étrangers, dans le but de renforcer la fonction de garantie pour les personnes physiques domiciliées en Suisse. Le Conseil fédéral devra, pour cela, prévoir un système de l'agent payeur simplifié qui permette d'exonérer de l'impôt anticipé la personne assujettie, dans la mesure où celle-ci opte pour une procédure de déclaration.

S'exprimant au nom de la deuxième minorité, Jacqueline Badran (S, ZH) a également proposé le renvoi du projet au Conseil fédéral, arguant que l'impôt anticipé sur les obligations devait certes être supprimé, mais qu'il convenait de le remplacer par une procédure de déclaration obligatoire. En effet, ne pas instaurer cette obligation reviendrait à laisser le champ libre à ceux qui commettent des soustractions d'impôt, et de fait, les honnêtes contribuables ne gagneraient rien à ce que cette réforme soit mise en oeuvre.

Les porte-parole des groupes du Centre, des libéraux-radicaux et de l'UDC ont en bloc défendu l'entrée en matière sur le projet et se sont prononcés contre les deux propositions de renvoi déposées par la gauche. Ce projet est en effet primordial pour la Suisse en tant que place fiscale et lieu d'implantation des entreprises, a souligné Daniela Schneeberger (RL, BL). La révision de la loi devrait permettre le rapatriement d'activités qui avaient été délocalisées à l'étranger.

Thomas Matter (V, ZH) a relevé qu'il était impératif, après la crise du coronavirus, de supprimer tous les obstacles qui freinent le développement de la place financière. L'impôt anticipé et le droit de timbre de négociation font partie de ces obstacles qui désavantagent le marché suisse des capitaux de tiers, selon M. Matter.

Le groupe vert/libéral a lui aussi soutenu le projet sur le principe, par la voix de Kathrin Bertschy (GL, BE). Certains membres du groupe penchaient toutefois en faveur de la proposition de renvoi et d'introduction d'une procédure de déclaration obligatoire déposée par la minorité Badran.

La proposition de non-entrée en matière (minorité Wermuth) ayant été retirée dès le début de la séance, l'entrée en matière a été décidée sans opposition.

Les deux propositions de renvoi (minorités Ryser et Badran) s'excluant, elles ont été opposées l'une à l'autre. C'est la proposition de minorité Ryser qui l'a emporté, par 127 voix contre 52 et 8 abstentions. Lors d'un second vote, les groupes bourgeois ont pris le dessus et ont rejeté la proposition de renvoi de la minorité Ryser, par 120 voix contre 66.

La discussion par article a été divisée en deux blocs : le bloc 1 portait sur les modifications de la loi sur l'impôt anticipé, qui a fait l'objet du dépôt de trois propositions de minorité ainsi que d'une proposition individuelle ; le bloc 2 couvrait quant à lui les modifications d'autres actes législatifs (notamment de la loi sur les droits de timbre), le Conseil national devant se pencher sur trois propositions émanant de minorités.

A l'issue de la discussion par article, le Conseil national a suivi les propositions de la majorité de la CER-N et adopté diverses modifications du projet du Conseil fédéral. Il a ainsi opté pour la suppression de l'impôt anticipé sur les intérêts des obligations détenues indirectement à travers un fonds de placement suisse, à condition que ces revenus soient comptabilisés séparément. Pour ce qui est du droit de timbre de négociation, le Conseil national a décidé de l'abolir non seulement pour les obligations suisses, mais également pour les obligations étrangères dont la durée résiduelle ne dépasse pas 12 mois, cette mesure devant permettre de rapatrier le marché de ce type de titres en Suisse.

Le groupe socialiste et le groupe des VERT-E-S se sont vainement opposés, avec le Conseil fédéral, à l'extension du champ d'application du projet, en déposant différentes propositions de minorité. En outre, le groupe vert/libéral a échoué à rallier une majorité sur sa proposition individuelle préconisant de limiter l'abolition de l'impôt anticipé aux intérêts des obligations nouvellement émises.

Au vote sur l'ensemble, le Conseil national a adopté le projet par 122 voix contre 68 et 1 abstention. Les groupes V, RL, M-E et GL ont voté en faveur du projet, alors que les groupes S et G s'y sont opposés. Dans le même temps, le Conseil national a classé quatre projets analogues, soit les projets 2 relatifs aux objets [09.503](#), [11.047](#) et [15.049](#), ainsi que le projet lié à l'objet [17.494](#).

Lors de la session d'hiver 2021, le **Conseil des Etats** a, à son tour, examiné le projet. La commission compétente (CER-E) avait proposé à son conseil d'entrer en matière le 30 octobre 2021. Deux propositions de minorité ont été discutées : une demande de non-entrée en matière (minorité Rechsteiner) et une proposition de renvoi au Conseil fédéral (minorité Herzog), qui chargeait ce dernier de prévoir un système de l'agent payeur simplifié afin de renforcer la fonction de garantie pour les personnes physiques domiciliées en Suisse.

La réforme doit permettre de renforcer le marché des capitaux de tiers de manière ciblée, a affirmé le rapporteur de la commission, Erich Ettlin (M-E, OW), à l'ouverture des débats, les règles actuelles ayant des effets pernicieux pour la place économique suisse et la fiscalité de notre pays. Il a ajouté, pour le

procès-verbal, que le volume d'émissions sur le marché suisse des capitaux de tiers n'était plus que de 55,4 milliards de francs en 2016, soit 44 % de moins que le niveau enregistré en 2009.

Les conseillers et conseillères aux Etats de gauche ne voyaient toutefois pas les choses du même oeil : Paul Rechsteiner (S, SG), porte-parole de la minorité préconisant la non-entrée en matière sur le projet, a ainsi souligné que l'impôt anticipé constituait l'un des impôts rapportant le plus à la Confédération. Abolir dans une large mesure cet impôt, qui a pourtant fait ses preuves, revenait, selon lui, à faire une grosse erreur du point de vue budgétaire, d'autant plus si l'on considère les défis à relever en matière de finances fédérales après la crise du coronavirus.

Eva Herzog (S, BS) s'est elle aussi opposée au projet, proposant de le renvoyer au Conseil fédéral afin que celui-ci le retravaille entièrement en y incluant une procédure de déclaration. Selon elle, l'impôt anticipé auquel sont soumises les entreprises et les personnes physiques domiciliées en Suisse a pour seul objectif de garantir le paiement de l'impôt : il s'agit donc ici d'honnêteté fiscale. Elle s'est par conséquent dite fort étonnée que cette fonction de garantie fiscale jouée par l'impôt anticipé soit abandonnée dans le domaine concerné et que l'on offre ainsi, sous couvert de protection de la sphère privée, une telle latitude aux contribuables qui tentent de se soustraire à l'impôt pour servir leurs intérêts. Mme Herzog a estimé que la pratique qui s'est instaurée durablement dans le cadre de l'échange automatique de renseignements avec l'étranger devait enfin être adoptée au niveau national pour profiter à tous ceux qui déclarent honnêtement chaque centime de leurs revenus et de leurs carnets d'épargne.

Le Conseil des Etats s'est d'abord exprimé sur la proposition de non-entrée en matière de la minorité Rechsteiner et l'a rejetée par 32 voix contre 13. Il en a fait de même pour la proposition de renvoi de la minorité Herzog.

Le 2 décembre 2021, la Chambre haute a entamé la discussion par article : elle a ainsi examiné le projet d'acte article par article ou section par section. Originellement, le projet présenté par le Conseil fédéral prévoyait également de régler dans la loi l'imposition anticipée des versements compensatoires - c'est-à-dire des versements permettant de reproduire ou de transférer des rendements soumis à l'impôt anticipé. Le Conseil national considérait que seuls les rendements des versements compensatoires effectués par des investisseurs domiciliés en Suisse devaient être soumis à l'impôt anticipé. Le Conseil des Etats ne voulait, quant à lui, pas se limiter à ce cercle de personnes ; il a donc suivi le Conseil fédéral, créant une divergence avec le Conseil national.

Les deux conseils se sont toutefois accordés sur la nécessité d'exonérer de l'impôt anticipé les revenus d'obligations et de cédules hypothécaires émises en série pour les placements collectifs de capitaux. Le Conseil des Etats était par ailleurs d'accord avec la modification du Conseil national prévoyant que les manquements formels ne justifient pas à eux seuls d'exiger une créance d'impôt anticipé. Il a pris une décision en ce sens grâce à la voix prépondérante de son président, Thomas Hefti (RL, GL).

La Chambre des cantons s'est ralliée à sa commission chargée de l'examen préalable en ajoutant une disposition transitoire visant à ce que les emprunts en cours ne soient pas exonérés de l'impôt anticipé. Les pertes fiscales s'en trouveraient réduites sans que l'objectif principal du projet soit remis en question, a souligné le rapporteur de la commission, Erich Ettlin (M-E, OW).

En ce qui concerne le bloc 2, portant sur la modification d'autres actes législatifs, le Conseil des Etats a créé quelques légères divergences par rapport au Conseil national, principalement de nature textuelle ou formelle. Par 24 voix contre 20, il a approuvé, sur le principe, la suppression du droit de timbre de négociation pour l'entremise dans les transactions des groupes d'entreprise, ajoutée au projet par le Conseil national. Il a néanmoins ajouté que c'était non seulement l'entremise dans l'achat et la vente de participations, mais aussi l'achat et la vente de participations qui devaient être exonérés du droit de négociation. Le Conseil des Etats a par ailleurs renoncé à une entrée en vigueur rétroactive.

Enfin, le Conseil des Etats a suivi le Conseil fédéral en rejetant la limitation prévue par le Conseil national à l'art. 77 de la loi sur l'infrastructure des marchés financiers : les autorités comme l'Administration fédérale des contributions doivent continuer à avoir accès au registre des transactions. La majorité du Conseil national avait initialement exprimé ses craintes quant à la possible violation du secret bancaire que cela pouvait représenter, et avait restreint les possibilités d'accès.

Au vote sur l'ensemble, le Conseil des Etats a adopté le projet par 32 voix contre 12. Les groupes V, RL et M-E ont voté en faveur du projet, alors que les groupes S et G s'y sont opposés.

Le 6 décembre 2021, le **Conseil national** s'est à nouveau penché sur la réforme de l'impôt anticipé. La rapporteuse et le rapporteur de la commission, Céline Amaudruz (V, GE) et Leo Müller (M-E, LU), ont résumé les cinq légères divergences, par rapport au projet du Conseil des Etats, qu'il était nécessaire d'éliminer. Pour la plupart des divergences, la commission chargée de l'examen préalable (CER-N) a proposé à son conseil de se rallier à la version adoptée par le Conseil des Etats et de rejeter les deux propositions encore pendantes, celle de la minorité Ryser (les obligations dont la durée résiduelle est inférieure à douze mois ne doivent pas être exonérées du droit de timbre) et celle de la minorité Badran (le droit de timbre dans les échanges entre entreprises ne doit pas être supprimé).

Les porte-parole des deux minorités, Franziska Ryser (G, SG) et Jacqueline Badran (S, ZH), ont à nouveau critiqué l'affaiblissement tout à fait superflu, à leurs yeux, de l'impôt anticipé : il n'est plus possible que la majorité bourgeoise se plie constamment aux commandes des détenteurs de capitaux. La révision s'est depuis longtemps éloignée de son objectif initial et des éléments sans rapport avec le projet d'origine sont venus s'y greffer.

Le Conseil national s'est finalement rallié, sur les cinq points de divergence, à la position de la commission chargée de l'examen préalable et du Conseil des Etats, et a donc rejeté les deux propositions de minorité émanant des rangs du groupe des VERT-E-S et du groupe socialiste. Pour les deux conseils, seules les nouvelles obligations émises à partir de 2023 doivent être exonérées de l'impôt anticipé, ce qui devrait mener à une diminution des pertes fiscales calculées initialement. Des parts de fonds du marché monétaire étrangers doivent par ailleurs être exonérées du droit du timbre. Il ne restait plus qu'à préciser l'entrée en vigueur du projet au cas où un référendum devait être lancé contre la révision et déboucher sur une votation populaire. Le Conseil national souhaitait qu'en cas d'acceptation par le peuple, la loi entre en vigueur début 2023. Le Conseil des Etats préférait laisser au Conseil fédéral le soin de fixer la date de l'entrée en vigueur.

Le lendemain, le **Conseil des Etats** a traité la dernière divergence. Sans opposition, il s'est rangé à la position de la Chambre basse : en cas de référendum et d'une acceptation de la réforme par le peuple suisse, la loi devrait entrer en vigueur début 2023.

Au vote final, le Conseil national et le Conseil des Etats ont adopté le projet d'acte concernant la réforme de l'impôt anticipé, respectivement par 125 voix contre 70 et par 31 voix contre 12. Les groupes V, RL, M-E et GL (au Conseil national) ont voté en faveur du projet, alors que les groupes S et G s'y sont opposés.

Un comité interpartis composé du PS Suisse, des VERT-E-S suisses et des syndicats a lancé le 13 janvier 2022 un référendum contre l'abolition de l'impôt anticipé sur les intérêts des obligations suisses. Il déplore que la suppression de l'impôt anticipé puisse favoriser la criminalité fiscale des personnes fortunées de Suisse et de l'étranger, aux frais de la collectivité, et que le projet entraîne des pertes importantes pour la Confédération.

Le 5 avril 2022, le comité référendaire a déposé 66 478 signatures contre la modification du 17 décembre 2021 de la loi fédérale sur l'impôt anticipé. Au terme de l'examen des 60 210 signatures munies d'une attestation de la qualité d'électeur, la Chancellerie fédérale a comptabilisé 59 954 signatures valables. Le référendum a donc formellement abouti.

Le 18 mai 2022, le Conseil fédéral a décidé que le peuple se prononcerait sur cet objet le 25 septembre 2022.

Sources : Bulletin officiel / Message du 14 avril 2021 concernant une modification de la loi fédérale sur l'impôt anticipé (renforcement du marché des capitaux de tiers), [FF 2021 976](#) / Communiqués de presse des commissions / Keystone-ATS / Articles de presse

2. Riassunto delle deliberazioni

21.024 **Legge federale sull'imposta preventiva. Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi**

Messaggio del 14 aprile 2021 concernente una modifica della legge federale sull'imposta preventiva (Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi) ([FF 2021 976](#))

Il Consiglio federale intende rafforzare la piazza svizzera per il mercato dei capitali di terzi e per le attività di finanziamento dei gruppi a favore dell'economia reale e finanziaria. Questo obiettivo si raggiunge abolendo in larga misura l'imposta preventiva sugli interessi oltre che apportando adeguamenti alla tassa di negoziazione.

Il 14 aprile 2021 il Consiglio federale ha trasmesso per approvazione il relativo messaggio alle Camere federali.

Nella votazione finale del 17 dicembre 2021, il Consiglio nazionale e il Consiglio degli Stati hanno approvato la riforma dell'imposta preventiva.

Il 13 gennaio 2022, un comitato composto da PS, Verdi e sindacati ha chiesto un referendum contro l'abolizione dell'imposta preventiva sugli interessi corrisposti sulle obbligazioni svizzere. Il referendum è formalmente riuscito il 27 aprile 2022 con 59 954 firme valide e dunque il 25 settembre 2022 il progetto sarà oggetto di una votazione popolare.

Contesto

Nel mercato dei capitali di terzi, i risultati generati dal sistema fiscale vigente sono insoddisfacenti sia per la piazza economica che per il fisco. Gli interessi corrisposti sulle obbligazioni svizzere sono soggetti a un'imposta preventiva del 35 per cento. Di conseguenza, per la maggior parte degli investitori le obbligazioni svizzere sono poco interessanti anche se prevedono per esse è previsto il diritto a un rimborso integrale dell'imposta. I gruppi svizzeri eludono l'imposta preventiva emettendo le proprie obbligazioni attraverso società estere.

Alla compravendita di obbligazioni è altresì applicata una tassa di negoziazione. Soprattutto nel caso di obbligazioni con una breve durata residua, essa rappresenta un ostacolo che rende poco allettante la compravendita tramite negoziatori di titoli domiciliati in Svizzera.

Negli ultimi anni sono stati fatti diversi tentativi di riforma dell'imposta preventiva. Anche il Parlamento (P. es. [17.494](#) Iv. Pa. Abolizione dell'imposta preventiva sulle obbligazioni e sui titoli del mercato monetario svizzeri) e gli esperti della Confederazione, dei Cantoni e del mondo economico hanno confermato la necessità di agire. Il Consiglio federale ha pertanto svolto una consultazione sulla riforma dell'imposta preventiva dal 3 aprile al 10 luglio 2020, e sulla base dei risultati ha proposto una riforma contenente i seguenti elementi:

- rafforzamento del mercato dei capitali di terzi: il progetto mira a eliminare in larga misura l'imposta preventiva sui redditi da interessi. In questo modo, diventa più facile per le imprese - non solo svizzere, bensì anche estere - emettere le proprie obbligazioni in Svizzera. Inoltre, vi è la possibilità che le attività di finanziamento interno ai gruppi siano condotte sempre di più nel nostro Paese;

- rivitalizzazione dell'attività legata all'amministrazione di titoli e patrimoni: come misura di accompagnamento agli elementi di riforma dell'imposta preventiva, sarà abolita la tassa di negoziazione sulle obbligazioni svizzere. In questo modo, per gli investitori risulterà più attrattivo negoziare obbligazioni svizzere attraverso negoziatori di titoli domiciliati in Svizzera.

Elementi di incertezza sussistono per quanto riguarda le attese ripercussioni finanziarie di questa riforma (dipendenza dal livello dei tassi di interesse, conseguenze della crisi dovuta alla pandemia di COVID-19, carenza di dati e conseguente difficoltà nel formulare ipotesi, cambiamenti nel comportamento). Le ripercussioni finanziarie stimate alla luce di questi elementi di incertezza si presentano come segue:

- effetti una tantum a breve termine dovuti all'intervallo di tempo che intercorre tra la riscossione e il rimborso dell'imposta preventiva: poco più di 1 miliardo di franchi. Di questo importo, la quota di competenza della Confederazione (90 %) è coperta da accantonamenti costituiti in passato e non ha

quindi alcuna incidenza sul preventivo. L'incidenza sul preventivo dei Cantoni (10 %) dipende da eventuali accantonamenti cantonali;

- **effetti statici ricorrenti:** considerato l'attuale livello dei tassi di interesse, nell'ambito dell'imposta preventiva queste minori entrate ammontano a 170 milioni di franchi (90 % Confederazione, 10 % Cantoni). Se il livello dei tassi di interesse aumenta, le entrate diminuiscono ulteriormente. Per quanto riguarda la tassa di negoziazione, le minori entrate ammontano a 25 milioni di franchi (100 % Confederazione);

- **effetti dinamici a lungo termine:** la riforma presenta un ottimo rapporto costi-benefici. Per la Confederazione, sulla quale ricadono quasi tutte le minori entrate ricorrenti stimate a livello statico, la riforma dovrebbe consentire di compensare questa diminuzione delle entrate dopo circa cinque anni. Per i Cantoni e i Comuni, sui quali le minori entrate ricorrenti stimate a livello statico ricadono in misura minore, gli impulsi che favoriranno la creazione di valore e di posti di lavoro dovrebbero generare maggiori entrate già a breve termine.

In genere, l'imposta preventiva non viene applicata agli investitori nazionali direttamente per generare entrate statali, ma per garantire che questi valori patrimoniali vengano riportati nelle relative dichiarazioni d'imposta. La proposta porta a un indebolimento della funzione di garanzia in Svizzera, poiché gli interessi corrisposti sulle obbligazioni nazionali non sottostanno più all'imposta preventiva, pur essendo assoggettati all'imposta sul reddito e sulla sostanza. Tuttavia, questo indebolimento deve essere messo in prospettiva, poiché già con il sistema attuale sono garantiti solo alcuni redditi da interessi.

Deliberazioni

Legge federale sull'imposta preventiva (LIP) (Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi) ([FF 2021 977](#))

28.09.2021	CN	Decisione in deroga al disegno (progetto)
02.12.2021	CS	Deroga
06.12.2021	CN	Deroga
07.12.2021	CS	Adesione
17.12.2021	CN	Adozione nella votazione finale
17.12.2021	CS	Adozione nella votazione finale

Foglio federale [2021 3002](#); termine di referendum: 07.04.2022

Nella sessione autunnale del 2021, il **Consiglio nazionale** si è occupato per la prima volta del disegno di legge sull'imposta preventiva. Nell'agosto 2021, la CET-N ha dibattuto l'entrata in materia ed ha esaminato tre proposte di minoranza: una di non entrata in materia (minoranza Wermuth) e due di rinvio del disegno (minoranza Ryser e minoranza Badran). Tuttavia il 28 settembre, primo giorno della sessione, il presidente del Consiglio nazionale Andreas Aebi (V, BE) ha comunicato alla Camera che la proposta di non entrata in materia della minoranza Wermuth era stata ritirata.

A nome della Commissione, Céline Amaudruz (V, GE) e Leo Müller (M-E, LU) sono intervenuti nell'ambito del dibattito di entrata in materia in favore del disegno di legge e contro le due proposte di rinvio (minoranza Ryser e minoranza Badran). In Svizzera il mercato dei capitali di terzi è relativamente poco sviluppato, poiché sugli interessi corrisposti deve essere pagata e dichiarata un'imposta preventiva del 35 per cento. Secondo la Commissione, la revisione prevista consentirebbe di rafforzare il mercato dei capitali di terzi e di creare nuovi posti di lavoro in Svizzera. Nel complesso, la revisione presenta anche un ottimo rapporto costi-benefici. Le minori entrate stimate della riforma potrebbero essere compensate dopo cinque anni circa, poiché le maggiori entrate dovrebbero registrarsi a già medio termine.

Franziska Ryser (G, SG), in veste di portavoce della prima minoranza della Commissione che aveva chiesto il rinvio al Consiglio federale, ha rimproverato al Collegio governativo di aver perso di vista l'obiettivo della revisione dell'imposta preventiva. Invece di migliorare la garanzia fiscale e di proteggere la Confederazione da elusioni fiscali ingiustificate, il Consiglio federale intende far passare ad ogni costo un'ulteriore smantellamento delle imposte per le imprese e gli investitori stranieri. Per salvare questo progetto di legge sarebbe pertanto necessario un nuovo inizio. Ha quindi chiesto il rinvio del disegno di legge al Consiglio federale con il mandato di mantenere o addirittura estendere l'obbligo di pagare l'imposta preventiva su interessi, rendite e altri redditi di emittenti nazionali ed esteri da averi detenuti direttamente, al fine di rafforzare la funzione di garanzia per le persone fisiche svizzere. La minoranza

propone pertanto di prevedere un sistema semplificato di agente pagatore che consenta al contribuente di essere esentato dall'imposta preventiva se opta per una procedura di notifica.

Anche Jacqueline Badran (S, ZH), in qualità di portavoce della seconda minoranza, ha chiesto il rinvio del progetto al Consiglio federale, proponendo di sostituire l'imposta preventiva sulle obbligazioni con una nuova procedura di notifica obbligatoria. Infatti l'assenza di una tale procedura equivale a una scappatoia per l'elusione fiscale; i contribuenti onesti non trarrebbero alcun vantaggio da questo progetto.

I portavoce dei Gruppi del Centro, liberale radicale e dell'Unione democratica di Centro si sono espressi all'unanimità a favore dell'entrata in materia e contro le due proposte di rinvio avanzate dalla sinistra. Daniela Schneeberger (RL, BL) ha affermato che si tratta di una proposta fondamentale per la Svizzera in qualità di piazza fiscale e imprenditoriale. Con la revisione sarebbe possibile riportare in Svizzera le imprese migrate all'estero.

Secondo Thomas Matter (V, ZH), superata la crisi dovuta al coronavirus, occorre eliminare tutto quanto ostacoli lo sviluppo della piazza finanziaria. Non da ultimo, l'imposta preventiva e la tassa di negoziazione che hanno un effetto inibitorio sul mercato svizzero dei capitali di terzi.

Kathrin Bertschy (GL, BE), portavoce del Gruppo verde liberale ha confermato il sostegno di principio a questa proposta. Tuttavia una parte del Gruppo ha appoggiato anche la proposta di rinvio della minoranza Badran e l'introduzione di una procedura di notifica.

Considerato che la proposta di non entrata in materia Wermuth era già stata ritirata all'inizio della sessione, la decisione di entrata in materia è stata presa senza votazione.

Poiché le due proposte di rinvio si escludevano a vicenda, sono state dapprima contrapposte nella votazione. La minoranza Ryser ha prevalso sulla minoranza Badran con 127 voti contro 52 e 8 astensioni. Nella seconda votazione, i gruppi dell'ala borghese hanno avuto la meglio e hanno respinto la proposta di rinvio della minoranza Ryser con 120 voti contro e 66.

La deliberazione di dettaglio è stata suddivisa in due blocchi. Il blocco 1 riguardava le modifiche alla legge federale sull'imposta preventiva e in questo caso bisognava valutare tre proposte di maggioranza e di minoranza e una proposta individuale. Il blocco 2 concerneva le modifiche agli altri atti normativi (in particolare la legge federale sulle tasse di bollo): in questo caso il Consiglio nazionale ha deliberato su tre proposte di maggioranza e di minoranza.

Nel complesso, il Consiglio nazionale ha seguito le proposte della maggioranza della CET-N e ha apportato diverse modifiche alla versione del Consiglio federale. Ad esempio, ha previsto l'abolizione dell'imposta preventiva sugli interessi delle obbligazioni detenute indirettamente tramite un fondo d'investimento svizzero, a condizione che tali interessi vengano dichiarati separatamente. Per quanto riguarda la tassa di negoziazione, il Consiglio nazionale ha deciso di abolirla non solo per le obbligazioni svizzere, ma anche per quelle estere con una durata residua non superiore a dodici mesi. L'obiettivo è trasferire in Svizzera il mercato di questo tipo di titoli.

Il Gruppo socialista, il Gruppo dei Verdi e il Consiglio federale si sono opposti senza successo contro l'ampliamento del progetto con diverse proposte di minoranza. Il Gruppo verde liberale ha inoltre fallito con la sua proposta individuale per limitare l'abolizione dell'imposta preventiva unicamente agli interessi sulle obbligazioni di nuova emissione.

Nella votazione sul complesso, il Consiglio nazionale ha adottato il progetto con 122 voti contro 68 e 1 astensione. I Gruppi dell'Unione democratica di Centro, liberale radicale, del Centro e verde liberale hanno votato a favore della legge. I Gruppi socialista e dei Verdi hanno votato contro.

Al contempo il Consiglio nazionale ha tolto dal ruolo quattro oggetti dal tenore simile: i disegni 2 degli oggetti [09.503](#), [11.047](#) e [15.049](#), e l'oggetto [17.494](#).

Nella sessione invernale 2021 il **Consiglio degli Stati** si è occupato a sua volta dell'oggetto. In occasione del dibattito di entrata in materia del 30 ottobre 2021, la CET-S ha proposto alla propria Camera di approvare il progetto. Sono state discusse due proposte di minoranza: una di non entrata in materia (minoranza Rechsteiner) e una di rinvio al Consiglio federale con il mandato di introdurre un sistema semplificato di agente pagatore che consenta al contribuente di essere esentato dall'imposta preventiva se opta per una procedura di notifica (minoranza Herzog).

La riforma mira specificamente a rafforzare il mercato dei capitali di terzi, ha dichiarato il relatore della Commissione Erich Ettl (M-E, OW) all'inizio del dibattito. Infatti le regole attuali comportano degli svantaggi per la piazza economica e il fisco in Svizzera. Ha anche ricordato che il volume di emissione sul mercato svizzero dei capitali di terzi nel 2016 è stato di 55,4 miliardi di franchi svizzeri e si tratta di un volume inferiore del 44 per cento rispetto a quello del 2009.

I consiglieri agli Stati dell'ala sinistra vedevano le cose in modo diverso. L'imposta preventiva è una delle imposte federali più redditizie, ha dichiarato Paul Rechsteiner (S, SG), parlando a nome della minoranza che non voleva entrare in materia. A suo avviso, abolire in larga misura un'imposta che si è dimostrata valida è un segno di stupidità politica finanziaria, soprattutto alla luce delle sfide impegnative che le finanze pubbliche devono affrontare a causa della crisi dovuta alla pandemia di COVID-19.

Anche Eva Herzog (S, BS) si è opposta al progetto. Ha chiesto di rinviarlo al Consiglio federale affinché ne elabori uno nuovo che preveda una procedura di notifica. La consigliera agli Stati ha ricordato che per le aziende e i privati domiciliati in Svizzera, l'imposta preventiva ha unicamente una funzione di garanzia: si tratta dunque di onestà fiscale. Si è dunque detta stupita del fatto che in questo settore si intenda abbandonare la funzione di garanzia dell'imposta preventiva e che a nome della protezione della sfera privata si vogliano tutelare gli interessi delle persone disoneste a livello fiscale. Ritene pertanto che ciò che è diventato la norma con lo scambio automatico di informazioni con l'estero dovrebbe finalmente essere introdotto anche a livello nazionale, a beneficio di tutti coloro che pagano normalmente le imposte su ogni franco del loro reddito e del loro conto bancario.

Il Consiglio degli Stati ha prima votato sulla proposta di non entrata in materia della minoranza Rechsteiner e l'ha respinta con 32 voti contro 13 e 0 astensioni. Anche la proposta di rinvio della minoranza Herzog è stata poi respinta con lo stesso identico rapporto di voti.

Il 2 dicembre 2022, nella deliberazione di dettaglio la Camera alta ha trattato il progetto articolo per articolo, rispettivamente sezione per sezione. Il progetto originario del Consiglio federale prevedeva che l'imposta preventiva fosse applicata anche ai pagamenti ossia ai pagamenti per redditi trasferiti soggetti all'imposta preventiva. Secondo il Consiglio nazionale, solo i redditi da pagamenti sostitutivi effettuati da una persona domiciliata in Svizzera avrebbero dovuto essere soggetti all'imposta preventiva. Il Consiglio degli Stati non ha voluto limitarsi ai domiciliati e ha seguito il Consiglio federale, creando così una divergenza rispetto al Consiglio nazionale.

Entrambi i Consigli hanno invece convenuto che nel caso di investimenti collettivi di capitale i redditi da obbligazioni e da cartelle ipotecarie emesse in serie devono essere esentati dall'imposta preventiva. Il Consiglio degli Stati ha inoltre appoggiato la modifica del Consiglio nazionale, secondo cui l'imposta preventiva non può essere riscossa solo sulla base di un vizio di forma. La decisione è stata presa con il voto decisivo del presidente del Consiglio degli Stati, Thomas Hefti (RL, GL).

Il Consiglio degli Stati ha infine seguito la sua Commissione e ha aggiunto una nuova disposizione transitoria affinché le obbligazioni ancora in circolazione non siano esentate dall'imposta preventiva. In questo modo si riduce la perdita di gettito senza mettere in discussione l'obiettivo principale del progetto, ha dichiarato il portavoce della Commissione Erich Ettl (M-E, OW).

Nel blocco 2, relativo alla modifica di altri atti normativi, il Consiglio degli Stati ha creato diverse piccole divergenze con il Consiglio nazionale, ma soprattutto di natura testuale e piuttosto formali. Con uno stretto margine di 24 voti contro 20, il Consiglio degli Stati ha sostenuto in linea di principio l'introduzione proposta dal Consiglio nazionale di abolire la tassa di negoziazione sulla mediazione di transazioni nel caso di gruppi societari. Tuttavia, ha aggiunto che non solo la mediazione di partecipazioni, bensì anche la compera e la vendita delle stesse devono essere esenti dalla tassa di negoziazione. Ha invece rinunciato a un effetto retroattivo.

Infine, il Consiglio degli Stati ha seguito il Consiglio federale e ha respinto la restrizione che il Consiglio nazionale aveva introdotto nell'articolo 77 della legge sull'infrastruttura finanziaria. Di conseguenza, autorità come l'Amministrazione federale delle contribuzioni continueranno ad avere accesso al registro delle transazioni. La maggioranza del Consiglio nazionale aveva inizialmente espresso il timore di una violazione del segreto bancario e aveva limitato le possibilità di accesso.

Nella votazione sul complesso, il Consiglio degli Stati ha infine adottato il progetto con 32 voti contro 12. I Gruppi dell'Unione democratica di Centro, liberale radicale e del Centro hanno votato a favore. I Gruppi socialista e dei Verdi hanno votato contro.

Il 6 dicembre 2021 il **Consiglio nazionale** si è occupato nuovamente della riforma dell'imposta preventiva. Come riassunto dai relatori della Commissione Céline Amaudruz (V, GE) e Leo Müller (M-E, LU) restavano ancora cinque divergenze minori da appianare rispetto al progetto del Consiglio degli Stati. La CET-N ha chiesto alla propria Camera di aderire alla versione del Consiglio degli Stati per la maggior parte delle divergenze e di respingere le due minoranze ancora pendenti ovvero la minoranza Ryser (che chiedeva di non esentare dalla tassa di bollo le obbligazioni con durata residua inferiore a dodici mesi) e la minoranza Badran (che chiedeva di non abolire la tassa di bollo nei rapporti interni al gruppo).

Le portavoce delle due minoranze, Franziska Ryser (G, SG) e Jacqueline Badran (S, ZH), hanno ancora una volta criticato in generale il ridimensionamento dell'imposta preventiva senza alcuna necessità, giudicando inaccettabile che la maggioranza borghese si ponga costantemente al servizio dei proprietari del capitale. A loro avviso la revisione è sfuggita di mano da tempo ed è stata integrata con elementi che non hanno nulla a che fare con l'obiettivo originario del progetto.

Il Consiglio nazionale ha infine dato seguito alle proposte della propria Commissione e della Camera alta concernenti le cinque divergenze, respingendo così anche le due proposte di minoranza provenienti dai Gruppi dei Verdi e socialista. Le Camere hanno concordato che solo a partire dal 2023 le obbligazioni di nuova emissione siano esentate dall'imposta preventiva, il che riduce il minor gettito calcolato in origine. Hanno inoltre deciso, che le quote dei fondi del mercato monetario estero siano esenti dalla tassa di bollo. L'unico punto in sospeso era l'entrata in vigore del progetto di legge in caso di referendum contro la revisione. Il Consiglio nazionale voleva che, se approvata dal Popolo, la legge entrasse in vigore all'inizio del 2023. Il Consiglio degli Stati voleva lasciare la scelta della data al Consiglio federale.

Il giorno successivo, il **Consiglio degli Stati** ha trattato l'ultima divergenza rispetto al Consiglio nazionale. Il Consiglio degli Stati ha aderito senza opposizioni alla posizione del Consiglio nazionale secondo cui, in caso di un eventuale referendum e dell'accettazione di questa riforma da parte dell'elettorato svizzero, la legge deve essere applicata dall'inizio del 2023.

Nella votazione finale, il Consiglio nazionale con 125 voti contro 70 e il Consiglio degli Stati con 31 voti contro 12 hanno approvato il progetto di riforma dell'imposta preventiva. I Gruppi dell'Unione democratica di Centro, liberale radicale, del Centro e verde liberale (nel Consiglio nazionale) hanno votato a favore della modifica di legge. I Gruppi socialista e dei Verdi hanno votato contro.

Il 13 gennaio 2022 un comitato formato dal PS Svizzera, i Verdi Svizzera e i sindacati ha chiesto il referendum contro l'abolizione dell'imposta preventiva sugli interessi corrisposti sulle obbligazioni svizzere. Le critiche del comitato riguardano in particolare il fatto che l'abolizione dell'imposta preventiva sarebbe un lasciapassare per la criminalità fiscale di ricchi svizzeri e stranieri a spese della collettività. L'abolizione comporterebbe anche gravi perdite per la Confederazione.

Il 5 aprile 2022 il comitato referendario ha depositato 66 478 firme contro la modifica del 17 dicembre 2021 della legge federale sull'imposta preventiva. Dalla verifica da parte della Cancelleria federale delle 60 210 firme inoltrate con le attestazioni del diritto di voto è risultato che 59 954 sono valide. Il referendum è dunque formalmente riuscito.

Nella sua seduta del 18 maggio 2022 il Consiglio federale ha deciso di mettere in votazione il progetto il 25 settembre 2022.

Fonti: Bollettino ufficiale / Messaggio del 14 aprile 2021 concernente una modifica della legge federale sull'imposta preventiva (Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi) [FF 2021 976](#) / Comunicati stampa delle Commissioni / Keystone-SDA / Articoli di stampa



21.024

**Verrechnungssteuergesetz.
Stärkung des Fremdkapitalmarkts**
**Loi sur l'impôt anticipé.
Renforcer le marché
des capitaux d'emprunt**
Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.11.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Mehrheit

Eintreten

Antrag der Minderheit

(Wermuth, Badran Jacqueline, Birrer-Heimo)

Nichteintreten

Antrag der Minderheit

(Ryser, Andrey, Badran Jacqueline, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wermuth)

Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat

mit dem Auftrag, zur Stärkung des Sicherungszwecks für natürliche inländische Personen die Verrechnungssteuerpflicht auf Zinsen, Renten und sonstigen Erträgen aus Obligationen, Serienschuldbriefen und Schuldbuchguthaben von in- wie ausländischen Emittenten im Direktbesitz beizubehalten respektive auszuweiten. Dafür soll ein vereinfachtes Zahlstellensystem vorgesehen werden, welches erlaubt, die steuerpflichtige Person von der Verrechnungssteuer zu befreien, sofern diese für ein Meldeverfahren optiert.

Antrag der Minderheit

(Badran Jacqueline, Andrey, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula, Wermuth)

Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat

mit dem Auftrag, die Verrechnungssteuer durch eine obligatorische Meldepflicht zu ersetzen.

Proposition de la majorité

Entrer en matière

Proposition de la minorité

(Wermuth, Badran Jacqueline, Birrer-Heimo)

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité

(Ryser, Andrey, Badran Jacqueline, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wermuth)

Renvoyer le projet au Conseil fédéral

avec mandat de conserver ou d'élargir l'obligation d'acquitter l'impôt anticipé sur les intérêts, les rentes et les





autres rendements d'obligations, de cédules hypothécaires émises en série et d'avoirs figurant au livre de la dette d'émetteurs suisses et étrangers et en possession directe, dans le but de renforcer la fonction de garantie pour les personnes physiques domiciliées en Suisse. Il doit, pour cela, prévoir un système de l'agent payeur simplifié qui permet d'exonérer de l'impôt anticipé la personne assujettie, dans la mesure où celle-ci opte pour une procédure de déclaration.

Proposition de la minorité

(Badran Jacqueline, Andrey, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula, Wermuth)
 Renvoyer le projet au Conseil fédéral
 avec mandat de remplacer l'impôt anticipé par une procédure de déclaration obligatoire.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Antrag der Minderheit Wermuth auf Nichteintreten ist zurückgezogen worden.

Amaudruz Céline (V, GE), pour la commission: Réunie le 17 mai, puis le 17 août 2021, la Commission de l'économie et des redevances a procédé à l'examen de la modification de la loi fédérale sur l'impôt anticipé. Le 17 mai, la commission a procédé dans un premier temps à une série d'auditions avec tous les milieux intéressés. Lors de cette séance, la commission en a profité pour adresser des demandes de clarification à l'administration. Le 17 août, la commission a procédé à l'étude à proprement parler de la loi, avec le débat d'entrée en matière, puis la discussion par article.

Je me permets de brièvement récapituler la chronologie du traitement de l'objet. Comme vous le savez, le Conseil fédéral a lancé une procédure de consultation. Dans ce cadre, 71 avis ont été donnés. Une large majorité des participants estime, comme le Conseil fédéral, qu'il y a une nécessité de réforme dans le domaine du marché des capitaux de tiers. Contrairement à ce qu'il proposait dans le projet mis en consultation, le Conseil fédéral renonce à renforcer la fonction de garantie de l'impôt anticipé. Dans le système actuel déjà, cette fonction ne couvre pas les intérêts de source étrangère. En ce qui concerne les intérêts suisses, cette décision entraîne certes un affaiblissement de la fonction de garantie, mais l'impôt anticipé ne remplit déjà plus pleinement sa fonction en raison du niveau actuel des taux.

C'est donc le 14 avril 2021 que le Conseil fédéral a adopté un message sur une réforme de l'impôt anticipé. Il entend ainsi renforcer la place économique suisse en faveur de l'économie réelle et financière dans les domaines du marché des capitaux de tiers et des activités de financement de groupes. A cet effet, l'impôt anticipé prélevé sur les revenus d'intérêts sera en grande partie abrogé. Par ailleurs, le droit de timbre de négociation sera modifié sur certains points. La commission a déjà traité le thème de la réforme de l'impôt à la source à plusieurs reprises depuis 2017, notamment dans le cadre d'une sous-commission qui a donné des "inputs" au Conseil fédéral.

L'objectif de cette réforme est de permettre à toutes les entreprises d'émettre leurs obligations et papiers monétaires en Suisse à des conditions compétitives. Cette réforme vise donc à supprimer la retenue de l'impôt anticipé sur les revenus d'intérêts de source suisse. Cette suppression ne concernera toutefois pas les intérêts sur des avoirs de clients versés à des personnes physiques suisses. On peut donc présumer que la réforme encouragera l'émission à partir de la Suisse d'obligations jusqu'alors émises à partir de l'étranger. Cette mesure permet également de renforcer le marché suisse des capitaux de tiers. La suppression de l'impôt anticipé sur les intérêts créera en outre une incitation à réaliser à partir de la Suisse les activités de financement intragroupes. La réforme renforcera donc le marché des capitaux de tiers et stimulera la création de valeur et l'emploi en Suisse, et ce, déjà à moyen terme. Le Conseil fédéral abrogera en outre le droit de timbre de négociation sur les obligations suisses. Il sera dès lors plus intéressant d'acquérir des obligations suisses auprès d'un négociant suisse en valeurs mobilières.

En ce qui concerne le marché des capitaux d'emprunt, le système fiscal actuel est insatisfaisant pour la Suisse en tant que site d'implantation et place fiscale. Les intérêts versés sur des obligations suisses sont soumis à un impôt anticipé de 35 pour cent. Les obligations suisses sont donc peu attrayantes,

AB 2021 N 1939 / BO 2021 N 1939

surtout pour les investisseurs étrangers. Même si ceux-ci ont droit au remboursement de l'impôt anticipé, la procédure actuelle est lourde. Les groupes suisses évitent donc l'impôt anticipé en émettant leurs obligations via des sociétés étrangères. Cela a un impact négatif sur la place économique dans son ensemble, car la valeur créée sur le marché des capitaux d'emprunt ne l'est pas en Suisse.

Il faut bien évidemment parler des conséquences financières. En ce qui concerne les conséquences finan-





cières, le Conseil fédéral a rappelé qu'il fallait faire une distinction entre les effets uniques à court terme, les effets statiques récurrents et les effets dynamiques à long terme.

On estime que la réforme entraînera à court terme une diminution unique des recettes fiscales de l'ordre d'un milliard de francs. Ce manque à gagner restera cependant sans incidence budgétaire pour la Confédération, puisqu'il sera couvert par des provisions. La diminution unique des recettes découle du fait que le remboursement de l'impôt anticipé sur les revenus d'intérêts peut être demandé dans les trois ans.

La diminution statique récurrente des recettes est estimée à 170 millions de francs. Si le niveau des taux d'intérêt s'élève, le manque à gagner s'élève aussi. Ce dernier sera supporté à raison de 90 pour cent par la Confédération et de 10 pour cent par les cantons. Quant à la suppression du droit de timbre de négociation sur les obligations suisses, elle entraînera une diminution annuelle des recettes estimée à 25 millions de francs pour la Confédération.

Du point de vue des effets dynamiques, la réforme présente un rapport coût/utilité favorable, car elle stimulera la création de valeur et l'emploi. A l'échelon de la Confédération, la réforme pourrait être autofinancée au bout d'environ cinq ans. En ce qui concerne les cantons et les communes, pour lesquels les diminutions récurrentes des recettes seront nettement moins importantes, les recettes pourraient augmenter plus rapidement du fait que la réforme stimulera la création de valeur et l'emploi.

Je tiens à préciser que d'autres objets portent également sur cette question. C'est le cas de l'initiative 17.494 de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, "Suppression de l'impôt anticipé sur les obligations et les papiers monétaires suisses". Elle vise à ce que l'impôt anticipé sur les intérêts versés en Suisse soit remplacé par un impôt sur l'agent payeur, ce qui constituerait un passage du principe du débiteur à celui de l'agent payeur.

C'est le cas aussi de l'objet 11.047, "Loi sur l'impôt anticipé. Modification (stimulation du marché suisse des capitaux)", qui correspond au projet 2. Proposé par le Conseil fédéral en 2011, ce projet prévoyait le passage du principe du débiteur au principe de l'agent payeur pour les intérêts versés sur des obligations et des papiers monétaires.

Enfin, le troisième objet concerné est le 15.049, "Loi sur la réforme de l'imposition des entreprises III". Ce projet, qui a été séparé de la réforme de l'imposition des entreprises III, vise la suppression des droits de timbre d'émission sur les capitaux propres.

J'en viens au rapport de commission. Dans un premier temps, la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national a reçu, le 10 mai 2021, un corapport de la part de la Commission des finances du Conseil national, chargée de l'examen préalable. Elle y propose, par 15 voix contre 6 et 3 abstentions, d'entrer en matière sur le projet.

Malgré les difficultés financières que connaît actuellement la Confédération, la majorité conclut à la faisabilité du projet sur le plan budgétaire: en effet, après quelques années de pertes, il devrait conduire à moyen terme à une augmentation des recettes fiscales. La majorité considère en outre important de renforcer la place financière suisse et de permettre le rapatriement d'activités qui avaient été délocalisées à l'étranger. A l'inverse, la minorité estime que le moment est mal choisi pour envisager des baisses de recettes fiscales à court terme; en outre, elle est d'avis que trop de points demeurent en suspens.

La Commission de l'économie et des redevances s'est réunie, je l'ai dit, une première fois le 17 mai 2021. Lors de ses travaux, elle a procédé à l'audition de représentants de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances et de la Conférence des villes suisses sur les impôts. Elle a également entendu les organisations faïtières de l'économie que sont l'Union syndicale suisse, l'Union suisse des arts et métiers et Economiesuisse, ainsi que des acteurs du secteur concerné que sont l'Association suisse des banquiers, l'Union des banques cantonales suisses, l'Association des banques privées suisses, Expertsuisse, SIX, Swiss Holdings et Asset Management Association Switzerland.

Par 17 voix contre 7 et aucune abstention, la commission a rejeté une proposition de la Commission des finances de mandater des experts externes pour réaliser une étude sur les conséquences financières potentielles d'un affaiblissement de la fonction de garantie dans le cadre de la réforme de l'impôt anticipé.

En date du 17 août 2021, la commission a soutenu l'objectif principal de la réforme. La commission a apporté toutefois quelques modifications au projet du Conseil fédéral, afin de renforcer encore l'attractivité de la place économique et financière suisse.

La Commission de l'économie et des redevances de notre conseil propose, comme je viens de vous le dire, par 17 voix contre 4 et 4 abstentions, d'entrer en matière sur le projet. La majorité de la commission partage l'avis du Conseil fédéral selon lequel l'impôt anticipé et le droit de timbre de négociation constituent un obstacle pour le marché suisse des capitaux de tiers. Cette réforme permettra aux entreprises d'émettre en Suisse et à des conditions concurrentielles des obligations jusqu'ici émises à l'étranger. La majorité salue notamment le



fait que le Conseil fédéral ait retenu une solution plus simple que celle qu'il avait envoyée en consultation. Concernant l'éventuel affaiblissement de la fonction de garantie de l'impôt anticipé, la commission est de l'avis qu'il convient de le relativiser, notamment en raison du niveau actuellement très bas des taux d'intérêts. Enfin, si la réforme engendre des pertes financières temporaires, la majorité est toutefois persuadée qu'elle sera autofinancée à moyen terme, en raison de la création d'emplois qui en résultera dans notre pays. Trois propositions de minorité ont été déposées, dont l'une, celle de la minorité Wermuth, vient d'être retirée. Elle demandait de ne pas entrer en matière, craignant que la fonction de garantie de l'impôt anticipé engendré par la suppression partielle de celui-ci soit affaiblie et que cela favorise la soustraction fiscale et péjore davantage la situation financière de la Confédération, déjà mise à mal par la crise du coronavirus. Les défenseurs de cette minorité rappelaient également que d'autres réformes coûteuses sont actuellement sur la table, à savoir la suppression des droits de douane sur les produits industriels ou le projet fiscal de l'OCDE sur l'imposition de l'économie numérique. Ils regrettent qu'il n'y ait pas une approche globale de ces différents projets et notent en outre que les pertes fiscales estimées sont faibles en raison des taux d'intérêts actuellement bas, mais qu'elles pourraient être bien plus importantes si les taux venaient à remonter. Deux propositions de renvoi du projet au Conseil fédéral visant à renforcer la fonction de garantie ont été soumises à la commission. La première, défendue par la minorité Ryser, prévoit l'introduction du principe de l'agent payeur pour les obligations directement détenues par des personnes physiques suisses et propose en outre une procédure de déclaration optionnelle. La commission a rejeté cette proposition, par 17 voix contre 8, jugeant notamment sa mise en oeuvre trop compliquée. La seconde proposition de minorité, qui vise également un renvoi du projet au Conseil fédéral, a également été rejetée, par 17 voix contre 8. Il s'agit de la minorité Badran Jacqueline, qui charge le Conseil fédéral d'introduire une procédure de déclaration obligatoire à la place de l'impôt anticipé. La commission a, entre autres, estimé qu'une telle proposition ne serait pas à même de rallier une majorité en Suisse.

Müller Leo (M-E, LU), für die Kommission: Am 14. April 2021 hat der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Verrechnungssteuergesetzes zuhanden des Parlamentes

AB 2021 N 1940 / BO 2021 N 1940

verabschiedet. Ziel dieser Revision ist es, den Fremdkapitalmarkt zu stärken. Über die Revision des Verrechnungssteuergesetzes wird nun schon seit rund zehn Jahren diskutiert. Bereits im Jahr 2011 unterbreitete der Bundesrat dem Parlament eine entsprechende Vorlage zu diesem Thema. Damals schlug der Bundesrat vor, einen Wechsel zur Zahlstellensteuer vorzunehmen. Das Parlament wies diese Vorlage dann aber, verbunden mit verschiedenen Aufträgen, an den Bundesrat zurück. Im Jahr 2017 wurde das Parlament aktiv und entwarf die parlamentarische Initiative 17.494, "Aufhebung der Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen und Geldmarktpapieren". Inhalt dieser Initiative war ebenfalls die Revision des Verrechnungssteuergesetzes zur Stärkung des Fremdkapitalmarktes. Eine Subkommission der Kommission für Wirtschaft und Abgaben unseres Rates hat dann Eckwerte erarbeitet. Sie hat diese Eckwerte dem Bundesrat auf dessen Verlangen hin zur Verfügung gestellt. Die parlamentarische Initiative 17.494 wurde vorderhand nicht mehr bearbeitet, um nicht parallel eine weitere Gesetzgebung zu erarbeiten. Nun zur jetzigen Vorlage: Wir haben in der Schweiz einen relativ unterentwickelten Fremdkapitalmarkt. Wenn ein Unternehmen in der Schweiz Obligationen herausgibt, müssen auf den Zinszahlungen 35 Prozent Verrechnungssteuer abgeführt werden. In den meisten Fällen wird diese Steuer zurückerstattet, wenn die Deklaration gegenüber der Steuerbehörde erfolgt. Ebenso fließt das Geld im Auslandsverhältnis aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen zurück. Es ist aber eine relativ komplizierte Angelegenheit. Zudem fehlt den Firmen und den natürlichen Personen die Liquidität, da zwischen der Abführung der Verrechnungssteuer und der Rückerstattung doch einige Zeit vergeht. Im internationalen Verkehr gibt es auch Situationen, bei denen das Geld nicht vollständig zurückfließt. Deshalb nehmen viele Unternehmen die Finanzierung nicht mehr in der Schweiz vor, sondern wickeln diese im Ausland ab; dies deshalb, weil nur die Zinszahlungen auf inländischen Obligationen der Verrechnungssteuer unterliegen, nicht jene auf ausländischen Obligationen. Das ist nachteilig für die Schweiz. Die Revision bezweckt nun, die Finanzierung wieder in die Schweiz zurückzuholen, um Arbeitsplätze zu schaffen und den Fremdkapitalmarkt zu stärken. Was ist nun der konkrete Inhalt der Vorlage? Im Wesentlichen geht es um zwei Elemente. 1. Mit der Vorlage soll die Verrechnungssteuer auf Zinserträgen weitgehend abgeschafft werden. Dies erleich-



tert es Unternehmen, ihre Obligationen aus der Schweiz heraus zu emittieren. Davon können nicht nur inländische, sondern auch ausländische Konzerne profitieren.

2. Als Begleitmassnahme zur Reform bei der Verrechnungssteuer soll die Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen aufgehoben werden. Damit wird es für Anlegerinnen und Anleger attraktiver, inländische Obligationen über einen inländischen Effektenhändler zu handeln.

Was sind nun die finanziellen Auswirkungen? Einmalig wird circa eine Milliarde Franken fehlen, weil zwischen dem Einzug der Verrechnungssteuer und der Rückerstattung nun einige Zeit vergeht, bei der eben keine Verrechnungssteuer mehr abgeführt wird. Mit dieser Lücke entsteht ein Fehlbetrag von einer Milliarde Franken. 90 Prozent davon fallen beim Bund und 10 Prozent bei den Kantonen an. Der Bund hat diese Milliarde bereits zurückgestellt, sodass sich das nicht auf das Budget und die Rechnung auswirken wird. Wiederkehrend fallen beim aktuellen Zinsniveau rund 170 Millionen Franken weg, davon wiederum 90 Prozent beim Bund und 10 Prozent bei den Kantonen. Bei der Abschaffung der Umsatzabgabe werden zudem Einnahmen von rund 25 Millionen Franken fehlen; dieser Betrag fällt allein beim Bund weg.

Insgesamt hat die Revision aber ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Beim Bund können die Minder-einnahmen mit der Reform nach etwa fünf Jahren kompensiert werden, bei den Kantonen und Gemeinden allenfalls schon früher, weil dort ein Wertschöpfungs- und Beschäftigungsimpuls entsteht.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben unseres Rates hat sich an zwei Sitzungen mit dieser Vorlage befasst. An ihrer Sitzung vom 17. Mai 2021 hat sie breite Anhörungen durchgeführt, wofür sie insgesamt dreizehn Anhörungsteilnehmerinnen und -teilnehmer eingeladen hat.

Zudem hat die Finanzkommission des Nationalrates gegenüber der WAK einen Mitbericht abgegeben und ihr empfohlen, auf die Vorlage einzutreten, gleichzeitig aber empfohlen, eine externe Studie zu den potenziellen finanziellen Auswirkungen aufgrund der Schwächung des Sicherungszwecks in Auftrag zu geben. Dieser Antrag wurde in der WAK mit 17 zu 7 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

In der Kommission wurde ein Antrag mit 17 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Mit diesem Antrag hat die Kommission die Verwaltung beauftragt, abzuschätzen, wie hoch die Einsparungen bei der Kapitalbeschaffung bei öffentlichen Körperschaften, also beim Bund, bei den Kantonen und bei den Gemeinden, sind. Die Verwaltung hat diesen Bericht auf die zweite Sitzung hin vorgelegt und geschätzt, dass bei der öffentlichen Hand rund 60 bis 200 Millionen Franken an Einsparungen erzielt werden können.

Ein Antrag in der Kommission auf einen Bericht zur Beantwortung von Fragen, wie die Auswirkungen auf die Steuerehrlichkeit wären, wurde abgelehnt, und zwar mit 17 zu 7 Stimmen.

Die WAK unseres Rates hat sich dann an der zweiten Sitzung, nämlich am 17. August, inhaltlich mit dieser Vorlage auseinandergesetzt, und sie hat mit 17 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen, auf die Vorlage einzutreten. Es wurden zwei Rückweisungsanträge gestellt, Sie sehen diese auf der Fahne. Mit dem einen Rückweisungsantrag soll eine Stärkung des Sicherungszweckes beantragt und eine einfache Zahlstelle eingeführt werden. Mit dem zweiten Rückweisungsantrag soll der Bundesrat beauftragt werden, die Verrechnungssteuer durch eine obligatorische Meldepflicht zu ersetzen. Beide Anträge wurden mit 17 zu 8 Stimmen abgelehnt. Diese werden nun, wie gesagt, als Minderheitsanträge hier im Rat behandelt.

Ganz zum Schluss zu den drei übrigen Geschäften: Die Kommission beantragt Ihnen, jeweils die Vorlage 2 der Geschäfte 11.047 und 15.049 sowie die parlamentarische Initiative 17.494 abzuschreiben. Alle diese Vorlagen befassen sich mit dem gleichen Thema und werden obsolet.

Ich danke Ihnen im Namen der Mehrheit, wenn Sie auf die Vorlage zum Verrechnungssteuergesetz eintreten.

Ryser Franziska (G, SG): Der Bundesrat hat bei der Revision der Verrechnungssteuer das Ziel aus den Augen verloren. Statt die Steuersicherung zu verbessern und den Bund vor ungerechtfertigten Steuerhinterziehungen zu schützen, will Finanzminister Maurer auf Biegen und Brechen einen weiteren Steuerabbau für Unternehmen und ausländische Anlegerinnen und Anleger durchdrücken. Einmalige Steuerausfälle von 1 Milliarde Franken sowie jährliche Ausfälle von etwa 200 Millionen nimmt er dafür in Kauf. Nicht beziffert sind die Ausfälle durch neue Steuerschlupflöcher. Das ist eine Ohrfeige für jede ehrliche Steuerzahlerin. Jetzt braucht es eine Kurskorrektur.

Ich erinnere Sie: Ursprünglich sollte die Verrechnungssteuer nicht nur zur Aktivierung des Fremdkapitalmarkts revidiert werden, sondern eben auch, um ihrem eigentlichen Zweck gerecht zu werden, der korrekten Besteuerung von Vermögen und Vermögensrenditen. Dafür sollte die Verrechnungssteuer auf sämtliche Obligationenzinsen ausgeweitet werden, die an in der Schweiz steuerpflichtige natürliche Personen ausgerichtet werden, also auch bei im Ausland emittierten Obligationen in Schweizerfranken. Das wäre alles in allem ein ausgewogener Kompromiss. Der Sicherungszweck wird auf der einen Seite gelockert und auf der anderen Seite gestärkt; Letzteres eben mit dem Ziel, die Steuersicherung zu verbessern und den Bund vor ungerechtfertigter



Steuerhinterziehung zu schützen.

Doch Kompromisse sind bei den bürgerlichen Parteien aus der Mode gekommen. Was wir jetzt vor uns haben, ist eine einseitige Steuerabbauvorlage. Der Sicherungszweck wird ausgehöhlt, und statt Steuerschlupflöcher zu stopfen, werden

AB 2021 N 1941 / BO 2021 N 1941

neue geschaffen. Das Resultat kann als Einladung zur Steuerhinterziehung verstanden werden oder stellt, um es mit James Bond zu sagen, eine "licence to cheat" dar.

Um diese Vorlage noch zu retten, braucht es einen Neustart. Ich beantrage deshalb mit meiner Minderheit, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen und sie mit einem Modell zu erweitern, das die Steuerhinterziehung nicht begünstigt, sondern die bekannten Lücken schliesst.

Konkret sieht das so aus: Wie vom Bundesrat ursprünglich beantragt, soll die Verrechnungssteuer auf ausländische Obligationen ausgeweitet werden. Dafür kann ein vereinfachtes Zahlstellensystem eingeführt werden. Um die Komplexität zu reduzieren, schlage ich zudem vor, die Verrechnungssteuer auf direkt gehaltene ausländische Obligationen zu beschränken. Demnach wären indirekt gehaltene Obligationen, die in Fonds verpackt sind, ausgenommen. Das ist zwar nicht optimal, vereinfacht die Umsetzung aber merklich. Das ist ein pragmatischer Ansatz, der die Kritik am ursprünglich vorgesehenen, komplexen Zahlstellenprinzip nicht mehr gelten lässt.

Davon würden Konzerne profitieren, aber auch Bund und Kantone, die ihre Obligationen mit attraktiven Konditionen auf dem internationalen Markt anbieten könnten. Damit auch die Anlegerinnen und Anleger etwas davon haben, sollte das Ganze mit einem optionalen Meldeverfahren kombiniert werden. Sie könnten so wählen, ob sie weiterhin Verrechnungssteuer bezahlen wollen oder ob ihre Bank die für die Steuererklärung notwendigen Informationen an die Steuerverwaltung weiterleitet.

Ein solches System ist ein für alle Seiten tragbarer Kompromiss, insbesondere für die Unternehmen: In- und ausländische Konzerne sowie die Gemeinwesen können direkt und unkompliziert Obligationen in der Schweiz emittieren und quellensteuerfreie Zinszahlungen für einen Grossteil der inländischen und für alle ausländischen Obligationäre im globalen Kapitalmarkt gewähren. Der Fremdkapitalmarkt wird also definitiv attraktiver. Es ist aber auch ein tragbarer Kompromiss für die Banken: Mit einer Beschränkung auf direkt gehaltene Papiere wird nämlich ein Grossteil der Obligationen abgedeckt, ohne dass ein unverhältnismässiger Aufwand betrieben werden muss.

Der Kompromiss ist auch für die natürlichen Personen tragbar: Sie haben künftig die Wahl, ob sie lieber 35 Prozent ihrer Zinsen deponieren oder für eine Meldung optieren, um den gesamten Betrag von Anfang an behalten zu können. Das Steuergeheimnis bleibt dabei jederzeit gewahrt.

Auch für den Bund ist diese Lösung vorteilhaft: Es wird nämlich ein steuerehrliches Verhalten der im Inland wohnhaften natürlichen Personen sichergestellt. Gegenüber heute würde der Sicherungszweck sogar noch gestärkt. Es führte auch zu Mehreinnahmen für den Bund, wenn heute unversteuertes Vermögen neu deklariert würde.

Ich bitte Sie also, meiner Minderheit zu folgen. Mit einer Rückweisung haben wir die Möglichkeit, diese Vorlage zurück auf den richtigen Weg zu bringen, indem die Verrechnungssteuer nicht der Steuervermeidung, sondern der Steuersicherung dient.

Badran Jacqueline (S, ZH): Sinn und Zweck der Verrechnungssteuer ist die Sicherstellung, dass sowohl die Erträge auf beweglichen Vermögen als auch die zugrunde liegenden Vermögenswerte deklariert und versteuert werden. Es ist also eine höchst elegante Art der Steuersicherung, elegant vor allem aus bürgerlicher Perspektive, weil sie gleichermassen die Steuern sichert wie auch die sogenannte Privatsphäre schützt. Die Verrechnungssteuer begleitet die Schweiz seit 1944, seither wurde sie 22-mal revidiert, fünfmal vor diesem Jahrhundert, 17-mal ab dem Jahr 2000. Zum Beispiel wurden 2012 Pflichtwandelanleihen, sogenannte Coco-Bonds, von der Verrechnungssteuer befreit. Hauptnutznießer war der katarische Ölscheich, der Coco-Bonds an der Credit Suisse hielt, mit einem netten Zins von 9 Prozent, was uns 21 Millionen Franken gekostet hat. Die Frage steht hier im Raum: Wieso müssen wir den Prinzen von Katar mit Steuersubventionen beglücken? Damit ist auch gesagt, von was für einer Vorlage wir hier reden. Sie ist Bestandteil einer langen, langen Bestellliste der Kapitaleigentümer, die wir hier seit Mitte der Neunzigerjahre Zeile um Zeile abarbeiten. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, am Steuersystem Korrekturen vorzunehmen, wenn direkte positive volkswirtschaftliche Effekte erzielt werden können.

Befürworter argumentieren, man wolle durch die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf den Obligationen den Obligationenhandel wieder in die Schweiz holen. Die jetzige Situation sei wegen des Liquiditäts-Gaps





und weil ausländische Akteure nicht alles zurückfordern können, unattraktiv. Eine Abschaffung werde auch die Finanzierungsgesellschaften, also Gesellschaften für konzerninterne Finanzierungen, zurück in die Schweiz holen.

Obwohl diese Finanzierungsgesellschaften ja eigentlich nichts anderes als Steuervermeidungsvehikel sind, kann die SP damit leben, dass man sie wieder zurückholt. Denn dann haben wir sie eher unter Kontrolle, als wenn sie in Luxemburg oder auf den Cayman Islands sitzen. Aber – Sie können es sich vorstellen – als SP können wir nicht damit leben, dass der Sicherungszweck komplett entfällt, anstatt dass er durch eine Meldepflicht ersetzt wird, wie es der Bundesrat vorgeschlagen hat. Keine Meldepflicht bedeutet aber nichts anderes als eine Rampe für Steuerhinterziehung. So entstehen die Steuerausfälle von geschätzten 170 Millionen Franken – bei höheren Zinsen wäre das viel mehr – nämlich fast ausschliesslich dadurch, dass Erträge und Vermögen nicht deklariert werden.

Steuerehrliche haben nichts von dieser Vorlage, Steuerhinterzieher hingegen schon. Das ist anachronistisch; das ist aus der Zeit gefallen! Ich weiss nicht, wo Sie die letzten zehn Jahre gesteckt haben, als wir endlich den automatischen Informationsaustausch einführt. Die SP hat Jahrzehnte für einen weissen Finanzplatz und gegen das "Steuerhinterziehungsgeheimnis" gekämpft, und sie wird es auch weiterhin tun. Deshalb beantrage ich Ihnen Rückweisung der Vorlage, um die Verrechnungssteuer auf Obligationen zwar abzuschaffen, aber durch eine Meldepflicht zu ersetzen, genau so, wie das der Bundesrat auch vorgeschlagen hat und wie es sich auch gehört. Unser Job hier im Parlament ist es, die Steuerehrlichen zu schützen und nicht die Unehrllichen!

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Durant la procédure de consultation, les Verts ont exprimé une ouverture pour un allègement administratif, afin de renforcer l'attractivité du marché des capitaux de tiers en Suisse. Puis, le projet a évolué pour devenir celui qui nous est soumis aujourd'hui. Ma collègue Franziska Ryser vise, avec sa proposition, à maintenir la simplification administrative, tout en évitant que la fonction de garantie qui limite la soustraction fiscale ne disparaisse. Son compromis contient la fonction de garantie, comme à l'origine, aussi sur les émissions d'obligations de l'étranger.

Sa proposition de minorité ne sera sans doute pas soutenue par ce conseil, pas plus que celle de notre collègue Badran Jacqueline, d'ailleurs. Pourtant, un sursaut de la part de ce Parlement serait ici opportun. Le menu est à chaque fois un peu différent, mais comporte à chaque fois un plat de plus; vous reprendrez bien trois fois du dessert, au risque de le regretter: la suppression des droits de douane pour un montant de 500 millions de francs, la suppression des droits de timbre, d'abord pour un montant de 200 millions de francs, puis de 2 milliards de francs si on repart de plus belle, et maintenant la suppression de l'impôt anticipé, estimée à 200 millions de francs. Chaque fois, il y a une bonne raison: un allègement administratif, une redynamisation du marché suisse pour le bon côté de la médaille. Mais on ne parle pas de l'autre côté: des milliards de francs de diminution de recettes fiscales et une focalisation claire sur certains secteurs uniquement. Dans les dossiers fiscaux, l'intention du Conseil fédéral, renforcée par la majorité de la Commission de l'économie et des redevances, n'est jamais d'alléger la charge qui pèse sur la classe moyenne et qui contribue largement en proportion au ménage collectif. Quant aux secteurs économiques qui ont le plus souffert du Covid-19, ils ne sont pas concernés par ces questions.

AB 2021 N 1942 / BO 2021 N 1942

En ce qui concerne le droit de timbre et l'impôt anticipé, il s'agit de faire un cadeau, pour le premier principalement aux banques et aux assurances, aux personnes morales ou physiques qui détiennent des titres et du capital, pour le second aux grosses entreprises et aux holdings. Ce n'est en aucun cas mauvais de détenir du capital. En revanche, ce qui nous semble "quer in der Landschaft", c'est la manière dont les richesses et les contributions fiscales liées à ces richesses sont réparties en Suisse. Et ce qui fait réagir le groupe des Verts, c'est le fait que ce déséquilibre va continuer à croître et l'écart à se creuser.

Le conseiller fédéral Ueli Maurer répète à l'envi et à chaque objet parlementaire qui pourrait occasionner une nouvelle dépense – sans même voir d'ailleurs les avantages liés au projet – qu'il faut faire attention à la dette. A la limite, on peut le comprendre, puisqu'il est en charge des finances. Mais alors pourquoi est-il si enclin à encourager des projets qui occasionnent de telles pertes fiscales, des pertes qui toucheront d'ailleurs aussi les cantons et pas seulement la Confédération ces prochaines années?

Une raison supplémentaire pour que la Commission des finances nous ait demandé d'examiner ceci de plus près. Faut-il être commissaire aux finances pour se faire du souci sur le voyage entrepris par le Conseil fédéral, et pour lequel la majorité du Conseil national pagaie allègrement et le vent en poupe?

L'impôt anticipé garantit – en ponctionnant à la source – que l'impôt dû soit versé. Dans le système actuel d'impôt anticipé, il y a aujourd'hui déjà des failles dans la taxation des revenus d'intérêts à l'étranger. Si ces



revenus ne sont pas déclarés correctement, il y a des pertes fiscales auprès de la Confédération, des cantons et des communes. Plutôt que de colmater ces brèches, comme cela est d'ailleurs demandé dans plus de la moitié des réponses à la consultation, le Conseil fédéral invite à relâcher notre vigilance et la majorité du Parlement prend le risque de la soustraction fiscale, le tout dans le contexte de politique financière que l'on connaît. Le groupe des Verts peut soutenir une simplification administrative. Nous ne sommes pas pour un appareil étatique plus important ou pour une augmentation de la masse salariale fédérale; si nous tenons à ces recettes, c'est parce que des investissements sont nécessaires dans les domaines environnementaux, des soins et de la transition, et que nous nous battons pour que les secteurs qui ont besoin d'investissements en obtiennent et pour que les cadeaux ne soient pas faits aux secteurs ou aux personnes physiques qui n'en ont pas vraiment besoin.

Les changements que prévoit le Conseil fédéral vont tous dans la même direction, pour les mêmes secteurs. Pour résumer de manière un peu réductrice, un cadeau pour les détenteurs de capital, une mauvaise nouvelle pour la société dans son ensemble. En pleine gestion des conséquences de la crise liée au coronavirus, en pleine nécessité d'un plan pour le climat et d'amélioration des conditions de travail dans les soins, le voyage auquel nous convie le Conseil fédéral et dans lequel la majorité du Parlement est prête à s'embarquer, tombe mal. Comme c'est technique, cela passe en partie inaperçu de la plupart des parlementaires et des médias, et encore davantage de la population; tranquillement mais sûrement.

Un conseiller fédéral a dit avant-hier dans le cadre d'un commentaire sur l'initiative dite "initiative 99 pour cent", qu'il fallait prendre le système dans son ensemble, qu'on risquait sinon de le déréguler si on lui enlevait quelque chose. Une déclaration visiblement à géométrie variable.

Landolt Martin (M-E, GL): Die Mitte-Fraktion wird auf diese Vorlage eintreten.

Die Revisionsbestrebungen rund um die Verrechnungssteuer haben inzwischen ein paar Legislaturen gedauert. Das hat sicherlich auch mit dem eigentlichen Charakter der Verrechnungssteuer zu tun: Sie ist bekanntlich eine Sicherungssteuer, die nicht primär staatliche Einnahmen generieren, sondern andere Steuereinnahmen sicherstellen soll. Diese Sicherungsfunktion war während Jahrzehnten richtig und angebracht. Die Verrechnungssteuer als notwendiges Übel oder unnötige Bürokratie zu bezeichnen, wäre deshalb falsch. Aber sie war und ist logischerweise auch eine administrative Belastung, was für einen Standort, der wettbewerbsfähig sein will und muss, naturgemäss nicht unbedingt vorteilhaft ist.

Man darf aber auch feststellen, dass die vor rund zehn Jahren eingeleitete Weissgeldstrategie am Schweizer Finanzplatz einiges zum Guten verändert hat. Die Notwendigkeit der Sicherungsfunktion ist nicht mehr die gleiche wie noch vor zwanzig oder dreissig Jahren. Es ist deshalb richtig und legitim, dass man nun beginnt, den administrativen Ballast abzubauen und damit den Standort zu stärken. Es kommt nicht von ungefähr, dass im Titel der Vorlage auch die "Stärkung des Fremdkapitalmarkts" steht.

Eine teilweise Abschaffung der Verrechnungssteuer ist aus heutiger Sicht nicht nur vertretbar, sondern auch eine standortpolitische Notwendigkeit. Nicht zuletzt auch mit Blick auf die von der OECD angekündigte Mindeststeuer für Unternehmen, die uns Wettbewerbsvorteile kosten wird, ist es ratsam und vorausschauend, bestehende Wettbewerbsnachteile abzubauen. Es kommt nicht von ungefähr, dass auch die deutliche Mehrheit der Kantone diese Reform mitträgt und unterstützt.

Der bürokratische Aufwand von alternativen Lösungen wie einem Meldeverfahren oder einer Zahlstellensteuer, wie sie die Minderheiten vorschlagen, hat in langjährigen Diskussionen und Evaluationen letztlich zur heutigen Vorlage geführt. Diese Lösung ist die einfachste und deshalb die beste.

Die Verrechnungssteuer hat auch dazu geführt, dass viele Konzerne ihre Anleihen im Ausland emittieren, weil es einfacher ist, weil in der Schweiz emittierte Anleihen mit Verrechnungssteuer im internationalen Markt schwieriger zu platzieren sind. Der Fremdkapitalmarkt in der Schweiz kann gewissermassen als unterentwickelt bezeichnet werden, und das hat sehr, sehr viel mit der Verrechnungssteuer zu tun. Sie treibt Aktivitäten, Arbeitsplätze und damit Wirtschaftswachstum ins Ausland und erschwert die Finanzierung von Unternehmen. Namentlich grosse Fremdfinanzierungen finden heute praktisch ausschliesslich im Ausland statt.

Man muss deshalb kein Hellseher sein, um vorauszusehen, dass ein grosser Teil des abgewanderten Emissionsgeschäfts wieder in die Schweiz zurückkehren wird. Das stärkt den Standort, das bringt Arbeitsplätze. Genau das will die Mitte-Fraktion.

Deshalb treten wir auf diese Vorlage ein. Wir bitten Sie, dies auch zu tun.

Wermuth Cédric (S, AG): Die sozialdemokratische Fraktion bittet Sie, den Rückweisungsanträgen zu folgen und, falls diesen Anträgen keine Folge geleistet würde, die Vorlage so, wie sie uns vorliegt, abzulehnen, dies vor allem aus vier Gründen.



Den ersten Grund hat Kollege Landolt soeben erwähnt, es ist der Kontext, in dem wir uns befinden. Herr Bundesrat Maurer hat am Sonntag in den Medien schön aufgezählt, dass bis jetzt bereits sieben steuerpolitische Vorlagen in der Pipeline sind. Die OECD-Reform ist noch gar nicht klar, und bereits beginnen wir, freihändig einzelne Teile einer möglichen Antwort vorwegzunehmen. Mit Verlaub, das ist einfach keine seriöse Art und Weise, Steuer- und Finanzpolitik zu machen. Es fehlt uns eine Gesamtschau. Wir wissen auch nicht, was in den nächsten Jahren kommt. Insbesondere enttäuschend ist dies bei denjenigen Kräften, die sich sonst immer für eine vernunftbasierte Finanzpolitik starkmachen.

Zweiter Grund: Mit dieser Vorlage öffnen Sie wirklich die Büchse der Pandora. Die Verrechnungssteuer ist keine Steuer, die hier irgendjemandem das Herz höherschlagen lässt, da sind wir uns alle einig, das ist völlig klar. Aber sehen Sie, was die Mehrheit bereits gemacht hat; nehmen Sie den Antrag zu Artikel 5c Buchstabe d, dort werden wir bereits eine erste Ausweitung der ursprünglichen Idee dieser Vorlage auf Fonds machen. Der Bundesrat listet in der Botschaft bereits alle möglichen Erweiterungen dieser Vorlage auf, zum Beispiel die Senkung der Verrechnungssteuer auf Beteiligungserträgen, und ich mache mit jedem und jeder hier drin eine Wette: Am Tag der Verabschiedung dieses Gesetzes wird genau diese Idee hier wieder auftauchen. Wir steigen hier ein in

AB 2021 N 1943 / BO 2021 N 1943

die schrittweise vollständige Abschaffung der Verrechnungssteuer auf sehr viele Zwecke. Das ist das Ziel einiger Kreise hier drin, es wird einfach nicht offengelegt. Zu dieser Büchse der Pandora gehört auch die Streichung der Umsatzabgabe, die, mit Verlaub, mit dieser Vorlage einfach überhaupt nichts zu tun hat. Es ist nichts anderes als der Versuch, die verunglückte Vorlage 2 zur Stempelsteuer teilweise durch die Hintertür zu retten. Dritter Grund: Die Vorlage stellt einmal mehr, das wurde vorhin mehrfach erwähnt, vielleicht eine Erleichterung für gewisse grössere Konzerne dar. Sie trifft aber nur eine bestimmte Branche. Es handelt sich wirklich einmal mehr um eine Bestellung derjenigen, denen es gerade in den letzten 18 Monaten sehr gut gegangen ist. Natürlich wird es für sie einfacher, die Finanzierungsgesellschaften und Finanzierungsaktivitäten in der Schweiz zu haben. Aber wenn ich mich daran erinnere, wie wir während der Corona-Krise um jedes Prozent Entschädigung für KMU kämpfen mussten, dann ist es doch ein bisschen überraschend, wie einfach hier die Ausfälle hingenommen werden. Es fehlt übrigens für alle diese Vorlagen, diese hier inklusive, jede Gegenfinanzierung. Sie müssen einfach wissen, dass Sie dann in ungefähr einem Jahr der Bevölkerung erklären müssen, dass sie die Last der Corona-Schulden ganz alleine tragen muss, weil wir das Kapital bereits weitgehend entlastet haben.

Der vierte Grund ist, dass die Vorlage, wie sie jetzt hier vorliegt, nur noch aus der Hälfte besteht. Ich habe es Ihnen gesagt: Auch die sozialdemokratische Fraktion hängt in keiner Weise emotional an der Verrechnungssteuer. Sinn und Zweck der ursprünglichen Vorlage war es aber, mindestens den Sicherungszweck über einen anderen Weg zu garantieren. Machen wir uns nichts vor, seien wir ehrlich: Die einfachste Variante wäre – wenn Sie die Vernehmlassungsantworten aus den Jahren 2011 und 2015 nachlesen, dann sehen Sie, dass das damals auch noch die einhellige Meinung der Branche war – die Einführung des automatischen Informationsaustausches auch im Inland. Eine Light-Version davon haben wir jetzt in den Rückweisungsanträgen. Wenn Sie sagen, die Vorlage sei keine Einladung zur Steuerhinterziehung, dann würde ich Ihnen das gerne glauben. Aber warum hat denn die Kommissionsmehrheit einen entsprechenden Bericht – nur einen Bericht! – zur Auswirkung auf die Steuerehrlichkeit, den wir gewünscht haben, abgelehnt? So kann man doch nicht seriös vor der Bevölkerung argumentieren, dass man dieses Risiko abgeklärt habe!

Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen die sozialdemokratische Fraktion, die beiden Rückweisungsanträge anzunehmen, alle weitergehenden Mehrheitsanträge abzulehnen und am Schluss das Paket, wenn es sich nicht ändern sollte, nicht zu akzeptieren. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Bendahan Samuel (S, VD): Une fois de plus, le Conseil fédéral a commis une réforme qui, à nouveau, coûtera des centaines de millions de francs à la population, comme si ces centaines de millions de francs n'avaient pas de conséquences réelles sur la vie des gens. Souvent, lorsque nous devons revenir sur les dégâts engendrés par les pertes fiscales causées par les récentes réformes, le Conseil fédéral, par le passé au moins, faisait semblant qu'il y avait une utilité à ces réformes. Il était soi-disant utile pour l'économie ou pour les entreprises de réduire les droits de douane sur les produits industriels, d'abaisser le droit de timbre ou de le supprimer. Il y avait au moins une forme d'argumentation pour dire que les sacrifices financiers massifs contribuaient à quelque chose. Ici, ce n'est même pas le cas. On ne se donne même plus cette peine.

Le projet vise à supprimer l'impôt anticipé dans certains cas. Or cet impôt peut être récupéré par les personnes qui déclarent un revenu qui lui est lié. La stratégie du démantèlement de l'impôt anticipé n'est donc rien d'autre



qu'une stratégie qui consiste à permettre à des gens qui refusent de déclarer leurs revenus de s'en tirer à meilleur compte qu'aujourd'hui. Par conséquent, lorsque l'on supprime l'impôt anticipé, chaque franc de perte fiscale est un franc offert aux personnes qui refusent de déclarer leurs revenus. Comment peut-on considérer que cela est acceptable du point de vue humain?

Cela d'autant plus au vu des pertes fiscales escomptées. Entendez-bien: un milliard de francs la première année – un milliard de francs! –, suivi de centaines de millions de francs chacune des années suivantes. Pour l'instant, ce montant est estimé à 200 millions de francs, mais, j'aimerais le souligner et cela figure clairement dans le message du Conseil fédéral, ces estimations sont fondées sur les taux d'intérêt actuels. Aujourd'hui, ceux-ci sont négatifs à la BNS. Mais que va-t-il se passer si les taux passent un jour à 3 ou 4 pour cent? Ces coûts et cette différence vont exploser. Nous demanderons donc à la population de payer des centaines de millions de francs de plus, et pourquoi? pour récompenser les personnes qui n'ont pas déclaré correctement leurs revenus. Comment peut-on accepter de soutenir une telle réforme, ici, dans notre Parlement?

En plus de ces éléments, il ne faut pas oublier une chose: les gens honnêtes qui déclarent leurs revenus – peut-être vous et moi si vous avez quelque chose à déclarer au titre de l'impôt anticipé dans votre déclaration d'impôt et que vous le faites –, eh bien ils ne verront pas la couleur de cette mesure. De toute façon, si nous déclarons notre revenu, nous sommes imposés sur celui-ci. Donc, les seuls à bénéficier de la suppression de l'impôt visée, puisqu'en l'occurrence il ne s'agit pas des intérêts des comptes bancaires, ce seront des entreprises, des détenteurs de titres et même, grâce aux modifications qui ont été proposées par la majorité de la commission, des négociants en titres. C'est encore une réforme qui se fait pour le bien de la place financière qui pourtant, aujourd'hui, n'a pas à rougir de ses bénéfices. Une seule raison à cela: l'idéologie.

Je conclus. Le Conseil fédéral dit explicitement dans son message qu'il estime que les pertes fiscales seront compensées à moyen terme par la réforme. Mais il ne se donne pas la peine de fournir le moindre élément concret à ce sujet. On nous dit qu'on récupérera magiquement l'argent, mais on ne mentionne aucune étude. Aucun chiffre n'est donné et on ne voit qu'une chose: de l'idéologie déclaratoire. Le Conseil fédéral ne fait même pas semblant d'avoir une bonne raison de le dire; il se limite à le dire.

La réforme occasionnera des dégâts pour la population. Ne l'oubliez pas: les centaines de millions de francs que coûtera la réforme feront mal car, lorsque nous sortirons de la crise, la population en aura besoin. Et toutes les prestations publiques qui seront refusées à la population suite à cela le seront pourquoi? Parce qu'il s'agit d'une réforme qui bénéficie à des gens qui ne déclarent pas leur revenu, pour récupérer leur impôt anticipé.

Pour ces raisons, le groupe socialiste vous invite vivement à accepter les propositions de renvoi, à soutenir le cas échéant toutes les propositions de minorité et, si ces propositions étaient refusées, à rejeter le projet lors du vote sur l'ensemble.

Schneeberger Daniela (RL, BL): Für die FDP-Liberale Fraktion ist dies eine zentrale Vorlage für unseren Unternehmens- und Steuerstandort. Schon lange fordern wir eine Reform der Verrechnungssteuer. Bei dieser Reform handelt es sich derzeit um die wichtigste Vorlage für den Unternehmens- und Steuerstandort Schweiz. Dieser steht durch das laufende internationale Projekt zur Unternehmensbesteuerung unter Druck. Internationale Gremien haben sich vor der Sommerpause auf eine neue globale Steuerarchitektur verständigt. Das Projekt wird sich für starke Konzernstandorte wie die Schweiz klar negativ auswirken. Heutige Standortvorteile bei der Gewinnsteuer, die sich für die Schweiz in der Vergangenheit volkswirtschaftlich sowie finanziell ausbezahlt haben, werden infrage gestellt.

Soll die wirtschaftliche Substanz in der Schweiz erhalten und das hiesige Steuersubstrat verteidigt werden, müssen deshalb bestehende Wettbewerbsnachteile in anderen Steuerbereichen abgebaut werden. Die Verrechnungssteuer steht dabei ganz klar im Fokus: Sie führt dazu, dass die Schweizer Industrie- und Finanzunternehmen ihre Finanzierung im Ausland tätigen müssen, weil internationale Anleger den

AB 2021 N 1944 / BO 2021 N 1944

Verrechnungssteuerabzug nicht akzeptieren oder aber auch weil der Satz viel zu hoch ist. Das stellen wir in der Beratungsbranche schon lange fest. Es war uns ein Dorn im Auge, lange bevor die Bestrebungen zu einer Mindeststeuer überhaupt zur Diskussion standen.

Dieser internationale Druck zwingt Schweizer Unternehmen dazu, ihre Finanzierungsaktivitäten in die Schweiz zu bringen, und dazu braucht es eben diese Reform der Verrechnungssteuer. Soll die Wertschöpfung am Standort Schweiz gesichert werden, muss jetzt gehandelt werden. Gelingt die Reform, so werden Schweizer Unternehmen Finanzierungsfunktionen zurück in die Schweiz verlagern. Konzerninterne Darlehen werden künftig hierzulande vergeben. Ebenso werden Anleihen zur Mittelaufnahme vermehrt von einer Schweizer Einheit emittiert, was den heimischen Kapitalmarkt belebt. Diese Öffnung des Kapitalmarkts wird auch von



grösseren Schweizer KMU genutzt werden können und diesen neue, attraktive Finanzierungsoptionen eröffnen.

Bereits mittelfristig sind die finanziellen Auswirkungen der Reform vorteilhaft. Der Bundesrat beziffert die statischen Mindereinnahmen der Vorlage insgesamt auf 200 Millionen Franken. Diesen Mindereinnahmen stehen dauerhafte Verbesserungen wichtiger Rahmenbedingungen und volkswirtschaftliche Impulse mit positiven Folgen für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gegenüber.

Seit mehr als zehn Jahren ist die Problematik der Verrechnungssteuer anerkannt, aber bisher fanden diverse Lösungsansätze keine Mehrheit, auch diejenigen der Rückweisungsanträge nicht. Wir diskutierten die Initiative "Ja zum Schutz der Privatsphäre", und wir diskutierten in der Subkommission eingehend über die Zahlstellensteuer. Wir diskutieren übrigens schon eine halbe Ewigkeit über diese Reform der Verrechnungssteuer, aber wir konnten keinen gangbaren Weg, keine Lösung finden.

Die nun vorliegende Reform wurde mit Augenmass ausgearbeitet. Sie zeichnet sich insbesondere durch die administrative Einfachheit aus. Sie löst das langjährige Verrechnungssteuerproblem im Zinsbereich effektiv und schneidet dabei gegenüber anderen Varianten mit einem deutlich besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis ab. Der Schweizer Fremdkapitalmarkt wird gestärkt. Die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen setzt zudem einen Anreiz, konzerninterne Finanzierungsaktivitäten vermehrt in der Schweiz durchzuführen. Insgesamt stärkt die Reform den Fremdkapitalmarkt und wird mittel- und langfristig Wertschöpfungs- und Beschäftigungsimpulse in der Schweiz auslösen.

Für uns, die FDP-Liberale Fraktion, ist diese Reform dringend und längst fällig. Sie hat eine hohe Bedeutung für den Standort Schweiz. Die Akzeptanz der Vorlage bei den betroffenen Wirtschaftsakteuren und die Mehrheitsfähigkeit im Parlament stehen im Zentrum. Das alles erfüllt diese Vorlage.

Wir bitten Sie deshalb, auf diese Gesetzesänderung einzutreten.

Matter Thomas (V, ZH): Die SVP-Fraktion begrüsst die vorliegende Verrechnungssteuerreform. Diese wird den Standort Schweiz, den Fremdkapitalmarkt, den Schweizer Kapitalmarkt überhaupt, den Industrie- und Unternehmensstandort und unseren Werkplatz ganz allgemein stärken.

Die weitgehende Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen und die Anpassungen bei der Umsatzabgabe werden mittelfristig uns allen, der gesamten Schweizer Bevölkerung, weit mehr nützen als schaden. Gerade nach der schwierigen Zeit der Covid-Krise gilt es, alles zu beseitigen, was die Entwicklung unserer Volkswirtschaft hemmt. Davon profitiert nicht nur der Finanzplatz, sondern der Schweizer Werkplatz ganz allgemein.

Ursprünglich hat der Bundesrat in seiner Botschaft geschätzt, dass statische Mindereinnahmen von knapp 200 Millionen Franken anfallen werden. Nachdem die SVP-Delegation in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben den Bundesrat beauftragt hat, auszurechnen, um wie viel billiger sich die Körperschaften Bund, Kantone und Gemeinden durch den Wegfall der Verrechnungssteuer finanzieren können, kam der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Finanzdepartement auf eine mittlere Schätzung von 120 Millionen Franken pro Jahr. Somit wird also selbst der statische Ausfall gering sein. Aus dynamischer Sicht wird der Staat mittel- und langfristig ganz sicher zu Mehreinnahmen und nicht zu Mindereinnahmen kommen, wie hier von linker Seite erzählt wird.

Wir begrüssen diese Vorlage auch, weil sie mit markanten administrativen Vereinfachungen verbunden ist. Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen Eintreten und ersucht Sie, in der Detailberatung sämtliche Mehrheitsanträge zu unterstützen.

Eines möchte ich aber als Sprecher meiner Fraktion mit aller Entschiedenheit klarstellen: Sollten in der Detailberatung Anträge, die das Bankkundengeheimnis abschwächen und aufweichen, eine Mehrheit finden, wird die SVP-Fraktion die Vorlage konsequent ablehnen, genau wie sie es schon beim letzten Versuch getan hat.

Die SVP-Fraktion wird bei diesem Geschäft nicht zu jedem Minderheitsantrag sprechen. Wir unterstützen die Anträge der Mehrheit, die diese Reform auf kleinerer Ebene ohne wesentliche Kostenfolgen zusätzlich verbessert.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Die grünliberale Fraktion wird die Vorlage des Bundesrates zur Stärkung des Fremdkapitalmarkts unterstützen.

Es ist eine Vorlage, welche mittlerweile eine lange Vorlaufzeit hat. Sie steht in einem Spannungsfeld zwischen der Sicherung der Steuereinnahmen, also dem Vermeiden von Steuerhinterziehung, zum Ersten, einer guten Fremdkapitalfinanzierung, also einer Frage des Finanzplatzstandortes, zum Zweiten und Steuererträgen des Bundes zum Dritten. Es gilt, diese Ziele einer möglichst hohen Sicherheit bei gleichzeitig hoher Wertschöpfung und des Ansiedelns von Beschäftigungseffekten in der Schweiz möglichst gleichzeitig zu erreichen, damit im Sinne einer lohnenswerten Investition auch Mindereinnahmen aufgefangen werden. Hier gilt es, eine Balance



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2021 • Elfte Sitzung • 28.09.21 • 08h00 • 21.024
 Conseil national • Session d'automne 2021 • Onzième séance • 28.09.21 • 08h00 • 21.024



zu finden. Das ist nicht einfach. Das zeigt auch die Tatsache, dass verschiedene Reformschritte gemacht wurden, bis wir jetzt an diesen Punkt gelangten.

Zum ersten Punkt: Die Verrechnungssteuer ist eigentlich eine Sicherungssteuer. Ihr hauptsächliches Ziel ist nicht, Steuererträge zu generieren, sondern Steuerhinterziehung zu vermeiden. Darum wird auf Zinsen, Dividenden, Lotteriegewinnen usw. eine Verrechnungssteuer von 35 Prozent erhoben. Sie wird zurückerstattet, wenn die Erträge in der Steuererklärung deklariert werden. So sichert sie die Besteuerung der inländischen Erträge von Personen mit Wohnsitz in der Schweiz.

Zum zweiten Punkt: Die Nachteile wurden erwähnt. Es geht um ein Liquiditätsproblem: Wenn die Zinsen oder die Dividenden hoch sind und man 65 Prozent ausbezahlt erhält, dann aber noch auf 35 Prozent Liquidität warten muss, dann ist das nicht besonders attraktiv. Es ist vor allem bei einer langfristigen Firmenfinanzierung ungünstig. Internationale Investoren meiden Obligationen, bei denen nur 65 Prozent des Zinses sofort bezahlt werden und der Rest mühsam zurückverlangt werden muss.

Grössere Firmen aus der Schweiz weichen für die Fremdkapitalfinanzierung darum aufs Ausland aus – genau das möchten wir aber eben vermeiden. Sie sehen sich gezwungen, Finanzierungsvehikel wie verrechnungssteuerfreie Obligationen im Ausland auszugeben. Das wird auch international kritisch angesehen, und es treibt Kapital, Arbeitsplätze und Beschäftigungswachstum ins Ausland – genau das möchten wir Grünliberalen nicht. Zum dritten Punkt: Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer belaufen sich im Jahr 2022 auf geschätzte 7 Milliarden Franken. Das ist kein vernachlässigbarer Betrag. Diese Einnahmen stammen von ausländischen Begünstigten, welche die Verrechnungssteuer in vielen Konstellationen nicht oder nur teilweise zurückfordern können oder bei welchen die Rückforderung der Verrechnungssteuer ausbleibt. Das kann aus Nachlässigkeit, wegen dem Aufwand oder eben auch aus Gründen der Steuerhinterziehung passieren.

Im Idealfall trifft die Schätzung zu, wonach die Reform, dynamisch betrachtet, aufgrund von Wertschöpfungs- und Beschäftigungsimpulsen ein sehr attraktives Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist. Beim Bund dürfte die Reform nach etwa fünf Jahren selbstfinanzierend sein, für die Kantone und

AB 2021 N 1945 / BO 2021 N 1945

Gemeinden bereits früher. Es finden ja schon seit zehn Jahren Reformversuche statt. Man will die Nachteile der Verrechnungssteuer weghaben, ohne die Vorteile, den Sicherungszweck, ganz aufzugeben. Sämtliche geprüften Varianten – Stichwort: Zahlstellenprinzip – wie auch der Status quo sind massiv komplizierter und kostspieliger als das, was jetzt beantragt wird, oder eben, siehe Meldeverfahren, nicht mehrheitsfähig.

Die Vorlage des Bundesrates verzichtet jetzt, anders als noch in der Vernehmlassung, auf eine Ausweitung der Sicherung der Zinsanlagen auf ausländische Titel. Diese sind heute schon ungesichert, das ist korrekt. Die Vorlage hat gemäss Bundesrat immer noch ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Materiell ist der Verzicht auf die Stärkung des Sicherungszwecks zwar bedauerlich, aber vertretbar. Es ist ein geringer Teil, der nicht gesichert ist. Politisch dürfte das aber ein schwieriges Zeichen sein. Die Ausgewogenheit fällt weg, und das schmälert unseren Enthusiasmus ein bisschen. Wir würden gerne das eine tun, ohne das andere zu lassen. Für uns überwiegt aber, dass Teile der Nachteile der Verrechnungssteuer wegmüssen. Für uns ist die Perspektive der Unternehmen, der Beschäftigungseffekte, der Wertschöpfung, die in der Schweiz anfallen soll, das Überwiegende. Wir werden darum eintreten und die Vorlage unterstützen.

Ein Teil der Fraktion wird aber den Antrag der Minderheit Badran Jacqueline auf Rückweisung und Einführung eines Meldeverfahrens unterstützen. Unsere Fraktion hat in dieser Frage in den letzten Jahren einen gewissen Wandel durchgemacht und eine Offenheit entwickelt. Ein Teil priorisiert mittlerweile klar ein Meldeverfahren. Das System ist einfacher, das Sicherungsziel wird erfüllt, und als Anleger oder Anlegerin verliert man keine Liquidität. Das sind die Gründe. Der andere Teil der Fraktion macht eine andere Beurteilung, möchte weiterhin keinen automatischen Informationsaustausch im Inland und wird dementsprechend die Rückweisung ablehnen.

In der Detailberatung werden wir im Wesentlichen die Version des Bundesrates unterstützen. Wir wollen eine schlanke Reform, die nicht noch zu weit angereichert werden sollte, mit Punkten, die sicherlich auch eine gute Idee, aber nicht unbedingt Kern der Vorlage sind. Wir möchten, dass die Reform gelingt. Das ist der Grund. Wir möchten Ihnen aber auch noch eine Einschränkung beliebt machen, um ein noch besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erreichen. Es liegt ein Einzelantrag Gredig vor, welcher die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen auf Neuemissionen beschränken möchte. Die Aufhebung der Verrechnungssteuer auf bereits emittierten Anleihen ist mit erheblichen Steuerausfällen verbunden, ohne dass damit positive Wirtschaftsanreize gesetzt würden. Ich werde diesen Einzelantrag in Block 2 noch erläutern.

Wir werden eintreten und zum Teil den Antrag der Minderheit Badran Jacqueline auf Rückweisung und Einführung eines Meldeverfahrens unterstützen.





Maurer Ueli, Bundesrat: Sie haben es gehört, die Vorlage hat eine lange Geschichte. Sie behandeln Vorstösse, die in den Jahren 2011, 2015 und 2017 eingereicht wurden. Man könnte also sagen, dass im Laufe der Zeit der Berg eine Maus geboren hat. Was heute vorliegt, ist nicht mehr so, wie es war, als Sie es einmal gefordert haben.

Um das auch noch zu sagen: Nicht ich bin es, der Ihnen auf Biegen und Brechen, wie Frau Ryser das gesagt hat, etwas verkaufen will, sondern wir erfüllen schlicht und einfach Aufträge des Parlamentes, die uns gegeben wurden. Was wir Ihnen vorlegen, hat alle Prozesse unseres demokratischen Systems – Vernehmlassung usw. – durchlaufen. Es ist also eine ausgewogene Vorlage, die von der Mehrheit so akzeptiert wird.

Um was geht es, ganz kurz gesagt? Es geht darum, dass Finanzierungsgeschäfte, die heute im Ausland stattfinden, in die Schweiz zurückkommen. Das ist der Sinn und Zweck der Vorlage. Wir möchten also Arbeit und Finanzierungsgeschäfte in die Schweiz zurückholen. Heute finden diese Geschäfte im Ausland statt, weil es dort bessere steuerliche Rahmenbedingungen gibt. Die Vorlage will die Rahmenbedingungen in der Schweiz verbessern, sodass diese Finanzierungsgeschäfte zurückkommen. Das ist auch die Gesamtsicht, die der Bundesrat im Auge hat, wie sie auch von Ihnen gefordert wurde. Wir werden, wie gesagt wurde, kurzfristig etwas verlieren, aber wir gehen davon aus, dass durch das Zurückholen der Geschäfte in die Schweiz schon nach fünf Jahren der positive Effekt in unserem Land grösser ist; in den Kantonen und Gemeinden dürfte dieser Effekt noch früher eintreffen.

Insgesamt ist es also eine Vorlage, die absolut im Plus liegt. Es wird mehr Arbeit und Einkommen in der Schweiz geben. Die Aussagen, die hier gemacht wurden, wonach die Vorlage Hunderte von Millionen Franken koste, ist schlichtweg falsch. Es ist eine Vorlage, die den Wirtschafts- und Finanzierungsstandort Schweiz stärkt. Hier wieder das grosse Bild: Die Schweiz ist im Fremdkapitalmarkt eigentlich unterentwickelt; zu wenige solcher Finanzierungen finden in der Schweiz statt. Sie wandern ins Ausland ab, und damit geht auch Schweizer Geld ins Ausland. Mit dieser Aktion, mit dieser Gesetzesänderung möchten wir das zurückholen.

Es gibt zwei Elemente in diesem Bereich, das sind die Verrechnungssteuer und die Umsatzabgabe. Zuerst kurz zur Verrechnungssteuer: Wir kennen das, der Fremdkapitalmarkt wird mit einer Verrechnungssteuer von 35 Prozent auf inländischen Obligationenzinsen belastet. Diese 35 Prozent können zurückgefordert werden. Das ist das, was ausländische Kapitalgeber stört. Sie geben Geld, eine Steuer wird zurückbehalten, die sie dann später wieder einfordern müssen. Das ist im Ausland nicht so, es ist dort entsprechend einfacher. Das ist ein wichtiger Grund, warum diese Finanzierungen eben nicht in der Schweiz stattfinden, und aus diesem Grund möchten wir hier auf die Verrechnungssteuer verzichten.

Parallel dazu geht es um die Umsatzabgabe. Sie haben es gehört: Es ist auch ein Hindernis für den Handel mit Obligationen, wenn hier noch eine Umsatzabgabe bezahlt werden muss. Also versuchen wir, die Hindernisse, die heute in der Schweiz bestehen, abzubauen, auszuräumen, damit es wieder interessant wird, in der Schweiz entsprechende Emissionen zu tätigen. Wir haben das auch ausführlich mit den grösseren Unternehmen in der Schweiz besprochen. Diese haben uns eigentlich alle versichert, dass sie diesen Handel zurück in die Schweiz bringen werden, wenn die Möglichkeit besteht. Es stärkt also den Wettbewerb.

Die Zinsen auf den Bankkonti inländischer Personen werden weiter mit einer Verrechnungssteuer belastet. Hier kommen wir zu den Rückweisungsanträgen, die ja ein Meldeverfahren fordern. Der Bundesrat hat das in der Vernehmlassung auch als Variante dargelegt, und es wurde klar abgelehnt. Diese Diskussion führen wir ja schon lange, hier geht es eigentlich um die Frage des inländischen Bankkundengeheimnisses. Das möchte der Bundesrat mit dieser Vorlage nicht antasten. Ich bitte Sie also, die Rückweisungsanträge abzulehnen. Wir haben diese Diskussion mit der Branche wirklich während einiger Zeit geführt, und die Resultate aus der Vernehmlassung waren so eindeutig, dass es wohl keinen Sinn macht, jetzt das Gegenteil von dem zu machen, was die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer gefordert hat. Es waren eine Partei und zwei Kantone, die ein Meldeverfahren gefordert haben. Der Rest hat die Vorlage des Bundesrates, wie sie jetzt vorliegt, entsprechend unterstützt.

Noch zu den Auswirkungen, das wurde jetzt auch mehrmals angesprochen: Wir gehen davon aus, dass es kurzfristig Mindereinnahmen von etwa 170 Millionen Franken gibt, dass es aber bereits nach fünf Jahren ins Positive kippt, weil die Arbeitsplätze zurück in die Schweiz kommen. Es wurde auch von Herrn Matter gesagt, dass durch die Verbesserung des Fremdkapitalmarktes in der Schweiz vermutlich auch die öffentliche Hand die Gelegenheit haben wird, Geld günstiger anzulegen, weil mehr Geld vorhanden sein wird. Wir haben das geschätzt und sind auf einen Umfang von ungefähr knapp 100 Millionen Franken gekommen, in dem dann auch die öffentliche Hand profitieren könnte. Die Vorlage hat eigentlich eine Reihe von möglichen positiven Aspekten; das geht also somit auf.

Noch zu den Rückweisungsanträgen Ryser und Badran Jacqueline: Die Steuerausfälle, die wir berechnet haben, finden Sie in der Botschaft. Das ist eine recht komplexe Rechnung,



AB 2021 N 1946 / BO 2021 N 1946

die sich nicht nur aus Verrechnungssteuern zusammensetzt, sondern auch aus Vermögenssteuern und Einkommenssteuern. Daraus ergibt sich diese Komplexität. Wir gehen davon aus, dass dieser Betrag ins Positive kippen wird.

Es ist auch keine Vorlage für den Prinzen von Katar, wie das Frau Badran gesagt hat. Wir waren ja damals froh, dass im Zusammenhang mit "Too big to fail" die Grossbanken auch ausländische Kapitalgeber gefunden haben, die bereit waren, Risikokapital zu zeichnen. Es war also eine Folge unserer Too-big-to-fail-Auflagen, welche dazu geführt haben, dass ausländische Investoren sich hier beteiligt haben.

Es ist auch kein Geschenk für die Reichen, sondern es ist eine Verbesserung für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Das Paket als Ganzes ist ausgeglichen. Es gibt nicht Hunderte von Millionen Franken Ausfälle, sondern wir erfüllen Ihren Auftrag – stark reduziert aufgrund der Geschichte, die dahintersteckt. Es ist eine vernünftige Vorlage mit einem insgesamt positiven Aspekt für den Finanzplatz und Wirtschaftsstandort Schweiz, wie das schon mehrmals gesagt wurde. In Bezug auf diese positiven Aspekte gibt es durchaus Studien; wir haben in der Kommission darauf hingewiesen.

Das wären die Gründe, und ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Rytz Regula (G, BE): Herr Bundesrat Maurer, Sie haben jetzt mehrmals mit dem volkswirtschaftlichen Nutzen dieser Vorlage argumentiert. Können Sie der Öffentlichkeit sagen, wie viele Arbeitsplätze mit dieser Vorlage in der Schweiz genau geschaffen werden, und vielleicht auch noch, ob diese Arbeitsplätze mit einheimischen Fachkräften besetzt oder ob einfach jene von Luxemburg in die Schweiz gezügelt werden?

Maurer Ueli, Bundesrat: Eine genaue Zahl kann ich Ihnen nicht sagen, wir gehen aber natürlich davon aus, dass es relativ viele Arbeitsplätze sein werden, je nachdem, in welchem Umfang und in welcher Reihenfolge diese Geschäfte dann wieder in der Schweiz abgewickelt werden. Im Bankenbereich haben wir eigentlich grossmehrheitlich einheimische Arbeitskräfte. Wir haben ja gerade im Bankenbereich in letzter Zeit viele Arbeitskräfte verloren, weil die Banken an Geschäftsumfang eingebüsst haben. Das würde ihnen helfen, einen Teil des verlorenen Geschäftsumfangs wieder aufzustocken. Damit ist es eben durchaus möglich, dass die Leute – das sind Schweizer –, die bei den Banken aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre, wie etwa des Verlusts des Bankkundengeheimnisses, einen unsicheren Arbeitsplatz oder keinen mehr haben, wieder eine sichere Stelle in ihrem angestammten Bereich finden. Es ist also auch für Schweizer auf dem Arbeitsmarkt eine positive Entwicklung.

Müller Leo (M-E, LU), für die Kommission: Nachdem Sie jetzt die Begründungen der Minderheitsanträge sowie die Fraktionsvoten gehört haben, lässt sich festhalten, dass es eigentlich vier Punkte gibt, die intensiv diskutiert worden sind und diskutiert werden, was auch in der Kommission der Fall gewesen ist.

1. Zur Steuerlücke: Auch in der Kommission wurde geltend gemacht, dass diese zu relativieren sei. Schliesslich würden 95 bis 98 Prozent der Zahlungen, die mit Verrechnungssteuer belastet seien, von Bankguthaben und Dividenden stammen. Dort werde sich nichts ändern. Eine Steuerlücke würde somit einen nur sehr kleinen Bereich betreffen.

2. Zur Zahlstelle: Diese haben wir jetzt jahrelang diskutiert, auch in der Kommission sehr intensiv wie auch in der Subkommission. Nach diesen wirklich umfangreichen Abklärungen ist die Mehrheit zum Schluss gekommen, dass wir dieses Thema jetzt ad acta legen sollen, weil die Zahlstelle zum einen finanziell und zum andern auch administrativ sehr aufwendig ist.

3. Zum Meldeverfahren: Jene, die sich schon länger mit diesem politischen Geschäft befassen und schon länger Mitglied dieses Rates sind, wissen, dass der Bundesrat das Steuerstrafrecht hat verschärfen wollen, worauf Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt worden sind. Man hat sich dann darauf geeinigt, dass der Bundesrat auf die Verschärfung des Steuerstrafrechts und insbesondere auf die Einführung eines Meldeverfahrens verzichtet, wonach die Initianten ihre Initiative zurückziehen konnten. Dieses gegenseitige Vertrauensverhältnis besteht noch heute.

4. Zu den Finanzen: Wir haben das auch in der Kommission diskutiert, und Sie haben es bereits vom Bundesrat gehört, dass die Revision einen doppelten Effekt erzeugt. Einerseits bewirken wir, dass Mehreinnahmen beim Bund generiert werden können, und zwar bei den Gewinnsteuern, bei den Einkommenssteuern und bei der Mehrwertsteuer. Andererseits wird auch das BIP-Wachstum, also das Wirtschaftswachstum, zunehmen.

In diesem Sinne ist die Kommission grossmehrheitlich zum Schluss gekommen, auf diese Vorlage einzutreten. Ich bitte Sie, Gleiches zu tun.



Amaudruz Céline (V, GE), pour la commission: Je serai très brève, parce que j'ai déjà développé la position de la majorité et des minorités. C'est donc par 17 voix contre 4 et 4 abstentions que la commission vous demande d'entrer en matière. Pourquoi? Je le répète brièvement. C'est un projet clef pour la Suisse, en tant que site d'implantation et pour la place fiscale. C'est une façon d'assurer la création de valeur en Suisse qui a également un effet financier bénéfique. Cette réforme est attendue en Suisse depuis plus de dix ans. Il faut rappeler qu'il convient de se concentrer sur des réformes bénéficiant à l'économie dans son ensemble, pour soutenir la reprise économique.

Au nom de la commission, je vous demande d'entrer en matière et de rejeter les deux propositions faisant l'objet de minorités, qui ont été rejetées par 17 voix contre 8. Je vous rappelle rapidement les arguments de la minorité: elle craint la soustraction fiscale et que cette réforme péjore davantage la situation financière de la Confédération, déjà mise à mal par le coronavirus.

Je vous remercie de bien vouloir entrer en matière.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Nichteintretensantrag ist zurückgezogen worden. Da sich die zwei Anträge auf Rückweisung ausschliessen, werden sie in der Abstimmung einander gegenübergestellt.

Erste Abstimmung – Premier vote
(namentlich – nominatif; 21.024/23752)
Für den Antrag der Minderheit Ryser ... 127 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit Badran Jacqueline ... 52 Stimmen
(8 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote
(namentlich – nominatif; 21.024/23753)
Für den Antrag der Minderheit Ryser ... 66 Stimmen
Dagegen ... 120 Stimmen
(0 Enthaltungen)

**Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
Loi fédérale sur l'impôt anticipé (Renforcement du marché des capitaux de tiers)**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ersatz von Ausdrücken

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction, remplacement d'expressions

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

AB 2021 N 1947 / BO 2021 N 1947

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Detailberatung wurde in zwei Blöcke aufgeteilt. Eine Übersicht darüber wurde Ihnen verteilt.

Block 1 – Bloc 1

*Verrechnungssteuergesetz
Loi fédérale sur l'impôt anticipé*





Ryser Franziska (G, SG): Die Verrechnungssteuer dient der Steuerehrlichkeit. Sie ist eine reine Sicherungssteuer. Wer seine Vermögenseinnahmen korrekt anmeldet, erhält die Verrechnungssteuer wieder zurück. Wir Grünen finden es deshalb falsch, diese Sicherungssteuer für Unternehmen und ausländische Anlegerinnen und Anleger abzuschaffen, ohne diese Lockerungen im Steuersicherungssystem zu kompensieren.

Ich habe es in der Eintretensdebatte bereits gesagt: Der Entwurf des Bundesrates ist sehr einseitig. Und trotzdem hat die Kommissionsmehrheit noch an verschiedensten Orten zusätzliche Lockerungen eingebaut, die neue "Steuerungsumgehungs-Trickli" ermöglichen. So auch in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d: Die Kommissionsmehrheit will die Verrechnungssteuer auf Ersatzzahlungen ausschliesslich auf inländische Finanzintermediäre beschränken.

Ich bitte Sie, meiner Minderheit zu folgen und diese Einschränkung abzulehnen. Hier soll eine heute bewährte Praxis der Steuerverwaltung aufgehoben werden.

Um was geht es? Es geht hier nicht um den Fremdkapitalmarkt, der im Zentrum dieser Vorlage steht, sondern um Dividenden, auf denen die Verrechnungssteuer weiterhin normal zu entrichten ist. Bei Wertpapierleihen werden Wertpapiere wie Aktien über einen bestimmten Zeitraum "ausgeliehen". Fallen in dieser Zeit Erträge an, so gehören diese dem ursprünglichen Besitzer. Der Entleiher überweist dem Verleiher nach Ablauf der Frist also nicht nur die Wertpapiere, sondern auch alle Erträge, beispielsweise Dividenden, die in dieser Zeit angefallen sind. Dafür werden künstliche Dividendenzahlungen getätigt. Diese Dividendenzahlungen gibt es dann also zweimal: ein erstes Mal vom Unternehmen an den aktuellen Besitzer und ein zweites Mal vom Entleiher an den Verleiher. Die Steuerverwaltung sieht aber nicht, welche die ursprüngliche Dividendenzahlung mit Verrechnungssteuer und welche nur die künstliche Dividendenzahlung ohne Verrechnungssteuer war. Bei beiden Dividendenzahlungen schickt die Zahlstelle ganz normal einen Rückerstattungsantrag für die Verrechnungssteuer mit. Findige Steueroptimiererinnen und Steueroptimierer können nun zweimal die Verrechnungssteuer zurückfordern, obwohl diese nur einmal abgeführt wurde.

Dieses Problem ist nicht neu, und die Lösung dafür ist auch schon bekannt: Es wird einfach auf beiden Dividenden die Verrechnungssteuer erhoben. Dann kann auch auf beiden Zahlungen die Verrechnungssteuer zurückgefordert werden. Das ist heute bereits gelebte Praxis, die nun im Gesetz festgehalten werden soll. Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat dieses Vorgehen mit den betroffenen Banken entwickelt und setzt es seither mehr oder weniger erfolgreich um.

Die Kommissionsmehrheit will dieses Vorgehen nun aber auf inländische Finanzinstitute beschränken. Das Resultat? "Securities lendings" könnten so einfach über ausländische Institute abgewickelt werden, und die Verrechnungssteuer könnte ohne Probleme zweimal zurückgefordert werden – ein weiteres Einfallstor für kreative Steuerungsumgehungsaktivitäten.

Es geht hier um ein Problem, das bereits bekannt ist und für welches eine praktikable Lösung existiert. Für diese Praxis soll jetzt einfach eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden, damit diese auch gegenüber ausländischen Finanzinstituten mit einer höheren Compliance umgesetzt werden kann. Es wäre verantwortungslos, hier bewusst einen neuen Spielraum zu schaffen, um die Verrechnungssteuer auf Dividenden zu umgehen.

Ich bitte Sie daher, meiner Minderheit und damit dem Bundesrat zu folgen.

Wermuth Cédric (S, AG): Der Mehrheitsantrag zu Artikel 5c Buchstabe d ist jetzt eben einer, der unter das Stichwort "Büchse der Pandora" fällt. Worum geht es?

Die Mehrheit möchte, dass die Entlastung in Sachen Verrechnungssteuer auf Zinsen und Obligationen auch bei kollektiven Kapitalanlagen, also Fonds, zum Tragen kommt. Das Problem ist im Kern, dass die Mehrheit hier natürlich ein sehr gutes Argument hat: Es ist tatsächlich schwierig zu argumentieren, warum kollektive Kapitalanlagen nicht mit in die Vorlage genommen worden sind. Wenn Sie die Vernehmlassungsunterlagen und die Unterlagen, die der Kommission bei den Hearings zur Verfügung gestanden haben, anschauen, dann sehen Sie, dass es zehn bis fünfzehn weitere Begehrlichkeiten gibt, die sich problemlos in die Argumentation dieser Botschaft einreihen liessen.

Das ist genau das, wovon wir von Anfang an gewarnt haben. Wir wissen alle, wie sich die Vorlage nach der Verabschiedung dieses ersten Teils weiterentwickeln wird: Es wird eine Reihe solcher Begehrlichkeiten geben. Wir beantragen Ihnen deshalb ganz grundsätzlich, die Ausweitung der bundesrätlichen Vorlage so gering wie möglich zu halten. Wenn es wirklich darum geht, eine möglichst schlanke Vorlage zu haben, die sich auf die Frage der Zinserträge bei inländischen Obligationen, die Stärkung des Fremdkapitalmarktes hier in der Schweiz beschränkt, wie es offiziell als Ziel der Botschaft ausgegeben ist, dann müssen wir das auch konsequent zu Ende denken und zu Ende führen, sonst hält die Vorlage nicht mehr das ein, was sie verspricht. Zudem ist in der Kommission bei der Behandlung genau solcher Anträge, wie sie hier nun als Mehrheitsanträge



gestellt werden, klargeworden, dass sie in ihrer Wirkung höchst umstritten sind. Es ist völlig unklar, ob die administrative Belastung es wirklich zulassen würde, dass es zu einem Mehrwert kommt. Man müsste bei solchen Fonds neu auch eine separate Ausweisung der Erträge aus Zinsen von Obligationen machen. Artikel 5c Buchstabe d würde nach Schätzung des Departements doch immerhin zusätzliche Ausfälle von rund 10 Prozent oder mehr der gesamten Ausfälle dieser Vorlage generieren.

Wir bitten Sie deshalb, wenn schon, beim engen Sinn dieser Vorlage zu bleiben und alle erweiterten Anträge, darunter der Mehrheitsantrag zu Artikel 5c Litera d, abzulehnen.

Birrer-Heimo Prisca (S, LU): Die Mehrheit der Kommission hat mit Artikel 20b einen Passus eingefügt, der besagt, dass allein aufgrund von Formmängeln keine Verrechnungssteuerforderung erhoben wird, wenn erkennbar ist oder die steuerpflichtige Person nachweist, dass dem Bund durch die Nichteinhaltung einer Formvorschrift kein Steuerausfall entstanden ist. Eine analoge Formulierung in Artikel 33a besagt, dass die Rückerstattung in solchen Fällen nicht verweigert wird.

Jetzt tönt das sympathisch: Formmängel sind Bagatellfälle, da soll man nicht so kompliziert tun. Genau diese Frage wurde bei der letzten Revision des Verrechnungssteuergesetzes 2018 hier drin und im Ständerat ausführlich diskutiert. Wir haben damals eine Bestimmung zur Verwirkung eingefügt, die ganz klar besagt, dass eben diese Verwirkung nicht eintritt, wenn bei der Steuererklärung – beim Ausfüllen, beim Rückfordern – Fehler gemacht wurden.

Ich habe die Voten der damaligen Debatten angeschaut. Bundesrat Maurer und die Kommissionssprecher haben damals mehrfach erklärt, worum es geht. Das Ziel ist das folgende: Wenn beim Ausfüllen einer Steuererklärung ein Fehler passiert, dann soll die Verrechnungssteuer trotzdem zurückerstattet werden können. Dann ging es noch um die Frage, ob das bei fahrlässigem oder auch bei vorsätzlichem Vorgehen gilt. Es war klar, dass es nur um das fahrlässige Vorgehen geht.

Es stellt sich nun die Frage: Was bringt der Antrag der Mehrheit in diesem Entwurf zusätzlich? Der Antrag lag in der Kommission vor. Die Verwaltung hat gesagt, sie könne eigentlich nicht abschätzen, was die neuen Bestimmungen noch sollen und was die Auswirkungen wären; man habe das Anliegen schon in Artikel 23 reguliert. Darin geht es ganz klar auch

AB 2021 N 1948 / BO 2021 N 1948

darum, dass man Bagatellfälle, wie falsch ausgefüllte Formulare, abgedeckt hat.

Die Kommission fügte hier also etwas ein, das schon geregelt ist, das im geltenden Recht sogar viel besser geregelt ist. Sie weiss selber nicht so ganz genau, was dann alles noch unter die neuen Bestimmungen fallen könnte. Die konkreten Auswirkungen sind unklar. Das macht eine Mehrheit, die hier drin immer und immer wieder proklamiert, dass man Gesetze nicht mit unnötigen zusätzlichen Formulierungen ausweiten soll, dass man eine schlanke Gesetzgebung machen und sie vereinfachen soll. Genau das wird immer wieder gefordert, mit dem Antrag der Mehrheit hier aber eigentlich ganz klar unterlaufen.

Ich bitte Sie, diese Ausweitung abzulehnen. Diese Sache ist bereits geregelt. Wenn irgendwo tatsächlich eine Lücke sein sollte – was bis jetzt niemand darlegen konnte –, dann könnte das der Ständerat ja noch anschauen. Es macht aber wirklich keinen Sinn, jetzt hier mit Blick auf ein Ziel, das es eigentlich gar nicht mehr gibt, etwas zu regulieren.

Ich bitte Sie, das abzulehnen.

Matter Thomas (V, ZH): Gemäss der bundesrätlichen Botschaft unterliegen Erträge von inländischen Fonds – anders als jene von ausländischen Fonds – weiterhin der Verrechnungssteuer. Bedauerlich ist, dass der Bundesrat im Zuge der laufenden Reform nicht auch das Verrechnungssteuerregime für Anlagefonds an die Hand genommen hat. Diese Reform schwächt den schweizerischen Fondsplatz. Schweizer Fonds sind im Vergleich zu ausländischen Fonds schon heute klar benachteiligt, und der Fondsstandort Schweiz ist unterentwickelt und geschwächt. Wird die Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen abgeschafft, verschärft dies die Situation für Fonds zusätzlich.

Ein möglicher Ansatz, um dies zu korrigieren, wäre, die Ausschüttung von Erträgen aus Anlagefonds nur noch so weit der Verrechnungssteuer zu unterstellen, als die Fonds selbst die Verrechnungssteuer zurückfordern. Nach Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen beträfe dies im Wesentlichen noch die Verrechnungssteuer auf Dividenden von inländischen Gesellschaften. Schweizerische Fonds wären damit aus steuerlicher Sicht gegenüber ausländischen Fonds, wie zum Beispiel jenen in Luxemburg, nicht noch zusätzlich benachteiligt.

Deshalb bitte ich Sie, bei Artikel 5c Buchstabe d die Mehrheit der Kommission zu unterstützen. Bezüglich der



übrigen Minderheitsanträge in diesem Block bitte ich Sie ebenfalls, der Mehrheit zu folgen, und ich bitte Sie, den Einzelantrag Gredig abzulehnen.

Landolt Martin (M-E, GL): Die Mitte-Fraktion wird in Block 1 die Anträge der Kommissionmehrheit unterstützen. Ich möchte Sie hier insbesondere auf Artikel 5c Buchstabe d hinweisen. Es geht dort um eine Präzisierung einerseits und um eine konsequente Umsetzung andererseits. Wenn künftig bei inländischen Obligationen keine Verrechnungssteuer mehr abgezogen wird, so soll dies sinngemäss auch bei entsprechenden Kollektivanlageprodukten, also Anlagefonds, der Fall sein. Es wäre insbesondere für Kleinanlegerinnen und Kleinanleger schwer verständlich, wenn sie bei einem Obligationenfonds die Verrechnungssteuer zurückfordern müssten, obschon im Fonds selbst keine verrechnungssteuerpflichtigen Anlagen mehr drin sind.

Mit den Artikeln 20b und 33a empfehlen wir Ihnen sogenannte Pragmatismusartikel, wie wir sie schon von der Mehrwertsteuergesetzgebung her kennen. Es ist weder im Sinne des Erfinders, sprich der Verrechnungssteuer, noch im Sinne der Bürgerfreundlichkeit, wenn Formfehler im Sinne von Bagatellfällen dazu führen, dass eine Rückerstattung nicht gewährt wird. Wenn jemand einen Unterlassungs- oder Formfehler macht, ohne dabei einen logischen Nutzen für sich erzielen zu wollen, dann muss er nicht vom Staat bestraft werden. Menschen machen nun einmal Fehler, und gerade die steuerlichen Bereiche sind derart komplex geworden, dass eben nicht wenige Steuerpflichtige sehr rasch auch überfordert sind. Diesen Menschen wollen wir mit der Ergänzung in Form der beiden besagten Artikel einen Schritt entgegenkommen.

Den Einzelantrag Gredig werden wir vorerst nicht unterstützen. Er war in der Kommission nicht Bestandteil der Diskussionen. Wir haben aber nichts dagegen, wenn der Ständerat sich nochmals mit dieser Frage befasst. Ich bitte Sie also im Namen der Mitte-Fraktion, jeweils den Anträgen der Mehrheit zuzustimmen.

Schneeberger Daniela (RL, BL): Die FDP-Liberale Fraktion wird in Block 1 den Anträgen der Mehrheit folgen, und wir bitten Sie, das auch zu tun.

Wir unterstützen insbesondere, dass bei Artikel 5c Buchstabe d zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen auch Zinserträge von schweizerischen Anlagefonds von der Verrechnungssteuer ausgenommen werden. Um eine weitere Schwächung des Fondsmarkts zu verhindern, müssen direkte und indirekte Anlagen bei der Reform der Verrechnungssteuer gleich behandelt werden. Eine Ungleichbehandlung wird dazu führen, dass Investitionen in Schweizer Obligationen künftig primär über ausländische Fonds, jedoch kaum mehr über Schweizer Fonds erfolgen werden.

Die bundesrätliche Haltung blendet auch Chancen aus, die eine umfassende Befreiung von der Verrechnungssteuer mit sich bringt. Die Schweiz gehört zu den wichtigsten Vermögensverwaltungsstandorten sowohl für schweizerische als auch für ausländische Anlegerinnen und Anleger. Würden Erträge aus Schweizer Fonds ebenfalls von der Verrechnungssteuer befreit, würde ein Anreiz geschaffen, vermehrt in Schweizer Fonds zu investieren. Das würde die Schweiz als Wirtschaftsstandort insgesamt zusätzlich stärken. Von dem her können wir die ursprüngliche Haltung in der bundesrätlichen Vorlage nicht nachvollziehen.

Wir bitten Sie also, in diesem Block den Anträgen der Mehrheit zu folgen.

Badran Jacqueline (S, ZH): Schon bezüglich der Rückweisung habe ich erwähnt, dass es sich bei dieser Vorlage um eine lange Reihe von Bestellungen seitens der Kapitaleigentümer handle. In diesem Block hat es nun sozusagen eine Unterbestellung in unser Gesetz geschafft. Die Kollektivanlagen, sprich die Fondsbetreiber, haben bestellt, dass auch sie von der Verrechnungssteuer befreit werden sollen, was man dann auch ins Gesetz aufgenommen hat – ohne Vernehmlassung, ohne anständige Kostenfolgenabschätzung, ohne Wirkungsanalyse!

Herr Ritter läuft jetzt gerade den Gang hinunter. Bei anderen Gesetzen beruft er sich jeweils darauf, dass etwas nicht vernehmlasst wurde, auch wenn es vernehmlasst wurde. Wenn aber das Kapital, wie im vorliegenden Fall, bestellt, kann man das, ohne irgendwie eine Ahnung davon zu haben, was man eigentlich tut, gerne auch mal ins Gesetz schreiben, und dies – das finde ich doch schon bemerkenswert –, obwohl Steuerhelfer null und nichts von einer Verrechnungssteuerbefreiung haben; vielmehr werden nur potenzielle Steuerhinterzieher oder -betrüger begünstigt.

Wieso in aller Welt sollten wir das hier tun, zumal es sowohl für die Steuerverwaltung als auch für die Fonds selber eine gigantische Bürokratie bedeuten würde? Fonds müssten die Kapitalgewinne und Zinsen nämlich separat ausweisen, die Ausschüttung würde über einen neu zu schaffenden separaten Coupon erfolgen, die gemischten Fonds müssten Aktien- und Obligationenerträge separat ausweisen, der Fonds bzw. die Depotbank müsste im Falle ausländischer Anleger – nicht aber bei inländischen Anlegern – eine Meldung im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs erstatten. Was für eine Bürokratie und Separierung, was für eine drastische Ungleichbehandlung in- und ausländischer Anleger, und das mit dem einzigen Grund, mit dem al-



lereinzigen Grund, Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug zu ermöglichen! Ansonsten gibt es keinen Grund, dies zu tun.

Zum Antrag der Minderheit Birrer-Heimo: Leo Müller hat ausgeführt, dass die Regelung gemäss Mehrheit eigentlich schon bestehe; das sei in einer der 22 Revisionen des Verrechnungssteuergesetzes eigentlich bereits geregelt worden, und zwar im Jahre 2019. Ich lese vor: "Der

AB 2021 N 1949 / BO 2021 N 1949

Anspruch auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer verwirkt trotz fehlender Deklaration der Einkünfte oder Vermögen in der Steuererklärung dann nicht, wenn die Nichtdeklaration fahrlässig war und die Nachdeklaration oder die Aufrechnung durch die Steuerbehörde vor Eintritt der Rechtskraft eines Veranlagungs-, Revisions- oder Nachsteuerverfahrens erfolgt." Also, ich weiss eigentlich nicht, wo hier Handlungsbedarf besteht. Denkt man, dass man das einmal nachmeldet, weil man es vielleicht doch entdecken könnte, worauf man dann trotzdem noch verrechnungssteuerfrei sein will? Dabei sollte man doch einfach bedenken, dass Steuerehrliche überhaupt kein Problem haben. Es ist somit völlig unnötig, diese Regelung noch hinzuzupacken. Den Einzelantrag Gredig wird die SP-Fraktion im Sinne einer Schadensbegrenzung unterstützen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Der Bundesrat bittet Sie, bei all diesen Bestimmungen dem Bundesrat und damit den Minderheitsanträgen, wie sie vertreten wurden, zu folgen.

Ich komme zu Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d: Hier geht es um den Einbezug bzw. Nichteinbezug ausländischer Banken. Was wir Ihnen vorschlagen, entspricht einer Festigung der bisherigen Praxis. Wenn Sie der Mehrheit folgen, besteht natürlich die Gefahr, dass diese Geschäfte ins Ausland verlagert werden, weil diese dann über eine ausländische Bank erfolgen könnten.

Sie schliessen hier eine Lücke, und Sie öffnen diese Vorlage nicht weiter. Ich glaube, als Gesamtes ist doch immer im Auge zu behalten, dass wir hier einen Kompromiss suchen, der am Schluss mehrheitsfähig sein soll. Es ist zwar ein Detail, das mit dem Antrag der Mehrheit geregelt werden soll. Frau Ryser hat aber in der Begründung des Antrages ihrer Minderheit gesagt, dass Rückerstattungen zweifach erfolgen könnten. Diese Gefahr bestünde tatsächlich. Der Antrag der Minderheit bzw. der Entwurf des Bundesrates schliesst das eben aus. Man sollte diese Lücke nicht öffnen.

Ich bitte Sie also, hier der Minderheit und dem Bundesrat zu folgen und den Antrag der Mehrheit abzulehnen. Bei Artikel 5c Buchstabe d geht es um die Frage der Fonds. Der Bundesrat hat diese Frage eingehend geprüft und dann verworfen, und zwar insbesondere aufgrund der Komplexität, die damit verbunden wäre. Die Massnahme hätte eine weitere Schwächung des Sicherungszwecks zur Folge. Das möchten wir grundsätzlich verhindern. Gestärkt würde, wenn überhaupt, der Fondsstandort Schweiz und nicht der Fremdkapitalmarkt. Wir möchten uns bei dieser Vorlage auf den Fremdkapitalmarkt beschränken. Es ist aber trotzdem noch fraglich, ob auch der Fondsstandort gestärkt würde, denn es gibt dort insbesondere vonseiten der EU eine starke Regulierung, die dann auch entsprechend abfährt.

Ich bitte Sie also, auch bei Artikel 5c Buchstabe d den bundesrätlichen Entwurf anzunehmen und die Minderheit zu unterstützen.

Ich komme zu den Artikeln 20b und 33a. Den Antrag der Minderheit hat Frau Birrer-Heimo begründet. Das Thema, das hier aufgenommen wird, der Formmangel, war kein Thema in der Botschaft und ist in der Kommission aufgekommen. Es hat auch keinen Zusammenhang mit der Stärkung des Fremdkapitalmarkts und gehört daher aus unserer Sicht auch nicht in diese Vorlage.

Was auch zu bemerken ist: Bei der Verrechnungssteuer gilt, dass formelle Fehler, wie beispielsweise eine fehlende Unterschrift im Formular, fehlende Beilagen usw., nicht zur Nacherhebung führen. Eine Nacherhebung alleine aufgrund von Formmängeln ist im Verrechnungssteuergesetz also eigentlich schon ausgeschlossen. Damit sind wir der Meinung, dass bei den Artikeln 20b und 33a nicht der Mehrheit gefolgt und ein sozusagen artfremder Artikel aufgenommen werden muss.

Ich bitte Sie hier ebenfalls, dem bundesrätlichen Entwurf zu folgen, den Antrag der Mehrheit abzulehnen und dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Dann liegt noch der Einzelantrag Gredig zu Artikel 70e vor. Die Mindereinnahmen sollen mit diesem Antrag etwas geglättet werden. Aus unserer Sicht ist dieser Antrag aber eigentlich nicht notwendig, weil wir die Kantone ja nicht einbeziehen konnten und weil diese für die Rückerstattung der Verrechnungssteuer zuständig sind. Wir sind der Meinung, dass die Bestimmung gemäss Antrag Gredig in der Umsetzung mit den Kantonen dann eher fehleranfälliger wäre, ohne dass sie einen Vorteil brächte.

Entsprechend bitten wir Sie also, auch den Einzelantrag Gredig abzulehnen. Sollte der Antrag im Ständerat, wie das angetönt wurde, noch aufgenommen werden, dann kann man das Thema dort noch einmal gründlicher



besprechen. Aber unserer Meinung nach überwiegen die Nachteile die möglichen Vorteile dieses Antrages. Zusammengefasst bitte ich Sie, bei Block 1 dem Entwurf des Bundesrates zu folgen.

Amaudruz Céline (V, GE), pour la commission: Nous nous trouvons au bloc 1, pour lequel trois propositions de minorité ont été déposées. De manière globale, la commission a modifié plusieurs dispositions lors de la discussion par article, évidemment sans remettre en cause la mesure principale du projet.

La première minorité concerne l'article 4 alinéa 1 lettre d. Cette lettre concerne les versements compensatoires. La commission vous propose, par 11 voix contre 10 et 4 abstentions, de rejeter la proposition défendue par la minorité Ryser, qui préfère s'en tenir au projet du Conseil fédéral. Ce dernier souhaite créer une base légale pour la pratique actuelle, qui consiste à prélever l'impôt anticipé également sur les versements compensatoires effectués dans le cadre de prêts et d'emprunts de titres. De l'avis de la commission cependant, l'idée de prélever l'impôt également auprès des débiteurs étrangers n'est ni opportune – le remboursement ne serait pas réglementé –, ni réalisable avec un effort proportionné. Par conséquent, le règlement devrait se limiter aux versements compensatoires effectués par des personnes domiciliées en Suisse.

La deuxième minorité concerne l'article 5c lettre d relatif à l'extension de la réforme de l'impôt anticipé aux fonds de placement. La commission a accepté, par 15 voix contre 8 et 2 abstentions, une proposition qui étend la suppression de l'impôt anticipé aux intérêts des obligations détenues indirectement à travers un fonds de placement suisse, à condition que ces revenus soient comptabilisés séparément. En effet, afin d'éviter des distorsions de concurrence, les revenus d'intérêts de fonds de placement suisses devraient aussi être exonérés de l'impôt anticipé. Les fonds de placement sont tenus de veiller au respect des exigences. Les dividendes distribués restent soumis à l'impôt anticipé, même dans le cadre de fonds de placement. Selon la majorité de la commission, il s'agit donc d'éviter que les fonds de placement suisses ne soient désavantagés par rapport aux fonds étrangers. La minorité Wermuth vous recommande quant à elle de biffer cette disposition.

Enfin, la minorité Birrer-Heimo porte sur les articles 20b et 33a, qui concernent les manquements formels. La commission a en effet adopté, par 17 voix contre 8, une proposition visant à éviter que les seuls manquements formels conduisent à une déduction de l'impôt anticipé ou à un refus de son remboursement, dans les cas où le non-respect d'une prescription formelle n'entraîne aucune perte pour la Confédération. En effet, les manquements formels ne doivent pas, selon la majorité de la commission, restreindre le droit au remboursement anticipé, s'il est clair que le remboursement est en principe justifié et que cela n'entraîne pas de manque à gagner pour la Confédération. Une règle similaire, je tiens à vous le préciser, existe déjà pour la TVA et a fait ses preuves.

La minorité Birrer-Heimo vous propose de biffer les articles 20b et 33a. Je vous remercie de bien vouloir soutenir la majorité de la commission.

Müller Leo (M-E, LU), für die Kommission: Wir haben in diesem Block drei Mehrheits- bzw. Minderheitsanträge sowie den Einzelantrag Gredig zu beurteilen.

Zum ersten Antrag, dieser betrifft Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d: Das Bundesgericht hat im November 2017 entschieden, dass für die Erhebung einer Verrechnungssteuer auf Ersatzzahlungen keine gesetzliche Grundlage bestehe. Daraufhin

AB 2021 N 1950 / BO 2021 N 1950

hat der Bundesrat in der Revisionsvorlage Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d vorgeschlagen. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass damit auch Steuer-Ausländer mit einbezogen würden. Die Mehrheit der Kommission ist deshalb der Meinung, dass hier eine andere Formulierung gegenüber derjenigen des Bundesrates vorgenommen werden soll, nämlich, dass eben die "Erträge aus von einem Inländer geleisteten Ersatzzahlungen" betroffen sein sollen. Diese Präzisierung fand in der Kommission eine Mehrheit mit 11 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Beim zweiten Antrag geht es um Artikel 5c Buchstabe d: Hier soll ein neuer Passus eingeführt werden. Sie haben gehört, dass hier auch die Obligationen von der Verrechnungssteuerpflicht befreit werden, welche nicht direkte Anlagen sind, sondern sich in einem Fonds befinden. Das ist richtig. Es wurde in der Kommission auch diskutiert, dass nicht primär der Finanzmarkt damit gestärkt würde, sondern der Fondsstandort Schweiz, und deshalb beantragt die Kommission mit 15 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dass diese Steuerbefreiung von Obligationen, die sich in Fonds befinden, eingeführt werden soll.

Dann zum dritten Antrag, der zwei Artikel betrifft, nämlich Artikel 20b und Artikel 33a: Es geht um einen sogenannten Pragmatismusartikel. Es handelt sich hier – und ich bitte Frau Badran, zuzuhören – nicht um einen Antrag Müller Leo, sondern um einen Antrag der Kommissionsmehrheit, das so nebenbei. Es geht hier



darum, dass eben keine Abführung der Verrechnungssteuer aufgrund von Formmängeln erfolgen soll, das ist in Artikel 20b geregelt. Auch die Rückerstattung der Verrechnungssteuer soll nicht aufgrund von Formfehlern verweigert werden, das ist in Artikel 33a geregelt. Die beiden Artikel gehören also zusammen. Diese Artikel wurden in der Kommission so gutgeheissen, und zwar mit 17 zu 8 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Zu guter Letzt noch zum Einzelantrag Gredig: Dieser Antrag lag in der Kommission so nicht vor. Deshalb kann ich mich nicht im Namen der Kommission äussern. Ich nehme an, dass sich der Ständerat schon noch mit dieser Idee befassen wird.

Ich danke Ihnen, wenn Sie der Mehrheit der Kommission folgen.

Art. 4

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

...

d. Erträge aus von einem Inländer geleisteten Ersatzzahlungen für ...

Abs. 2–4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Ryser, Andrey, Badran Jacqueline, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wer-muth)

Abs. 1 Bst. d

d. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 4

Proposition de la majorité

Al. 1

...

d. ... versements compensatoires effectués par une personne domiciliée en Suisse correspondant à ...

Al. 2–4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Ryser, Andrey, Badran Jacqueline, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wer-muth)

Al. 1 let. d

d. Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.024/23754)

Für den Antrag der Mehrheit ... 105 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 5, 5a, 5b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 5c

Antrag der Mehrheit

...

d. die Erträge aus Obligationen und Serienschuldbriefen.


Antrag der Minderheit

(Wermuth, Andrey, Badran Jacqueline, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula)

Bst. d

Streichen

Art. 5c
Proposition de la majorité

...

d. les rendements provenant d'obligations et de cédulas hypothécaires émises en série.

Proposition de la minorité

(Wermuth, Andrey, Badran Jacqueline, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula)

Let. d

Biffer

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.024/23755)

Für den Antrag der Mehrheit ... 119 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 7 Abs. 3; 9 Abs. 2, 3; 10; 11 Abs. 2; 12 Abs. 1; 13 Abs. 1 Bst. a; 14 Abs. 1; 15 Abs. 1, 1bis; 16 Abs. 1 Bst. a, c; 20a Abs. 1
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 7 al. 3; 9 al. 2, 3; 10; 11 al. 2; 12 al. 1; 13 al. 1 let. a; 14 al. 1; 15 al. 1, 1bis; 16 al. 1 let. a, c; 20a al. 1
Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté
Art. 20b
Antrag der Mehrheit

Allein aufgrund von Formmängeln wird keine Verrechnungssteuerforderung erhoben, wenn erkennbar ist oder die steuerpflichtige Person nachweist, dass durch die Nichteinhaltung einer Formvorschrift für den Bund kein Steuerausfall entstanden ist.

Antrag der Minderheit

(Birrer-Heimo, Andrey, Badran Jacqueline, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula)

Streichen

Art. 20b
Proposition de la majorité

Les manquements formels ne justifient pas à eux seuls d'exiger une créance d'impôt anticipé s'il est clair, ou si le contribuable démontre, que le non-respect d'une prescription formelle n'entraîne aucun manque à gagner fiscal pour la Confédération.

AB 2021 N 1951 / BO 2021 N 1951

Proposition de la minorité

(Birrer-Heimo, Andrey, Badran Jacqueline, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula)

Biffer

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 33a.



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.024/23756)

Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 70 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 21 Abs. 1 Bst. b; 26; 27; 28 Abs. 1, 2
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 21 al. 1 let. b; 26; 27; 28 al. 1, 2
Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté
Art. 33a
Antrag der Mehrheit

Allein aufgrund von Formmängeln wird keine Rückerstattung verweigert, wenn erkennbar ist oder die steuerpflichtige Person nachweist, dass durch die Nichteinhaltung einer Formvorschrift für den Bund kein Steuerausfall entstanden ist.

Antrag der Minderheit

(Birrer-Heimo, Andrey, Badran Jacqueline, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula)

Streichen

Art. 33a
Proposition de la majorité

Les manquements formels ne justifient pas à eux seuls de refuser un remboursement s'il est clair, ou si le contribuable démontre, que le non-respect d'une prescription formelle n'entraîne aucun manque à gagner fiscal pour la Confédération.

Proposition de la minorité

(Birrer-Heimo, Andrey, Badran Jacqueline, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula)

Biffer

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Über den Antrag der Minderheit Birrer-Heimo haben wir bereits bei Artikel 20b abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité
Art. 56; 61; 62 Abs. 1, 1bis; 63; 64; 69
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 56; 61; 62 al. 1, 1bis; 63; 64; 69
Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté
Art. 70e
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates


Antrag Gredig

Auf vor dem Inkrafttreten der Änderung vom ... emittierte Obligationen ist das bisherige Recht anwendbar.

Schriftliche Begründung

Der Antrag verfolgt den Zweck, die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen von neu emittierten Obligationen zu beschränken. Die Aufhebung der Verrechnungssteuer auf Zinsen auf vorbestehenden Obligationen ist mit erheblichen Mindereinnahmen in den ersten Jahren verbunden, ohne dass der Schweizer Emissionsstandort damit belebt und somit positive Wirtschaftsanreize gesetzt würden (vgl. auch Gastkommentar von Stefan Oesterhelt und Andrea Opel in der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 30.07.2021).

Art. 70e
Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Gredig

L'ancien droit s'applique aux obligations émises avant l'entrée en vigueur de la modification du ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.024/23757)

Für den Antrag der Kommission ... 104 Stimmen

Für den Antrag Gredig ... 86 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II, III
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II, III
Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté
Block 2 – Bloc 2
Änderung anderer Erlasse
Modification d'autres actes

Ryser Franziska (G, SG): Hier in Block 2 geht es nicht mehr um das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer, sondern um das Bundesgesetz über die Stempelabgaben. Ich vertrete hier zwei Minderheiten.

Die Finanztransaktionssteuer ist den rechten Parteien hier im Rat ja schon länger ein Dorn im Auge. Seit 2009 gibt es Versuche, diese Steuer schrittweise abzuschaffen. In klassischer Salamtaktik wollten sie zuerst die Emissions- und dann die Umsatzabgabe kippen. Die SP und die Grünen haben dagegen das Referendum ergriffen und dieses – Sie lesen es heute in der Zeitung – erfolgreich zustande gebracht. Dieses Referendum hatte bereits eine erfreuliche Vorwirkung. Denn kurz nach der Lancierung haben einige Parteien hier im Saal kalte Füsse bekommen. Die Etappen 2 und 3 der Stempelsteuerabschaffung sind faktisch vom Tisch.

Aber bereits wird ein nächster Versuch unternommen. In Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe g soll ein weiteres Finanzprodukt von der Stempelabgabe ausgenommen werden: Obligationen mit Restlaufzeiten von unter zwölf Monaten. Das ist ein weiteres "Salamirädli" bei der Abschaffung der Stempelsteuer. Die Kostenfolge hier ist 5 Millionen Franken jährlich oder, einfach nur so als Vergleich für die Grössenordnung, der Lohn für 50 Pflegestellen.

Sogar der Bundesrat spricht sich gegen diesen Schritt aus. Denn erstens handelt es sich hierbei um ausländische Obligationen. Ihre Befreiung von der Stempelsteuer hat nichts mit dem Ziel der Vorlage, der Stärkung des Fremdkapitalmarktes, zu tun. Zweitens wird dadurch ein weiteres Steuerschlupfloch aufgerissen: Privatpersonen könnten ihre Obligationen kurz vor Ablauf verkaufen, den Kapitalgewinn steuerfrei einstreichen und müssten noch nicht einmal eine Umsatzabgabe bezahlen. Stellen Sie sich das vor: Jeder Monatslohn unterliegt der Einkommenssteuer, auf jedem Einkauf gibt es eine Mehrwertsteuer. Aber Gewinne aus solchen



AB 2021 N 1952 / BO 2021 N 1952

Finanztransaktionen sollen einfach steuerfrei werden? Erklären Sie das bitte einmal den Bürgerinnen und Bürgern da draussen!

Ich bitte Sie, hier Vernunft walten zu lassen und einen weiteren Abbau der Stempelabgabe zu verhindern.

Mit meinem zweiten Minderheitsantrag, zu Artikel 77 Absatz 1bis des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes, bitte ich Sie ebenfalls, dem bundesrätlichen Entwurf zu folgen.

Es geht hier um eine Einschränkung, die die Kommissionsmehrheit aus Misstrauen gegenüber der Steuerverwaltung einfügen will. Im Kampf gegen Dividend Stripping muss die Steuerverwaltung die Gegenparteien von Derivatengeschäften kennen. Dafür muss sie die Transaktionsregister einsehen, wie das heute bereits die Finma oder die Eidgenössische Elektrizitätskommission macht. Die Steuerverwaltung hat dafür zwei Möglichkeiten: Es wird entweder extra eine Schnittstelle eingerichtet, über die sie selbstständig auf das Register zugreifen kann, oder sie fragt einfach die entsprechende Bank an, die ihr dann die Daten weiterleitet, welche sie benötigt. Eine einfache Rückfrage ist die praktikablere Lösung. Wir sprechen von einer überschaubaren Anzahl von Anfragen im tiefen zweistelligen Bereich. Auch die Verwaltung präferiert ein unkompliziertes Vorgehen. Mit der Formulierung der Kommissionsmehrheit wird das aber verunmöglicht.

Wir haben dies in der Kommission ausführlich diskutiert: Das Bankgeheimnis wird auch ohne diesen Zusatz der Kommissionsmehrheit nicht tangiert; es wird nicht aufgeweicht, nicht geritzt. Und trotzdem will die Mehrheit der WAK-N die Verwaltung zum komplizierteren Schnittstellenverfahren zwingen, dies aus Misstrauen bezüglich Datenmissbrauch. Dabei könnte über eine automatische Schnittstelle theoretisch viel einfacher unerlaubt auf Daten zugegriffen werden.

Folgen Sie hier also bitte meinem Minderheitsantrag und damit dem Bundesrat. Stimmen Sie für einen unkomplizierten, unbürokratischen und vor allem technologieoffenen Zugang zum Transaktionsregister. Lehnen Sie diesen Misstrauensabsatz der Mehrheit der WAK-N ab.

Badran Jacqueline (S, ZH): Beim Antrag der Mehrheit der Kommission zu Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe k StG geht es um eine weitere Ausnahme bei der Umsatzabgabe. So viel habe ich verstanden. Das war es dann aber auch. Ich lese Ihnen diesen Ausnahmetatbestand gerne vor: "die Vermittlung von inländischen oder ausländischen Urkunden, soweit der Vermittler einzig Effekthändler aufgrund von Artikel 13 Absatz 3 Litera d StG ist und die Urkunden im Umfang einer Beteiligung von 10 Prozent oder mehr Gegenstand der Transaktion sind und diese voraussichtlich länger als 12 Monate gehalten werden; wird diese Frist nicht eingehalten, so ist die Abgabe innert 30 Tagen nach dem Weiterverkauf geschuldet. Bei Vorliegen dieser Ausnahme im Zeitpunkt einer Revision findet keine Korrektur für die Vergangenheit statt."

Hat irgendwer hier im Saal das verstanden? Ich wage es zu bezweifeln. Ich habe es nicht verstanden. Ich habe hier etwas gelernt: Etwas, was man nicht versteht und keinen Sinn macht, sollte man auch nicht tun. Es ist nicht so, dass ich mich nicht bemüht hätte, das am Schluss zu verstehen. Wenn einem nicht erklärt werden kann, was Sinn und Zweck einer bestimmten Vorschrift in einem Gesetz ist, dann sollte man diese nicht beschliessen.

In diesem Sinne – es gibt schon ganz viele Ausnahmetatbestände – bitte ich Sie, diesen Antrag der Mehrheit abzulehnen und meiner Minderheit zu folgen.

Landolt Martin (M-E, GL): Die Mitte-Fraktion wird auch in diesem Block die jeweiligen Anträge der Mehrheit unterstützen. Ich möchte vor allem auf zwei Punkte eingehen:

Bei Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe g des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben soll präzisiert werden, dass ausländische Obligationen mit kurzen Laufzeiten gleich behandelt werden wie ausländische Geldmarktpapiere. In der Praxis gelten Obligationen mit kurzen Laufzeiten de facto als Geldmarktanlagen. Es macht deshalb Sinn, bei beiden auf die Umsatzabgaben zu verzichten, weil wir sonst ungleich lange Spiesse generieren würden.

Ebenfalls um eine Präzisierung geht es bei Artikel 77 Absatz 1bis des Finanzmarktinfrastrukturgesetzes. Künftig soll die Eidgenössische Steuerverwaltung einen Zugang zum Transaktionsregister der Banken haben. Das macht durchaus Sinn. Diese Bestimmung darf aber nicht die Privatsphäre der Kundinnen und Kunden aushöhlen. Auch die Steuerverwaltung selbst hat bestätigt, dass sie in diesem Kontext nur die jeweiligen Gegenparteien sehen können muss, und genau dies soll mit der von der Kommissionsmehrheit beantragten Präzisierung sichergestellt werden.

Danke, wenn Sie hier die Anträge der Mehrheit unterstützen.



Rytz Regula (G, BE): Um auf das Votum von Jacqueline Badran zurückzukommen: Steuerwissen ist halt sehr oft Herrschaftswissen. Das System ist bewusst so kompliziert gemacht, dass es von den ganz normalen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht verstanden werden kann. Das können wir heute nicht korrigieren. Wir können aber ein paar Fehlentwicklungen in diesem ohnehin schon sehr einseitigen Gesetz korrigieren. Im Namen der grünen Fraktion möchte ich Sie bitten, die drei Minderheiten in Block 2 zu unterstützen; dies im Sinne einer Korrektur, denn alle Anträge haben zum Ziel, eine zusätzliche Ausdehnung der Steueroptimierungsmöglichkeiten zu verhindern und auf den ursprünglichen Entwurf des Bundesrates zurückzukommen. Es ist ja schon eine sehr eigenartige Übung, die wir hier machen. Die Mehrheit in diesem Rat hat letzte Woche die Standesinitiative Bern für einen Finanzdatenaustausch im Inland abgelehnt. Sie wollen kein neues Instrument, um die Steuererträge des Finanzmarktes in der Schweiz zu sichern. Im Gegenteil, Sie schaffen hier mit dem Verrechnungssteuergesetz und den betreffenden Anträgen der Kommissionsmehrheit noch weitere Möglichkeiten, um die Sicherungsinstrumente zu schwächen. Da muss man sich schon fragen: Cui bono? Wem nützt das eigentlich? Und für wen machen Sie hier Politik?

Seit den 1990er-Jahren stellen die bürgerlichen Parteien das Steuersystem der Schweiz auf den Kopf, und zwar nach dem Grundsatz: Wer hat, dem wird gegeben. Sie kennen die Etappen. Das Parlament hat schon einmal einen Teil der Stempelabgaben gesenkt, die Kapitalsteuer auf Bundesebene gekippt, die Grundsteuern reduziert, das Kapitaleinlageprinzip und die privilegierte Dividendenbesteuerung eingeführt. Das alles führt zu einer Schwächung des Bundeshaushalts und hat Folgen von über 4 Milliarden Franken pro Jahr.

Mit der Vorlage "Steuerreform und AHV-Finanzierung", die wir Grünen als einzige Partei bekämpften, kamen dann noch die zinsbereinigte Gewinnsteuer, die Gewinnsteuerbefreiung für die Aufdeckung von stillen Reserven und die Steuerentlastung von Patenterträgen, die Patentbox, dazu. Die finanziellen Folgen sind unbekannt. Und so geht es munter weiter. Wir diskutieren über die Verrechnungssteuerreform, dann über die Abschaffung der Stempelsteuer und die Abschaffung der Industriezölle. Weitere Projekte werden folgen. Es sind Milliardenverluste, die auf uns zukommen und die mitten in der Pandemie ein grosses Loch in die Bundeskasse reissen.

Damit nicht genug: Während Tausende von KMU und Selbstständigen um ihr Überleben kämpfen, zündet der Bundesrat bereits die nächste Steuerentlastungsrakete für Gutbetuchte und Kapitalbesitzende. Am 4. Dezember 2020 wurde der Bericht "Steuerstandort Schweiz" veröffentlicht, ein Zehngang-Luxusmenü für Superreiche. So geht das nicht. Die Rechnung für diese Umverteilung, die hier seit Jahren stattfindet, bezahlt der Mittelstand; die Rechnung bezahlt das Pflegepersonal, das seit Jahren auf eine Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen hofft; die Rechnung bezahlen Gemeinden und Städte, die ihre Corona-Schulden nicht mehr abbauen können und Alarm rufen. Wir müssen wirklich einen anderen Weg einschlagen.

Ich bitte deshalb meine bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, sich zu mässigen und eine Steuerpolitik für die ganze Gesellschaft zu machen, nicht nur für ein paar Banken, Wirtschaftsanwälte und ausländische Investoren. Wie wollen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern erklären, dass sie jeden

AB 2021 N 1953 / BO 2021 N 1953

Franken auf ihrem bescheidenen Bankkonto den Steuerbehörden melden müssen und die grossen Fische mit der Revision, die wir hier vor uns haben, eine Lizenz zum Steuerbetrug erhalten? Sie können es ihnen nicht erklären, so wenig, wie Sie die neue Bestellliste von Economiesuisse, Swissholdings usw. erklären können, eine staatliche Subventionierung von Hochlohnklassen in privaten Unternehmen zum Beispiel oder eine Strassenentlastungsprämie. Alles Schnapsideen, hat Mitte-Präsident Gerhard Pfister kürzlich auf Twitter gesagt. Eine Schnapsidee ist es auch, die Stempel auf ausländischen Obligationen abzuschaffen und in der heutigen Transparenz des Finanzmarktes neue Ausnahmetatbestände zu beschliessen, wie das mit den Mehrheitsanträgen der WAK hier stattfinden soll.

Ich bitte Sie deshalb, im Block 2 die Minderheiten Ryser, die andere Minderheit und damit letztlich auch den Bundesrat zu unterstützen.

Matter Thomas (V, ZH): Noch kurz zu meiner Vorrednerin: Diese Vorlage hat gar nichts mit Banken zu tun. Es sind nicht die Banken, die die Umsatzabgabe oder die Verrechnungssteuer bezahlen, sondern die Kunden, und da ist sehr wohl der Mittelstand betroffen.

Mit der Verrechnungssteuerreform wird das Ziel verfolgt, dass Schweizer Unternehmen ihre Finanzierungsaktivitäten vollständig zurück in die Schweiz verlagern und dass sie ihre Obligationen aus der Schweiz heraus ausgeben können. Dadurch soll eine deutliche Stärkung des Schweizer Kapitalmarktes erreicht werden.

Bei Gesprächen mit Finanzierungsspezialisten von Unternehmen aus verschiedensten Sektoren hat sich gezeigt, dass zur Zielerreichung noch ein Hindernis beseitigt werden muss, nämlich die Umsatzabgabe auf kurz-



fristigen ausländischen Obligationen. Für die Verlegung sämtlicher Finanzierungsaktivitäten aus den Benelux-Staaten in die Schweiz muss die Umsatzabgabe auf solchen Obligationen ebenfalls beseitigt werden. Neben längerfristigem Kapitalbedarf haben Unternehmen auch immer wieder einen bloss kurzfristigen Bedarf an Fremdmitteln oder einen kurzfristigen Mittelüberschuss. International besteht ein Markt für solche kurzfristigen Obligationen, über den sich grössere, auch Schweizer Unternehmen gegenseitig Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Schweiz allein ist für diesen Markt auch nach der Verrechnungssteuerreform schlichtweg zu klein, weshalb die Ausnahme für Schweizer Obligationen nicht hilft.

Die Abschaffung der Umsatzabgabe auf solchen kurzfristigen ausländischen Obligationen verursacht gemäss den Zahlen des Eidgenössischen Finanzdepartements beim Bund Mindereinnahmen von total 5 Millionen Franken. Diese Mindereinnahmen dürften in kurzer Zeit deutlich überkompensiert werden.

Deshalb bitte ich Sie, bei Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe g des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben der Mehrheit zu folgen. Bezüglich der übrigen Minderheitsanträge in diesem Block bitte ich Sie ebenfalls, der Mehrheit zu folgen.

Badran Jacqueline (S, ZH): Kollege Matter, Sie haben vorhin gesagt, dass der Mittelstand durchaus davon profitieren würde. Ich gehe davon aus, dass Sie dabei die Annahme treffen, der Mittelstand würde in bescheidenem Umfang auch Obligationen halten. Nun meine Frage: Worin besteht der Vorteil für den steuerehrlichen sogenannten Mittelstand, wenn die Verrechnungssteuer auf Obligationen abgeschafft wird? Welchen Vorteil haben diese Personen im Gegensatz zu jenen, die bereit sind, Steuern zu hinterziehen?

Matter Thomas (V, ZH): In der Schweiz sind praktisch alle steuerehrlich. (*Zwischenruf Badran Jacqueline: Ach ja?*) Genau! Deshalb gibt es gar keine grossen Mindereinnahmen, weil die Leute eben steuerehrlich sind.

Jeder Steuerpflichtige hat den Vorteil eines geringeren administrativen Aufwandes; er muss die Verrechnungssteuer nicht mehr zurückfordern und hat den Cashflow sofort. Er hat auch mit der Umsatzabgabe, die er nicht mehr bezahlt, einen Vorteil. Jeder Sparere in diesem Land wird einen Vorteil haben.

Schneeberger Daniela (RL, BL): Ich mache es kurz: Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt auch hier in Block 2 die Mehrheitsanträge.

Eine wichtige Anpassung betrifft dabei Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe g StG: Ausländische Obligationen mit kurzen Restlaufzeiten werden heute in der Schweiz praktisch nicht gehandelt, weil ihre Renditen tiefer als die im Handel mit diesen Papieren geforderte Umsatzabgabe sind. Um diese Unternehmensfinanzierungen wieder in die Schweiz zurückholen zu können, sollen diese Papiere von der Umsatzabgabe ausgenommen werden. Ich bitte Sie, den Mehrheitsanträgen zuzustimmen.

Bendahan Samuel (S, VD): Tout à l'heure, M. Thomas Matter nous disait que cette réforme touchait la classe moyenne. Je ne sais pas vous, mais pour moi les mots "classe moyenne" ne se marient pas exactement avec ceux d'"opération de financement intragroupe". Ce ne sont pas tout à fait les mêmes préoccupations que celles de la classe moyenne que ceux qui veulent chercher des financements internes afin d'éviter de payer un droit de timbre.

Il faut être clair: cette réforme profite à la sphère financière, à des gens qui font des placements de titres, parfois étrangers, parfois suisses, et les trois minorités sur lesquelles nous allons nous prononcer ne concernent même pas le projet du Conseil fédéral. Il s'agit ici de "ninja edit" de la part de la commission, qui a rajouté, sans trop considérer ce que cela aurait comme impact, des allègements supplémentaires du droit de timbre. Il est cocasse qu'on veuille, précisément aujourd'hui – alors que le parti socialiste vient de déposer 65 000 signatures à l'appui de son référendum pour le droit de timbre –, encore alléger le droit de timbre sur les titres; titres, qui ne bénéficieront évidemment pas à la classe moyenne.

Les trois minorités que nous vous proposons de soutenir, c'est-à-dire deux minorités Ryser et une minorité Badran Jacqueline concernant les transactions, sont les suivantes. D'abord, s'agissant de rajouter "obligations étrangères" de courte durée dans l'exonération du droit de timbre: là, cela fait partie de ce "ninja edit". On ajoute des éléments et on supprime davantage encore la taxation du droit de timbre, sans que cela ne concerne ni la classe moyenne, ni les gens communs, parce qu'on n'est pas tous en train de faire régulièrement ce genre de transaction. Et cela peut évidemment engendrer des pertes fiscales ou amener à des stratégies d'optimisation des pertes fiscales qui ne sont pas acceptables.

Autre élément: les transactions en Suisse et à l'étranger par des commerçants. On parle là de négociants en titres, qui seraient exonérés. Alors là c'est quand même fou, parce que dans la classe moyenne, on n'est pas tous négociants en titres; on n'est pas tous des intermédiaires financiers! Une fois encore, "classe moyenne" et "intermédiaires financiers" ne vont pas très bien ensemble. On veut encore exonérer d'une taxe des acteurs



qui, je le rappelle, font énormément d'argent, mais ne produisent dans les faits pas de valeur. Ce sont des acteurs qui prennent de la valeur aux gens qui travaillent. Là encore, il n'est pas nécessaire de le faire. Enfin, cerise sur le gâteau – et cela couronne assez bien la logique de ce projet de loi –, on souhaite exclure le prélèvement d'autres données uniquement pour des fins fiscales. C'est la proposition de la majorité de la commission. La minorité Ryser propose quant à elle de biffer cette disposition. Pourquoi? Parce que l'on ne va tout de même pas aller jusqu'au bout de la logique et empêcher l'administration fiscale d'avoir accès à des informations qui lui permettraient de mener des recherches pour savoir si des impôts sont impayés. Avec cela, on annonce la couleur. La majorité de la commission souhaite garantir au maximum qu'il soit possible de ne pas déclarer ses revenus. Grâce aux centaines de millions de francs que coûtera cette réforme fiscale, ce que l'on veut, en réalité, c'est subventionner les personnes qui ne respectent pas le processus de déclaration des revenus. On le rappelle, si vous respectez ce processus de déclaration des revenus, l'impôt anticipé vous est remboursé. Mais s'il n'y a plus d'impôt anticipé, il n'y a pas de remboursement.

AB 2021 N 1954 / BO 2021 N 1954

Maurer Ueli, Bundesrat: Wir sprechen hier von der Stempelsteuer, nicht mehr von der Verrechnungssteuer. Der Bundesrat hat in der Botschaft ausgeführt, dass insgesamt rund 25 Millionen Franken an kurzfristigen Verlusten entstehen. Es gilt das Gleiche, was ich schon beim Verrechnungssteuergesetz gesagt habe: Die Verluste werden durch Mehreinnahmen, durch das Zurückholen dieser Geschäfte in die Schweiz mehr als kompensiert. Es ist also auch hier ein positiver Effekt, den wir mit der Vorlage beantragen.

Die Milliardenverluste, die Frau Rytz an die Wand gemalt hat, können mit dieser Vorlage weiss Gott nicht in Verbindung gebracht werden. Denn es ist, das noch einmal, eine Vorlage, die insgesamt Geschäfte, die jetzt im Ausland stattfinden, in die Schweiz zurückholt und damit den Finanzmarkt und den Wirtschaftsstandort Schweiz stärkt und nicht etwa schwächt. Es ist auch nicht so, dass in der Vergangenheit der Mittelstand alles bezahlt hat. Wenn wir die Mehreinnahmen heute analysieren, so sehen wir, dass sie vor allem von den grossen multinationalen Gesellschaften herrühren, die mehr Unternehmenssteuern bezahlt haben und die auch gut bezahlte Angestellte haben, die dann wieder bei den natürlichen Personen entsprechend höhere Steuereinnahmen generieren. Das gesamte Paket ist also ausgewogen. Das, was Frau Rytz gesagt hat, trifft so einfach nicht zu.

Jetzt zu den Minderheitsanträgen: Bei Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe g StG geht es darum, ob die Umsatzabgabe auch auf ausländischen Obligationen mit einer Laufzeit unter einem Jahr abgeschafft werden soll. Das hätte Steuerausfälle von etwa 5 Millionen Franken zur Folge. Wir bitten Sie, hier der Minderheit Ryser und damit dem Bundesrat zu folgen. Mit dem Antrag der Mehrheit tut sich die Gefahr eines Steuerschlupflochs auf. Denn es wäre auch für Privatpersonen möglich, einkommenssteuerpflichtige Zinsen als einkommenssteuerfreien Kapitalgewinn zu vereinnahmen. Das möchten wir verhindern und bitten Sie daher, den Antrag der Mehrheit abzulehnen, der Minderheit Ryser zu folgen und den Entwurf des Bundesrates zu unterstützen.

Der Minderheitsantrag Badran Jacqueline zu Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe k bezieht sich auf die Ausweitung der Umsatzabgabe bei der Vermittlung von Geschäften. Der Bundesrat hat das deshalb nicht in die Vorlage aufgenommen, weil es aus seiner Sicht nicht notwendig und nicht sachgerecht ist. In der Kommission wurde unter anderem argumentiert, dass das Bundesgericht hier eine Verschärfung vorgenommen habe. Das trifft nicht zu!

Damit bitten wir Sie, hier dem Minderheitsantrag zu folgen. Die geforderte Ausweitung stärkt den Fremdkapitalmarkt nicht. Der Entwurf des Bundesrates, der von der Kommissionsminderheit aufgenommen wird, hält am geltenden Recht fest. Eine Ausweitung ist hier nicht notwendig und macht auch keinen Sinn.

Bei Artikel 77 FinfraG geht es um eine Einschränkung des Einsichtsrechts der Steuerverwaltung. Hier bitten wir Sie, ebenfalls dem Entwurf des Bundesrates und der Minderheit zuzustimmen. Das Einsichtsrecht, das die Steuerverwaltung hat, ist sachgerecht und gibt ihr die Möglichkeit, dort, wo sie das aufgrund ihrer Nachfragen für notwendig erachtet, ganz gezielt Einsicht zu nehmen.

Gesamthaft bitte ich Sie, bei allen drei diskutierten Bestimmungen in diesem Block dem Bundesrat zu folgen. Da die Haltung des Bundesrates von der Kommissionsminderheit aufgenommen wird, bitte ich Sie, die Anträge der Mehrheit Ihrer Kommission abzulehnen.

Amadruz Céline (V, GE), pour la commission: Nous en sommes au bloc 2. Cela concerne les propositions de minorité pour les modifications d'autres textes de loi. Il y a trois propositions de minorité.

La première concerne l'article 14 alinéa 1 lettre g de la loi fédérale sur les droits de timbre et porte sur les obligations étrangères dont la durée résiduelle est courte. Il s'agit de la minorité Ryser. C'est par 15 voix contre



10 que la commission vous invite à soutenir la proposition relative aux obligations étrangères dont la durée résiduelle est courte. De tels titres ne sont pratiquement pas négociés en Suisse, à l'heure actuelle, car leur rendement est inférieur au droit de timbre de négociation prélevé. Afin de parvenir à rapatrier le financement des entreprises, il convient de supprimer les droits de timbre de négociation sur ces titres. Le manque à gagner est estimé à quelque 5 millions de francs. C'est donc par 15 voix contre 10 que la commission propose, notamment, d'abolir le droit de négociation, non seulement pour les obligations suisses, mais également pour les obligations étrangères dont la durée résiduelle ne dépasse pas douze mois. Cette mesure doit permettre de rapatrier le marché de ce type de titres en Suisse. La minorité Ryser vous demande de vous en tenir à la version du Conseil fédéral.

La deuxième proposition de minorité concerne l'article 14 alinéa 1 lettre k de la loi sur les droits de timbre, qui porte sur le courtage de transactions. C'est par 15 voix contre 10 que la commission vous propose de soutenir la proposition, à l'article 14 alinéa 1 lettre k relatif au courtage de transactions. A l'heure actuelle, les entreprises industrielles et de services sont également soumises au droit de timbre de négociation si elles effectuent des opérations sur titre, comme l'achat et la vente de parts sociales. Pour votre information, dans un arrêt du 25 février 2021, le Tribunal fédéral a étendu l'obligation de payer des droits de timbre de négociation aux activités de courtage, ce qui désavantage les sociétés internationales. Une société mère suisse doit payer des droits de timbre de négociation lorsqu'une société filiale étrangère vend des participations. Pour clarifier les choses sur le plan légal, il est prévu d'exempter les activités de courtage des droits de timbre de négociation. Les opérations pour compte propre restent imposables. La mesure ne devrait pas entraîner de manque à gagner par rapport au statu quo, avant la décision du Tribunal fédéral. La minorité Badran Jacqueline vous propose de biffer la lettre k.

La troisième minorité concerne la loi sur l'infrastructure des marchés financiers et porte sur l'article 77 alinéa 1bis qui règle l'accès des autorités suisses au registre des transactions boursières. Par 15 voix contre 10, la commission vous propose d'accepter cette disposition. L'accès aux informations doit être limité à la mise à disposition d'une interface informatique et le volume des données accessibles doit être défini dans les dispositions d'exécution. La minorité Ryser vous propose quant à elle de biffer cette disposition.

Au vote sur l'ensemble, le projet de loi a été approuvé, par 17 voix contre 8. Au nom de la commission, je vous demande de soutenir ce projet de loi.

Permettez-moi encore de vous dire que deux objets annexes ont été classés. L'objet 11.047, soit la loi sur l'impôt anticipé, a été classé parce qu'il devient obsolète suite à l'acceptation de l'objet 21.024, cela conformément à l'article 74 alinéa 6 de la loi sur le Parlement. Le deuxième objet classé, conformément à l'article 113 alinéa 1 de la loi sur le Parlement, est l'initiative parlementaire 17.494, qui est quant à elle devenue caduque.

Müller Leo (M-E, LU), für die Kommission: Bei Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe g StG schlägt die Kommissionmehrheit vor, dass hier eine Ergänzung in dem Sinn vorgenommen werden soll, dass auch ausländische Obligationen von der Umsatzabgabe befreit sind, aber nur ausländische Obligationen mit einer Restlaufzeit von maximal zwölf Monaten. In der Kommission wurde dies damit begründet, dass das Volumen für kurzfristige Finanzierungen in der Schweiz oftmals gar nicht vorhanden sei und dann das Bedürfnis bestehe, ausländische Obligationen zu kaufen. Deshalb hat die Kommission beschlossen, diese ausländischen Obligationen mit einer Restlaufzeit von maximal zwölf Monaten von der Umsatzabgabe zu befreien. Dieser Beschluss wurde mit 15 zu 10 Stimmen gefasst.

Bei Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe k geht es in der Tat um eine komplexe Sache. Es geht nämlich darum, dass die Umsatzabgabe auch bei Beteiligungskäufen oder -verkäufen erhoben wird, die sowohl in- als auch ausländische Unternehmen betreffen. Neben Transaktionen, die direkt von steuerpflichtigen Schweizer Unternehmen getätigt werden, werden auch von ausländischen Tochtergesellschaften erworbene Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften der Schweizer Umsatzabgabe unterstellt. Das Bundesgericht hat nun in

AB 2021 N 1955 / BO 2021 N 1955

einem Urteil vom Februar 2021 den Vermittlerbegriff nach Ansicht vieler Schweizer Unternehmen massiv ausgedehnt und bei vielen Unternehmen grosse Unsicherheit verursacht. Deshalb soll mit dem Antrag zu Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe k Klarheit geschaffen werden. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 15 zu 10 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Dann zum letzten Antrag der Kommissionmehrheit, nämlich Artikel 77 des Finanzmarktinfrastukturgesetzes: Hier schlägt der Bundesrat vor, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung Zugang zu Daten des Transaktionsregisters erhält. Die Frage ist nun, ob der Zugriff nicht das Bankgeheimnis ritzen kann, da allenfalls einzelne Anlegerinnen und Anleger ersichtlich sind. Deshalb soll Artikel 77 des Finanzmarktinfrastukturgesetzes mit





einem präzisierenden Absatz 1bis ergänzt werden. Damit soll präzisiert werden, dass der Zugriff nicht zur Aushöhlung des Bankkundengeheimnisses führen darf. Insbesondere soll ins Gesetz geschrieben werden, dass die Erhebung weiterer Daten nur zu Steuerzwecken ausgeschlossen ist. Die Kommission beantragt diese Anpassung mit 15 zu 10 Stimmen.

Nun noch zur Gesamtabstimmung: Die Kommission hat am Schluss der Beratungen in der Gesamtabstimmung der Vorlage mit 17 zu 8 Stimmen zugestimmt.

Dann geht es noch um die Abschreibung von drei Vorlagen: jeweils die Vorlage 2 der Geschäfte 11.047 und 15.049 sowie das Geschäft 17.494. Ich habe es bereits beim Eintreten gesagt: Bei diesen drei Vorlagen handelt es sich um Vorlagen, die die gleiche Thematik betreffen und somit obsolet werden, weil wir das vorliegende Geschäft behandeln.

Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Änderung anderer Erlasse Modification d'autres actes

Ziff. 1 Art. 1 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1, 6, Bst. bbis, bter; 13 Abs. 2 Bst. a Ziff. 1, Bst. abis, b, c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 1 al. 1 let. b ch. 1, 6, let. bbis, bter; 13 al. 2 let. a ch. 1, let. abis, b, c

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 14 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Bst. a, f

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Bst. g

g. ... Geldmarktpapieren; diesen Papieren gleichgestellt sind ausländische Obligationen mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als zwölf Monaten;

Bst. k

k. Die Vermittlung von inländischen oder ausländischen Urkunden, soweit der Vermittler einzig Effekthändler aufgrund von Artikel 13 Absatz 3 Buchstabe d StG ist und die Urkunden im Umfang einer Beteiligung von 10 Prozent oder mehr Gegenstand der Transaktion sind und diese voraussichtlich länger als 12 Monate gehalten werden; wird diese Frist nicht eingehalten, so ist die Abgabe innert 30 Tagen nach dem Weiterverkauf geschuldet. Bei Vorliegen dieser Ausnahme im Zeitpunkt einer Revision findet keine Korrektur für die Vergangenheit statt.

Antrag der Minderheit

(Ryser, Andrey, Badran Jacqueline, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wermuth)

Bst. g

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Badran Jacqueline, Andrey, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula, Wermuth)

Bst. k

Streichen

Ch. 1 art. 14 al. 1

Proposition de la majorité

Let. a, f

Adhérer au projet du Conseil fédéral




Let. g

g. ... étrangers; sont assimilés à ces papiers les obligations étrangères dont la durée résiduelle ne dépasse pas douze mois;

Let. k

k. L'entremise de documents suisses ou étrangers lorsque l'intermédiaire est uniquement commerçant de titres au sens de l'article 13 alinéa 3 lettre d LT que les documents sur lesquels portent la transaction représentent une participation de 10 pour cent ou plus et que ceux-ci sont détenus pour une durée supérieure à 12 mois; si cette durée n'est pas respectée, le droit de négociation est dû dans les 30 jours après la revente. L'existence de cette exception lors d'une révision n'engendrera aucune correction pour le passé.

Proposition de la minorité

(Ryser, Andrey, Badran Jacqueline, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wermuth)

Let. g

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Badran Jacqueline, Andrey, Birrer-Heimo, Dandrès, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula, Wermuth)

Let. k

Biffer

Bst. g – Let. g
Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.024/23758)

Für den Antrag der Mehrheit ... 105 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 83 Stimmen

(1 Enthaltung)

Bst. k – Let. k
Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.024/23759)

Für den Antrag der Mehrheit ... 106 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 83 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Ziff. 1 Art. 45; 46 Abs. 1, 1bis; 47
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 45; 46 al. 1, 1bis; 47
Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté
Ziff. 2 Art. 77
Antrag der Mehrheit
Abs. 1 Bst. e

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1bis

Der Zugang nach Artikel 77 Absatz 1 Buchstabe e ist auf die Zurverfügungstellung einer IT-Schnittstelle durch das Transaktionsregister beschränkt. Der Umfang der zugänglichen Daten ist in den Ausführungsbestimmungen zu definieren, beschränkt sich aber maximal auf das im FinfraG definierte





AB 2021 N 1956 / BO 2021 N 1956

und gegebenenfalls von der Finma spezifizierte Datenuniversum. Die Erhebung weiterer Daten nur zu Steuerzwecken ist ausgeschlossen.

Antrag der Minderheit

(Ryser, Andrey, Badran Jacqueline, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wer-muth)

Abs. 1bis

Streichen

Ch. 2 art. 77
Proposition de la majorité

Al. 1 let. e

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1bis

L'accès visé à l'article 77 alinéa 1 lettre e est limité à la mise à disposition d'une interface informatique par le référentiel central. Le volume des données accessibles est défini dans les dispositions d'exécution et se limite au volume défini dans la présente loi et, le cas échéant, spécifié par la Finma. Le prélèvement d'autres données uniquement pour des fins fiscales est exclu.

Proposition de la minorité

(Ryser, Andrey, Badran Jacqueline, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wer-muth)

Al. 1bis

Biffer

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.024/23760)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 83 Stimmen

(1 Enthaltung)

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 21.024/23761)

Für Annahme des Entwurfes ... 122 Stimmen

Dagegen ... 68 Stimmen

(1 Enthaltung)



21.024

**Verrechnungssteuergesetz.
Stärkung des Fremdkapitalmarkts**
**Loi sur l'impôt anticipé.
Renforcer le marché
des capitaux d'emprunt**
Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.11.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Mehrheit

Eintreten

Antrag der Minderheit

 (Rechsteiner Paul, Herzog Eva, Thorens Goumaz, Zanetti Roberto)
 Nichteintreten

Antrag der Minderheit

 (Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Thorens Goumaz, Zanetti Roberto)
 Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat
 mit dem Auftrag, zur Stärkung des Sicherungszwecks für natürliche inländische Personen die Verrechnungssteuerpflicht

AB 2021 S 1132 / BO 2021 E 1132

auf Zinsen, Renten und sonstigen Erträgen aus Obligationen, Serienschuldbriefen und Schuldbuchguthaben von in- wie ausländischen Emittenten im Direktbesitz beizubehalten respektive auszuweiten. Dafür soll ein vereinfachtes Zahlstellensystem vorgesehen werden, welches erlaubt, die steuerpflichtige Person von der Verrechnungssteuer zu befreien, sofern diese für ein Meldeverfahren optiert.

Proposition de la majorité

Entrer en matière

Proposition de la minorité

 (Rechsteiner Paul, Herzog Eva, Thorens Goumaz, Zanetti Roberto)
 Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité

 (Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Thorens Goumaz, Zanetti Roberto)
 Renvoyer le projet au Conseil fédéral
 avec mandat de conserver ou d'élargir l'obligation d'acquitter l'impôt anticipé sur les intérêts, les rentes et les autres rendements d'obligations, de cédules hypothécaires émises en série et d'avoirs figurant au livre de la dette d'émetteurs suisses et étrangers et en possession directe, dans le but de renforcer la fonction de garantie pour les personnes physiques domiciliées en Suisse. Il doit, pour cela, prévoir un système de l'agent payeur




simplifié qui permet d'exonérer de l'impôt anticipé la personne assujettie, dans la mesure où celle-ci opte pour une procédure de déclaration.

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Der Bundesrat legte dem Parlament am 14. April 2021 die Botschaft zur Anpassung des Verrechnungssteuergesetzes vor. Damit will er den Standort Schweiz für den Fremdkapitalmarkt und für Konzernfinanzierungsaktivitäten zugunsten der Real- und Finanzwirtschaft stärken. Dies wird erreicht, indem die Verrechnungssteuer auf Zinsen weitgehend abgeschafft wird, zusätzlich werden Anpassungen bei der Umsatzabgabe vorgenommen.

Schon verschiedentlich sollte das Verrechnungssteuergesetz angepasst werden, so zum letzten Mal mit der Absicht, vom Schuldner- zum Zahlstellenprinzip zu wechseln. Diese Vorlage wurde kritisiert und an den Bundesrat zurückgewiesen.

Mit der vorliegenden Reform soll nun gezielt der Fremdkapitalmarkt der Schweiz gestärkt werden. Die geltenden Regelungen haben Nachteile für den Wirtschaftsstandort, aber auch für den Fiskus. Zinszahlungen auf inländischen Obligationen unterliegen einer Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Schweizer Obligationen sind deshalb für die meisten Anlegerinnen und Anleger unattraktiv, selbst wenn diese Anlegerinnen und Anleger Anspruch auf vollständige Rückerstattung der Steuer haben. Schweizer Konzerne weichen der Verrechnungssteuer aus, indem sie ihre Obligationen über eine ausländische Gesellschaft emittieren. Sie tun dies nicht, um Steuern zu hinterziehen, sondern weil die Anleger den Aufwand für die Rückforderung scheuen und vorläufig auch nur 65 Prozent der Erträge erhalten, nämlich nach Abzug der 35 Prozent; dies im Gegensatz zu Anlagen in Finanzplätzen, wo keine Quellensteuer besteht und keine Rückforderungsadministrationsaufwendungen entstehen.

Zur Illustration: Der Schweizer Fremdkapitalmarkt ist nicht nur wenig entwickelt, der Trend ist sogar rückläufig. So betrug das Emissionsvolumen gemäss der Botschaft des Bundesrates im Jahr 2016 gerade noch 55,4 Milliarden Franken und lag damit etwa 44 Prozent unter demjenigen des Jahres 2009.

Zudem belastet die Umsatzabgabe den Handel mit Obligationen. Gerade bei Obligationen mit kurzer Restlaufzeit stellt sie ein Hindernis dar und macht den Handel über Schweizer Effekthändler unattraktiv. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, dass bei Staaten, mit denen die Schweiz den internationalen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten pflegt, die Besteuerung für ausländische Anlegerinnen und Anleger bereits durch Meldung gesichert wird. 2021 sind 102 Staaten aktiviert; also die grosse Mehrheit der Staaten, zu denen die Schweiz geschäftliche Verbindungen pflegt, hat diesen automatischen Informationsaustausch. Die Erhebung der Verrechnungssteuer stellt bei Anlegerinnen und Anlegern, die gemäss Doppelbesteuerungsabkommen Anspruch auf Rückerstattung haben, somit eine Über-Sicherung dar. Aus diesem Grund hat der Bundesrat gezielt hier angesetzt.

Die weitgehende Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinserträgen erleichtert es Unternehmen, ihre Obligationen aus der Schweiz zu emittieren. Davon könnten nicht nur inländische, sondern auch ausländische Konzerne Gebrauch machen. Es besteht damit die Chance, dass konzerninterne Finanzierungsaktivitäten vermehrt in der Schweiz betrieben werden.

Daneben wird die Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen aufgehoben. Auch damit würde es für Anlegerinnen und Anleger attraktiver, inländische Obligationen über einen inländischen Effekthändler zu handeln, da die Umsatzabgabe entfällt.

Lassen Sie mich anmerken, dass die Verrechnungssteuer auf Zinserträgen aus Guthaben natürlicher Personen im Inland bei Banken und Sparkassen gemäss Bankengesetz beibehalten wird. Das typische Bankkonto, das wir haben, wird also weiterhin mit der Verrechnungssteuer belastet, sofern es denn überhaupt Zins gibt; das wird nicht aufgehoben.

Was sind die finanziellen Folgen? Natürlich ist es schwierig, die Ausfälle und erwarteten wirtschaftlichen Effekte abzuschätzen. Der Bundesrat geht in seiner Botschaft von einmaligen Effekten aus. Sie betragen etwa 1 Milliarde Franken. Diese sind aber durch Rückstellungen abgedeckt und eigentlich nur die Folge einer zeitlichen Verschiebung. Insofern ist es keine Belastung des Haushaltes. Die jährlich wiederkehrenden Ausfälle beziffert er bei der Verrechnungssteuer auf 170 Millionen Franken und bei der Umsatzabgabe auf 25 Millionen Franken. Dem stehen in den letzten Jahren Verrechnungssteuer-Gesamteinnahmen von zwischen 6,5 und 8 Milliarden Franken gegenüber. Sie sehen also, im Verhältnis ist das nicht so hoch.

Dem stehen aber längerfristig dynamische Effekte entgegen. Die Vorlage weist ein attraktives Kosten-Nutzen-Verhältnis auf, Bundesrat Maurer hat es sogar als Win-win-Situation bezeichnet. Die Reform könnte nach fünf Jahren zu einem Ausgleich der Mindereinnahmen führen, längerfristig ist aufgrund der Wertschöpfungs- und Beschäftigungsimpulse mit Mehreinnahmen zu rechnen.

Ich möchte noch betonen: Es handelt sich hier nur um Verrechnungssteuern auf Zinsen. Nicht betroffen sind



Verrechnungssteuern auf Dividenden, diese machen rund 90 Prozent der Verrechnungssteuereinnahmen aus. Wir handeln hier also in einem kleinen Teilgebiet der Verrechnungssteuer.

Der Bundesrat hat vom 3. April bis zum 10. Juli 2020 eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Stossrichtung wurde mehrheitlich begrüsst. Eine noch darin enthaltene Ausweitung des Sicherungszwecks wurde aufgrund der verbreiteten ablehnenden Haltung und der Komplexität nicht in die Botschaft aufgenommen.

Der Nationalrat hat die Vorlage am 28. September 2021 beraten und mit 122 zu 68 Stimmen angenommen. Er hat die Vorlage noch etwas angereichert, nämlich mit der Aufhebung der Verrechnungssteuer auch für Obligationenfonds, mit der Aufhebung der Umsatzabgabe auch für ausländische Obligationen mit kurzer Restlaufzeit, mit der Anpassung des Vermittler-Begriffs bei der Umsatzabgabe und mit einem Pragmatismusartikel; wir kommen dann in der Detailberatung dazu. Gegenüber dem Entwurf des Bundesrates ergeben sich damit Ausfälle von 190 bis 250 Millionen Franken bei der Verrechnungssteuer und von über 30 Millionen Franken bei der Umsatzabgabe. In der Gesamtabstimmung hat der Nationalrat die Vorlage mit 122 zu 68 Stimmen angenommen.

Ihre Kommission hat die Vorlage am 28. Oktober und am 18. November 2021 vorberaten. Sie ist mit 8 zu 4 Stimmen darauf eingetreten und hat sie auch in der Gesamtabstimmung mit dem gleichen Resultat angenommen. Gegen die Vorlage wurde die Aufweichung des Sicherungszwecks vorgebracht. Man solle die Verrechnungssteuer nicht schwächen, und der Finanzplatz brauche nicht speziell gefördert

AB 2021 S 1133 / BO 2021 E 1133

zu werden. Die Ausfälle würden bei einem Steigen der Zinsen zudem höher ausfallen.

Demgegenüber wurde geltend gemacht, dass es nicht nur um den Finanz-, sondern auch um den Werkplatz Schweiz gehe, da die Konzerne in der Schweiz auch die Finanzierung machen könnten und der Standort der Konzerne damit gestärkt werde; das sei hier insbesondere auch im Hinblick auf die anstehenden OECD-Reformen – ich nenne das Stichwort "Mindeststeuer" – erwähnt. Anträge auf Rückweisung mit dem Auftrag, das Meldeverfahren auch im Inland zu prüfen, und auf weitere Abklärungen der volkswirtschaftlichen Auswirkungen wurden mit jeweils 8 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Ihre Kommission hat insbesondere noch eine Übergangsbestimmung, Artikel 70e, hinzugefügt, die dazu führt, dass noch laufende Anleihen nicht von der Verrechnungssteuer befreit werden. Anleihen laufen ja meistens mehrere Jahre, und Anleihen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes aufgelegt wurden, würden danach weiterhin der Verrechnungssteuer unterliegen. Dadurch würde sich der Steuerausfall, der vom Bundesrat errechnet wurde, reduzieren. Gemäss Verwaltung dürfte es bei der Verrechnungssteuer noch ein tiefer zweistelliger Millionenbetrag sein, gegenüber den vom Bundesrat in seiner Version erwarteten 170 Millionen Franken. Sie sehen, hier hat Ihre Kommission schon stark mildernd eingegriffen. Dieser geringere Ausfall wird sich nach Ablauf der Übergangsbestimmungen jedoch auf das Niveau der nationalrätlichen oder bundesrätlichen Schätzungen erhöhen. Allerdings kann er in der gleichen Zeit durch die dynamischen Effekte ausgeglichen werden. Bei der Umsatzabgabe ergeben sich nach der Beratung durch Ihre Kommission ungefähr die gleichen Ausfälle wie beim Nationalrat. Bei den Verrechnungssteuern – das gilt es auch zu beachten – partizipieren die Kantone immer mit etwa 10 Prozent. Die Umsatzabgabe ist nur beim Bund wirksam.

Es ist klar, die Erhöhung des Zinsniveaus führt zu höheren Ausfällen. Gemäss Verwaltung würden sich bei einer Verdoppelung der Zinsen auch die Ausfälle etwa verdoppeln.

Es gibt verschiedene Minderheitsanträge. Zum ersten Minderheitsantrag bezüglich Eintreten habe ich bereits ausgeführt, welches die Argumente der Kommission sind. Ich beantrage Ihnen, hier beim Eintreten natürlich der Mehrheit zu folgen.

Ihre Kommission beantragt Ihnen wie erwähnt mit 8 zu 4 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und sie dann auch anzunehmen.

Rechsteiner Paul (S, SG): Die Verrechnungssteuer gehört zu den ergiebigsten Steuern des Bundes. Das zeigt ein brandneuer, bisher aber leider noch nicht publizierter Bericht der Eidgenössischen Steuerverwaltung über die neuesten steuerpolitischen Entwicklungen. Die Verrechnungssteuer ist zusammen mit der Gewinnsteuer die Steuer, die sich in den letzten fünfzehn Jahren am dynamischsten entwickelt hat, weit dynamischer als beispielsweise die ordentlichen Einnahmen des Bundes oder die Mehrwertsteuer. Die Verrechnungssteuer war in den letzten fünfzehn Jahren punkto Ergiebigkeit so etwas wie ein Kontrastprogramm zur Mineralölsteuer, die ja tendenziell immer weniger abwirft. Ausgerechnet diese ergiebige, bewährte Steuer soll jetzt weitgehend abgeschafft werden. Das ist schon finanzpolitisch eine Dummheit, erst recht mit Blick auf die anspruchsvollen Herausforderungen der Covid-Krise für den Staatshaushalt, die wir ja vorhin auch beim Budget gesehen haben.



Ich beantrage Ihnen, nicht auf die Vorlage einzutreten und sie abzulehnen, und zwar aus fünf Gründen.

1. Was ist die Verrechnungssteuer? Die Verrechnungssteuer ist eine bewährte und äusserst produktive Erfindung des Schweizer Steuerrechts. Sie verfolgt einen Sicherungszweck. Wer die Einnahmen deklariert und korrekt versteuert, der bekommt die Verrechnungssteuer wieder zurückerstattet. Wer die Einnahmen aber nicht deklariert und vor dem Fiskus versteckt, der kann sie auch nicht zurückfordern. Die Verrechnungssteuer belastet als Sicherungssteuer unter dem Strich also nur jene, die ihre Einnahmen nicht korrekt deklarieren und versteuern. Dass die Verrechnungssteuer so ergiebig ist und einen so wichtigen Teil der Bundeseinnahmen ausmacht, zeigt, wie effizient diese Steuer ist. Es ist doch unsinnig, mit der Teilabschaffung der Verrechnungssteuer ausgerechnet jene zu belohnen, die nicht korrekt deklarieren, und damit die Steuerunehrlichkeit auf Kosten der Ehrlichen zu begünstigen, zum Beispiel auf Kosten aller, die mit dem Lohnausweis veranlagt werden.

2. Die finanziellen Folgen dieser Steuersenkungsvorlage werden in der Botschaft, aber auch jetzt durch den Kommissionssprecher bagatellisiert. Bei einem normalen Zinsniveau von 3 bis 4 Prozent, das bis zur Finanzkrise langjährig die Ausgangslage war – wir leben in ausserordentlichen Zeiten –, betragen die Steuerausfälle 600 bis 800 Millionen Franken pro Jahr. Das sind die Zahlen der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Ausfälle in dieser Grössenordnung, von 600 bis 800 Millionen Franken pro Jahr, dürfen wir nicht akzeptieren, erst recht nicht zugunsten der finanzkräftigen Kreise, die ihre Einnahmen nicht korrekt deklarieren.

Wer an die Legende der Laffer-Kurve glaubt, die jetzt vom Kommissionssprecher auch wieder verbreitet worden ist, wonach eine Steuersenkung zwar zunächst zu Mindereinnahmen führt – was eigentlich auf der Hand liegt –, aber dann längerfristig doch wieder Mehreinnahmen eintreten werden, glaubt an den Weihnachtsmann oder an ein Märchen! Die Laffer-Kurve ist eine Erfindung aus den Reagan-Jahren, daran ist zu erinnern. Aber Laffer wurde von Trump nachher noch zum grossen Helden der USA befördert. Er hat ebenfalls die Legende verbreitet, Steuersenkungen würden zu Mehreinnahmen führen. Das wurde geschichtlich, historisch immer falsifiziert. Steuersenkungen führen zu Mindereinnahmen, so einfach ist die Ausgangslage.

3. Man will mit der Teilabschaffung der Verrechnungssteuer den Fremdkapitalmarkt und den Finanzplatz stärken. Aber braucht es das wirklich, eine weitere Stärkung des Finanzplatzes und eine steuerliche Begünstigung des Kapitalmarktes? Der Schweizer Finanzplatz ist doch nicht unterkapitalisiert, im Gegenteil: Wegen der massiven Kapitalüberschüsse und der enormen Kapitalzuflüsse in unseren Finanzplatz stehen wir in der Schweiz vor der historisch einmaligen Situation, dass die Nationalbank diese Kapitalzuflüsse mit Negativzinsen bekämpfen muss – zum Schaden der Sparerinnen und Sparer in der Schweiz und zum Schaden unserer Altersvorsorge. Mit diesen Negativzinsen haben wir eine Situation, die wir uns vor wenigen Jahren nicht hätten vorstellen können. Mit einer Steuersenkung für den Kapitalmarkt verschärfen Sie dieses Übel der Überkapitalisierung noch. Unser Finanzplatz braucht keine zusätzliche steuerliche Stimulierung von Kapitalzuflüssen.

4. Wenn schon, ist unser Finanzplatz nicht überbesteuert, sondern unterbesteuert. Wenn Sie dem Finanzplatz schon weitere Steuergeschenke machen wollen, dann sollten Sie sich fragen, ob er diese Geschenke auch verdient. Lassen Sie mich daran erinnern, in welchem Ausmass unser Finanzplatz in den letzten Jahren Steuerbussen bezahlt hat. Die Zeitung "Finanz und Wirtschaft" hat die UBS und die CS als eigentliche Bussenmaschinen bezeichnet. Bei der CS betrugen diese Bussen gemäss "Finanz und Wirtschaft" in den letzten zehn Jahren 8,5 Milliarden Franken, bei der UBS 7 Milliarden – dies alles für Steuervergehen und Geldwäscherei. Der CS droht aktuell eine Megabusse im Zusammenhang mit einer gewaltigen Korruptionsaffäre in Mosambik, dies ganz abgesehen von der Greensill-Affäre, die das Asset-Management der CS Milliarden kosten kann, Kollege Noser.

All das zeigt, dass es auf dem Schweizer Finanzplatz Handlungsbedarf gibt, aber doch eine staatliche Prämiierung solcher Praktiken mittels neuer Steuersenkungen durch den Bund nicht angezeigt ist. Wenn sich unsere Grossbanken in Zukunft rechtsstaatlich einwandfrei, korrekt verhalten, dann wird ihnen das x-mal mehr eintragen als die Steuersubvention bei der Verrechnungssteuer, die hier mit dieser Vorlage vorgesehen ist.

5. Ein wichtiger Grundsatz der Steuerpolitik ist die Steuergerechtigkeit. Weshalb hat das Stimmvolk kürzlich in Referendumsabstimmungen Steuervorlagen aus diesem Haus, wie die Unternehmenssteuerreform III und die Kinderabzüge,

AB 2021 S 1134 / BO 2021 E 1134

verworfen? Sie wurden verworfen, weil diese Vorlagen die Grundsätze der Steuergerechtigkeit verletzt haben. Die Bevölkerung wird von hohen Krankenkassenprämien und Mieten geplagt. Sie hat ein Sensorium für Steuergerechtigkeit. Glauben Sie im Ernst, dass Sie diese Abschaffung der Verrechnungssteuer für den Finanzplatz und die Konzerne in einer Referendumsabstimmung durchbringen werden? Dies müsste vor einem Stimmvolk geschehen, dessen Sparkonten und Bankguthaben – der Kommissionssprecher hat das zu Recht erwähnt –





weiterhin verrechnungssteuerpflichtig bleiben.

Wir stehen nicht nur finanzpolitisch, sondern auch steuerpolitisch vor anspruchsvollen Zeiten. Zu den finanzpolitischen Herausforderungen durch die Covid-19-Krise kommt ein internationales Umfeld, in dem mit den neuen Regeln der OECD für die Mindestbesteuerung zuerst einmal eine Standortbestimmung nötig wäre. Stattdessen soll hier mit der Teilabschaffung der Verrechnungssteuer zuerst wieder dem Finanzplatz ein Sonderwunsch erfüllt werden, ohne Rücksicht auf die Folgen und den Schaden, getreu den Forderungen aus diesen Kreisen. Diese wünschen gemäss einer strategischen Roadmap vom letzten Jahr nichts weniger als eine – ich zitiere wörtlich aus der Botschaft des Bundesrates – "steuerliche Entfesselung des Schweizer Kapitalmarkts". Als ob der hier so gehätschelte schweizerische Finanzplatz steuerlich in Fesseln läge!

Neue fiskalische Privilegien für den Finanzplatz sind das Letzte, was wir brauchen. Auch der Finanzplatz muss seinen Teil der öffentlichen Lasten tragen. Die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer steht somit quer in der Landschaft.

Ich lade Sie ein, auf diese Vorlage nicht einzutreten.

Herzog Eva (S, BS): Die Bevölkerung hat am Wochenende zum zweiten Mal und dieses Mal noch deutlicher bestätigt, was ich auch finde, nämlich, dass wir diese immer noch andauernde Krise in der Schweiz bisher gut bewältigt haben. Ich spreche insbesondere von den wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützungsmassnahmen. In noch nie da gewesenem Tempo wurden finanzielle Hilfsmassnahmen aus dem Boden gestampft, unsere bewährten Sozialwerke gestärkt und befristet ausgedehnt auf weitere Gruppen von Anspruchsberechtigten, um die wirtschaftliche Existenz der Menschen zu sichern, welche durch die gesundheitspolitischen Einschränkungen beeinträchtigt werden. Die notwendigen Gelder dafür wurden gesprochen. Damit diese ausgegeben werden können, muss man sie erst einmal einnehmen, und die Leistungen des Staates wurden von allen Seiten ästimiert.

Doch auf Dauer scheint Vernunft zu langweilen, obwohl die Herausforderungen der Zukunft, die schon vor der Pandemie bestanden, keineswegs verschwunden sind. Im Gegenteil, es wurde heute Morgen schon erwähnt: Klimakrise, demografische Entwicklung, alternde Bevölkerung, steigende Gesundheitskosten – die Kostenfolgen, die auf den Bundeshaushalt und auf die Haushalte der Kantone zukommen, sind immens. Und trotzdem: Steuerpolitisch scheinen viele von Ihnen – in der WAK ist es eine deutliche Mehrheit, wir haben es gehört – zu den alten Gewohnheiten zurückzukehren. Wo könnten wir noch auf Steuereinnahmen verzichten? Wer hat noch nicht, wer will noch mal?

Noch haben wir nicht entschieden, wie wir mit den Corona-Schulden umgehen wollen. Aber dieses Parlament hat gesagt, dass dies ohne Steuererhöhungen und Sparprogramme gehen soll. Ersteres glaube ich sofort, mit den Kürzungen wird aber schon begonnen. Obwohl es absolut nicht der Moment ist, soll scheinbar auf Einnahmen verzichtet werden: Abschaffung der Emissionsabgabe und der Industriezölle, jetzt Verzicht auf einen Teil der Verrechnungssteuer. Es geht wiederkehrend nur um 2 bis 3 Prozent der gesamten Einnahmen der Verrechnungssteuer, aber weitere Pläne wurden und werden schon diskutiert. Warum sollen wir also glauben, dass diese definitiv begraben sind?

Jedes Mal heisst es, dass dieser Verzicht auf Einnahmen nicht so schlimm sei, aber in der Summe ist es durchaus schon stattlich: 250 Millionen Franken bei der Emissionsabgabe auf Eigenkapital, 530 Millionen bei den Industriezöllen, 25 Millionen bei der Aufhebung der Umsatzabgabe und jetzt noch 170 Millionen bei der Verrechnungssteuer. So, wie diese Änderung der Verrechnungssteuer vorliegt, ist sie gerechnet mit einer Coupon-Rendite von 1 Prozent; bei 3 bis 4 Prozent wären es rund 520 Millionen. Dies alles ist statisch gerechnet, ohne Verhaltensänderungen und ohne die Zusätze, die im Nationalrat und zum Teil in der WAK-S schon beschlossen wurden.

Wenn es so weitergeht – so kann man es natürlich auch machen –, wenn die Beträge der Einnahmenseite zurückgehen, dann wird es irgendwann nicht mehr ohne Sparmassnahmen gehen.

Bei der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen und der Aufhebung der Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen gehe es – wir haben es gehört – um die Stärkung des Schweizer Fremdkapitalmarkts und um die Zentralisierung der Konzernfinanzierung, was zu zusätzlicher Wertschöpfung und zu Arbeitsplätzen in den betroffenen Unternehmen führe. Mithin gehe es um nichts anderes als um eine Stärkung des Arbeitsplatzes Schweiz. Das sind grosse Worte. Die vermehrten Finanzierungsaktivitäten hätten positive Effekte auf den hiesigen Finanzsektor, hiess es, das System der Verrechnungssteuer beinhalte einen Liquiditätsnachteil für den Anleger und der administrative Aufwand sei hoch. Und als vorderstes Argument: die OECD-Steuerreform. Das werden wir in den nächsten Jahren noch oft hören, das ist der neue Slogan, mit dem Steuersenkungen in den kommenden Jahren begründet werden.

Zu diesen Punkten ist aus meiner Sicht Folgendes zu sagen:



Dass die Konzerne ihre Finanzierungsaktivitäten vermehrt aus dem Ausland in die Schweiz holen, passiert bereits. Im Zeichen des Projekts "Base Erosion and Profit Shifting" (Beps) lohnt es sich für die Firmen längst, die Finanzierungsaktivitäten aus der Schweiz heraus zu tätigen, dafür braucht es diese Vorlage nicht.

Was die Stärkung des Finanzplatzes betrifft, so schreibt der Bundesrat in den Unterlagen selber, dass es lediglich um eine leichte Belebung des Wertpapier- und Vermögensverwaltungsgeschäfts gehe.

Der Liquiditätsnachteil für Anleger ist im derzeitigen Negativzinsumfeld inexistent und könnte bei steigenden Zinsen mit dem Meldeverfahren aufgehoben werden, so, wie dieses auch generell den beklagten administrativen Mehraufwand reduzieren würde.

Es gibt meiner Ansicht nach schlicht und ergreifend keinen Grund für diese Steuerreform. Das Argument, im aktuellen Tiefzinsumfeld erfülle die Verrechnungssteuer ihren Sicherungszweck ohnehin nur begrenzt, ist geradezu zynisch angesichts der Tatsache, dass die prognostizierten wiederkehrenden Ausfälle sich bei steigenden Zinsen entsprechend verdoppeln und verdreifachen.

Und die OECD-Steuerreform? Bisher sind die Eckwerte bekannt, aber noch keine Details. Wichtiger als der neue Mindeststeuersatz von 15 Prozent für international tätige Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 750 Millionen Euro ist die Bemessungsgrundlage, auf der er erhoben werden soll. Dasselbe gilt für den Gewinn, der bei Säule 1 tatsächlich umverteilt werden soll.

Offenbar wissen wir bald mehr über die Ausgestaltung der OECD-Steuerreform. Warum warten wir dann nicht ab und erarbeiten ein Gesamtpaket, das auch tatsächlich gezielt wirkt und Sinn macht, statt vorher Geld zu verschenken und so den Handlungsspielraum zu verkleinern? Für Firmen und Privatpersonen mit Sitz in der Schweiz hat die Verrechnungssteuer lediglich einen Sicherungszweck: Es geht um Steuerehrlichkeit. Bei den Erläuterungen zur Verrechnungssteuer auf der Website der Steuerverwaltung ist zu lesen, der Gesetzgeber bezwecke mit der Verrechnungssteuer "die Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch Schlechterstellung des Defraudanten gegenüber dem ehrlichen Steuerpflichtigen, sodass die Defraudanten auf diesem Weg zumindest eine minimale Steuerbelastung erdulden müssen". Eine klare Sprache!

Ich weiss, dass es nicht um die Abschaffung der Verrechnungssteuer als Ganzes geht. Bundesrat Ueli Maurer bat uns diesbezüglich schon in der Kommission, nicht zu

AB 2021 S 1135 / BO 2021 E 1135

dramatisieren. Aber in den Unterlagen können wir alle lesen, dass der Sicherungszweck der Verrechnungssteuer im vorliegenden Bereich aufgegeben wird. In seiner Vernehmlassungsvorlage hat der Bundesrat nochmals die Zahlstellensteuer vorgeschlagen, was aber – wir haben es schon gehört – mehrheitlich abgelehnt wurde. Der Bundesrat dachte auch darüber nach, ein Meldeverfahren mit den oben genannten Vorteilen einzuführen, kam aber zum Schluss, dass dies politisch keine Chance hat.

Ich bin ehrlich gesagt immer wieder sehr erstaunt, wie man sich unter dem Titel des Schutzes der Privatsphäre für die Interessen von potenziell Steuerunehrlichen einsetzen kann. Was mit dem automatischen Informationsaustausch mit dem Ausland Normalität geworden ist, sollte endlich auch im Inland eingeführt werden, dies zugunsten all derer, die jeden Franken ihres Einkommens und ihres Bankbüchleins versteuern, denn dort bleibt die Verrechnungssteuer ja auch bestehen. Irgendwann wird es auch bei uns wieder steigende Zinsen geben.

Aus diesen Gründen beantrage ich im Namen der Minderheit Rückweisung der Vorlage und Ausarbeitung einer neuen Vorlage unter Einschluss eines Meldeverfahrens.

Noser Ruedi (RL, ZH): Ich bin froh, dass ich nach beiden Begründungen sprechen darf, weil jetzt die Argumente auf dem Tisch liegen. Denn die Argumente von Herrn Rechsteiner und Frau Herzog unterscheiden sich ja signifikant. Herr Rechsteiner will gar nicht auf die Vorlage eintreten, während Frau Herzog auf die Vorlage eintreten, aber eine andere Vorlage möchte. Es ist deshalb gut, dass wir darüber diskutieren können.

Als Erstes möchte ich Sie auf zwei Punkte aufmerksam machen, die der Kommissionsprecher noch nicht gesagt hat. Sie müssen einmal schauen, wie die Verrechnungssteuer auf den Werkplatz – es geht hier um den Werkplatz – wirkt. Im Moment machen wir hier nämlich eine ausländische Standortförderung. Die Mehrheit aller Obligationen, die unser Werkplatz emittiert, wird heute in den Benelux-Ländern ausgegeben. Warum? Die Benelux-Länder kennen keine Verrechnungssteuer.

Herr Rechsteiner hat zu Recht gesagt, die Schweizer Verrechnungssteuer sei uns lieb geworden. Ich habe gar nichts gegen diese Aussage; es ist, glaube ich, eine gute Aussage. Aber leider – und das müssen wir auch feststellen, Herr Rechsteiner – hat sich das international nicht durchgesetzt. Das ist einfach so. International geht man andere Wege, und wenn wir in der Schweiz einen Finanzplatz wollen, der es unseren Konzernen ermöglicht, sich in der Schweiz zu refinanzieren, dann geht es nicht, dass wir die Verrechnungssteuer auf den



Obligationen belassen.

Sie müssen sich bewusst sein: Jede Obligation, die in den Benelux-Ländern emittiert wird, wird nach dem Recht der Benelux-Länder emittiert. Darum haben Sie hier drin ja bereits Ausnahmen beschlossen. Wir haben alle Too-big-to-fail-Instrumente von der Verrechnungssteuer ausgenommen. Warum? Weil es klar war, dass ansonsten kein ausländischer Investor so ein Too-big-to-fail-Instrument kaufen würde, und es war nicht im Interesse der Schweiz, dass die Too-big-to-fail-Instrumente nur in Schweizer Pensionskassen liegen. Wir wollten eine internationale Streuung. Darum haben wir damals schon anerkannt, dass wir die Instrumente von der Verrechnungssteuer befreien müssen. Damit haben wir auch anerkannt, dass internationale Investoren keine Schweizer Obligationen mit einer Schweizer Verrechnungssteuer kaufen.

Was wir damit aber auch gemacht haben, ist eine komplette Wettbewerbsverzerrung, und darum komme ich, im Gegensatz zu Herrn Rechsteiner, zum genau umgekehrten Schluss: Diese Vorlage stellt den Werkplatz endlich wieder dem Finanzplatz gleich! Mit dieser Vorlage kann nämlich auch der Werkplatz verrechnungssteuerfrei Obligationen ausgeben. Das können nicht nur die grossen Too-big-to-fail-Banken tun, sondern das kann eben auch unser Werkplatz machen. Wer diese Vorlage bekämpft – und Sie gestatten mir diesen Seitenhieb, Herr Rechsteiner, Sie haben auch einen gemacht –, ist gegen die Arbeiter. Denn diese Vorlage führt dazu, dass Investitionen in unserem Land getätigt werden, finanziert werden, und darauf beruhen die Arbeitsplätze. Das ist der Sinn und Zweck dieser Vorlage.

Zu den Ausfällen: Der Kommissionssprecher hat zu Recht gesagt, dass etwa 160 bis 200 Millionen Franken Ausfälle entstehen werden. Er hat auch zu Recht gesagt, dass demgegenüber auch wirtschaftliche Einnahmen zu verzeichnen sein werden. Herr Rechsteiner, Sie haben sich in Ihrem Votum selbst widersprochen: Sie können nicht gleichzeitig sagen, dass bei den Steuern die Verrechnungssteuer und die Unternehmensgewinnsteuer in den letzten zwanzig Jahren gesprudelt haben, dass aber Reformen nicht dazu führen, dass es mehr Steuereinnahmen gibt. Bei der Gewinnsteuer ist es so, dass wir drei Unternehmenssteuerreformen beschlossen haben. Das hat dazu geführt, dass die Einnahmen aus der Unternehmensgewinnsteuer immer gestiegen sind. Zudem hat die Unternehmenssteuerreform II dazu geführt, dass die Verrechnungssteuereinnahmen gestiegen sind. Das ist der Fakt der ganzen Geschichte.

Wenn wir jetzt 2 bis 3 Prozent dieses Zuwachses so verwenden, dass die Schweizer Wirtschaft ihre Arbeitsplätze in der Schweiz halten und sich in der Schweiz finanzieren kann, dann ist das eine kluge Investition, denn es ist bedeutend weniger als die Zunahme der Steuereinnahmen in den letzten zehn Jahren.

Es kommt noch dazu, und das wurde bis jetzt noch nicht berechnet: Neu können dann Bund, Kantone, Gemeinden und die Gemeinwesen, die mit dem Bund, den Kantonen, den Gemeinden zusammenarbeiten, auch verrechnungssteuerfreie Obligationen emittieren. Damit wird der Preis, den der Bund dafür bezahlen muss, kleiner, denn er kann neu auch internationale Investoren ansprechen. Auch die Gemeinden und Kantone usw. können internationale Investoren finden. Das heisst, dass die Refinanzierungskosten der öffentlichen Hand sinken werden. Das macht relativ schnell diese 200 Millionen Franken an Ausfällen aus, die man damit kompensieren kann.

Die Verrechnungssteuer ist eine Steuer, die dem Sicherungszweck dient und die man zurückfordern kann. Effektiv dürfte am Schluss beim Bund also nichts hängenbleiben. Was beim Bund heute hängenbleibt, ist nicht das Geld von Schweizern, die ihre Verrechnungssteuer nicht zurückfordern. Das ist der absolut kleinste Teil. Was beim Bund heute hängenbleibt, ist das Geld von Investoren aus dem Ausland, die ihre Dividenden nicht zu 100 Prozent der Verrechnungssteuer anrechnen können, weil wir nicht überall Doppelbesteuerungsabkommen haben.

Man muss wissen: Man kann die Verrechnungssteuer nur aus Ländern zurückfordern, mit denen man ein Doppelbesteuerungsabkommen hat. Bei den meisten Doppelbesteuerungsabkommen steht nicht drin, dass man hundert Prozent der Verrechnungssteuer zurückfordern kann, und es sind ausländische Investoren, die diese nicht zurückfordern können. Dieser grosse Milliardenbetrag, der in der Bundeskasse hängenbleibt, bedeutet eigentlich, dass ausländische Investoren hier für etwas bezahlen, was sie im Endeffekt eigentlich zurückfordern dürfen, aber nicht zurückfordern können.

Sie können hier jetzt sagen, Herr Rechsteiner, das sei ja gut, davon könne man gut leben. Ja, das haben die Holländer auch gesagt – sie haben jetzt in kürzester Zeit zwei grosse Konzerne verloren. Was mich am meisten erstaunt ist, dass diese nicht in die EU, sondern nach England gegangen sind. Das ist die Situation der Holländer. Ich gehe nicht davon aus, dass die Schweiz grosse Konzerne verlieren wird. Aber wenn wir wollen, dass in der Schweiz von ausländischen Investoren grosse Investitionen getätigt werden, dann werden wir hier eine Veränderung machen müssen.

Wer will, dass sich unser Finanzplatz, unser Werkplatz in der Schweiz refinanzieren kann, dass unsere Obligationen wieder in Schweizerfranken ausgegeben werden, und wer will, dass unser Werkplatz und unser



Finanzplatz unter Schweizer Recht arbeiten können, muss diese Vorlage unterstützen.
 Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten, und ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Zanetti Roberto (S, SO): Es ist ein Zufall, dass wir gemäss Tagesordnung zunächst das Budget, das in den

AB 2021 S 1136 / BO 2021 E 1136

Verantwortungsbereich der Finanzkommission fällt, behandelt haben und jetzt über die Verrechnungssteuervorlage sprechen, die in den Verantwortungsbereich der WAK fällt. Ich habe in meiner bisherigen politischen Tätigkeit auf Gemeinde- und Kantonebene Finanzpolitik betrieben. Dort gab es die Anomalie, die wir auf Bundesebene haben, nicht: Dort waren die Finanzkommissionen immer für beide Seiten des Finanzhaushalts zuständig, nämlich für die Einnahmen und die Ausgaben. Beim Bund ist für die Einnahmen die WAK zuständig, für die Ausgaben die Finanzkommission.

Wir haben vorhin über das Budget debattiert, wobei wir relativ lange über einen Betrag von 100 000 Franken diskutiert haben, dies bei einem Volumen von rund 70 oder gar mehr Milliarden Franken. Hier sprechen wir über ein paar hundert Millionen Franken, über 170 oder 190 Millionen Franken, je nach Zinssatz über das Drei- oder Vierfache davon, und es werden irgendwelche Sachen behauptet. Herr Noser hat da jetzt sehr überzeugend gewirkt – vielleicht ist er ja auch tatsächlich überzeugt davon, was da genau passieren wird. Ich bin der eher traditionellen finanzpolitischen Schule von Willi Ritschard und Otto Stich verhaftet. Otto Stich hat immer gesagt, dass zwei und zwei vier ergeben würden, nicht mehr und nicht weniger – und man hat ihm immer Vulgärmarxismus vorgeworfen. Hier will man uns vorspielen, zwei minus eins ergäbe drei, weil es dynamische Effekte gebe. Herr Rechsteiner hat dargelegt, woher diese Schauermärchen kommen: Das ist irgendwie in den "Reagan economics" verhaftet, liesse sich aber abklären.

Vor einiger Zeit war in den Medien ein Artikel zum Thema "Das grosse Rätsel um die wahren Schweizer Steuerausfälle" zu lesen. Darin wurde bemängelt, dass die Folgen unserer Steuerrechtsrevisionen eben genau nicht untersucht werden. Diese werden eben genau nicht untersucht, sodass man ungestraft Behauptungen wie diejenige von Kollege Noser in die Landschaft setzen kann. Wenn man das häufig genug wiederholt, dann glauben plötzlich alle, dass die sogenannten dynamischen Effekte eintreffen werden und sich dann alles zum Besten wendet.

Immerhin hat diese Unsicherheit offenbar auch die FK-N ein bisschen irritiert. Deshalb hat sie im Rahmen des Mitberichtsverfahrens eine Empfehlung bzw. einen Wunsch an die WAK-N formuliert, den ich in unserer WAK auch aufgenommen habe. Die Empfehlung der FK-N – und das sind ja nicht irgendwelche wild gewordenen Etatisten oder Fiskalisten, sondern das sind seriöse, finanzpolitisch verantwortungsvolle Personen aus dem Schweserrat – lautete wie folgt: "Es ist eine externe Studie zu den potenziellen Auswirkungen der Reform in Auftrag zu geben, da diese zu einer Schwächung des Sicherungszwecks der Verrechnungssteuer führt. Zu klären ist, wie hoch die durch die Schwächung ausgelösten Mindereinnahmen sein könnten."

Das ist wortwörtlich die Empfehlung der FK-N, die ich als Antrag in die WAK-S eingebracht habe. Selbstverständlich ist man nicht darauf eingetreten und hat den Antrag abgelehnt, weil das ja allenfalls die selbst erzählte Geschichte von den dynamischen Effekten hätte kompromittieren können. Für mich ist das, was wir hier machen, ein finanzpolitischer Blindflug. Nach aussen wirkt es doch unseriös, wenn wir einerseits im Rahmen der Budgetdebatte über 100 000 Franken streiten und die Folgen gegeneinander abwägen wollen und andererseits Steuergesetze revidieren, die 170 Millionen, 540 Millionen oder 800 Millionen Franken kosten können, ohne dass wir es wirklich wissen. Das ist schlicht und ergreifend nicht seriös und wirkt nach aussen auch unglaublich!

Die Voodoo-Ökonomie-Grundsätze, wonach Steuersenkungen immer positive dynamische Effekte haben, werden nicht verfangen. In Bezug auf die Drohkulisse, die Kollege Rechsteiner für den Fall einer Volksabstimmung aufgezo-gen hat, würde ich sagen, dass es wenig verheissungsvoll ist, wenn wir uns lediglich auf unbewiesene Behauptungen abstützen. Ich bedaure, dass die seinerzeitige Empfehlung der Finanzkommission des Nationalrates weder von der WAK-N noch von der WAK-S aufgenommen wurde. Damit hätte man vielleicht ein bisschen mehr Klarheit schaffen können.

In Übereinstimmung mit dem Minderheitsantrag Rechsteiner Paul werde ich deshalb gegen Eintreten stimmen.

Germann Hannes (V, SH): Nach dem flammenden Votum meines Vorredners muss ich Ihnen trotzdem wieder einige Fakten in Erinnerung rufen. Wir haben eine Unternehmenssteuerreform II gemacht; Herr Zanetti war damals auch schon dabei. Dort hat man ähnliche Befürchtungen geäussert. Man hat von Ihrer Seite Milliardenverluste in Aussicht gestellt. Und was ist im Endeffekt passiert? Die Steuereinnahmen sind gestiegen. Wir haben andere Anpassungen gemacht. Bei der Verrechnungssteuer mussten wir uns vorwerfen lassen, es



gebe aufgrund der Beschlüsse des Parlamentes Verluste in zweistelliger Milliardenhöhe; in einer Zeitung war die Zahl von 10 Milliarden Franken gross abgedruckt. Dieser Einschätzung liegt eine statische Betrachtung zugrunde. Die statische Betrachtung hat vielleicht noch die Generation Stich gemacht, das war auch seriös, aber statisch hat mit Wirtschaft relativ wenig zu tun. Eine Investition tätigen Sie ja nicht, um Ausgaben zu generieren, sondern Sie tätigen eine Investition, weil Sie einen Rückfluss erwarten, der grösser ist. Bei einer Investition versuchen Sie zu errechnen, wann Sie den Break-even-Point erreichen. Wenn die Erwartungen dann eintreffen, erreicht man diesen Break-even.

Ich muss Ihnen sagen: Alle Steuerreformen, die wir gemacht haben – alle, an die ich mich erinnern mag; Herr Bundesrat Maurer möge mich korrigieren –, haben sich letztlich bezahlt gemacht. Wir wären doch heute sonst nicht auf diesem Niveau, das Herr Bundesrat Maurer heute Morgen ausgeführt hat. Die Unternehmen zahlen mittlerweile ebenso viel Steuern wie die natürlichen Personen – das ist ja hochehrförlieh –, und das, weil wir seit Jahren versuchen, den Standort für die Unternehmen attraktiver zu machen. In der Schweiz sind die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Mittelaufnahme bei Investoren und auch für die Verteilung der Mittel unter den Tochtergesellschaften aber nach wie vor ungenügend und verglichen mit anderen Standorten sogar nachteilig. Schuld daran ist eben die angesprochene Verrechnungssteuer. Sie führt dazu, dass die Schweizer Industrie- und auch Finanzunternehmen ihre Finanzierung im Ausland tätigen, weil internationale Anleger den Verrechnungssteuerabzug nicht akzeptieren.

Mit der vorliegenden Revision kann nun dieser unhaltbare Zustand behoben werden. Es sollte doch möglich sein, dass konzerninterne Darlehen aus der Schweiz heraus vergeben werden. Das gehört für mich einfach dazu. Die Emissionsabgabe wollte man schon mit dem Steuerpaket abschaffen. Dort war die Abschaffung völlig unbestritten. Doch das Paket wurde dann bachab geschickt, weil es wirklich sehr überladen war; da hatten Sie wahrscheinlich recht. Ich hätte auch im Nachhinein meine Zweifel gehabt, ob die Vorlage eine dynamische Wirkung entfaltet.

Um es kurz zu machen und den Schluss zu finden: Machen Sie heute etwas Gutes, damit hier lokalisierte ökonomische Substanz auch hierbleibt und damit die Schweiz attraktiver wird. Das ist gut für die Arbeitsplätze, für die Wertschöpfung, aber auch für die Infrastrukturen. Wenn wir das gut geregelt haben, dann können wir auch unser Besteuerungsrecht auf den erzielten Firmengewinnen gegenüber den Ansprüchen von ausländischen Staaten behaupten. Das ist auch im Hinblick auf die laufenden Diskussionen in der OECD mit den ganzen Beps-Projekten äusserst wichtig.

Ich bitte Sie darum, auf die Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen. Ich glaube, wir sind in der Detailberatung sehr wohl in der Lage, Korrekturen anzubringen. Wir haben ja bereits etwas gemacht, indem wir versucht haben, die Steuerausfälle zu verringern, zumindest in statischer Hinsicht. Das scheint mir richtig. Dort können Sie das entscheiden. Es gibt aber keinen Grund, die Vorlage zurückzuweisen.

Die Kommission hat mit relativ soliden Mehrheiten eine massvolle Lösung gefunden. Darum bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und nachher der Mehrheit zu folgen. Es gibt eine Ausnahme, bei der ich anders stimmen werde. Dieses Recht nehme ich mir heraus.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich werde nicht auf das Votum von vor einiger Zeit replizieren, habe aber noch eine kurze Bemerkung zu Kollege Germann, weil es um Fakten geht. Sie

AB 2021 S 1137 / BO 2021 E 1137

haben gesagt, die Unternehmenssteuerreform II habe sich bewährt. Das ist aber ausgerechnet jene Steuerreform, bei der das Bundesgericht festgehalten hat, dass das Stimmvolk irregeführt und nicht richtig darüber informiert wurde, dass die Steuerausfälle im Zusammenhang mit dem sogenannten Kapitaleinlageprinzip Milliarden betragen. Es gab ein sehr knappes Abstimmungsresultat, und diese Abstimmung wäre anders herausgekommen – es wäre nämlich zu einem Scheitern wie bei der Unternehmenssteuerreform III gekommen –, wenn das Stimmvolk korrekt informiert worden wäre; das noch als Faktum.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich bitte Sie selbstverständlich, auf die Vorlage einzutreten. Vielleicht ist es wichtig, einige Dinge richtigzustellen.

Herr Rechsteiner hat suggeriert, dass quasi die ganze Verrechnungssteuer gefährdet sei. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. 90 bis 95 Prozent der Einnahmen der Verrechnungssteuer kommen aus Dividendenzahlungen und Dividendenrückkäufen. Wir sprechen hier von Obligationen, die in der Schweiz ausgegeben werden, in Bezug auf den Verrechnungssteuerertrag von etwa 3 Prozent der Verrechnungssteuer. Wir sprechen nicht von der ganzen Verrechnungssteuer. Selbstverständlich wollen wir, dass die Verrechnungssteuer bestehen bleibt. Wir sind darauf angewiesen. Wir sprechen aber nicht über Milliardenbeträge bei der Verrech-



nungssteuer, sondern im Moment über etwa 3 Prozent.

Weshalb möchten wir das? Wir stellen fest, dass das Emissionsgeschäft aus der Schweiz abgewandert ist. Vor allem, wenn man im Ausland lebt, ist es relativ kompliziert, eine Steuer zu bezahlen und sie danach zurückzufordern. Man hat einen Liquiditätsentzug, der sich erst später wieder auflöst. Die betreffenden Zahlen sind in der Botschaft aufgelistet. Das Emissionsvolumen betrug 2016 noch 55 Milliarden Franken. Es liegt 44 Prozent unter dem Emissionsvolumen von 2009. Wir haben in diesen Jahren also fast die Hälfte des Emissionsvolumens verloren. Die Emission findet nicht mehr in der Schweiz statt. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das Emissionsgeschäft in der Schweiz zu kompliziert und zu teuer ist – man geht weg.

Man könnte jetzt annehmen, dass ausländische Emittenten die Emissionen in der Schweiz tätigen, weil wir so viel Geld haben. Dort ist der Rückgang aber noch krasser. Das Volumen ist auf etwa 10 Prozent zurückgegangen. Auch dieses Geschäft findet nicht mehr in der Schweiz statt. Es ist ins Ausland verlegt worden.

Wir möchten das verlorene Emissionsvolumen wieder in die Schweiz zurückholen, denn mit diesem Emissionsvolumen sind sehr viele Arbeitsplätze verbunden. Die Personen, die für die ganze Abwicklung der Emissionen zuständig sind, sind abgewandert. Die Emissionen finden zur Hälfte nicht mehr bei uns statt, im Falle der ausländischen Emittenten zu 90 Prozent. Das ist an und für sich logisch.

Wenn Sie dann noch schauen, wohin diese Emissionsabgaben gewandert sind – auch das haben wir in der Botschaft ausgeführt –, dann sehen Sie, dass das vor allem Luxemburg ist. Luxemburg emittiert, gemessen am Bruttoinlandprodukt, etwa dreissigmal mehr als die Schweiz. Das heisst, dass Luxemburg gute Bedingungen hat, wesentlich bessere als die Schweiz. Bei uns ist das Emissionsvolumen zurückgegangen. In Luxemburg, aber auch in London, Korea, Singapur, in den Vereinigten Staaten ist es massiv gestiegen. Wir haben verloren. Mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen möchten wir dieses Geschäft in die Schweiz zurückholen. Das haben wir definitiv verpasst, und es ist darum höchste Zeit, das jetzt zu tun. Es geht nicht primär um den Finanzplatz, um die "bösen Banken", wie sie wieder genannt wurden, sondern um den Werkplatz Schweiz, um Unternehmen, die Fremdkapital brauchen und darum Emissionen tätigen. Wenn wir diesen Handel in der Schweiz nicht zu günstigen Bedingungen zulassen, dann findet er schlicht und einfach im Ausland statt.

Frau Herzog hat mit Blick auf die OECD-Steuerreform auf diese Problematik hingewiesen und hat gewarnt, dass Firmen abwandern würden, wenn wir höhere Steuern hätten. Genau so ist es! Wenn wir in diesem Bereich höhere Steuern haben oder ein unmögliches Verfahren, dann wird dieser Handel nicht mehr in der Schweiz stattfinden. Die OECD-Steuerreform ist eigentlich ein gutes Beispiel dafür, weshalb man dieses Geschäft zurück in die Schweiz holen sollte, und nicht umgekehrt. Herr Noser hat das Beispiel von zwei grossen internationalen Konzernen genannt, die ihren Sitz aus den Niederlanden nach London verlegt haben – wegen der Verrechnungssteuer! Firmen suchen den bestmöglichen Standort, wo sie die Kosten optimieren können. Ich habe es gesagt, und ich sage es noch einmal: Wir haben über 50 Prozent der Emissionsabgaben verloren. Diese sind einfach abgewandert. Wenn Sie dann noch das Bruttoinlandprodukt anschauen, dann sehen Sie, dass Luxemburg einen steigenden Anteil des Finanzplatzes hat. Dieser explodiert förmlich, weil das Land einfach gute Bedingungen hat. Bei uns sinkt der Anteil des Finanzplatzes am Bruttoinlandprodukt, und zwar einfach, weil wir schlechtere Bedingungen haben. Wir versuchen also, ein Geschäft in die Schweiz zurückzuholen, Arbeitsplätze wieder herzuholen oder zu erhalten und damit auch ein Volumen zu schaffen, das interessant ist.

In der Botschaft schreibt der Bundesrat von Ausfällen von 170 Millionen Franken. Das ist eine statische Rechnung, aber niemand hat erwähnt, dass der Bundesrat auch davon ausgeht, dass diese Mindereinnahmen in relativ kurzer Zeit kompensiert werden, weil das Geschäft wieder in der Schweiz stattfindet und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückkommen.

Für den Standort Schweiz ist es ausserordentlich wichtig, dass wir in einem Bereich, in dem wir eine lange Tradition haben, wettbewerbsfähig sind, auch in Bezug auf Finanzierungen und Obligationen. Die Vorlage, die wir Ihnen hier unterbreiten, ist nicht einfach eine Steuersenkungsvorlage. Auf der einen Seite ist es zwar so, aber auf der anderen Seite wird die Vorlage in der Summe den Werkplatz Schweiz stärken und das Volumen entsprechend aufwerten. Es ist also eine Vorlage, die gerade auch in Hinsicht auf die OECD-Steuerreform dringend und wichtig ist. Wenn wir dort Nachteile haben, und das ist nicht auszuschliessen, müssen wir andernorts versuchen, Vorteile zu schaffen, damit die Schweiz insgesamt interessant ist.

Firmen suchen sich den besten Standort, und hier sprechen wir von solchen, die Obligationen ausgeben, also insbesondere von grösseren Firmen. Da muss man nicht Wissenschaftler sein, sondern das können Sie täglich in den Medien verfolgen: Man geht dorthin, wo man günstige Bedingungen hat, und man geht dort weg, wo man keine günstigen Bedingungen hat. Das haben wir jetzt weiss Gott genügend erlebt. Mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinserträgen versuchen wir, eine gewisse Kompensation zu machen und das



wieder einzubringen.

Frau Herzog hat noch die Unehrllichkeit angesprochen und dass daher die Vorlage zurückgewiesen und eine neue ausgearbeitet werden müsse. In Hinsicht auf ein inländisches Meldeverfahren steht institutionell die Frage des Bankkundengeheimnisses zur Diskussion. Inländische Meldeverfahren wurden mehrmals abgelehnt, und der Schutz des Individuums hat in der Schweiz einen grossen Stellenwert. In Bezug auf die Steuerehrlichkeit war das nie mehrheitsfähig. Wenn aber auf diesen Obligationen Verrechnungssteuern anfallen, ist das insbesondere auf Verrechnungssteuern zurückzuführen, die im Ausland nicht zurückgefordert werden können, weil wir entweder gar keine Doppelbesteuerungsabkommen haben oder Doppelbesteuerungsabkommen haben, in denen nicht der ganze Betrag zurückgefordert werden kann. In den meisten Doppelbesteuerungsabkommen haben wir bis zu 15 Prozent Steuern, die nicht zurückgefordert werden können, die dann bei uns bleiben. Daher kommt dann allenfalls auch ein Ausfall zustande.

In Bezug auf die Steuerehrlichkeit – das nebenbei – führt der automatische Informationsaustausch dazu, dass es kaum mehr Sinn macht oder möglich ist, Vermögenswerte zu verheimlichen. Das wird aufgedeckt, und die Beträge werden kleiner. Wir gehen auch hier nicht das Risiko ein, als Land zu

AB 2021 S 1138 / BO 2021 E 1138

gelten, das der Unehrllichkeit Vorschub leistet. Das ist nicht der Fall. Das können wir auf die Seite schieben.

Zusammengefasst: Es ist eine Vorlage, die versucht, Potenzial, das wir in den letzten Jahren massiv verloren haben, zurückzuholen – mit allen Arbeitsplätzen und dem ganzen Drum und Dran – und in Europa wettbewerbsfähig zu sein. Darauf sind wir ausserhalb der EU ohnehin angewiesen. Wir können das nicht alles den Luxemburgern oder vielleicht noch London überlassen. Wir wollen einen starken Finanzplatz. Das muss in der Schweiz passieren. Wir sind darauf angewiesen, aus eigener Kraft Elemente zu stärken, in denen wir traditionell stark sind. Das können wir mit dieser Vorlage. Sie wird in der Summe positiv sein, auch wenn wir statisch jetzt einen Verlust von 170 Millionen ausweisen. Die ganze Geschichte zeigt, dass das so ist.

Es ist dringend notwendig, diese Vorlage so durchzubringen. Es ist eine Stärkung des Werkplatzes Schweiz, die in Anbetracht der Wettbewerbsverhältnisse, die rund um uns herum herrschen, dringend notwendig ist. Wir haben wirklich keinen Anlass, auch noch unser Silberbesteck zu verkaufen. Wir müssen dort investieren, dort präsent sein, wo wir traditionell stark sind, wo wir das Know-how haben. Das ist in diesem Bereich absolut notwendig. Es ist wirklich ein Schuss ins eigene Bein, wenn wir das nicht tun. Wir werden noch mehr verlieren, das kann ich Ihnen garantieren.

Die Wirtschaft steht unter Druck. Sie sucht für sich die besten Positionen. Auf diesen sind wir in diesem Bereich einfach nicht, das sind wir einfach nicht. Wir haben bereits genügend verloren und werden alles daransetzen müssen, um das zurückzugewinnen. Es ist keine Vorlage für die beiden "bösen" Grossbanken, wie sie ja so gerne zitiert werden, die übrigens im Ausland über ein hervorragendes Image verfügen – über ein besseres als bei uns im Inland – und einen guten Job zugunsten des Images der Schweiz machen, sondern es geht um den Werkplatz, es geht um Arbeitsplätze, und es geht um dieses Volumen. Das ist in dieser Zeit dringend notwendig.

Ich bitte Sie also, auf die Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen. Denn die Rückweisung – das haben wir jetzt beim Meldesystem lange genug diskutiert – ist einfach nicht mehrheitsfähig. Da haben wir wieder eine Volksabstimmung und sind am Schluss gleich weit. Da müssen wir einfach auch die Realitäten akzeptieren.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Wir stimmen zuerst über den Nichteintretensantrag der Minderheit Rechsteiner Paul ab.

Abstimmung – Vote

Für Eintreten ... 32 Stimmen

Dagegen ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Nun stimmen wir über den Rückweisungsantrag der Minderheit Herzog Eva ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen

Dagegen ... 32 Stimmen

(0 Enthaltungen)



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Ständerat • Wintersession 2021 • Zweite Sitzung • 30.11.21 • 08h15 • 21.024
Conseil des Etats • Session d'hiver 2021 • Deuxième séance • 30.11.21 • 08h15 • 21.024



Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Da es sich um eine sehr umfangreiche Fahne handelt und es bereits nach halb eins ist, verschieben wir die Detailberatung auf einen anderen Tag.
Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag!

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.40 Uhr
La séance est levée à 12 h 40*

AB 2021 S 1139 / BO 2021 E 1139





21.024

**Verrechnungssteuergesetz.
Stärkung des Fremdkapitalmarkts**
**Loi sur l'impôt anticipé.
Renforcer le marché
des capitaux d'emprunt**
Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.11.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Ich begrüße zu diesem Geschäft Herrn Bundesrat Maurer und möchte ihm mit einem Tag Verspätung noch herzlich zum Geburtstag gratulieren. (*Beifall*)
 Wir sind am vergangenen 30. November auf die Vorlage eingetreten und haben einen Rückweisungsantrag abgelehnt. Wir kommen also direkt zur Detailberatung.

**Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
Loi fédérale sur l'impôt anticipé (Renforcement du marché des capitaux de tiers)**
Detailberatung – Discussion par article
Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ersatz von Ausdrücken
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I introduction, remplacement d'expressions
Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté
Art. 4
Antrag der Kommission
Abs. 1

...

d. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2–4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates




Art. 4
Proposition de la commission
Al. 1

...

d. Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2–4

Adhérer à la décision du Conseil national

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Lassen Sie mich zu einzelnen Bestimmungen, bei denen wir Differenzen haben und wo noch Erläuterungen notwendig sind, Ausführungen machen. Es ist halt sehr technisch, und dafür entschuldige ich mich. Ich hoffe, ich kann es einigermaßen so darlegen, dass es auch Nichttechniker verstehen. Aber an der Materie selber kann ich auch nichts ändern.

Bei dieser Differenz, die wir jetzt noch zum Nationalrat haben und die Ihre Kommission einstimmig aufrechterhielt, geht es um sogenannte Ersatzzahlungen, die von Inländern oder eben generell geleistet werden. Es ist ein spezielles Konstrukt. Es sind "securities lending and borrowing" und ähnliche Geschäfte, die gemacht werden. Da gibt es einen Leihgeber, der die Aktien z. B. einem Borger gibt. Der Borger hat die Aktien dann für eine gewisse Zeit. Sie teilen sich das Nutzungsrecht. Der Leihgeber behält das Nutzungsrecht, und deshalb macht der Borger, wenn er die Dividende erhält, eine Ersatzzahlung an den Leihgeber. Das ist das Grundgeschäft.

Für die Verrechnungssteuer stellt sich die Frage, ob man die 35 Prozent von einer Zahlung, sprich der ursprünglichen Dividende, oder von beiden Zahlungen abziehen muss, also dann auch noch von der Ersatzzahlung vom Borger an den Leihgeber. Um sicherzugehen, dass es zu keinem Steuerausfall kommt, wurde die Verrechnungssteuer in der Praxis immer von beiden Zahlungen abgezogen, also auch von der Ersatzzahlung. Ein Bundesgerichtsentscheid hat dazu geführt, dass es für die Verrechnungssteuer auf der Ersatzzahlung keine gesetzliche Grundlage mehr gibt, weil die Ersatzzahlung ja nicht dem Grundsatz der Verrechnungssteuer entspricht, dass der Schuldner 35 Prozent abzieht und der Empfänger sie dann zurückfordert. Deshalb will man, um die Steuer hier zu sichern, die gesetzliche Grundlage dafür schaffen. Das ist das, was der Bundesrat mit Buchstabe d macht: Erträge aus Ersatzzahlungen – wenn also der Borger an den Leihgeber weiterbezahlt – unterliegen auch der Verrechnungssteuer. Abgeführt wird das dann meistens durch die Banken.

Dass es eine gesetzliche Grundlage braucht, ist unbestritten. Das hat auch der Nationalrat erkannt. Er hat aber gegenüber der Vorlage des Bundesrates eingefügt, dass nur Erträge aus von einem Inländer geleisteten Ersatzzahlungen der Verrechnungssteuer unterliegen. Ihre Kommission folgt hier dem Bundesrat, weil das Risiko besteht, dass es, wenn Ausländer nicht enthalten sind, Ausweichmöglichkeiten gibt, indem dann geschaut wird, dass Ausländer die Ersatzzahlung leisten. Dann kann das Risiko der doppelten Rückerstattung nicht ganz abgewendet werden. Das ist die Grundlage: Ihre Kommission folgt dem Bundesrat und will diese Einschränkung auf die Inländer nicht. Damit wird der Sicherungszweck hochgehalten.

Es wurde uns auch versichert, dass es hier nicht um Cum-Ex-Geschäfte geht. Diese Geschäfte werden in anderem Zusammenhang wieder auftauchen. In Deutschland haben sie zu grossen Steuerausfällen geführt. Das hat man im Griff. Es geht hier wirklich nur um die gesetzliche Grundlage für eine Praxis, die es schon gab. Ihre Kommission beantragt Ihnen, hier beim Bundesrat zu bleiben.

Angenommen – Adopté
Art. 5, 5a, 5b
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté
Art. 5c
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national





Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Hier geht es um das Konstrukt der kollektiven Kapitalanlage. Man könnte auch sagen, es sind Fonds. Wie schon in der Eintretensdebatte festgehalten, schaffen wir die Verrechnungssteuer auf Zinsen von Anleihen ab. Wenn sich nun aber eine Anleihe in einer kollektiven Kapitalanlage oder einem Fonds befindet, dann wird sie indirekt wieder steuerpflichtig, denn die Ausschüttung aus dem Fonds unterliegt der Verrechnungssteuer. Dies wollte der Nationalrat, anders als der Bundesrat, verhindern. Er will das direkte und das indirekte Halten von Anleihen steuerlich gleich behandeln. Sofern der Fonds sie

AB 2021 S 1194 / BO 2021 E 1194

separat ausweist, macht es keinen Unterschied, ob man die Obligationenanleihe direkt oder über einen Fonds hält.

Nach der Version des Nationalrates kann man solche Anlagen in einem Fonds halten. Wenn man sie separat ausweist, separat ausschüttet oder bei der Ausschüttung separat bezeichnet, dass sie aus einem verrechnungssteuerfreien Bereich kommen, dann unterliegen auch die Ausschüttungen aus dem Fonds nicht der Verrechnungssteuer. Das ist eine Präzisierung des Nationalrates. Es würde eigentlich die heutige Praxis für das direkte oder indirekte Halten von Titeln bestätigen. Ihre Kommission ist hier dem Nationalrat gefolgt und würde hier die Differenz bereinigen bzw. keine schaffen. Man hat gefragt, welche Auswirkungen das hat. Da solche kollektiven Kapitalanlagen in der Schweiz nicht häufig sind, sollte es auch keine grossen Auswirkungen haben.

Angenommen – Adopté

Art. 7 Abs. 3; 9 Abs. 2, 3; 10; 11 Abs. 2; 12 Abs. 1; 13 Abs. 1 Bst. a; 14 Abs. 1; 15 Abs. 1, 1bis; 16 Abs. 1 Bst. a, c; 20a Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 7 al. 3; 9 al. 2, 3; 10; 11 al. 2; 12 al. 1; 13 al. 1 let. a; 14 al. 1; 15 al. 1, 1bis; 16 al. 1 let. a, c; 20a al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 20b

Antrag der Mehrheit

Streichen

Antrag der Minderheit

(Ettlin Erich, Bischof, Engler, Schmid Martin, Wicki)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 20b

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Ettlin Erich, Bischof, Engler, Schmid Martin, Wicki)

Adhérer à la décision du Conseil national

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Hier hat der Nationalrat einen sogenannten Pragmatismusartikel eingeführt. Er verfolgt einen Ansatz, der im Mehrwertsteuergesetz seinen Platz gefunden hat und dort auch erfolgreich ist.

Zur Geschichte: Im Mehrwertsteuerrecht gab es früher einen sehr starken Formalismus. Wenn jemand eine Rechnung mit Mehrwertsteuer an einen Kunden schickte und die Adresse des Kunden auf der Rechnung nicht ganz richtig oder falsch war, dann hatte er keinen Anspruch auf Rückerstattung der Mehrwertsteuer bzw. der Vorsteuer. Das heisst, früher gab der Staat die Mehrwertsteuer, die er erhalten hatte, nicht zurück, weil ein



kleiner Formfehler vorlag. Das hat man korrigiert, indem man sagt, man solle nicht aufgrund von Formmängeln die Rückerstattung einer Steuer verweigern, die der Staat erhalten hat.

Der Nationalrat hat diese Idee in das Verrechnungssteuergesetz aufgenommen. Er hat gesagt, bei der Verrechnungssteuer solle das Gleiche gelten. Aufgrund von Formmängeln sollen keine Verrechnungssteuerforderungen erhoben werden. Damit will man eine sehr pragmatische Handhabung einführen. Es kann natürlich vorkommen, dass man bei der Verrechnungssteuer ein Formular nicht richtig ausfüllt oder nicht beilegt. Wenn der Staat seinen Ertrag hatte bzw. die Steuer auf dem Ertrag bezahlt wurde, soll es gemäss dem Beschluss des Nationalrates nicht mehr vorkommen, dass man die Verrechnungssteuer nicht mehr zurückkriegt bzw. dass die Rückerstattung der Verrechnungssteuer verweigert wird. Dasselbe soll auch für die Ablieferung von Verrechnungssteuern gelten. Der Fall, dass ein Schuldner die Verrechnungssteuer an den Staat abliefern müsste, weil er in einem Formular irgendeinen Fehler gemacht hat, soll nicht mehr zu einer Ablieferung führen.

Ihre Kommission hat sich mit 6 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung für die Streichung des betreffenden Artikels entschieden. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, man solle diesen Artikel streichen, es brauche ihn nicht. Die Begründung lautet, dass der Artikel unnötig sei, weil man in der letzten Revision des Verrechnungssteuergesetzes mit Artikel 23 schon eingefügt hat, dass eine Verrechnungssteuerrückerstattung auch dann erfolgen kann, wenn eine fahrlässige Falschdeklaration vorliegt. Das wird auch von der Verwaltung geltend gemacht. Sie sagt quasi, dieser Artikel sei nicht nötig. Da ich selber der Minderheitsführer bin, wird der Antrag der Minderheit im Anschluss durch Herrn Schmid begründet.

Die Mehrheit ersucht Sie, den Artikel zu streichen bzw. auf die Einfügung eines Pragmatismusartikels zu verzichten.

Schmid Martin (RL, GR): Ich mache Ihnen beliebt, hier dem Nationalrat zu folgen.

Der Nationalrat hat diesen Pragmatismusartikel mit 120 zu 70 Stimmen, wie der Kommissionssprecher schon ausgeführt hat, aufgenommen. Es ist nicht nur Artikel 20b betroffen, sondern gerade auch Artikel 33a. Einerseits geht es um die Erhebung der Verrechnungssteuer, und andererseits geht es um die Rückerstattung der Verrechnungssteuer.

In Bagatellfällen, wo der Staat keinen Steuerausfall erleidet, soll diese Rechtsfolge auf eine Erhebung und auf eine Rückerstattung nicht greifen. Das ist aus meiner Sicht eine logische Schlussfolgerung. Wenn kein Steuerausfall eintritt und der Staat nicht geschädigt ist, warum soll dann der ganze administrative Aufwand betrieben werden? Warum soll die Erhebung gemacht werden, warum soll dann rückerstattet werden? Aus dieser Sicht muss man zum Schluss kommen, dass die Vorschrift, die im Mehrwertsteuergesetz schon vorhanden ist, auch hier eingefügt werden soll.

Richtig ist die Bemerkung, dass wir bei der letzten Revision schon eine Vorschrift in diese Richtung beschlossen haben, wonach der Anspruch auf Rückerstattung in diesen Fällen nicht verwirren soll. Dort ist aber aus meiner Sicht untergegangen, dass man auf die Erhebung verzichten kann. Das wird hier nachgeholt. Inhaltlich sind die beiden Bereiche, das muss man sagen, eng beisammen; das ist nicht so weit voneinander weg.

Wenn man die Argumentation der Verwaltung aufnimmt, dass es nicht nötig sei, diesen Artikel aufzunehmen, weil schon die bestehende Grundlage da sei, würde ich argumentieren, dass der Gehalt dieser beiden Vorschriften in Artikel 20b und in Artikel 33a ein bisschen umfassender ist, insofern alle stossenden Fälle erfasst werden. In allen stossenden Fällen, in denen kein Steuerausfall entsteht, kann auf die Steuererhebung verzichtet werden bzw. kann die Rückerstattung verweigert werden. Der Staat soll sich hier nicht als Wegelagerer aufführen. Wenn er keinen Steuerausfall erlitten hat, soll er dementsprechend gegenüber dem Bürger diesen Vorteil nicht einnehmen.

Deshalb, glaube ich, ist es richtig, dass wir dem Nationalrat folgen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Bei diesem Artikel geht es ja nicht um Sein oder Nichtsein des Gesetzes. Wir empfehlen Ihnen, bei der Mehrheit und beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben.

Dafür gibt es drei Gründe:

1. In der Botschaft haben wir uns bewusst darauf konzentriert, den Kapitalmarkt zu stärken und alles wegzulassen, was noch wünschbar wäre bzw. in dieses Umfeld hineingehören würde, um der Vorlage eine klare Richtung zu geben. Das war dann auch nicht Bestandteil der Botschaft und hängt auch nicht unmittelbar mit der Stärkung des Kapitalmarkts zusammen. Das ist der erste Grund.

2. Wir glauben, dass dieser Artikel so, wie er formuliert ist, keinen Mehrwert bringt, sondern zu mehr Rechtsunsicherheit führen könnte. Letztlich müsste wieder interpretiert werden,





was darunter zu verstehen ist, bzw. müsste der Steuerpflichtige einen entsprechenden Nachweis erbringen, oder es müsste erkennbar sein. Die Formulierung ist also etwas schwierig, in der Praxis könnte sie zu Rechtsunsicherheit statt zu Rechtssicherheit führen.

3. Als grundsätzliche Bemerkung gilt, dass wir überall dort, wo Erleichterungen in Aussicht gestellt werden, am Ende beobachten, dass die Sorgfalt der Gesuchsteller nachlässt. Immerhin geht es hier um Geld. Wir möchten, dass Gesuchsteller sorgfältig sind und sich korrekt verhalten.

Aus diesen drei Gründen sind wir der Meinung, dass der Einschub dieses Artikels nicht notwendig ist. Folglich bitte ich Sie, bei der Mehrheit zu bleiben und den Einschub zu streichen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit ... 21 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 21 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Mit Stichentscheid des Präsidenten
wird der Antrag der Minderheit angenommen
Avec la voix prépondérante du président
la proposition de la minorité est adoptée*

Art. 21 Abs. 1 Bst. b; 26; 27; 28 Abs. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 21 al. 1 let. b; 26; 27; 28 al. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 33a

Antrag der Mehrheit

Streichen

Antrag der Minderheit

(Ettlin Erich, Bischof, Engler, Schmid Martin, Wicki)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 33a

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Ettlin Erich, Bischof, Engler, Schmid Martin, Wicki)

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

Adopté selon la proposition de la minorité

Art. 56; 61; 62 Abs. 1 Einleitung, Bst. c, Schlussteil, 1bis; 63; 64; 69

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates


Art. 56; 61; 62 al. 1 introduction, let. c, dernière partie, 1bis; 63; 64; 69
Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté
Art. 70e
Antrag der Kommission

Auf Zinsen aus vor dem 1. Januar 2023 formell von einem Inländer ausgegebenen Obligationen bleibt Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a sowie die dazugehörigen Bestimmungen zur Steuererhebung, zur Steuerrückerstattung und zum Strafrecht des bisherigen Rechts anwendbar.

Art. 70e
Proposition de la commission

L'article 4 alinéa 1 lettre a et les dispositions du droit en vigueur en matière de perception, de remboursement et de droit pénal qui s'y rapportent s'appliquent aux intérêts d'obligations formellement émises avant le 1er janvier 2023 par une personne domiciliée en Suisse.

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Hier wurde durch Ihre Kommission eine Übergangsbestimmung eingefügt. Wir sprechen ja von der Verrechnungssteuerbefreiung auf Obligationen und Anleihen. Das sind immer Papiere mit langen Laufzeiten. Eine Anleihe hat eine Laufzeit von z. B. zehn Jahren. Im Übergang zur Befreiung der Zinsen von der Verrechnungssteuer laufen natürlich noch Obligationen und Anleihen, auf denen die Verrechnungssteuer erhoben wird. Das haben die Emittenten bei der Ausgabe der Papiere gewusst. Das heisst, sie wussten, dass auf den Anleihen die Verrechnungssteuer anfällt.

Ihre Kommission schlägt Ihnen nun vor, diese altrechtlichen Anleihen nicht von der Verrechnungssteuer zu befreien. Gemäss Entwurf des Bundesrates und Version des Nationalrates würden ab Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung auch die laufenden Papiere von der Verrechnungssteuer befreit, was quasi ein Geschenk an die Anleger wäre, die damit nicht gerechnet haben. Das würde dann für alle gelten. Ihre Kommission empfiehlt Ihnen, nur neue Anleihen – also jene, die nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgegeben werden – von der Verrechnungssteuer zu befreien, nicht aber die noch laufenden Papiere. Das führt zwar zu einer Minderung der Steuerauffälle, zumindest in der Übergangsphase, aber irgendwann laufen diese Papiere auch mal aus.

Sie können sich erinnern: Wir haben Ihnen gesagt, dass die Ausfälle bei der Verrechnungssteuer gemäss Entwurf des Bundesrates bei etwa 170 Millionen Franken pro Jahr liegen. Gemäss Verwaltung würden die Ausfälle mit dieser Übergangsbestimmung in den ersten Jahren des neuen Gesetzes auf einen zweistelligen Millionenbetrag fallen. In den ersten Jahren ist es also eine Entlastung der Rechnung des Bundes und zu einem kleinen Teil auch der Kantone. Natürlich wird man das mit der Zeit wieder aufholen.

Dagegen wurde ausgeführt, dass das System zu kompliziert wäre, dass es einen Nachteil für nicht informierte Anleger mit sich brächte, die dann, wenn sie bereits laufende Anleihen kaufen würden, gar nicht wüssten, dass diese Anleihen noch der Verrechnungssteuer unterliegen.

Ihre Kommission hat diese Übergangsbestimmung mit 8 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen. Im Sinne der Mehrheit empfehle ich Ihnen Annahme von Artikel 70e. Einen Minderheitsantrag dazu gibt es keinen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Den Antrag der Kommission hat Herr Ettlin gerade ausgeführt. Die Einnahmen fallen nicht so rasch an, dies verzögert sich mit der Laufzeit der Obligationen. Umgekehrt kann es eine sehr lange Übergangszeit geben, und das wird für beide Seiten relativ kompliziert. Wir meinen, dass es im Sinne der Klarheit und ein Stück weit auch zum Schutz der Konsumenten richtig ist, wenn man alles auf einen Schlag macht. Dann ist es klar. Die Verzögerung führt zwar unmittelbar zu etwas geringeren Einnahmefällen, sie ist aber im Handling relativ kompliziert. Wir können auch damit leben. Ich würde Ihnen trotzdem empfehlen, beim Bundesrat zu bleiben. Aber ein solcher Antrag besteht nicht.

Ich würde Sie daher bitten, darüber abzustimmen. Dann haben wir nachher einen Massstab für den Nationalrat.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Bundesrat wünscht eine Abstimmung. Er hält an seinem Antrag fest.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission ... 45 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 0 Stimmen

(0 Enthaltungen)





AB 2021 S 1196 / BO 2021 E 1196

Ziff. II
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II
Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté
Änderung anderer Erlasse
Modification d'autres actes
Ziff. 1 Art. 1 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1, 6, Bst. bbis, bter; 13 Abs. 2 Bst. a Ziff. 1, Bst. abis, b, c
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 1 art. 1 al. 1 let. b ch. 1, 6, let. bbis, bter; 13 al. 2 let. a ch. 1, let. abis, b, c
Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté
Ziff. 1 Art. 14 Abs. 1
Antrag der Mehrheit
Bst. a, f

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Bst. g

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Bst. gbis

gbis. die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen ausländischer Geldmarktfonds, die Anlagen in Wertpapieren auf diejenigen beschränken, die eine Restlaufzeit bis zum Endfälligkeitstermin von höchstens 397 Tagen haben;

Bst. k

k. Die Vermittlung oder der Kauf und Verkauf von inländischen oder ausländischen Beteiligungen von mindestens 10 Prozent am Grund- oder Stammkapital anderer Gesellschaften durch einen Effekthändler nach Artikel 13 Absatz 3 Buchstabe d, sofern die Beteiligung als Anlagevermögen im Sinne von Artikel 960d des Obligationenrechts gilt.

Antrag der Minderheit

(Zanetti Roberto, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Vara)

Bst. k

Streichen

Ch. 1 art. 14 al. 1
Proposition de la majorité
Let. a, f

Adhérer à la décision du Conseil national

Let. g

Adhérer au projet du Conseil fédéral





Let. gbis

gbis. l'émission et le rachat de parts de fonds du marché monétaire étrangers qui limitent les placements en valeurs mobilières à ceux dont la durée résiduelle jusqu'à la date d'échéance finale est de 397 jours au plus;

Let. k

k. l'achat et la vente ainsi que l'entremise dans l'achat et la vente de participations suisses ou étrangères d'au moins 10 pour cent au capital-actions ou au capital social d'autres sociétés par un commerçant de titres au sens de l'article 13 alinéa 3 lettre d pour autant que la participation constitue un actif immobilisé au sens de l'article 960d CO.

Proposition de la minorité

(Zanetti Roberto, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Vara)

Let. k

Biffer

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Hier hat der Nationalrat eingefügt, dass Papiere mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als zwölf Monaten ebenfalls ausgenommen sind. Wir sind jetzt weg von der Verrechnungssteuer, es geht um die Umsatzabgabe. Um den Finanzmarkt auch bei der Umsatzabgabe zu stärken, das habe ich in der Eintretensdebatte gesagt, wollte man hier auch den Handel erleichtern. Man wollte also Papiere, die nicht der Verrechnungssteuer unterliegen, für den Fremdkapitalmarkt auch von der Umsatzabgabe befreien. Ergänzend wollte man noch sicherstellen, dass ausländische Obligationen mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als zwölf Monaten – das ist die Idee des Nationalrates – ebenfalls befreit werden.

Wir haben diesen Punkt aufgenommen, aber modifiziert. Die Verwaltung sagte, der Artikel, wie ihn der Nationalrat vorsieht, sei schwierig und auch nicht konsequent. Gesetzestechnisch beantragen wir, Buchstabe g zu streichen und in gbis das Gleiche in geänderter Form aufzunehmen.

Hintergrund ist, dass die Unternehmungen in der Schweiz auf dem Finanzmarkt auch mit kurzfristigen Anleihen handeln müssen, wenn sie sich kurzfristig finanzieren wollen. Dafür sollen sie nicht mit der Umsatzabgabe belastet werden. Diese Idee des Nationalrates – er hat den Antrag mit 105 zu 83 Stimmen angenommen – hat Ihre Kommission aufgenommen. Sie macht eine Differenz, aber diese ist vor allem textlicher, eher formeller Natur. Inhaltlich ist praktisch alles gleich geblieben. Man spricht jetzt von einem Endfälligkeitstermin von 397 Tagen. Aber es geht um das Gleiche, es geht um die kurzfristige Finanzierung von Anlagen. Diese soll auch für die Konzernfinanzierung erleichtert werden.

Die Ausfälle sind nicht allzu hoch, es sollten gemäss Verwaltung maximal etwa 5 Millionen Franken sein. Der Effekt wäre aber gross.

Ihre Kommission hat der modifizierten Version – aber materiell dem Beschluss des Nationalrates – mit 8 zu 4 Stimmen zugestimmt. Es gibt zu diesem Buchstaben keine Minderheit.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich bitte Sie auch hier, eine Abstimmung durchzuführen, damit wir für den Nationalrat die Messlatte sehen. Dieser Buchstabe gbis bedeutet auch eine Ausweitung, zu welcher der Bundesrat nicht Stellung genommen hat. Es werden auch Geldmarktfonds einbezogen, also Elemente mit einer kürzeren Laufzeit. Das dürfte zu einem kleineren Steuerausfall führen, den wir noch nicht beziffern können. Wir haben die Ausfälle, die bei der Formulierung des Nationalrates zu erwarten wären, auf 5 Millionen Franken pro Jahr beziffert. Es geht also nicht um sehr viel Geld, wenn Sie so wollen. Aber wir würden Sie trotzdem bitten, bei der Fassung des Bundesrates zu bleiben und sich wirklich auf den Obligationenmarkt zu beschränken und das nicht noch auszuweiten. Sollte es dann zu einer Volksabstimmung kommen, haben wir die klare Haltung, dass wir uns auf den Obligationenmarkt beschränken.

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Zu Buchstabe k: Diese Formulierung hat der Nationalrat in etwas abgeänderter Form mit 106 zu 83 Stimmen eingebracht. Das war in der bundesrätlichen Vorlage eigentlich nicht vorgesehen. Man hat damit ein aktuelles Anliegen aus der gleichen Thematik aufgenommen, nämlich die Umsatzabgabe bei Transaktionen im Konzernbereich.

Ausgangspunkt dafür war ein Bundesgerichtsentscheid, der einen Schweizer Mutterkonzern als Vermittlerin angesehen hat. Dieser Mutterkonzern hat eine Enkelgesellschaft in den USA an eine US-Gesellschaft veräussert und war als Verhandlungspartner am Tisch. Die Steuerverwaltung und auch das Bundesgericht haben dann gesagt: Die Konzerngesellschaft ist eine Vermittlerin, und weil sie Vermittlerin und Effektenhändlerin ist, muss sie die Umsatzabgabe auf diesem Ausland-Ausland-Geschäft abrechnen. Das ist aber nicht im Interesse der Konzerne, die eine massgebliche Beteiligung veräussern.



Im Umsatzabgaberecht geht man von einer Transaktionssteuer, typischerweise im Börsenhandel, aus: Man verkauft einzelne Aktien an Käufer, und darauf wird die Umsatzabgabe, diese Transaktionssteuer, erhoben. Hier liegt aber ein anderer Fall vor: Ein Konzern, es kann ein kleiner oder ein grosser sein, hat eine Beteiligung von mindestens 10

AB 2021 S 1197 / BO 2021 E 1197

Prozent, also vielleicht auch eine 100-Prozent-Beteiligung, und veräussert diese. Darauf die Umsatzabgabe zu erheben, entspricht nicht dem Kerngedanken der Umsatzabgabe.

Der Nationalrat hat daher vorgesehen, dass die Vermittlung von in- oder ausländischen Urkunden, wenn die Beteiligung mindestens 10 Prozent beträgt, nicht der Umsatzabgabe unterliegen soll. Man hält nicht 10 Prozent an Nestlé-Aktien. Es sind vielmehr wirklich Konzerne, die eine massgebliche Beteiligung veräussern, vielleicht im Zusammenhang mit einer Restrukturierung, mit einer Verbesserung der Konzernstruktur. Das ist eine typische Massnahme, aber natürlich kein alltägliches Geschäft. Die Konzerne verkaufen nicht täglich 10-Prozent-Beteiligungen und mehr, sondern das sind Ausnahmen.

In Ihrer Kommission wurde dann diese Formulierung aufgenommen, aber ergänzt um den Kauf und Verkauf von inländischen oder ausländischen Beteiligungen. Nicht nur die Vermittlung von Beteiligungen von mindestens 10 Prozent, sondern auch der Kauf und der Verkauf davon sollen von der Umsatzabgabe befreit sein. Auch hier gilt: Es ist nicht der typische Fall, dass ein Konzern eine Beteiligung von mehr als 10 Prozent kauft oder veräussert. Gemäss der Mehrheit Ihrer Kommission soll die Konzernstätigkeit bei Umstrukturierungen und Restrukturierungen, also sinnvollen Anpassungen des Konzerns, durch eine Umsatzabgabe nicht behindert werden, weil das auch nicht der Kerngedanke dieser Umsatzabgabe ist.

Das ist die Begründung der Mehrheit für diese ergänzte und auch verbesserte Formulierung. Sie ist verbessert worden, weil wir bei der Vorlage des Nationalrates den letzten Satz nicht richtig beurteilen konnten. Der letzte Satz der Nationalratsversion beinhaltet eigentlich eine Rückwirkung. Die Verwaltung sagte, dies sei nicht verständlich. Das haben wir angepasst und zudem die Formulierung mit "Kauf und Verkauf" ergänzt.

Ihre Kommission hat sich mit 7 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung für den Mehrheitsantrag entschieden. Die Minderheit wird durch Herrn Zanetti vertreten.

Zanetti Roberto (S, SO): Wer jetzt die Ausführungen des Berichterstatters bis zur dritten Kommastelle verstanden hat, kann ungeniert mit der Mehrheit stimmen. Wenn Sie nicht alle Details verstanden haben – so wie ich –, dann hören Sie auf Ihr Bauchgefühl, und stimmen Sie mit der Minderheit.

Der Berichterstatter hat ja zu Beginn der Debatte quasi die Absolution erteilt und gesagt, es sei doch eine sehr technische und sehr komplizierte Vorlage. Ich bin kein Fachmann, weder was die Stempelsteuer noch was die Verrechnungssteuer anbelangt. Wenn die Spezialisten aus der Kommission und die Spezialisten aus der Verwaltung einander die hohen Bälle zuspiesen, dann staune ich gelegentlich. Ich muss mich dann an irgendeinem Leuchtturm orientieren – Sie können mich dafür "Etatist" schimpfen, ich kann mit dieser Etikette bestens leben –, dann höre ich in der Regel auf die Vertreter der Verwaltung.

Ich sage Ihnen, was die Vertreter der Verwaltung zu diesem Antrag ausgeführt haben: Die neue Regelung gemäss Kommissionsmehrheit möge für die betroffenen Unternehmen eine geringfügige administrative Entlastung bringen. Diese geringfügige Entlastung werde jedoch konterkariert, da die Verwaltung – all jene, die möglichst wenig Verwaltungsaufwand wollen, sollen bitte zuhören – nun neu prüfen müsste, ob das Unternehmen die Anspruchsvoraussetzungen einhalte. Das wäre relativ aufwendig. Zusätzlich führen die Experten aus, dass die Massnahme unter Gleichheitsgesichtspunkten kritisch zu sehen sei. Das ist für mich ein guter Grund, Nein zu sagen. Weiter heisst es, dass sie auch nichts mit der primären Zielsetzung der Reform – einer Stärkung des Fremdkapitalmarktes – zu tun habe.

Jetzt kommt des Pudels Kern: Was hat das für Auswirkungen? Niemand kann sagen, was für Auswirkungen das genau hat. Es heisst, die finanziellen Auswirkungen könnten nicht beziffert werden. Es sind also nicht einmal Schätzungen möglich. Vorsicht ist die Grossmutter der Porzellanruhe, und da bin ich auch ein Verbündeter des Finanzministers. Wenn wir nicht wissen, welche finanziellen Auswirkungen eine Vorlage hat, dann müssen wir einfach vorsichtig sein.

Ich gebe zu, der Antrag ist sehr geschickt formuliert. Immerhin ist er auch von Steuerspezialisten eingebracht worden. Er ist nämlich zeitlich limitiert, hat also keine Rückwirkung. Aber dafür ist er sachlich ausgeweitet, indem nicht nur die Vermittlung, sondern auch Kauf und Verkauf erfasst werden.

Wir wissen also nicht, was hier passiert. Deshalb stimme ich im Zweifelsfall Nein. Die Verursacher dieses Antrages können sich dann nicht auf das Bibelwort verlassen: "Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun." Sie wissen ganz genau, was sie tun; sie wissen einfach nicht, welche Auswirkungen ihr Tun hat.



Deshalb bitte ich Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Der Bundesrat hat sich zu dieser Frage nicht geäußert. Ich gehe davon aus, dass der Bundesrat damit ein implizites Nein meint. In anderem Zusammenhang haben wir das in der Kommission so gehört: Wenn sich der Bundesrat nicht äussert, ist das ein implizites Nein. So gesehen gehe ich so weit und sage: Stimmen Sie mit der Minderheit und mit dem Bundesrat und vor allem mit der Vorsicht, und lehnen Sie diese Ergänzung ab.

Maurer Ueli, Bundesrat: Es wurde gesagt, der Bundesrat hat diese Bestimmung nicht in die Botschaft aufgenommen. Um das einfach noch einmal zu sagen: Dies erfolgte aus dem Grund, dass wir gesagt haben, wir beschränken uns auf den Obligationenmarkt und die diesbezügliche Befreiung. Es handelt sich um eine Ergänzung, über die man durchaus diskutieren kann. Denn es würde, so wie wir das beurteilen, die Schweiz als Headquarter von internationalen Unternehmen eigentlich stärken, wenn hier eine zusätzliche Möglichkeit bestehen würde. Das ist die Optik, die die Mehrheit vertritt.

Wir sind trotzdem der Meinung, dass Sie diese Bestimmung wieder streichen sollten, einfach im Hinblick darauf, dass diese Vorlage vielleicht auch in einer Volksabstimmung zu bestehen hat. Man sollte sich darauf beschränken, dass die Stossrichtung klar ist, und man sollte nicht Nebenkriegsschauplätze eröffnen, die dann schwierig zu erklären sind. Denn es geht im Steuerrecht im internationalen Bereich um komplexe Fragen.

Vielleicht noch eine generelle Bemerkung: Wir haben zurzeit sieben Steuervorlagen in verschiedenen Stadien unterwegs, von der Referendumsabstimmung bis zum Entwurf. Bei diesen Steuervorlagen kommen alle Seiten noch mit ihren Spezialwünschen und Partikularinteressen. Das erschwert diese Steuervorlagen etwas. Ich glaube, wir müssen gegenüber der Bevölkerung und auch gegenüber dem Parlament und den Kantonen eine klare Haltung haben und Steuervorlagen nicht unnötig verkomplizieren.

Die Änderung, die der Nationalrat vorgenommen hat und die die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt, hat keine grossen Auswirkungen. Sie führt wahrscheinlich bei den Konzernen etwas zu einer Vereinfachung, bei der Verwaltung aber eher zu einer Erschwerung. Wir können nicht beziffern, was das an allfälligen Steuerausfällen ausmacht. Sie dürften aber gering sein. Es ist aus unserer Sicht auch deswegen keine wichtige Frage, die Sie jetzt zu lösen haben.

Ich würde Ihnen empfehlen, der Minderheit zu folgen und diesen Buchstaben k wieder zu streichen.

Bst. gbis – Let. gbis

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Bundesrat verlangt, dass über Buchstabe gbis abgestimmt wird. Er beantragt, den Antrag der Mehrheit abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 29 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 14 Stimmen

(1 Enthaltung)

AB 2021 S 1198 / BO 2021 E 1198

Bst. k – Let. k

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 24 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 20 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Ziff. 1 Art. 45; 46 Abs. 1 Einleitung, Schlussteil, 1bis; 47

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates


Ch. 1 art. 45; 46 al. 1 introduction, dernière partie, 1bis; 47
Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté
Ziff. 2 Art. 77
Antrag der Kommission
Abs. 1 Bst. e

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 1bis

Streichen

Ch. 2 art. 77
Proposition de la commission
Al. 1 let. e

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 1bis

Biffer

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Ich hoffe, ich weiss auch hier noch, was ich tue, und trotzdem ver- gibt mir vielleicht der Herr am Schluss. Aber ich kenne die Auswirkungen auch nicht immer. Dieses geflügelte Wort nehme ich auf. Herr Zanetti, Sie verwalten mein schlechtes Gewissen sehr gut. Wir fällen jedoch gute Entscheide.

Jetzt wieder zu etwas Technischem, ich kann es nicht einfacher machen; das liegt vielleicht an meinem Unver- mögen, aber es ist nun mal sehr technisch.

Es gibt ein Transaktionsregister gemäss Finanzmarktinfrastrukturgesetz, das gewissen Behörden Einblick er- laubt; das ist die Ausgangslage. Der Bundesrat möchte im Zusammenhang mit dieser Reform und auch um den Kampf gegen das Dividend Stripping – also gegen den Missbrauch von Rückforderungsrechten – zu ge- winnen, dass auch die Eidgenössische Steuerverwaltung kostenlos Einblick in das Transaktionsregister hat. Das ist die Ausgangslage. Damit soll der Missbrauch bekämpft werden können. Es soll auch für die Eidgenös- sische Steuerverwaltung bei Derivatgeschäften Kenntnis über die Gegenpartei vorhanden sein. Vorgesehen ist, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung Anfragen bei der Bank machen kann und dann die Information erhält.

In Artikel 77 hat der Nationalrat mit 107 zu 83 Stimmen einen zusätzlichen Absatz 1bis vorgesehen und die Möglichkeit des Einblicks eingeschränkt. Die Befürchtung besteht, dass das Bankkundengeheimnis durch den Einblick aufgehoben werde. Aus diesem Grund hat der Nationalrat vorgesehen, hier eine Einschränkung zu machen, eine Schnittstelle einrichten zu lassen und die Möglichkeit des Einblicks auf das Datenuniversum der Finma zu beschränken, um einen Missbrauch durch die Eidgenössische Steuerverwaltung zu verhindern. Es wurde in der Beratung im Nationalrat gesagt, dass es ein Misstrauensvotum gegenüber der Eidgenössischen Steuerverwaltung sei und man hier deshalb vorsorglich einschränken müsse.

Ihre Kommission sieht diese Gefahr nicht. Sie ist der Meinung, dass mit den Ausführungen gemäss Artikel 77 Absatz 1 Buchstabe e – ohne die Einschränkung durch Absatz 1bis – schon ausreichend vorgegeben ist, was die Eidgenössische Steuerverwaltung machen darf: nämlich nur Daten anfragen, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Ihre Kommission ist auch der Meinung, dass die Schnittstelle mit einem grossen Aufwand und mit Kosten verbunden wäre. Auch die Verwaltung hat klargemacht, dass die Einschränkung den Aufwand erhöhen würde, um zu den notwendigen Informationen zu kommen. Ihre Kommission hat auch keine Bedenken bezüglich des Bankkundengeheimnisses und hat mit 11 zu 0 Stimmen entschieden, Absatz 1bis zu streichen, hier eine Differenz zu schaffen und dem Bundesrat zu folgen.

Ich bitte Sie im Namen und im Sinne der Mehrheit der Kommission, dem zu folgen und Absatz 1bis zu streichen.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Bundesrat verzichtet auf das Wort.

Angenommen – Adopté


Ziff. 3
Antrag der Minderheit

(Rechsteiner Paul, Herzog Eva, Vara, Zanetti Roberto)

Titel

3. Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer

Art. 21 Ziff. 19 Bst. e

e. ... steuerbar sind jedoch die Vermittlung von inländischen Obligationen, die Verwahrung und die ...

Ch. 3
Proposition de la minorité

(Rechsteiner Paul, Herzog Eva, Vara, Zanetti Roberto)

Titre

3. Loi fédérale du 12 juin 2009 régissant la taxe sur la valeur ajoutée

Art. 21 ch. 19 let. e

e. ... sont par contre imposables la négociation d'obligations suisses ainsi que la garde et ...

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Hier will die Minderheit, die ihr Anliegen begründen wird, im Mehrwertsteuergesetz einen Zusatz einfügen, wonach auch die Vermittlung und die Verwahrung inländischer Obligationen der Mehrwertsteuer unterliegen. Das ist heute nicht so. Bis heute sind sie von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Wichtig zu wissen ist: Sie sind nicht befreit, sondern ausgenommen. Es geht aber, das muss man klären, nur um die Vermittlungsleistungen, also um die Courtagen, nicht um die Obligationen selber. Die Bemessungsbasis ist die Courtage. Dazu muss gesagt werden: Wenn man der Minderheit folgen und die Ausnahme aufheben würde, dann würde zwar die Courtage der Mehrwertsteuer unterliegen, die Vorsteuer der Banken würde aber auch höher ausfallen, weil sie dann nicht mehr im gleichen Ausmass gekürzt würde.

Die Kommissionmehrheit begründet das Nichtzustimmen zu diesem Antrag damit, dass man den Fremdkapitalmarkt entlasten und verbessern wolle und dass deshalb keine zusätzliche Steuer auf der Finanzmarkttransaktion erhoben werden solle.

In diesem Sinn beantragt die Mehrheit der Kommission, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben und die Anpassung der Mehrwertsteuer nicht vorzunehmen. Das Resultat betrug 7 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung. Die Minderheit wird vertreten.

Rechsteiner Paul (S, SG): Wir haben hier eine Vorlage für den Finanzplatz und für die Konzerne. So steht es in der Botschaft. Das ist der Sinn und Zweck der Vorlage: Steuerentlastungen für den Finanzplatz und die Konzerne. Kollege Noser hatte beim Eintreten in einem Anflug von schwarzem Humor ja die kühne Idee, das als Vorlage für die Arbeiter zu bezeichnen. Es geht hier jetzt aber um eine Vorlage, die den Finanzplatz und die Konzerne entlasten möchte.

Das Problem und die Ausgangslage ist, dass der Finanzplatz nicht etwa überbesteuert, sondern unterbesteuert ist – deshalb der Antrag, den ich jetzt begründen werde. Die Idee, ausschliesslich die Dienstleistung der Vermittlung – nicht die Verwahrung, Kollege Ettlin – hier mit einzubeziehen, stammt aus einem Bericht der Verwaltung aus dem

AB 2021 S 1199 / BO 2021 E 1199

Jahr 2011, in dem die Frage der Unterstellung von Dienstleistungen unter die Mehrwertsteuer geprüft wurde. Der Finanzplatz ist ja weitgehend von der Mehrwertsteuer befreit. Das ist sehr diskutabel. Bei einer Vermittlungstätigkeit, bei Courtagen ist diese Ausnahme eigentlich grundsätzlich nicht zu rechtfertigen.

Es handelt sich, das gebe ich zu, um einen demonstrativen, eher didaktischen Antrag, mit Blick auch auf eine Auseinandersetzung. Hier geht es um die Grundsätze. Jeder Coiffeur, jede Coiffeuse, die eine Dienstleistung erbringt, ist selbstverständlich mehrwertsteuerpflichtig. So einfach ist das. Die einfachen Handwerkerinnen und Handwerker, alle, die überhaupt Dienstleistungen erbringen, müssen Mehrwertsteuer abgeben. Aber für den Finanzplatz gelten andere Regeln – deshalb dieser Antrag hier. Ich weiss, dass es am Schluss nicht wahnsinnig viel ausmacht. Aber vorhin haben Sie auch Ausnahmen gemacht, die nur einige Millionen Franken betreffen. Mein Antrag wäre immerhin ein positiver. Die Steuergerechtigkeit verlangt, dass Gleiches gleich behandelt wird. Hier handelt es sich um Dienstleistungen. Die Steuergerechtigkeit verlangt auch hier, dass solche Dienstleistungen, wenn sie auf dem Finanzplatz erbracht werden, mehrwertsteuerpflichtig sein sollten. Noch eine letzte Bemerkung: Der Kommissionssprecher hat jetzt bezüglich der Steuerausfälle mehrfach wieder die in der Botschaft erwähnte Zahl von 170 Millionen Franken erwähnt. Ich weise noch einmal darauf hin, und





das sind die offiziellen Zahlen: Wenn man von einem normalen Zinsniveau von 3 bis 4 Prozent ausgeht, das wir bis zur Finanzkrise hatten, dann betragen diese Ausfälle nach den Auskünften der Verwaltung 600 bis 800 Millionen Franken. Für eine solche Vorlage, die einen Eingriff struktureller Art, also eine Entlastung des Schweizer Finanzplatzes, vornimmt, muss man von einem normalen Zinsniveau ausgehen. Es wären dann 600 bis 800 Millionen Franken pro Jahr, das wäre also eine substantielle Einnahmeneinbusse. Das ist die Begründung dieses, wie gesagt, demonstrativen Antrages.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen. Wir müssen uns vielleicht noch einmal in Erinnerung rufen, wozu die Vorlage dient. Mit dieser sollen verlorene Arbeitsplätze zurückgeholt werden, indem Finanzierungen wieder in der Schweiz und nicht in Luxemburg oder auf anderen Finanzplätzen stattfinden. Das ist das Ziel. Um es zu erreichen, möchten wir administrative Prozesse vereinfachen. Wir möchten verhindern, dass Verrechnungssteuer bezahlt wird und dann sofort wieder zurückgefordert werden kann. Der Antrag würde genau das, was wir anstreben, wieder verkomplizieren. Wir würden die Umsatzabgabe durch eine Mehrwertsteuer ersetzen. Das Verfahren wäre für die Betroffenen relativ aufwendig, denn sie müssten die entsprechenden Abrechnungen vornehmen.

Wenn wir das beurteilen, stehen Nutzen und Aufwand in keinem Verhältnis. Die Einnahmen dürften für sämtliche Geschäfte, die in einem Jahr abgewickelt werden, insgesamt etwa 1,8 Millionen Franken betragen. Die Annahme des Antrages würde auf der Gegenseite eine riesige administrative Tätigkeit auslösen, die dann auch wieder durch die Eidgenössische Steuerverwaltung geprüft werden müsste. Wenn wir das Ziel vor Augen haben, die Prozesse zu vereinfachen und diese Finanzierungsgeschäfte in die Schweiz zurückzuholen, dann sollten wir nicht im gleichen Atemzug wieder eine administrative Hürde einbauen, die dem Staat letztlich nichts bringt. Der Staat und die Betroffenen hätten mehr Aufwand.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Minderheit nicht zu folgen und die Vermittlung von inländischen Obligationen nicht der Mehrwertsteuer zu unterstellen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen

Dagegen ... 31 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. III

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Der Bundesrat bestimmt unter Vorbehalt der Absätze 3 und 4 das Inkrafttreten.

Abs. 3

Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a bisherigen Rechts wird auf den 1. Januar 2023 aufgehoben.

Abs. 4

Artikel 70e tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Ch. III

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur, sous réserve des alinéa 3 et 4.

Al. 3

L'article 4 alinéa 1 lettre a du droit en vigueur est abrogé au 1er janvier 2023.

Al. 4

L'article 70e entre en vigueur le 1er janvier 2023.

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Wir haben hier noch eine Verfahrensfrage. Es gab Diskussionen, auch in Ihrer Kommission, ob diese Bestimmung überhaupt nötig ist. Könnte man nicht einfach dem Bundesrat die Kompetenz geben, das Gesetz in Kraft zu setzen? Der Bundesrat holt sich hier quasi über die gesetzliche Legitimation den Auftrag ab, dass die Kernanliegen, die Befreiung der Obligationen und Anleihen von der Verrechnungssteuer, auf den 1. Januar 2023 und die anderen Bestimmungen dann später in Kraft gesetzt





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2021 • Vierte Sitzung • 02.12.21 • 08h15 • 21.024
 Conseil des Etats • Session d'hiver 2021 • Quatrième séance • 02.12.21 • 08h15 • 21.024



werden können. Wir haben das so aufgenommen. Es ist klar, das setzt voraus, dass wir das Gesetz jetzt in der Dezembersession fertig beraten. Dann reicht die Zeit für eine Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2023, wenn kein Referendum ergriffen wird. Wir haben das so aufgenommen und diese Bestimmung mit 8 zu 4 Stimmen angenommen. Es gibt keine Minderheit.

Maurer Ueli, Bundesrat: Wir können mit diesem Vorschlag grundsätzlich leben. Trotzdem stellt sich die Frage, in welchem Detaillierungsgrad Sie dem Bundesrat die Inkraftsetzung vorgeben, denn möglicherweise steht uns ja noch eine Volksabstimmung zu dieser Frage bevor.

In seinem Entwurf schlägt Ihnen der Bundesrat vor, dass er das Inkrafttreten bestimmt. Er würde das wohl etwa gleich machen, wie Sie es vorgeben. Die Frage ist, ob Sie dem Bundesrat vertrauen, dass er das ordentlich macht, oder ob Sie ihm im Detail vorschreiben wollen, wie er vorzugehen habe. In der Regel überlassen Sie das dem Bundesrat. Wir könnten gut damit leben, wenn Sie uns nichts vorgeben. Vielleicht könnten Sie hierzu noch eine Abstimmung durchführen, sodass der Nationalrat bei der Beratung der Differenzen die Meinung des Ständerates im Detail kennt.

Ich empfehle Ihnen Streichung und Verbleib beim Entwurf des Bundesrates.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Bundesrat hält an seinem Entwurf fest.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag des Bundesrates ... 27 Stimmen

Für den Antrag der Kommission ... 16 Stimmen

(1 Enthaltung)

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 21.024/4803)

Für Annahme des Entwurfes ... 32 Stimmen

Dagegen ... 12 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2021 S 1200 / BO 2021 E 1200





21.024

**Verrechnungssteuergesetz.
 Stärkung des Fremdkapitalmarkts**

**Loi sur l'impôt anticipé.
 Renforcer le marché
 des capitaux d'emprunt**

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.11.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi fédérale sur l'impôt anticipé (Renforcement du marché des capitaux de tiers)**

Art. 4 Abs. 1 Bst. d; 70e

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 4 al. 1 let. d; 70e

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. III

Antrag der Kommission

Abs. 2

Der Bundesrat bestimmt unter Vorbehalt der Absätze 3 und 4 das Inkrafttreten.

Abs. 3

Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a bisherigen Rechts wird auf den 1. Januar 2023 aufgehoben.

Abs. 4

Artikel 70e tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Ch. III

Proposition de la commission

Al. 2

Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur, sous réserve des alinéas 3 et 4.

Al. 3

L'article 4 alinéa 1 lettre a du droit en vigueur est abrogé au 1er janvier 2023.

Al. 4

L'article 70e entre en vigueur le 1er janvier 2023.

Angenommen – Adopté





Änderung anderer Erlasse
Modification d'autres actes

Ziff. 1 Art. 14 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Bst. g, gbis, k

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Marti Samira, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wermuth)

Bst. gbis

Streichen

Antrag der Minderheit

(Badran Jacqueline, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Marti Samira, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wermuth)

Bst. k

Streichen

Ch. 1 art. 14 al. 1

Proposition de la majorité

Let. g, gbis, k

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Ryser, Badran Jacqueline, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Marti Samira, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wermuth)

Let. gbis

Biffer

Proposition de la minorité

(Badran Jacqueline, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Marti Samira, Michaud Gigon, Rytz Regula, Wermuth)

Let. k

Biffer

Ryser Franziska (G, SG): Ich werde den Antrag meiner Minderheit begründen und gleichzeitig auch das Abstimmungsverhalten der grünen Fraktion bekannt geben.

Die Revision der Verrechnungssteuer läuft aus dem Ruder. Statt vernünftige Steuerpolitik zu betreiben, veranstalteten die Bürgerlichen in diesem Rat ein Wunschkonzert, das Steuerausfälle in Millionenhöhe zur Folge hätte. Ich erinnere Sie daran, dass die Verrechnungssteuer ursprünglich auch deshalb hätte revidiert werden sollen, weil damit der Bund vor ungerechtfertigter Steuerhinterziehung geschützt ist. Der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit haben die Vorlage aber so verbogen, dass sie nun einzig zur Stärkung des Fremdkapitalmarkts dient. Das kostet uns einmalig 1 Milliarde Franken und dann jährlich weitere 170 Millionen, aber damit nicht genug: Es wurde keine Gelegenheit ausgelassen, weitere Steuerschlupflöcher und Steuerabbaumöglichkeiten in die Vorlage einzubauen. Die Verrechnungssteuer auf Dividendenersatzzahlungen sollte abgeschafft werden, auch der Stempel auf ausländischen Obligationen oder die Umsatzabgabe, wenn Konzerne in einer Vermittlerrolle Übernahmen im Ausland tätigen.

Sie sehen, diese Revision hängt tatsächlich in Schiefelage. Wir haben jetzt noch die Möglichkeit, an einigen Punkten korrigierend einzugreifen. Der Ständerat sieht das in vielen Punkten gleich. Praktisch alle Differenzen, die wir heute beraten, betreffen Artikel, die inhaltlich über den ursprünglichen Rahmen der Gesetzesrevision hinausgehen.

AB 2021 N 2356 / BO 2021 N 2356





Mit meiner Minderheit zu Artikel 14 des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben bitte ich Sie, Buchstabe gbis zu streichen und zur ursprünglichen Version des Bundesrates zurückzukehren. Buchstabe gbis hat materiell nichts mit der Stärkung des Fremdkapitalmarkts zu tun. Deshalb spricht sich auch der Bundesrat gegen diesen Abbau im Bereich der Stempelsteuer aus. Die Massnahme kostet den Bund jährlich 5 Millionen Franken. Das mag zwar im Verhältnis zur Vorlage als wenig erscheinen. Zum Vergleich weise ich aber auf Folgendes hin: Erst letzte Woche hat dieser Rat auf Empfehlung von Finanzminister Maurer eine zusätzliche Unterstützung für Bergbauern im Fall von Wolfsrissen mit der Begründung abgelehnt, dass der betreffende Betrag – es waren 5 oder 6 Millionen Franken – eben nicht einfach nichts sei. Bei den Bergbauern ist man also offenbar sparsamer als bei der Entlastung von Fondshändlerinnen und Fondshändlern – so viel zur Prioritätensetzung in diesem Rat.

Hinzu kommt, dass hier ein weiteres Steuerschlupfloch geschaffen wird. Obligationen können so verkauft werden, kurz bevor sie auslaufen, und die erzielten Gewinne können ganz legal steuerfrei am Fiskus vorbeigeschleust werden – ein weiteres "Rädli" in der Salamitaktik des Stempelsteuerabbaus.

Ich bitte Sie hier wirklich, beim Bundesrat und der ursprünglichen Vorlage zu bleiben und Buchstabe gbis zu streichen. Das sollte auch im Interesse der bürgerlichen Ratshälfte sein, weil sie sonst ein hervorragendes Argument für den Abstimmungskampf zur bevorstehenden Volksabstimmung über die Emissionsabgabe im Februar liefert.

Die grüne Fraktion wird die beiden Minderheiten bei Artikel 14 unterstützen und bei allen anderen Differenzen dem Ständerat und der Kommissionsmehrheit folgen.

Diese Vorlage hängt sowieso schon in Schieflage. Ich bitte Sie deshalb wirklich, auf diese zusätzlichen unnötigen "Steuerabbau-Salamirädli", die nichts mit der ursprünglichen Vorlage zu tun haben, zu verzichten.

Kommen Sie, mit dem Bundesrat, wieder zurück zur ursprünglichen Vorlage!

Badran Jacqueline (S, ZH): "They did it again" – so könnte man das Vorgehen rund um die Vorlage zur Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Fremdkapital bezeichnen. Seit gut 25 Jahren tut die Mitte-rechts-Ratshälfte nämlich nichts anderes. Jahr für Jahr bekommt das Kapital Steuersubventionen in Milliardenhöhe. Denken wir an die Unternehmenssteuerreformen I bis III, an dreizehn Revisionen der Stempelsteuer – das ist die Mehrwertsteuer für den Finanzbereich – und an die Schleifung der Verrechnungssteuer. Im Gegenzug wurden die Mehrwertsteuer und sonstige Abgaben x-fach erhöht. Kapital wird also entlastet, Arbeit und Konsum werden belastet.

Erstaunt uns das? Nicht wirklich, denn das ist der Plan. Ende 2020 veröffentlichte das Finanzdepartement ein Strategiedokument "Steuerstandort Schweiz", diktiert von Economiesuisse und Co. Darin stehen verschiedene Leitsätze. Der erste Leitsatz lautet: "Vorwiegend werden Einkommen und Konsum besteuert." Voilà! Diese Vorlage ist also ein Puzzleteil, eine weitere Salamischeibe einer langen Salamiwurst. Eben: "They did it again!" Verkauft wird uns das Ganze mit "Stärkung des Fremdkapitalmarkts". Andere Unternehmenssteuervorlagen heissen "Stärkung des Finanzplatzes", "Stärkung des Wirtschaftsstandortes", "Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit". Es wird uns vorgegaukelt, dass diese Steuersubventionen Investitionen auslösen und Arbeitsplätze schaffen würden. Wirklich? Ist das BIP pro Kopf gestiegen? Nein! Sind die Investitionen gestiegen? Nein, im Gegenteil, sie sind gesunken. Sind Arbeitsplätze geschaffen worden? Nein! Die KMU in unserem Land haben Arbeitsplätze geschaffen, die Konzerne haben Arbeitsplätze abgebaut.

Diese Tatsachen bringen jedoch die Mitte-rechts-Koalition nicht davon ab, die immer neuen Bestellungen der Kapitaleigentümer durchzuwinken. Refinanzieren können diese Milliardenverluste alle, die von Arbeit und Rente leben – also Sie, liebe Damen und Herren auf der Tribüne –, die jeden Tag arbeiten gehen und dafür sorgen, dass unsere Schweiz funktioniert, die echte Wertschöpfung machen und echte Arbeitsplätze schaffen, und diejenigen, deren Kaufkraft 60 Prozent unserer Wirtschaftsleistung ausmachen. 60 Prozent unseres BIP sind auf den Konsum der privaten Haushalte zurückzuführen.

Und was machen wir hier im Parlament? Nichts anderes, als diesen Konsum, der für unsere Volkswirtschaft so wichtig ist, zu schwächen.

Wenn Sie also den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken wollen, dann schauen Sie dafür, dass die Kaufkraft erhalten bleibt und Löhne und Renten nicht immer mehr belastet werden. Das ist auch die konsequente Politik der SP – seit über hundert Jahren! Sie war es früher, sie ist es heute, und sie wird es auch in Zukunft bleiben. Es geht um die Löhne und die Kaufkraft der Menschen, die mit ihrer Arbeit den grössten Teil der Wertschöpfung ausmachen.

Nun, "they did it again", und das ganz ohne Not! Wir sind in den letzten Jahrzehnten mit der Verrechnungssteuer gut gefahren. Aber wir sagen auch erneut: Stopp mit diesem Plan, dass nur noch Einkommen und Konsum besteuert werden. Ebenfalls sagen wir Nein zur Öffnung einer neuen Möglichkeit für Steuerunehrli-



che. Eine Meldepflicht als Ersatz für die wegfallende Sicherungssteuer wollte die Mitte-rechts-Koalition unter allen Umständen vermeiden. Wieso in aller Welt will man steuerehrliche Menschen bestrafen?

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Frau Badran, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie zugleich für die SP-Fraktion sprechen und Ihren Minderheitsantrag begründen?

Badran Jacqueline (S, ZH): Nein, mein Minderheitsantrag kommt nachher. Muss ich ihn jetzt begründen?

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Eigentlich wären Sie jetzt für die Minderheit dran gewesen. Aber Sie dürfen sehr gerne beides in einem machen. Dann bekommen Sie auch die doppelte Zeit und dürfen mit Ihrem Votum weiterfahren.

Badran Jacqueline (S, ZH): Gut, dann begründe ich auch noch meinen Minderheitsantrag. Aber zuerst werde ich fertig erklären, warum wir diese Vorlage durchs Band ablehnen.

Nochmals: Wieso in aller Welt will das Parlament hier Steuerehrliche bestrafen und Steuerhinterzieher und -betrüger begünstigen? Das konnte mir keine Seele erklären! Die SP hat immer für einen sauberen Finanzplatz und für die Kaufkraft der Menschen gekämpft und wird es immer tun. Deshalb lehnen wir diese erneute Salamischeibe in diesem grossen Plan klar ab.

Nun zu meiner Minderheit: Ich beantrage, dass Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe k gestrichen wird. Warum? Das ist wieder so eine Geschichte, in der das Kapital bestellt und das Mitte-rechts-Parlament liefert. Hier wurde bestellt – völlig systemfremd! –, dass die Stempelsteuer im konzerninternen Verhältnis abgeschafft wird. Bitte, das kann man wollen, aber dann soll man das im Bundesgesetz über die Stempelabgaben machen und nicht hier – ohne Vernehmlassung, ohne Preisschild und einmal mehr ohne Not. Es ist nicht einzusehen, warum zum Beispiel bei einer Veräusserung eines Unternehmensbestandteils eines Konzerns nicht 1 Prozent Stempelabgabe auf den Tausch Unternehmensbestandteil gegen Geld bezahlt werden soll, während jeder, der ein Paar Socken oder einen Pack Windeln kauft, 7,7 Prozent Mehrwertsteuer zahlen muss. Solche Dinge wie hier in Buchstabe k sollte man nicht hineinschmuggeln, das sagt in diesem Fall auch der Bundesrat.

Deshalb empfiehlt Ihnen die SP-Fraktion, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Im Übrigen folge ich meiner Vorrednerin von der grünen Fraktion und werde die gleichen Minderheitsanträge unterstützen; hier sind wir uns einig.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die FDP-Liberale Fraktion und die SVP-Fraktion geben bekannt, dass sie der Mehrheit folgen werden.

Landolt Martin (M-E, GL): Auch wenn hier jetzt ein sehr schwarzes, düsteres Bild zur Lage der Nation gemalt worden

AB 2021 N 2357 / BO 2021 N 2357

ist, müsste ich doch im Namen der Mitte-Fraktion festhalten, dass wir diese Vorlage für die Standortattraktivität als wichtig erachten. Auch wenn jetzt fast im Tagesrhythmus sehr kräftig mit Referendumsdrohungen gefuchelt wird, ist und bleibt es eine Tatsache, dass solche Entlastungen eben in der Vergangenheit stets zu mehr Steuersubstrat geführt haben oder es in der Zukunft tun werden. Statt das Klagelied über Steuerausfälle anzustimmen, wäre es hier wahrscheinlich besser, über Investitionen in den Standort Schweiz zu frohlocken. Die Mitte-Fraktion wird deshalb den Präzisierungen und Ergänzungen des Ständerates folgen und der jeweiligen Mehrheit zustimmen – weil diese Präzisierungen nicht nur sinnvoll sind, sondern hier aus handwerklicher Sicht eben auch die Möglichkeit geben, die Differenzen möglichst zu eliminieren.

Eine der zentralen Anpassungen, die wir nach dem Beschluss des Ständerates vornehmen, ist eine Ergänzung in Artikel 70e. Neu soll sich hier, im Unterschied zur Variante, die wir in der ersten Lesung diskutiert haben, der Fokus der Abschaffung der Verrechnungssteuer ausschliesslich auf neue Emissionen konzentrieren; dies für Anleihen, die nach Inkrafttreten der Vorlage bzw. nach dem 1. Januar 2023 emittiert werden. Sämtliche bestehenden, sich in Umlauf befindenden Anleihen sind damit von der Abschaffung der Verrechnungssteuer nicht betroffen. Das bedeutet eine massive Glättung der finanzpolitischen Auswirkungen dieser Vorlage, aber auch eine massive Glättung der standortpolitischen Auswirkungen dieser Vorlage. Es wird nämlich rund acht bis zehn Jahre dauern, bis dann die Spiesse effektiv gleich lang sind wie in den ausländischen Finanzmärkten. Keine Differenz mehr besteht bei Artikel 77 Absatz 1. Ich möchte dennoch darauf hinweisen, dass es hier um den Datenzugang von inländischen Behörden geht, nämlich konkret um denjenigen der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Hier hätte die Mitte-Fraktion gerne ins Gesetz geschrieben, dass sich die Steuerverwaltung wirklich nur die Daten zugänglich macht, die im Sinne dieses Gesetzes auch notwendig sind. Eine Mehrheit



möchte darauf verzichten. Wir fügen uns dieser Mehrheit, aber wir halten fest, dass uns auch die Verwaltung bestätigt hat, dass sie eigentlich genau das machen will und machen wird, was wir hier gerne im Gesetz ausformuliert hätten.

Summa summarum bitte ich Sie, hier sämtlichen Anträgen der Mehrheit zu folgen, und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Ich gehe davon aus, dass sich alle Fraktionen, die sich äussern möchten, geäussert haben.

Maurer Ueli, Bundesrat: Die Vorlage, wie sie jetzt mehrheitlich aus Ihrer Kommission vorliegt, ist finanziell etwa vergleichbar; es ist also nicht so, dass Ihre Kommission wesentliche Erleichterungen eingebaut hätte. Gemäss Ziffer III und Artikel 70e findet eine Verlangsamung der Steuerausfälle statt. Zu Artikel 14 Absatz 1 Buchstaben g, gbis und k haben wir Mehrheits- und Minderheitsanträge, bei denen die Mindereinnahmen nicht entscheidend sind. Es ist also nicht so, wie Frau Ryser und Frau Badran gesagt haben, dass das eine wesentliche finanzielle Änderung wäre, sondern es ist so, dass das, was Sie an Mindereinnahmen und Mehrausgaben kreieren, etwa ausgeglichen ist. Das vielleicht zum Gesamtbild.

Nachdem jetzt doch etwas polemisiert wurde, möchte ich zwei, drei Dinge richtigstellen: Die Vorlage kostet nicht eine Milliarde Franken, wie Frau Ryser Ihnen das gesagt hat, sondern das sind Rückstellungen. Der Bund schuldet diese Milliarde den Leuten, die noch Verrechnungssteuer zugut haben. Diese konnte noch nicht zurückgefordert werden, weil das immer mit einem Jahr Verspätung geschieht. Hier findet also kein Steuerausfall statt, sondern der Bund hat seine Schulden noch zu bezahlen. Die jährlichen Ausfälle bei der Verrechnungssteuer beziffern wir auf etwa 170 Millionen Franken.

Es ist aber auch nicht so, wie suggeriert wurde, dass immer die einfachen Leute alles zu bezahlen haben und dass die Firmen profitieren. Eigentlich ist das Gegenteil der Fall. Bei der direkten Bundessteuer übertreffen die Einnahmen aus der Unternehmenssteuer erstmals seit zwei, drei Jahren die Steuern der natürlichen Personen. Firmen bezahlen also mehr direkte Bundessteuer als natürliche Personen. Wenn wir dann das Steuersubstrat der natürlichen Personen noch anschauen, stellen wir fest, dass etwa 47 Prozent der Bevölkerung gar keine Bundessteuer bezahlen, dass aber 1 Prozent der Bevölkerung 44 Prozent der direkten Bundessteuer bezahlt. Es ist also nicht so, wie immer suggeriert wird, dass eine Verlagerung stattfindet und tiefere Einkommen mehr bezahlen. Das Gegenteil ist der Fall: Höhere Einkommen bezahlen mehr.

Das betrifft also nur die Steuern. Wenn Sie dann noch die Steuerermässigungen oder Beiträge anschauen, also Krankenkassenprämien usw., sehen Sie, dass in den letzten Jahren eine wesentliche Entlastung der tieferen Einkommen stattgefunden hat; dies dank der Tatsache, dass die Firmen mehr Steuern bezahlen. Zur direkten Bundessteuer kommt auch noch die Verrechnungssteuer. Dort sind im Wesentlichen die Dividendenzahlungen "schuld" daran, dass die Steuereinnahmen gestiegen sind. Das vielleicht zum grossen Bild.

Wir sprechen dann eigentlich auch nicht von Steuerausfällen, sondern es sind effektiv Investitionen, die hier zu beschliessen sind – Investitionen in den Wirtschaftsstandort Schweiz, der international immer mehr unter Druck gerät. Wir möchten – und das habe ich Ihnen letztes Mal ausführlich dargelegt – Geschäfte, die nicht mehr in der Schweiz stattfinden, weil die Bedingungen in der Schweiz schlecht sind, wieder zurückholen. Emissionen von Obligationen sind in der Schweiz um über 50 Prozent zurückgegangen, und die Geschäfte finden heute dort statt, wo gute Rahmenbedingungen herrschen, vor allem in Luxemburg. Das Schweizer Geschäft ist also nach Luxemburg abgewandert, und mit dieser Vorlage holen wir es wieder zurück. Damit sprechen wir hier eigentlich nicht von Steuerausfällen, sondern von Investitionen in den Werkplatz Schweiz. Das ist in den nächsten Jahren besonders wichtig, weil wir als Wirtschaftsstandort mit der OECD-Steuerreform, aber auch mit weiteren weltweiten Harmonisierungsbestrebungen immer mehr unter Druck geraten. Also müssen wir dort, wo wir die Chance haben, Geschäfte in die Schweiz zurückzuholen, das auch tun.

Zu der Vorlage im Einzelnen: Ich bitte Sie, überall der Mehrheit zuzustimmen ausser bei Artikel 14 Absatz 1 Buchstaben gbis und k. Das betrifft die Minderheitsanträge, die Frau Ryser und Frau Badran begründet haben. Sie übernehmen den Entwurf des Bundesrates. Dort bitte ich Sie, der Minderheit zu folgen. Für uns steht hier nicht primär der mögliche Steuerausfall zur Diskussion, sondern vielmehr die komplizierteren prozessualen Abläufe, die sich in der Verwaltung und in der Wirtschaft ergeben würden. Das ist der Grund, weshalb wir Sie bei diesen beiden Buchstaben bitten, der Minderheit und damit dem Entwurf des Bundesrates zu folgen. Bei den übrigen Bestimmungen können Sie der Mehrheit Ihrer Kommission folgen.

Matter Thomas (V, ZH): Herr Bundesrat, Sie haben vorhin erwähnt, dass Sie mit jährlich 170 Millionen Franken Steuerausfällen rechnen. Geben Sie mir recht, dass Sie dabei von den statischen Mindereinnahmen sprechen und dass, wenn man die dynamischen Mehreinnahmen betrachten würde, es gut sein könnte, dass der Fiskus



nachher netto mehr Einnahmen hat als vor dieser Revision?

Maurer Ueli, Bundesrat: Ja, wir gehen davon aus, soweit ich die Frage beantworten kann. Wenn dieses Geschäft zurück in die Schweiz kommt, dürfte das auf der mittleren Zeitachse zu Mehreinnahmen führen. Das ist insgesamt kein Verlustgeschäft, sondern ein positives Geschäft für den Wirtschaftsstandort und den Steuerstandort Schweiz.

Badran Jacqueline (S, ZH): Geschätzter Herr Bundesrat Maurer, Sie haben vorhin suggeriert, dass die Steuern für die natürlichen Personen nicht gestiegen seien. Ich erinnere an Folgendes: Mehrwertsteuererhöhung von 7,5 auf 7,6 Prozent, also FinöV-Promille: plus 280 Millionen Franken;

AB 2021 N 2358 / BO 2021 N 2358

IV-Zusatzfinanzierung: plus 1,1 Milliarden Franken; Schwerverkehrsabgabe: 1,135 Milliarden; Tabaksteuer: 710 Millionen; CO₂-Abgabe auf Brennstoffen: 750 Millionen. Alles in allem sind es zusammengerechnet ungefähr 5 Milliarden Franken, die die Menschen, die hier auf der Terrasse sitzen, mehr bezahlen. Ist das wahr oder nicht wahr?

Maurer Ueli, Bundesrat: Die meisten Steuern, die Sie erwähnt haben, sind eigentlich Abgaben zweckbestimmter Art. Die Tabaksteuer geht in die AHV, bei der Mehrwertsteuer ist es die AHV, und die Mineralölsteuer brauchen wir für den Strassenunterhalt und Strassenbau; es bezahlen also diejenigen, die die entsprechenden Einrichtungen benützen. Wir machen ja das, was hier mehrheitlich beschlossen wird. Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, dann machen Sie etwas Gutes für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Vielleicht helfen Sie damit sogar der SP im Wahlkampf – dieses Gefühl hatte ich bei Ihren Ausführungen doch etwas, Frau Badran.

Amaudruz Céline (V, GE), pour la commission: Nous traitons donc des divergences qui persistent dans le projet de modification de la loi fédérale sur l'impôt anticipé. Le 2 décembre, le Conseil des Etats a examiné le projet qui lui a été soumis et il l'a approuvé, par 32 voix contre 12, au vote sur l'ensemble. Le Conseil des Etats a créé cinq divergences par rapport à la version du Conseil national. La première se trouve à l'article 4 alinéa 1 lettre d de la loi fédérale sur l'impôt anticipé. Le Conseil national a décidé que seuls les rendements de versements compensatoires effectués par une personne domiciliée en Suisse seraient soumis à l'impôt anticipé. Le Conseil des Etats a suivi la version du Conseil fédéral; il ne veut pas non plus de cette limitation. Le Conseil des Etats a pris cette décision à l'unanimité. La Commission de l'économie et des redevances de notre conseil s'est réunie aujourd'hui et s'est ralliée à l'unanimité à la décision du Conseil des Etats. Je vous demande donc de soutenir la version adoptée par le Conseil des Etats.

A l'article 70e de la loi sur l'impôt anticipé, le Conseil des Etats a décidé de restreindre la suppression de l'impôt anticipé aux obligations émises après l'entrée en vigueur de la loi. Notre commission s'est ralliée à l'unanimité à la décision du Conseil des Etats. Je me permets de préciser que le chiffre III est donc modifié à la suite de l'acceptation de l'article 70e de la loi fédérale sur l'impôt anticipé.

J'en viens à l'article 14 alinéa 1 lettres g et gbis de la loi fédérale sur les droits de timbre. Il s'agit d'une reformulation, à savoir une amélioration de la formulation du texte, proposition adoptée par 29 voix contre 14, à la lettre gbis. Par 15 voix contre 10, notre commission vous propose de suivre la décision du Conseil des Etats.

J'en viens à l'article 14 alinéa 1 lettre k de la loi fédérale sur les droits de timbre. La modification apportée par le Conseil des Etats vise à exonérer du droit de timbre de négociation l'entremise dans l'achat et la vente de participations qui font partie du portefeuille d'investissement du groupe. Cela a été accepté par le Conseil des Etats, par 29 voix contre 14, pour remplacer la version de notre conseil. Aujourd'hui, votre commission vous propose, par 15 voix contre 10, de suivre le Conseil des Etats.

Enfin, la dernière divergence est à l'article 77 alinéa 1bis de la loi sur l'infrastructure des marchés financiers. Le Conseil des Etats a décidé de biffer la limitation d'accès pour l'Administration fédérale des contributions aux données que notre conseil avait acceptée. Aujourd'hui, votre commission vous propose, par 14 voix contre 11, de suivre le Conseil des Etats.

Au nom de la commission, je vous demande dès lors de la suivre. Si vous acceptez, nous n'aurons plus de divergences avec le Conseil des Etats.

Müller Leo (M-E, LU), für die Kommission: Wir haben bei diesem Geschäft fünf Differenzen gegenüber der Vorlage des Ständerates zu bereinigen. Die erste bezieht sich auf Artikel 4 Absatz 1 des Verrechnungssteuergesetzes. Bei Buchstabe d geht es darum, wie die Formulierung lauten soll. Wir haben im Nationalrat in der



ersten Lesung beschlossen, dass nur bei Erträgen aus von einem Inländer geleisteten Ersatzzahlungen Verrechnungssteuern erhoben werden sollen. Das Bundesgericht hatte damals gesagt, es müsse dazu erst die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit auf Ersatzzahlungen Verrechnungssteuern erhoben werden könnten. Jetzt hat der Ständerat beschlossen, dem Bundesrat zu folgen. Hier gibt es allenfalls Probleme beim Vollzug, weil die Durchsetzbarkeit der Verrechnungssteuerpflicht bei ausländischen Institutionen nicht ganz einfach ist. Andererseits besteht die Gefahr, dass eine doppelte Rückerstattung erfolgt, auch für Ersatzzahlungen, die gar nicht geleistet wurden. Deshalb hat sich die Kommission einstimmig dazu durchgerungen, der Version des Bundesrates und des Ständerates zu folgen.

Die zweite Differenz betrifft Artikel 70e des Verrechnungssteuergesetzes. Hier hat der Ständerat beschlossen, dass nur Obligationen befreit werden sollen, die ab dem 1. Januar 2023 neu herausgegeben werden. Das heisst, auf den bisherigen Obligationen findet keine Befreiung statt. Das bewirkt einerseits, dass es weniger Steuerausfälle gibt. Auf der anderen Seite ist die Administration etwas aufwendiger, weil doch noch eine recht lange Zeit zwischen bisherigen Obligationen und neuen Obligationen differenziert werden muss. Summa summarum hat sich die Kommission auch hier einstimmig der Version des Ständerates angeschlossen.

Hier kommt es, das sage ich mit Blick auf die Diskussionen, die vorhin erfolgten, zu einer Minderung der Steuerausfälle. Ich bitte Sie, das auch zur Kenntnis zu nehmen.

Hier haben wir, Sie sehen es auf Seite 4 der Fahne, eine Differenz zum Ständerat geschaffen. Bei Ziffer III wird das Inkrafttreten präzisiert. Sofern das Gesetz dereinst – wir gehen davon aus, dass es eine Volksabstimmung gibt – angenommen wird, werden Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 70e sicher auf den 1. Januar 2023 in Kraft treten. Im Übrigen wird der Bundesrat das Inkrafttreten beschliessen. Hier schaffen wir eine Differenz zum Ständerat. Wir gehen aber davon aus, dass der Ständerat das dann auch so sehen wird.

Dann die dritte Differenz: Bei Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe g bis des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben gibt es eine Minderheit Ryser; Sie haben die entsprechende Begründung gehört. Hier geht es darum, dass nicht nur Geldmarktpapiere, sondern auch Anteile von ausländischen Geldmarktfonds betroffen sein sollen. Das ist die wesentliche Differenz. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen, dem Ständerat zu folgen und den Antrag, der jetzt als Antrag der Minderheit Ryser vorliegt, abzulehnen. Der Entscheid fiel mit 15 zu 10 Stimmen ohne Enthaltungen.

Die vierte Minderheit betrifft ebenfalls diesen Artikel, und zwar Buchstabe k. Hier geht es um Folgendes: Das Bundesgericht hat vor einiger Zeit eine Unsicherheit geschaffen, in dem Sinne, dass es entschieden hat, dass bei der Vermittlung von Geschäften, die zwar zwischen ausländischen Institutionen getätigt werden, bei denen aber die Beratung durch eine Schweizer Institution erfolgt, die Stempelabgabe ebenfalls zu leisten sei. Jetzt will der Rat hier präzisierend wirken und sagen, dass einerseits die Vermittlung, andererseits aber auch der Handel bei solchen Geschäften von der Stempelsteuer befreit werden soll. Hier hat die Kommission ebenfalls mit 15 zu 10 Stimmen der Version des Ständerates zugestimmt. Demzufolge empfehle ich Ihnen namens der Mehrheit, den Antrag der Minderheit Badran Jacqueline abzulehnen.

Ich komme zur letzten, zur fünften Differenz. Es geht um Artikel 77 Absatz 1 Buchstabe e. Hier hat die Kommission mit 14 zu 11 Stimmen beschlossen, der Version des Ständerates und des Bundesrates zu folgen. In der ersten Beratung in diesem Rat hatten wir eine andere Formulierung beschlossen. Es geht hier darum, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung Zugriff zum Transaktionsregister hat. Aber dieser Zugriff soll nur zweckentsprechend und nicht für weitere Zwecke gewährt werden. Hier hatten wir in der Kommission Bedenken und deshalb im ersten Umgang eine andere Formulierung beschlossen. Wir diskutierten heute in der Kommission noch eine angepasste Formulierung, aber diese fand auch keine Mehrheit. Demzufolge beantragt die Kommission hier mit 14 zu 11 Stimmen, der Version des Ständerates und des Bundesrates zu folgen.

AB 2021 N 2359 / BO 2021 N 2359

Bst. g bis – Let. g bis

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.024/24216)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 80 Stimmen

(0 Enthaltungen)



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Wintersession 2021 • Sechste Sitzung • 06.12.21 • 14h30 • 21.024
Conseil national • Session d'hiver 2021 • Sixième séance • 06.12.21 • 14h30 • 21.024



Bst. k – Let. k

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.024/24217)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 79 Stimmen

(1 Enthaltung)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Ziff. 2 Art. 77 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 2 art. 77 al. 1bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté



21.024

Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts

Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.11.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Stärkung des Fremdkapitalmarkts) Loi fédérale sur l'impôt anticipé (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Ziff. III Abs. 2–4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. III al. 2–4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Wir haben noch eine Differenz beim Verrechnungssteuergesetz. Der Nationalrat ist bei allen anderen Differenzen dem Ständerat gefolgt und hat die Differenzen bis auf Ziffer III bereinigt; hier geht es um die Frage des Inkrafttretens.

Der Nationalrat hat hier wieder den ursprünglichen Antrag Ihrer Kommission für Wirtschaft und Abgaben eingefügt. Sie können sich erinnern: Die WAK-S hatte genau diese Bestimmung beantragt, die jetzt wieder aufgenommen worden ist. Die Kommission legte auch ein gestaffeltes Inkrafttreten fest, das insbesondere die Aufhebung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a des bisherigen Rechts auf den 1. Januar 2023 vorsah. Es geht darum, dass die Verrechnungssteuer auf Zinsen ab diesem Zeitpunkt wegfällt.

Der Ständerat ist dann – ich sage das in allem Respekt – vermutlich aufgrund eines Missverständnisses dem Bundesrat gefolgt. Der Bundesrat wird sich dazu auch noch äussern; wir haben das in der heutigen Sitzung der WAK-S so mitgeteilt bekommen. Denn in der Bestimmung, die der Nationalrat jetzt eingefügt hat, ist auch die Aufhebung eines Gesetzesartikels vorgesehen, und das ist der Unterschied. Der Bundesrat kann das Inkrafttreten bestimmen, aber das Aufheben eines Artikels liegt – bei allen Möglichkeiten, die der Bundesrat sonst hat – nicht in seiner Kompetenz. Deshalb wäre die Aufhebung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a nicht möglich, wenn wir dem Bundesrat diese Kompetenz nicht per Gesetz geben; ohne das könnte das Kernelement der Vorlage nicht umgesetzt werden.

Der Nationalrat ist deshalb auf die ursprüngliche Fassung zurückgekommen, welche Ihre WAK beantragt hatte. Hier gibt es jetzt daher noch diese Differenz. Wir haben in Ihrer Kommission heute Morgen einstimmig beschlossen, diese Differenz zu bereinigen und dem Beschluss des Nationalrates zu folgen.

Eine Frage hatte sich noch aufgedrängt, da ja keine Differenz mehr bestand: Wie konnte der Nationalrat dann auf diese Bestimmung zurückkommen? Es ist so, dass Ziffer III mit der Übergangsbestimmung gemäss Artikel 70e verbunden ist. Artikel 70e setzt diese Übergangsbestimmung voraus, und deshalb hat der Nationalrat im





Zusammenhang mit Artikel 70e auch noch die Bestimmung unter Ziffer III einfügen können. Es ist also alles rechtens.

Ich bitte Sie im Namen der Kommission, bei Ziffer III dem Nationalrat zu folgen und die Differenz zu bereinigen. Damit wäre die Revision des Verrechnungssteuergesetzes reif für die Schlussabstimmung.

Maurer Ueli, Bundesrat: Was in Ziffer III auf der Fahne festgehalten ist, entspricht eigentlich bereits Ihrem letztmaligen Willen. Ich habe Sie dann davon überzeugt, dass die vom Bundesrat abweichenden Bestimmungen nicht notwendig seien und dass der Bundesrat das schon richten könne. Ich habe mich da gründlich getäuscht. Ich möchte mich dafür entschuldigen. Es braucht also Sie, das Parlament, um einen Gesetzesparagrafen aufzuheben.

Was jetzt hier festgehalten ist, entspricht der Diskussion. Es bestehen keine Differenzen mehr, weder zu Ihrer Kommission noch zum Nationalrat. Mit dieser Übergangsbestimmung haben wir dann die Möglichkeit, bisheriges Recht aufzuheben bzw. das neue in Kraft zu setzen. Das hängt mit Artikel 70e zusammen. Ich war letztes Mal der Meinung, der Bundesrat könne das in eigener Kompetenz tun. Dem ist nicht so. Wir brauchen hier die Weisheit des Parlamentes.

Ich bitte Sie, jetzt dieser Lösung zuzustimmen.

Angenommen – Adopté



21.024

**Verrechnungssteuergesetz.
 Stärkung des Fremdkapitalmarkts**

**Loi sur l'impôt anticipé.
 Renforcer le marché
 des capitaux d'emprunt**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.11.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi fédérale sur l'impôt anticipé (Renforcement du marché des capitaux de tiers)**

Abstimmung – Vote
 (namentlich – nominatif; 21.024/24427)
 Für Annahme des Entwurfes ... 125 Stimmen
 Dagegen ... 70 Stimmen
 (0 Enthaltungen)





21.024

**Verrechnungssteuergesetz.
Stärkung des Fremdkapitalmarkts**
**Loi sur l'impôt anticipé.
Renforcer le marché
des capitaux d'emprunt**
Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 30.11.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
Loi fédérale sur l'impôt anticipé (Renforcement du marché des capitaux de tiers)**

Abstimmung – Vote
 (namentlich – nominatif; 21.024/4927)
 Für Annahme des Entwurfes ... 31 Stimmen
 Dagegen ... 12 Stimmen
 (0 Enthaltungen)

AB 2021 S 1445 / BO 2021 E 1445



Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Rückweisungsantrag

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 09:19:13

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	=	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amos	-	S	VS	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	+	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	+	G	SG
Arslan	=	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	+	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funicello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barrile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	+	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	0	S	BL	Schlatter	+	G	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	-	GL	ZH	Giezendanner	0	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	+	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	+	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glarner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	+	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	+	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	+	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	=	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	=	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	+	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	+	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	+	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	+	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	+	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	+	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	-	GL	VD	Walder	=	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	+	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	0	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	+	G	VD	Weichelt	+	G	ZG
Dobler	+	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	=	M-E	AI	Wettstein	+	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	+	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	=	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si				52	25	26	24	127
- Nein / non / no		36	14				2	52
= Enth. / abst. / ast.			2			2	4	8
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2		1	1			4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1		1	3	3		8
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Minderheit Ryser
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Badran

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Rückweisungsantrag

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 09:20:04

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amoos	-	S	VS	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	+	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barrile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	0	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	0	GL	ZH	Giezendanner	0	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schneider Schützel	-	S	FR
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glarner	+	V	AG	Mettler	+	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streff	+	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	+	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	+	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	0	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	+	GL	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	0	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	+	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si			15	52	25	28		120
- Nein / non / no		36					30	66
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2		1	1			4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1	1	3	3		9
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (keine Rückweisung)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Ryser (Rückweisung an den Bundesrat)

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 4 Abs. 1 Bst. d

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 09:53:40

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amoos	-	S	VS	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funicello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barrile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Bäumli	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	-	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glarner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	0	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	-	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streff	-	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	-	GL	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	0	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si			1	52	24	28		105
- Nein / non / no		37	15			3	30	85
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2		1	1			4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1	4			5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Ryser (gemäss Bundesrat)

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 5c Bst. d

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 09:54:43

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amoos	-	S	VS	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	+	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barrile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	=	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schneider Schützel	-	S	FR
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glarner	+	V	AG	Mettler	+	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	0	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streff	-	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	+	GL	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	0	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si			16	51	24	28		119
- Nein / non / no		37				3	30	70
= Enth. / abst. / ast.				1				1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2		1	1			4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1	4			5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Wermuth

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 20b (gilt auch für Art. 33a)

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 09:55:48

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amoos	-	S	VS	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	+	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barrile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schneider Schützel	-	S	FR
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glarner	+	V	AG	Mettler	+	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	0	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streff	-	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	+	GL	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	0	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si			16	52	24	28		120
- Nein / non / no		37				3	30	70
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2		1	1			4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1	4			5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Birrer-Heimo

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 70e

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 09:56:52

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amoos	-	S	VS	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funicello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barrile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Bäumle	-	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	-	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glarner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	0	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	-	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	-	GL	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	0	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si				52	24	28		104
- Nein / non / no		37	16			3	30	86
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2		1	1			4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1	4			5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Kommission

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag Gredig

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

1. BG über die Stempelabgaben
 Art. 14 Abs. 1 Bst. g

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 10:33:28

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amaudruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amoos	-	S	VS	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	=	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glärner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	-	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	0	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	-	GL	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	0	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wisner Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	0	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+	Ja / oui / si		2	52	23	28		105
-	Nein / non / no	37	13			3	30	83
=	Enth. / abst. / ast.		1					1
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	2		1	1			4
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1	5			6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes			1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Ryser (gemäss Bundesrat)

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

1. BG über die Stempelabgaben
 Art. 14 Abs. 1 Bst. k

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 10:34:10

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amoos	-	S	VS	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	0	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	0	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glärner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	-	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	-	GL	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	+	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	+	RL	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	0	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si			1	53	24	28		106
- Nein / non / no		36	14			3	30	83
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2		1	1			4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1		4			6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Badran

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

2. Finanzmarktinfrastrukturgesetz
 Art. 77 Abs. 1bis

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 10:35:05

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amaudruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amoos	-	S	VS	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glärner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	-	G	VD	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	=	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	-	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	-	GL	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	+	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	0	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+	Ja / oui / si		2	53	24	28		107
-	Nein / non / no	37	13			3	30	83
=	Enth. / abst. / ast.		1					1
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	2		1	1			4
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				4			4
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes			1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Ryser

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Gesamtabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 28.09.2021 10:35:47

Addor	+	V	VS	Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebi Andreas	P	V	BE	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	+	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Amoos	-	S	VS	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	+	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funicello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Barrile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schneider Schützel	-	S	FR
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Binder	+	M-E	AG	Glarner	+	V	AG	Mettler	+	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Borloz	+	RL	VD	Gössi	0	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bregy	+	M-E	VS	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Brélaz	-	G	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streff	-	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	=	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	E	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Cottier	E	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	0	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	+	GL	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	+	RL	SG	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wyss	-	S	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si			16	53	25	28		122
- Nein / non / no		36				2	30	68
= Enth. / abst. / ast.						1		1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2		1	1			4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1			3			4
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Annahme der Vorlage
 Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung der Vorlage



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts
 Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt
 Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)
 Legge federale sull'imposta preventiva. Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi
 Legge federale sull'imposta preventiva (LIP) (Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi)

Gegenstand / Objet du vote: Gesamtabstimmung**Abstimmung vom / Vote du:** 02.12.2021 12:40:17

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	0	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chassot	Isabelle	+	FR
Chiesa	Marco	+	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	-	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	P	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	-	BS
Jositsch	Daniel	-	ZH
Juillard	Charles	+	JU

Knecht	Hansjörg	+	AG
Kuprecht	Alex	+	SZ
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	-	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	-	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	-	BE
Thorens Goumaz	Adèle	-	VD
Vara	Céline	-	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	-	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	-	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	32
- Nein / non / no	12
= Enth. / abst. / ast.	0
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Annahme des Bundesgesetzes

Bedeutung Nein / Signification du non:

Ablehnung

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Ziffer 1 Art. 14 Abs. 1 Bst. g bis

Abstimmung vom / Vote du: 06.12.2021 16:40:07

Addor	+	V	VS	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flach	-	GL	AG	Mäder	0	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Amadruz	+	V	GE	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Amoos	-	S	VS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Andrey	-	G	FR	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Arslan	-	G	BS	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Atici	-	S	BS	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Badertscher	-	G	BE	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Barrile	-	S	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Baumann	-	G	BE	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bäumler	-	GL	ZH	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bellaiche	-	GL	ZH	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bendahan	E	S	VD	Glarner	+	V	AG	Mettler	0	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bertschy	-	GL	BE	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	E	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Bircher	+	V	AG	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Borloz	+	RL	VD	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Bourgeois	+	RL	FR	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Bregy	+	M-E	VS	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	0	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brélaz	-	G	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	M-E	BE
Brenzikofer	-	G	BL	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Brunner	-	GL	SG	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Buffat	+	V	VD	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Candinas	+	M-E	GR	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Christ	-	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Falkenstein	+	RL	BS
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	0	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	0	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmolin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weber Céline	0	GL	VD
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Kurt	-	G	TG	Kälin	P	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wettstein	-	G	SO
Estermann	+	V	LU	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Fehlmann Riele	-	S	GE	Köppel	0	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI	Wyss	-	S	BS
Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si				54	27	26		107
- Nein / non / no		37	11			3	29	80
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2						2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			5	1	2	2		10
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (gemäss SR)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Ryser (streichen)

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Ziffer 1 Art. 14 Abs. 1 Bst. k

Abstimmung vom / Vote du: 06.12.2021 16:41:00

Addor	+	V	VS	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flach	-	GL	AG	Mäder	0	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Amadruz	+	V	GE	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Amoos	-	S	VS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Andrey	-	G	FR	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Arslan	-	G	BS	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Atici	-	S	BS	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Badertscher	-	G	BE	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Barrile	-	S	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Baumann	-	G	BE	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bellaiche	-	GL	ZH	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bendahan	E	S	VD	Glarner	+	V	AG	Mettler	0	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bertschy	-	GL	BE	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	E	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Bircher	+	V	AG	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	0	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Borloz	+	RL	VD	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Bourgeois	+	RL	FR	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Bregy	+	M-E	VS	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	0	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brélaz	-	G	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	M-E	BE
Brenzikofer	-	G	BL	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Brunner	-	GL	SG	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Buffat	+	V	VD	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Candinas	+	M-E	GR	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Christ	-	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Falkenstein	+	RL	BS
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	0	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	0	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmolin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weber Céline	0	GL	VD
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Kurt	-	G	TG	Kälin	P	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wettstein	-	G	SO
Estermann	+	V	LU	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	0	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	0	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI	Wyss	-	S	BS
Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si				54	27	26		107
- Nein / non / no		37	10			3	29	79
= Enth. / abst. / ast.			1					1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2						2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			5	1	2	2		10
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (gemäss SR)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Badran Jacqueline (streichen)

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts: Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt: Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Gegenstand / Objet du vote:

Schlussabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 17.12.2021 08:34:33

Addor	+	V	VS	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	0	V	ZH
Amadruz	+	V	GE	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Amoos	-	S	VS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Andrey	-	G	FR	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Arslan	-	G	BS	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	+	GL	ZH
Atici	-	S	BS	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Badertscher	-	G	BE	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Barrile	-	S	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Baumann	-	G	BE	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bäumler	+	GL	ZH	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bellaiche	+	GL	ZH	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bendahan	-	S	VD	Glarner	+	V	AG	Mettler	+	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bertschy	+	GL	BE	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	E	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	-	M-E	BE
Bircher	+	V	AG	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	+	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Borloz	+	RL	VD	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Bourgeois	+	RL	FR	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Bregy	+	M-E	VS	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brélaz	-	G	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	M-E	BE
Brenzikofer	-	G	BL	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Brunner	+	GL	SG	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Buffat	+	V	VD	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Gutjahr	E	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Candinas	+	M-E	GR	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Christ	+	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Falkenstein	+	RL	BS
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmolin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weber Céline	E	GL	VD
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Kurt	-	G	TG	Kälin	P	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wettstein	-	G	SO
Estermann	+	V	LU	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Fehlmann Riele	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI	Wyss	-	S	BS
Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-E	GL	Rösti	+	V	BE	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si			15	53	29	28		125
- Nein / non / no		38				3	29	70
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1	1	1				3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1				1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Annahme der Vorlage
 Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung der Vorlage



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

21.024-1 Verrechnungssteuergesetz. Stärkung des Fremdkapitalmarkts
 Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)
 Loi sur l'impôt anticipé. Renforcer le marché des capitaux d'emprunt
 Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)
 Legge federale sull'imposta preventiva. Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi
 Legge federale sull'imposta preventiva (LIP) (Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi)

Gegenstand / Objet du vote: Schlussabstimmung**Abstimmung vom / Vote du:** 17.12.2021 08:32:12

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	-	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chassot	Isabelle	+	FR
Chiesa	Marco	+	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	-	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	P	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	-	BS
Jositsch	Daniel	-	ZH
Juillard	Charles	+	JU

Knecht	Hansjörg	+	AG
Kuprecht	Alex	+	SZ
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	-	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	0	ZH
Rechsteiner	Paul	0	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	-	BE
Thorens Goumaz	Adèle	-	VD
Vara	Céline	-	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	-	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	-	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	31
- Nein / non / no	12
= Enth. / abst. / ast.	0
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Annahme des Bundesgesetzes

Bedeutung Nein / Signification du non:

Ablehnung



Ablauf der Referendumsfrist: 7. April 2022

Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)

Änderung vom 17. Dezember 2021

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
 nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 14. April 2021¹,
 beschliesst:*

I

Das Verrechnungssteuergesetz vom 13. Oktober 1965² wird wie folgt geändert:

Ersatz von Ausdrücken

¹ *In den Artikeln 8 Absatz 2, 21 Absatz 3, 22 Absatz 2, 24 Absatz 5 und 25 Absatz 2 wird «Verordnung» ersetzt durch «Bundesrat», mit den nötigen grammatikalischen Anpassungen.*

² *In Artikel 4a Absätze 1–3 wird «Gesellschaft» ersetzt durch «Kapitalgesellschaft».*

³ *In den Artikeln 7 Absatz 1, 8 Absatz 2, 19 Absätze 1 und 2 sowie 33 Absatz 1 wird «Versicherer» ersetzt durch «Versicherungsunternehmen», mit den nötigen grammatikalischen Anpassungen.*

Art. 4

A. Gegenstand
der Steuer

I. Kapitalerträge

1. Regel

¹ Gegenstand der Verrechnungssteuer auf dem Ertrag beweglichen Kapitalvermögens sind:

- a. die Zinsen und sonstigen Erträge der Guthaben von inländischen natürlichen Personen (Kundenguthaben) bei:

¹ BBl 2021 976

² SR 642.21

1. inländischen Banken und Sparkassen nach Artikel 1 des Bankengesetzes vom 8. November 1934³,
2. inländischen Versicherungsunternehmen nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und b des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 17. Dezember 2004⁴ (VAG), die über eine Bewilligung nach Artikel 3 Absatz 1 VAG verfügen oder einer kantonalen Aufsicht unterstellt sind;
- b. die Gewinnanteile und sonstigen Erträge der von einem Inländer ausgegebenen Aktien, Stammanteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaftsanteile, Beteiligungsscheine von Genossenschaftsbanken, Partizipationsscheine und Genussscheine;
- c. die Zinsen, Gewinnanteile und sonstigen Erträge der von einem Inländer oder von einem Ausländer in Verbindung mit einem Inländer ausgegebenen Anteile an einer inländischen kollektiven Kapitalanlage nach dem Kollektivanlagengesetz vom 23. Juni 2006⁵ (KAG);
- d. Erträge aus Ersatzzahlungen für Erträge aus Kapitalvermögen nach den Buchstaben a–c.

² Die Verlegung des Sitzes ins Ausland steht steuerlich der Liquidation gleich.

³ Die Bestimmungen dieses Gesetzes über inländische kollektive Kapitalanlagen nach KAG gelten auch für Personen, die diese verwalten, aufbewahren oder vertreten.

⁴ Die Bestimmungen dieses Gesetzes über Kapitalgesellschaften und Genossenschaften gelten auch für Kommanditaktiengesellschaften und für Investmentgesellschaften mit festem Kapital nach Artikel 110 KAG.

Art. 5

2. Ausnahmen
a. Reserven und Gewinne von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften

Von der Steuer ausgenommen sind:

- a. die Reserven und Gewinne einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft nach Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe a des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990⁶ über die direkte Bundessteuer (DBG), die bei einer Umstrukturierung nach Artikel 61 DBG in die Reserven einer aufnehmenden oder umgewandelten inländischen Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft übergehen;

³ SR 952.0
⁴ SR 961.01
⁵ SR 951.31
⁶ SR 642.11

- b. die freiwilligen Leistungen einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, sofern sie gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe c DBG geschäftsmässig begründet sind.

Art. 5a

b. Reserven aus Kapitaleinlagen

¹ Die Rückzahlung von Reserven aus Kapitaleinlagen, die von den Inhabern der Beteiligungsrechte nach dem 31. Dezember 1996 geleistet worden sind, wird gleich behandelt wie die Rückzahlung von Grund- oder Stammkapital, wenn die Reserven aus Kapitaleinlagen von der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft in der Handelsbilanz auf einem gesonderten Konto ausgewiesen werden und die Gesellschaft oder Genossenschaft jede Veränderung auf diesem Konto der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) meldet. Absatz 2 bleibt vorbehalten.

² Kapitalgesellschaften und Genossenschaften, die an einer schweizerischen Börse kotiert sind, haben bei der Rückzahlung von Reserven aus Kapitaleinlagen nach Absatz 1 mindestens im gleichen Umfang übrige Reserven auszuschütten. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so ist die Rückzahlung im Umfang der halben Differenz zwischen der Rückzahlung und der Ausschüttung der übrigen Reserven steuerbar, höchstens aber im Umfang der vorhandenen, handelsrechtlich ausschüttungsfähigen übrigen Reserven. Im gleichen Umfang sind handelsrechtlich ausschüttungsfähige übrige Reserven dem gesonderten Konto für Reserven aus Kapitaleinlagen zuzuweisen.

³ Absatz 2 ist nicht anwendbar auf Reserven aus Kapitaleinlagen:

- a. die bei fusionsähnlichen Zusammenschlüssen durch Einbringen von Beteiligungs- und Mitgliedschaftsrechten an einer ausländischen Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft nach Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe c DBG⁷ oder durch eine grenzüberschreitende Übertragung auf eine inländische Tochtergesellschaft nach Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe d DBG nach dem 24. Februar 2008 entstanden sind;
- b. die im Zeitpunkt einer grenzüberschreitenden Fusion, Umstrukturierung nach Artikel 61 Absatz 1 Buchstabe b oder Absatz 3 DBG oder Verlegung des Sitzes oder der tatsächlichen Verwaltung nach dem 24. Februar 2008 bereits in einer ausländischen Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft vorhanden waren;
- c. die an in- und ausländische juristische Personen zurückgezahlt werden, die zu mindestens 10 Prozent am Grund- oder Stammkapital der leistenden Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft beteiligt sind;

- d. im Falle der Liquidation oder der Verlegung des Sitzes oder der tatsächlichen Verwaltung der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft ins Ausland.

⁴ Die Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft hat die Reserven aus Kapitaleinlagen nach Absatz 3 Buchstaben a und b auf einem gesonderten Konto auszuweisen und der ESTV jede Veränderung auf diesem Konto zu melden.

⁵ Die Absätze 2–4 gelten sinngemäss auch für Reserven aus Kapitaleinlagen, die für die Ausgabe von Gratisaktien oder für Gratisnennwerterhöhungen verwendet werden.

Art. 5b

c. Zinsen

¹ Von der Steuer ausgenommen sind die Zinsen:

- a. von Kundenguthaben, wenn der Zinsbetrag für ein Kalenderjahr 200 Franken nicht übersteigt;
- b. der Einlagen zur Bildung und Äufnung von auf den Erlebens- oder Todesfall gestellten Guthaben, die der Alters-, Hinterlassenen- oder Invalidenversicherung oder -fürsorge dienen.

² Der Bundesrat kann vorschreiben, dass Zinsen mehrerer Kundenguthaben, die ein Gläubiger oder Verfügungsberechtigter bei der gleichen Bank oder Sparkasse oder dem gleichen Versicherungsunternehmen unterhält, zusammenzurechnen sind; bei offenbarem Missbrauch kann die ESTV eine solche Zusammenrechnung im Einzelfall anordnen.

Art. 5c

d. Kollektive Kapitalanlagen

Von der Steuer ausgenommen sind bei inländischen kollektiven Kapitalanlagen nach KAG⁸, sofern sie separat ausgewiesen werden:

- a. die Kapitalgewinne;
- b. die Erträge aus direktem Grundbesitz;
- c. die Rückzahlungen der durch die Anleger geleisteten Kapitaleinzahlungen;
- d. die Erträge aus Obligationen und Serienschuldbriefen.

Art. 7 Abs. 3

³ Als Kapitalleistung aus Lebensversicherung gilt auch jede Auszahlung von Guthaben im Sinne von Artikel 5b Absatz 1 Buchstabe b, ungeachtet des Grundes dieser Auszahlung.

*Art. 9 Abs. 2 und 3**Aufgehoben**Art. 10*

B. Steuerpflicht
I. Steuerpflichtiger

¹ Steuerpflichtig ist der Schuldner der steuerbaren Leistung.

² Bei inländischen kollektiven Kapitalanlagen nach KAG⁹ sind die Fondsleitung, die Investmentgesellschaft mit variablem Kapital, die Investmentgesellschaft mit festem Kapital oder die Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen steuerpflichtig.

³ Bei Ersatzzahlungen nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d ist steuerpflichtig, wer steuerbare Erträge ausbezahlt, überweist, gutschreibt, verrechnet oder vergütet.

Art. 11 Abs. 2

² Der Bundesrat umschreibt die Voraussetzungen, unter denen gegen Domizilerklärung die Verrechnungssteuer auf Erträgen von Anteilen an inländischen kollektiven Kapitalanlagen nach KAG¹⁰ nicht erhoben wird.

Art. 12 Abs. 1

¹ Bei Kapitalerträgen nach Artikel 4 Absatz 1 und bei Gewinnen aus Geldspielen sowie aus Lotterien und Geschicklichkeitsspielen zur Verkaufsförderung nach Artikel 6 entsteht die Steuerforderung im Zeitpunkt, in dem die steuerbare Leistung fällig wird. Bei einer Verlegung des Sitzes ins Ausland (Art. 4 Abs. 2) wird die steuerbare Leistung im Zeitpunkt des Beschlusses fällig.

Art. 13 Abs. 1 Bst. a

¹ Die Steuer beträgt:

- a. auf Kapitalerträgen nach Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 4a und auf Gewinnen aus Geldspielen sowie aus Lotterien und Geschicklichkeitsspielen zur Verkaufsförderung nach Artikel 6: 35 Prozent der steuerbaren Leistung;

Art. 14 Abs. 1

¹ Die steuerbare Leistung ist bei der Auszahlung, Überweisung, Gutschrift, Verrechnung oder Vergütung um den Steuerbetrag zu kürzen. Vereinbarungen, die dieser Verpflichtung widersprechen, sind nichtig.

⁹ SR 951.31

¹⁰ SR 951.31

Art. 15 Abs. 1 und 1bis

¹ Mit der steuerpflichtigen Person haften solidarisch:

- a. für die Steuer einer aufgelösten Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, einer Handelsgesellschaft ohne juristische Persönlichkeit oder einer inländischen kollektiven Kapitalanlage nach KAG¹¹: die mit der Liquidation betrauten Personen bis zum Betrag des Liquidationsergebnisses;
- b. für die Steuer einer Kapitalgesellschaft, einer Genossenschaft oder einer inländischen kollektiven Kapitalanlage nach KAG, die ihren Sitz ins Ausland verlegt: die Organe und im Falle der Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen die Depotbank bis zum Betrag des reinen Vermögens der juristischen Person oder der inländischen kollektiven Kapitalanlage nach KAG.

^{1bis} Bei einer Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen haftet deren Depotbank solidarisch für die Steuer auf den ausbezahlten Erträgen, wenn:

- a. eine Mehrheit der unbeschränkt haftenden Gesellschafter der Kommanditgesellschaft ihren Wohnsitz im Ausland hat; oder
- b. die unbeschränkt haftenden Gesellschafter Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften sind, an denen eine Mehrheit von Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland beteiligt ist.

Art. 16 Abs. 1 Bst. a und c

¹ Die Steuer wird fällig:

- a. auf Zinsen von Kundenguthaben: 30 Tage nach Ablauf jedes Geschäftsvierteljahres für die in diesem Zeitraum fällig gewordenen Zinsen;
- c. auf den übrigen Kapitalerträgen nach Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 4a, auf Gewinnen aus Geldspielen sowie aus Lotterien und Geschicklichkeitsspielen zur Verkaufsförderung nach Artikel 6: 30 Tage nach Entstehung der Steuerforderung (Art. 12);

Art. 20a Abs. 1

¹ Bei Naturalgewinnen aus Geldspielen sowie aus Lotterien und Geschicklichkeitsspielen zur Verkaufsförderung nach Artikel 6 hat die Veranstalterin die Steuerpflicht durch Meldung der steuerbaren Leistung zu erfüllen.

¹¹ SR 951.31

*Einfügen vor dem Gliederungstitel des zweiten Abschnitts**Art. 20b*

- C. Formmängel Allein aufgrund von Formmängeln wird keine Verrechnungssteuerforderung erhoben, wenn erkennbar ist oder die steuerpflichtige Person nachweist, dass durch die Nichteinhaltung einer Formvorschrift für den Bund kein Steuerausfall entstanden ist.

Art. 21 Abs. 1 Bst. b

¹ Ein nach den Artikeln 22–28 Berechtigter hat Anspruch auf Rückerstattung der ihm vom Schuldner abgezogenen Verrechnungssteuer:

- b. auf Gewinnen aus Geldspielen sowie aus Lotterien und Geschicklichkeitsspielen zur Verkaufsförderung nach Artikel 6: wenn er bei der Ziehung Eigentümer des Loses war oder gewinnberechtigter Teilnehmer ist.

Art. 26

3. Kollektive Kapitalanlagen Personen, die eine inländische kollektive Kapitalanlage nach KAG¹² verwalten, aufbewahren oder vertreten, können für diese kollektive Kapitalanlage den Anspruch auf Rückerstattung der zu deren Lasten abgezogenen Verrechnungssteuer geltend machen; Artikel 25 ist sinngemäss anwendbar.

Art. 27

4. Ausländische Inhaber von Anteilen an inländischen kollektiven Kapitalanlagen Ausländische Inhaber von Anteilen an einer inländischen kollektiven Kapitalanlage nach KAG¹³ haben Anspruch auf Rückerstattung der von den Erträgen dieser Anteile abgezogenen Verrechnungssteuer, sofern diese Erträge zu mindestens 80 Prozent aus ausländischen Quellen stammen.

Art. 28 Abs. 1 und 2

¹ *Aufgehoben*

² Die nach dem Gaststaatgesetz vom 22. Juni 2007¹⁴ von der Steuerpflicht ausgenommenen Begünstigten haben Anspruch auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer, wenn sie bei Fälligkeit der steuerbaren Leistung nach gesetzlicher Vorschrift, Vertragsrecht oder Übung von der Entrichtung kantonaler Steuern auf Wertpapieren und Kundenguthaben sowie auf dem Ertrag solcher Werte befreit sind.

¹² SR 951.31

¹³ SR 951.31

¹⁴ SR 192.12

*Einfügen vor dem Gliederungstitel des dritten Abschnitts**Art. 33a*

- C. Formmängel Allein aufgrund von Formmängeln wird keine Rückerstattung verweigert, wenn erkennbar ist oder die steuerpflichtige Person nachweist, dass durch die Nichteinhaltung einer Formvorschrift für den Bund kein Steuerausfall entstanden ist.

Art. 56 Abs. 2

² Das kantonale Verrechnungssteueramt und die ESTV sind zur Beschwerde berechtigt.

Art. 61

- A. Widerhandlungen
I. Hinterziehung ¹ Mit Busse bis zu 30 000 Franken oder, sofern dies einen höheren Betrag ergibt, bis zum Dreifachen der hinterzogenen Steuer oder des unrechtmässigen Vorteils wird bestraft, wer vorsätzlich zum eigenen oder zum Vorteil eines andern:

- a. dem Bund Verrechnungssteuern vorenthält;
- b. die Pflicht zur Meldung einer steuerbaren Leistung (Art. 19 und 20) nicht erfüllt oder eine unwahre Meldung erstattet;
- c. eine ungerechtfertigte Rückerstattung der Verrechnungssteuer oder einen andern unrechtmässigen Steuervorteil erwirkt.

² Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 10 000 Franken oder, sofern dies einen höheren Betrag ergibt, bis zum Einfachen der hinterzogenen Steuer oder des unrechtmässigen Vorteils bestraft.

Art. 62 Abs. 1 Einleitungssatz, Bst. c und Schlussteil sowie 1^{bis}

¹ Mit Busse bis zu 20 000 Franken wird bestraft, wer die gesetzmässige Durchführung der Verrechnungssteuer gefährdet, indem er vorsätzlich:

- c. in einer Aufstellung oder Abrechnung, einer Meldung oder Domizilerklärung, einem Antrag auf Rückerstattung der Steuer oder einem Gesuch um Steuererlass oder -befreiung unwahre Angaben macht oder erhebliche Tatsachen verschweigt oder dabei unwahre Belege über erhebliche Tatsachen vorlegt;

Schluss teil von Abs. 1 Aufgehoben

^{1bis} Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 10 000 Franken bestraft.

Art. 63

III. Verletzung
der Überwäl-
zungsvorschrift

Mit Busse bis zu 10 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig die Überwälzung der Verrechnungssteuer unterlässt oder zu unterlassen verspricht.

Art. 64

IV. Ordnungswidrigkeiten

Mit Busse bis zu 5000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- a. eine Bedingung, an welche eine besondere Bewilligung geknüpft wurde, nicht einhält;
- b. einer unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels an ihn gerichteten Verfügung zuwiderhandelt;
- c. für die Handlungen nach Artikel 20 Absatz 3 die Fristen nach dessen Ausführungsbestimmungen nicht einhält;
- d. die Frist nach Artikel 20a Absatz 2 nicht einhält.

Art. 69

Aufgehoben

Art. 70e

VII. Übergangsbestimmung zur Änderung vom 17. Dezember 2021.

Auf Zinsen aus vor dem 1. Januar 2023 formell von einem Inländer ausgegebenen Obligationen bleibt Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a sowie die dazugehörigen Bestimmungen zur Steuererhebung, zur Steuerrückerstattung und zum Strafrecht des bisherigen Rechts anwendbar.

II

Die Änderung anderer Erlasse wird im Anhang geregelt.

III

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt unter Vorbehalt der Absätze 3 und 4 das Inkrafttreten.

³ Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a des geltenden Rechts wird auf den 1. Januar 2023 aufgehoben.

⁴ Artikel 70e tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Nationalrat, 17. Dezember 2021

Die Präsidentin: Irène Kälin
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 17. Dezember 2021

Der Präsident: Thomas Hefti
Die Sekretärin: Martina Buol

Datum der Veröffentlichung: 28. Dezember 2021

Ablauf der Referendumsfrist: 7. April 2022

Anhang
(Ziff. II)

Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Bundesgesetz vom 27. Juni 1973¹⁵ über die Stempelabgaben

Art. 1 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 und 6, b^{bis} und b^{ter}

¹ Der Bund erhebt Stempelabgaben:

b. auf dem Umsatz der folgenden inländischen und ausländischen Urkunden:

1. *Aufgehoben*

6. *Aufgehoben*

b^{bis}. auf dem Umsatz der ausländischen Obligationen;

b^{ter}. auf dem Umsatz der Papiere, die dieses Gesetz den Urkunden nach den Buchstaben b und b^{bis} gleichstellt;

Art. 13 Abs. 2 Bst. a Ziff. 1, a^{bis}, b und c

² Steuerbare Urkunden sind:

a. die von einem Inländer ausgegebenen:

1. *Aufgehoben*

a^{bis}. die von einem Ausländer ausgegebenen Obligationen;

b. die von einem Ausländer ausgegebenen Urkunden, die in ihrer wirtschaftlichen Funktion den Titeln nach den Buchstaben a und a^{bis} entsprechen;

c. Ausweise über Unterbeteiligungen an Urkunden der in den Buchstaben a, a^{bis} und b bezeichneten Arten.

Art. 14 Abs. 1 Bst. a, f, g, g^{bis} und k

¹ Von der Abgabe sind ausgenommen:

a. die Ausgabe inländischer Aktien, Stammanteile von Gesellschaften mit beschränkter Haftung und von Genossenschaften, Beteiligungsscheine von Genossenschaftsbanken, Partizipationsscheine, Genussscheine und Anteile an kollektiven Kapitalanlagen nach KAG¹⁶;

¹⁵ SR 641.10

¹⁶ SR 951.31

- f. die Ausgabe von Obligationen ausländischer Schuldner sowie von Beteiligungsrechten an ausländischen Gesellschaften, einschliesslich der Festübernahme durch eine Bank oder Beteiligungsgesellschaft und der Zuteilung bei einer nachfolgenden Emission;
- g. der Handel mit ausländischen Geldmarktpapieren;
- g^{bis}. die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen ausländischer Geldmarktfonds, die Anlagen in Wertpapieren auf diejenigen beschränken, die eine Restlaufzeit bis zum Endfälligkeitstermin von höchstens 397 Tagen haben;
- k. Die Vermittlung oder der Kauf und Verkauf von inländischen oder ausländischen Beteiligungen von mindestens 10 Prozent am Grund- oder Stammkapital anderer Gesellschaften durch einen Effekthändler nach Artikel 13 Absatz 3 Buchstabe d, sofern die Beteiligung als Anlagevermögen im Sinne von Artikel 960d des Obligationenrechts¹⁷ gilt.

Art. 45

¹ Mit Busse bis zu 30 000 Franken oder, sofern dies einen höheren Betrag ergibt, bis zum Dreifachen der hinterzogenen Abgabe oder des unrechtmässigen Vorteils wird bestraft, wer vorsätzlich, zum eigenen oder zum Vorteil eines andern, dem Bund Stempelabgaben vorenthält oder sich oder einem andern auf andere Weise einen unrechtmässigen Abgabevorteil verschafft.

² Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 10 000 Franken oder, sofern dies einen höheren Betrag ergibt, bis zum Einfachen der hinterzogenen Abgabe oder des unrechtmässigen Vorteils bestraft.

Art. 46 Abs. 1 Einleitungssatz und Schlussteil sowie 1^{bis}

¹ Mit Busse bis zu 20 000 Franken wird bestraft, wer die gesetzmässige Erhebung der Stempelabgaben gefährdet, indem er vorsätzlich:

Schluss teil von Abs. 1 Aufgehoben

^{1bis} Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 10 000 Franken bestraft.

Art. 47

Mit Busse bis zu 5000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- a. eine Bedingung, an die eine besondere Bewilligung geknüpft wurde, nicht einhält;
- b. einer unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels an ihn gerichteten Verfügung zuwiderhandelt.

¹⁷ SR 220

2. Finanzmarktinfrastrukturgesetz vom 19. Juni 2015¹⁸

Art. 77 Abs. 1 Bst. e

¹ Das Transaktionsregister gewährt folgenden Behörden kostenlos Zugang zu den Daten, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen:

- e. der Eidgenössischen Steuerverwaltung.



Délai référendaire: 7 avril 2022

Loi fédérale sur l'impôt anticipé (LIA) (Renforcement du marché des capitaux de tiers)

Modification du 17 décembre 2021

*L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu le message du Conseil fédéral du 14 avril 2021¹,
arrête:*

I

La loi du 13 octobre 1965 sur l'impôt anticipé² est modifiée comme suit:

Remplacement d'expressions

¹ Aux art. 8, al. 2, 21, al. 3, 22, al. 2, 24, al. 5, et 25, al. 2, «ordonnance» est remplacé par «Conseil fédéral», avec les ajustements grammaticaux nécessaires.

² Ne concerne que le texte allemand.

³ Aux art. 7, al. 1, 8, al. 2, 19, al. 1 et 2, et 33, al. 1, «assureur» est remplacé par «entreprise d'assurance», avec les ajustements grammaticaux nécessaires.

Art. 4

A. Objet
de l'impôt
I. Revenu
de capitaux
mobiliers
1. Règle

¹ L'impôt anticipé sur les revenus de capitaux mobiliers a pour objet:

- a. les intérêts et tous autres rendements d'avoirs de personnes physiques domiciliées en Suisse (avoirs de clients) détenus:
 1. auprès de banques et de caisses d'épargne suisses au sens de l'art. 1 de la loi du 8 novembre 1934 sur les banques (LB)³,

¹ FF 2021 976

² RS 642.21

³ RS 952.0

2. auprès d'entreprises d'assurance suisses au sens de l'art. 2, al. 1, let. a et b, de la loi du 17 décembre 2004 sur la surveillance des assurances (LSA)⁴, qui ont obtenu un agrément au sens de l'art. 3, al. 1, LSA ou qui sont soumises à une surveillance cantonale;
 - b. les participations aux bénéfices et tous autres rendements des actions, parts sociales de sociétés à responsabilité limitée et de sociétés coopératives, bons de participation sociale des banques coopératives, bons de participation et bons de jouissance, émis par une personne domiciliée en Suisse;
 - c. les intérêts, les participations aux bénéfices et tous autres rendements des parts d'un placement collectif suisse de capitaux au sens de la loi du 23 juin 2006 sur les placements collectifs (LPCC)⁵ émises par une personne domiciliée en Suisse ou par une personne domiciliée à l'étranger conjointement avec une personne domiciliée en Suisse;
 - d. les rendements de versements compensatoires correspondant à des rendements de capitaux mobiliers au sens des let. a à c.

² Le transfert du siège à l'étranger est assimilé, du point de vue fiscal, à une liquidation.

³ Les dispositions de la présente loi concernant les placements collectifs suisses de capitaux au sens de la LPCC s'appliquent aussi aux personnes qui administrent, gardent ou représentent des placements collectifs de capitaux.

⁴ Les dispositions de la présente loi concernant les sociétés de capitaux et les sociétés coopératives s'appliquent aussi aux sociétés anonymes en commandite et aux sociétés d'investissement à capital fixe au sens de l'art. 110 LPCC.

Art. 5

Ne sont pas soumis à l'impôt anticipé:

- a. les réserves et bénéfices d'une société de capitaux ou d'une société coopérative au sens de l'art. 49, al. 1, let. a, de la loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (LIFD)⁶ qui, lors d'une restructuration au sens de l'art. 61 LIFD, passent dans les réserves d'une société de capitaux ou d'une société coopérative suisse reprenante ou nouvelle;
- b. les prestations bénévoles d'une société de capitaux ou d'une société coopérative, pour autant que ces prestations constituent

2. Exceptions
a. Réserves et bénéfices de sociétés de capitaux et de sociétés coopératives

⁴ RS 961.01

⁵ RS 951.31

⁶ RS 642.11

des charges justifiées par l'usage commercial au sens de l'art. 59, al. 1, let. c, LIFD.

Art. 5a

b. Réserves
issues d'apports
de capital

¹ Le remboursement de réserves issues d'apports de capital effectués par les détenteurs des droits de participation après le 31 décembre 1996 est traité de la même manière que le remboursement du capital-actions ou du capital social si la société de capitaux ou la société coopérative comptabilise les réserves issues d'apports de capital sur un compte spécial de son bilan commercial et communique toute modification de ce compte à l'Administration fédérale des contributions (AFC). L'al. 2 est réservé.

² Lors du remboursement de réserves issues d'apports de capital conformément à l'al. 1, les sociétés de capitaux et sociétés coopératives qui sont cotées dans une bourse suisse doivent distribuer d'autres réserves au moins pour un montant équivalent. Si cette condition n'est pas remplie, le remboursement est imposable à hauteur de la moitié de la différence entre le remboursement et la distribution des autres réserves, mais au plus à hauteur du montant des autres réserves disponibles pouvant être distribuées en vertu du droit commercial. Les autres réserves pouvant être distribuées en vertu du droit commercial doivent être créditées à hauteur d'un montant équivalent sur le compte spécial des réserves issues d'apports de capital.

³ L'al. 2 ne s'applique pas aux réserves issues d'apports de capital:

- a. qui ont été constituées après le 24 février 2008 dans le cadre de concentrations équivalant économiquement à des fusions, par l'apport de droits de participation ou de droits de sociétariat dans une société de capitaux ou une société coopérative étrangère au sens de l'art. 61, al. 1, let. c, LIFD⁷ ou lors d'un transfert transfrontalier dans une société de capitaux suisse selon l'art. 61, al. 1, let. d LIFD;
- b. qui existaient déjà au sein d'une société de capitaux ou d'une société coopérative étrangère au moment d'une fusion transfrontalière, d'une restructuration transfrontalière au sens de l'art. 61, al. 1, let. b, ou 3, LIFD ou du déplacement transfrontalier du siège ou de l'administration effective ayant eu lieu après le 24 février 2008;
- c. qui sont remboursées à des personnes morales suisses ou étrangères qui détiennent au moins 10 % du capital-actions ou du capital social de la société de capitaux ou de la société coopérative qui effectue le versement;

⁷ RS 642.11

- d. dans le cas d'une liquidation ou d'un déplacement du siège ou de l'administration effective de la société de capitaux ou de la société coopérative à l'étranger.

⁴ La société de capitaux ou la société coopérative doit comptabiliser les réserves issues d'apports de capital visées à l'al. 3, let. a et b, sur un compte spécial et communiquer toute modification de ce compte à l'AFC.

⁵ Les al. 2 à 4 s'appliquent par analogie en cas d'utilisation de réserves issues d'apports de capital pour l'émission d'actions gratuites ou l'augmentation gratuite de la valeur nominale.

Art. 5b

c. Intérêts

¹ Ne sont pas soumis à l'impôt anticipé les intérêts:

- a. des avoirs de clients, si le montant de l'intérêt n'excède pas 200 francs pour une année civile;
- b. des dépôts destinés à constituer et à alimenter des avoirs en cas de survie ou de décès qui servent à l'assurance-vieillesse, survivants ou invalidité, ou à la prévoyance sociale.

² Le Conseil fédéral peut prescrire que les intérêts de plusieurs avoirs de clients qu'un même créancier ou qu'une même personne ayant le droit d'en disposer détient auprès de la même banque, de la même caisse d'épargne ou de la même entreprise d'assurance doivent être additionnés; en cas d'abus manifeste, l'AFC peut ordonner l'addition de ces intérêts.

Art. 5c

d. Placements collectifs de capitaux

Ne sont pas soumis à l'impôt anticipé, dans le cadre des placements collectifs suisses de capitaux au sens de la LPCC⁸, s'ils sont comptabilisés séparément:

- a. les bénéfices en capital;
- b. le rendement des immeubles détenus en propriété directe;
- c. le remboursement des capitaux versés par les investisseurs;
- d. les rendements provenant d'obligations et de cédules hypothécaires émises en série.

Art. 7, al. 3

³ Tout versement d'avoirs au sens de l'art. 5b, al. 1, let. b, est également considéré comme prestation en capital faite en vertu d'une assurance sur la vie, quel que soit le motif de ce versement.

*Art. 9, al. 2 et 3**Abrogés**Art. 10*

B. Obligation
fiscale
I. Contribuable

¹ L'obligation fiscale incombe au débiteur de la prestation imposable.

² Pour les placements collectifs suisses de capitaux au sens de la LPCC⁹, l'obligation fiscale incombe à la direction du fonds, à la société d'investissement à capital variable ou fixe, ou à la société en commandite de placements collectifs de capitaux.

³ Pour les versements compensatoires visés à l'art. 4, al. 1, let. d, l'obligation fiscale incombe à celui qui verse, vire, crédite, compense ou impute des rendements imposables.

Art. 11, al. 2

² Le Conseil fédéral fixe les conditions de la non-perception de l'impôt anticipé sur les rendements de parts de placements collectifs suisses de capitaux au sens de la LPCC¹⁰ contre remise d'une déclaration bancaire.

Art. 12, al. 1

¹ Pour les revenus de capitaux mobiliers au sens de l'art. 4, al. 1, et pour les gains provenant de jeux d'argent, de jeux d'adresse ou de loteries destinés à promouvoir les ventes au sens de l'art. 6, la créance fiscale naît au moment où échoit la prestation imposable. En cas de transfert du siège à l'étranger (art. 4, al. 2), la prestation imposable échoit au moment où est prise la décision.

Art. 13, al 1, let. a

¹ L'impôt anticipé s'élève:

- a. pour les revenus de capitaux mobiliers au sens des art. 4, al. 1, et 4a et pour les gains provenant de jeux d'argent, de jeux d'adresse ou de loteries destinés à promouvoir les ventes au sens de l'art. 6: à 35 % de la prestation imposable;

Art. 14, al. 1

¹ En versant, virant, créditant, compensant ou imputant la prestation imposable, le contribuable doit en déduire le montant de l'impôt anticipé. Toute convention contraire est nulle.

⁹ RS 951.31

¹⁰ RS 951.31

Art. 15, al. 1 et 1bis

¹ Sont responsables solidairement avec le contribuable:

- a. pour l'impôt anticipé dû par une société de capitaux ou une société coopérative, une société commerciale sans personnalité juridique ou un placement collectif suisse de capitaux au sens de la LPCC¹¹ en liquidation: les personnes chargées de la liquidation, jusqu'à concurrence du produit de la liquidation;
- b. pour l'impôt anticipé dû par une société de capitaux, une société coopérative ou un placement collectif suisse de capitaux au sens de la LPCC qui transfère son siège à l'étranger: les organes de cette personne ou, dans le cas de la société en commandite de placements collectifs, la banque dépositaire, jusqu'à concurrence de la fortune nette de la personne morale ou du placement collectif suisse de capitaux au sens de la LPCC.

^{1bis} Dans le cas de la société en commandite de placements collectifs, la banque dépositaire est solidairement responsable pour l'impôt sur les rendements versés:

- a. lorsque la majorité des associés indéfiniment responsables de la société en commandite de placements collectifs ont leur domicile à l'étranger, ou
- b. lorsque les associés indéfiniment responsables sont des sociétés de capitaux ou des sociétés coopératives auxquelles participent une majorité de personnes dont le domicile ou le siège se trouve à l'étranger.

Art. 16, al. 1, let. a et c

¹ L'impôt anticipé échoit:

- a. sur les intérêts des avoirs de clients: 30 jours après l'expiration de chaque trimestre commercial, pour les intérêts échus pendant ce trimestre;
- c. sur les autres revenus de capitaux mobiliers au sens des art. 4, al. 1, et 4a, sur les gains provenant de jeux d'argent, de jeux d'adresse ou de loteries destinés à promouvoir les ventes au sens de l'art. 6: 30 jours après la naissance de la créance fiscale (art. 12);

Art. 20a, al. 1

¹ Pour les gains en nature provenant de jeux d'argent, de jeux d'adresse ou de loteries destinés à promouvoir les ventes au sens de l'art. 6, il incombe à l'organisateur d'exécuter l'obligation fiscale par une déclaration de la prestation imposable.

¹¹ RS 951.31

*Insérer avant le titre du chapitre 2**Art. 20b*

C. Manquements formels

Les manquements formels ne justifient pas à eux seuls d'exiger une créance d'impôt anticipé s'il est clair, ou si le contribuable démontre, que le non-respect d'une prescription formelle n'entraîne aucun manque à gagner fiscal pour la Confédération.

Art. 21, al. 1, let. b

¹ L'ayant droit au sens des art. 22 à 28 peut demander le remboursement de l'impôt anticipé retenu à sa charge par le débiteur:

- b. pour les gains provenant de jeux d'argent, de jeux d'adresse ou de loteries destinés à promouvoir les ventes au sens de l'art. 6: s'il était propriétaire du billet de loterie au moment du tirage ou s'il est le participant en droit de percevoir le gain.

Art. 26

3. Placements collectifs de capitaux

Les personnes qui administrent, gardent ou représentent un placement collectif suisse de capitaux au sens de la LPCC¹² ont droit, en ce qui concerne ce placement, au remboursement de l'impôt anticipé retenu à leur charge; l'art. 25 est applicable par analogie.

Art. 27

4. Porteurs de parts d'un placement collectif suisse de capitaux domiciliés à l'étranger

Les porteurs de parts d'un placement collectif suisse de capitaux au sens de la LPCC¹³ qui sont domiciliés à l'étranger ont droit au remboursement de l'impôt anticipé déduit du rendement de ces parts, à condition qu'au moins 80 % de ce rendement provienne de sources étrangères.

*Art. 28, al. 1 et 2*¹ *Abrogé*

² Les bénéficiaires d'exemptions fiscales en vertu de la loi du 22 juin 2007 sur l'État hôte¹⁴ ont droit au remboursement de l'impôt anticipé si, à l'échéance de la prestation imposable, les dispositions légales, les conventions ou l'usage les exonèrent du paiement d'impôts cantonaux sur les titres et les avoirs de clients, ainsi que sur le rendement de ces valeurs.

12 RS 951.31

13 RS 951.31

14 RS 192.12

*Insérer avant le titre du chapitre 3**Art. 33a*C. Manquements
formels

Les manquements formels ne justifient pas à eux seuls de refuser un remboursement s'il est clair, ou si le contribuable démontre, que le non-respect d'une prescription formelle n'entraîne aucun manque à gagner fiscal pour la Confédération.

Art. 56, al. 2

² L'office cantonal de l'impôt anticipé et l'AFC ont qualité pour recourir.

*Art. 61*A. Infractions
I. Soustraction
d'impôt

¹ Est puni d'une amende de 30 000 francs au plus ou, s'il en résulte un montant supérieur, du triple au plus de l'impôt soustrait ou de l'avantage illicite, quiconque, intentionnellement, pour se procurer ou procurer à un tiers un avantage:

- a. soustrait des montants d'impôt anticipé à la Confédération;
- b. ne satisfait pas à l'obligation de déclarer une prestation imposable (art. 19 et 20) ou fait une fausse déclaration;
- c. obtient un remboursement injustifié de l'impôt anticipé, ou quelque autre avantage fiscal illicite.

² Est puni d'une amende de 10 000 francs au plus ou, s'il en résulte un montant supérieur, jusqu'au montant de l'impôt soustrait ou de l'avantage illicite, quiconque agit par négligence.

Art. 62, al. 1, phrase introductive, let. c et dernière partie, et 1^{bis}

¹ Est puni d'une amende de 20 000 francs au plus quiconque met intentionnellement en péril l'exécution régulière des dispositions relatives à l'impôt anticipé:

- c. en donnant des indications inexactes, en celant des faits importants ou en présentant des pièces justificatives inexactes à l'appui de faits importants dans un état ou un relevé, dans une déclaration ou une déclaration de domicile ou dans une demande de remboursement, de remise ou d'exonération d'impôt;

Dernière partie de l'al. 1 abrogée

^{1bis} Est puni d'une amende de 10 000 francs au plus quiconque agit par négligence.

Art. 63

III. Violation
de l'obligation
du transfert

Est puni d'une amende de 10 000 francs au plus quiconque, intentionnellement ou par négligence, omet ou promet d'omettre le transfert de l'impôt anticipé.

Art. 64

IV. Inobserva-
tion des prescrip-
tions d'ordre

Est puni d'une amende de 5000 francs au plus quiconque, intentionnellement ou par négligence:

- a. n'observe pas une condition de laquelle dépend une autorisation particulière;
- b. contrevient à une décision à lui signifiée sous la menace de la peine prévue au présent article;
- c. ne respecte pas les délais prévus pour les actes mentionnés à l'art. 20, al. 3, fixés dans les dispositions d'exécution qui s'y rapportent;
- d. ne respecte pas le délai visé à l'art. 20a, al. 2.

Art. 69

Abrogé

Art. 70e

VII. Disposition
transitoire rela-
tive à la modifi-
cation du 17 dé-
cembre 2021

L'art. 4, al. 1, let. a, et les dispositions de l'ancien droit en matière de perception, de remboursement et de droit pénal qui s'y rapportent s'appliquent aux intérêts d'obligations formellement émises avant le 1^{er} janvier 2023 par une personne domiciliée en Suisse.

II

La modification d'autres actes est réglée en annexe.

III

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur, sous réserve des al. 3 et 4.

³ L'art. 4, al. 1, let. a, du droit en vigueur est abrogé au 1^{er} janvier 2023.

⁴ L'art. 70e entre en vigueur le 1^{er} janvier 2023.

Conseil national, 17 décembre 2021

La présidente: Irène Kälin

Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Conseil des États, 17 décembre 2021

Le président: Thomas Hefti

La secrétaire: Martina Buol

Date de publication: 28 décembre 2021

Délai référendaire: 7 avril 2022

Modification d'autres actes

Les actes mentionnés ci-après sont modifiés comme suit:

1. Loi fédérale du 27 juin 1973 sur les droits de timbre¹⁵

Art. 1, al. 1, let. b, ch. 1 et 6, b^{bis} et b^{ter}

¹ La Confédération perçoit des droits de timbre:

b. sur la négociation des titres suisses et étrangers ci-après:

1. *abrogé*

6. *abrogé*

b^{bis}. sur la négociation des obligations étrangères;

b^{ter}. sur la négociation des documents que la présente loi assimile aux titres visés aux let. b et b^{bis};

Art. 13, al. 2, let. a, ch. 1, a^{bis}, b et c

² Sont des documents imposables:

a. les titres suivants émis par une personne domiciliée en Suisse:

1. *abrogé*

a^{bis}. les obligations émises par une personne domiciliée à l'étranger;

b. les titres émis par une personne domiciliée à l'étranger et remplissant les mêmes fonctions économiques que les titres au sens des let. a et a^{bis};

c. les documents relatifs à des sous-participations à des titres au sens des let. a, a^{bis} et b.

Art. 14, al. 1, let. a, f, g, g^{bis} et k

¹ Ne sont pas soumis au droit de négociation:

a. l'émission d'actions, de parts sociales de sociétés à responsabilité limitée et de sociétés coopératives, de bons de participation sociale de banques coopératives, de bons de participation, de bons de jouissance et de parts de placements collectifs au sens de la LPCC¹⁶ suisses;

f. l'émission d'obligations de débiteurs domiciliés à l'étranger ainsi que celle de droits de participation à des sociétés étrangères, y compris la prise ferme par

¹⁵ RS 641.10

¹⁶ RS 951.31

une banque ou une société de participation et la répartition des titres à l'occasion de leur émission ultérieure;

- g. le commerce de papiers monétaires étrangers;
- g^{bis}. l'émission et le remboursement de parts de fonds du marché monétaire étrangers qui limitent les placements en valeurs mobilières à ceux dont la durée résiduelle jusqu'à la date d'échéance finale est de 397 jours au plus;
- k. l'achat et la vente ainsi que l'entremise dans l'achat et la vente de participations suisses ou étrangères d'au moins 10 % au capital-actions ou au capital social d'autres sociétés par un commerçant de titres au sens de l'art 13, al. 3, let. d, pour autant que la participation constitue un actif immobilisé au sens de l'art. 960d du code des obligations¹⁷.

Art. 45

¹ Est puni d'une amende de 30 000 francs au plus ou, s'il en résulte un montant supérieur, du triple au plus de l'impôt soustrait ou de l'avantage illicite, quiconque, intentionnellement, soustrait des montants de droits de timbre à la Confédération pour se procurer ou procurer à un tiers un avantage ou obtient d'une autre manière, pour lui-même ou pour un tiers, un avantage fiscal illicite.

² Est puni d'une amende de 10 000 francs au plus ou, s'il en résulte un montant supérieur, jusqu'au montant de l'impôt soustrait ou de l'avantage illicite quiconque agit par négligence.

Art. 46, al. 1, phrase introductive et dernière partie, et 1^{bis}

¹ Est puni d'une amende de 20 000 francs au plus quiconque met intentionnellement en péril la perception régulière des droits de timbre:

Dernière partie de l'al. 1 abrogée

^{1bis} Est puni d'une amende de 10 000 francs au plus quiconque agit par négligence.

Art. 47

Est puni d'une amende de 5000 francs au plus quiconque, intentionnellement ou par négligence:

- a. n'observe pas une condition de laquelle dépend une autorisation particulière;
- b. contrevient à une décision à lui signifiée sous la menace de la peine prévue au présent article.

¹⁷ RS 220

2. Loi du 19 juin 2015 sur l'infrastructure des marchés financiers¹⁸

Art. 77, al. 1, let. e

¹ Le référentiel central garantit aux autorités ci-après l'accès gratuit aux données dont elles ont besoin pour accomplir leurs tâches:

- e. l'Administration fédérale des contributions.

¹⁸ RS 958.1



Termine di referendum: 7 aprile 2022

Legge federale sull'imposta preventiva (LIP) (Rafforzamento del mercato dei capitali di terzi)

Modifica del 17 dicembre 2021

*L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,
visto il messaggio del Consiglio federale del 14 aprile 2021¹,
decreta:*

I

La legge federale del 13 ottobre 1965² sull'imposta preventiva è modificata come segue:

Sostituzione di espressioni

¹ Negli articoli 8 capoverso 2, 21 capoverso 3, 22 capoverso 2, 24 capoverso 5 e 25 capoverso 2 «ordinanza d'esecuzione» è sostituito, con i necessari adeguamenti grammaticali, con «Consiglio federale».

² Concerne soltanto il testo tedesco

³ Concerne soltanto i testi tedesco e francese

Art. 4

A. Oggetto
dell'imposta
I. Redditi di
capitali mobili
1. Norma

¹ L'imposta preventiva sui redditi di capitali mobili ha per oggetto:

- a. gli interessi e tutti gli altri redditi da averi di persone fisiche domiciliate in Svizzera (averi di clienti) detenuti presso:
 1. banche e casse di risparmio svizzere secondo l'articolo 1 della legge dell'8 novembre 1934³ sulle banche,

¹ FF 2021 976

² RS 642.21

³ RS 952.0

2. assicuratori svizzeri secondo l'articolo 2 capoverso 1 lettere a e b della legge del 17 dicembre 2004⁴ sulla sorveglianza degli assicuratori (LSA) che sono titolari di un'autorizzazione secondo l'articolo 3 capoverso 1 LSA o sono assoggettati a una sorveglianza cantonale;
- b. le parti di utile e tutti gli altri redditi da azioni, quote sociali di società a garanzia limitata o di società cooperative, buoni di partecipazione di banche cooperative, buoni di partecipazione e buoni di godimento, emessi da una persona domiciliata in Svizzera;
- c. gli interessi, le parti di utile e tutti gli altri redditi da quote di investimenti collettivi di capitale svizzeri ai sensi della legge del 23 giugno 2006⁵ sugli investimenti collettivi (LICol) emesse da una persona domiciliata in Svizzera o da una persona domiciliata all'estero unitamente a una persona domiciliata in Svizzera;
- d. i redditi da pagamenti sostitutivi per i redditi di capitali di cui alle lettere a–c.

² Il trasferimento all'estero della sede è fiscalmente equiparato alla liquidazione.

³ Le disposizioni della presente legge riguardanti gli investimenti collettivi di capitale svizzeri ai sensi della LICol si applicano parimenti alle persone che li gestiscono, custodiscono o rappresentano.

⁴ Le disposizioni della presente legge riguardanti le società di capitali e le società cooperative si applicano parimenti alle società in accomandita e alle società di investimento a capitale fisso di cui all'articolo 110 LICol.

Art. 5

2. Eccezioni
a. Riserve e utili di società di capitali e società cooperative

Non sono soggetti all'imposta preventiva:

- a. le riserve e gli utili di una società di capitali o di una società cooperativa secondo l'articolo 49 capoverso 1 lettera a della legge federale del 14 dicembre 1990⁶ sull'imposta federale diretta (LIFD) che all'atto di una ristrutturazione ai sensi dell'articolo 61 LIFD sono trasferiti nelle riserve di una società di capitali o società cooperativa svizzera assuntrice o trasformata;
- b. le prestazioni volontarie di una società di capitali o di una società cooperativa, sempre che costituiscano oneri giustificati

⁴ RS 961.01

⁵ RS 951.31

⁶ RS 642.11

dall'uso commerciale ai sensi dell'articolo 59 capoverso 1 lettera c LIFD.

Art. 5a

b. Riserve
da apporti
di capitale

¹ Il rimborso delle riserve da apporti di capitale forniti dai titolari dei diritti di partecipazione dopo il 31 dicembre 1996 è trattato in modo identico a quello del capitale azionario o sociale, se la società di capitali o società cooperativa allibra le riserve da apporti di capitale su un conto separato del bilancio commerciale e comunica ogni modifica di questo conto all'Amministrazione federale delle contribuzioni (AFC). Il capoverso 2 è riservato.

² In occasione del rimborso delle riserve da apporti di capitale di cui al capoverso 1, le società di capitali o società cooperative quotate in una borsa svizzera devono distribuire altre riserve per un importo almeno equivalente. Se questa condizione non è soddisfatta, il rimborso è imponibile per un importo pari alla metà della differenza tra il rimborso stesso e la distribuzione delle altre riserve, ma al massimo per un importo pari a quello delle altre riserve disponibili che possono essere distribuite in virtù del diritto commerciale. Le altre riserve che possono essere distribuite in virtù del diritto commerciale devono essere accreditate per un importo equivalente sul conto separato per le riserve da apporti di capitale.

³ Il capoverso 2 non si applica alle riserve da apporti di capitale:

- a. costituite, dopo il 24 febbraio 2008, mediante il conferimento di diritti di partecipazione o societari a una società di capitali o società cooperativa estera nell'ambito di concentrazioni aventi carattere di fusione ai sensi dell'articolo 61 capoverso 1 lettera c LIFD⁷ o mediante un trasferimento transfrontaliero a una filiale svizzera ai sensi dell'articolo 61 capoverso 1 lettera d LIFD;
- b. già esistenti in una società di capitali o società cooperativa estera, dopo il 24 febbraio 2008, al momento di una fusione, una ristrutturazione ai sensi dell'articolo 61 capoversi 1 lettera b o 3 LIFD o un trasferimento transfrontaliero della sede o dell'amministrazione effettiva;
- c. rimborsate a persone giuridiche svizzere o straniere che possiedono almeno il 10 per cento del capitale azionario o sociale della società di capitali o società cooperativa che effettua il versamento;

⁷ RS 642.11

- d. in caso di liquidazione o di trasferimento della sede o dell'amministrazione effettiva della società di capitali o società cooperativa all'estero.

⁴ La società di capitali o società cooperativa deve allibrare le riserve da apporti di capitale di cui al capoverso 3 lettere a e b su un conto separato e comunicare ogni modifica di questo conto all'AFC.

⁵ I capoversi 2-4 si applicano per analogia anche alle riserve da apporti di capitale utilizzate per l'emissione di azioni gratuite o gli aumenti gratuiti del valore nominale.

Art. 5b

c. Interessi

¹ Non sono soggetti all'imposta preventiva gli interessi:

- a. degli averi di clienti, se l'importo degli interessi non eccede per un anno civile 200 franchi;
- b. dei depositi destinati a costituire ed alimentare averi per i casi di sopravvivenza o di morte aventi per scopo l'assicurazione per la vecchiaia, i superstiti, l'invalidità o la previdenza sociale.

² Il Consiglio federale può prescrivere che siano addizionati gli interessi di diversi averi di clienti che un creditore o una persona avente diritto di disporre possiede presso la stessa banca o cassa di risparmio o presso lo stesso assicuratore; l'AFC può ordinare che si proceda, nel caso singolo, a tale cumulo, se vi è manifesto abuso.

Art. 5c

d. Investimenti
collettivi
di capitale

Nel caso di investimenti collettivi di capitale svizzeri ai sensi della LICo⁸, non sono soggetti all'imposta preventiva, sempre che siano allibrati separatamente:

- a. i profitti di capitale;
- b. i proventi derivanti dal possesso fondiario diretto;
- c. i rimborsi dei versamenti di capitale fatti dagli investitori;
- d. i redditi da obbligazioni e da cartelle ipotecarie emesse in serie.

Art. 7 cpv. 3

³ È pure considerato prestazione in capitale da assicurazioni sulla vita ogni versamento di averi nel senso dell'articolo 5b capoverso 1 lettera b, qualunque sia il motivo del versamento.

*Art. 9 cpv. 2 e 3**Abrogati**Art. 10*B. Obbligazione
fiscale¹ L'obbligazione fiscale spetta al debitore della prestazione imponibile.

I. Contribuente

² Nel caso di investimenti collettivi di capitale svizzeri ai sensi della LICol⁹, soggetto fiscale sono la direzione del fondo, la società di investimento a capitale variabile, la società di investimento a capitale fisso o la società in accomandita per investimenti collettivi di capitale.³ Nel caso di pagamenti sostitutivi di cui all'articolo 4 capoverso 1 lettera d, soggetto fiscale è la persona che effettua il pagamento, la girata, l'accreditamento, il computo o la compensazione dei redditi imponibili.*Art. 11 cpv. 2*² Il Consiglio federale stabilisce a quali condizioni l'imposta preventiva non è riscossa sui redditi fruttati da quote di investimenti collettivi di capitale svizzeri ai sensi della LICol¹⁰ qualora venga presentata una dichiarazione bancaria.*Art. 12 cpv. 1*¹ Per i redditi di capitali di cui all'articolo 4 capoverso 1 e per le vincite ai giochi in denaro nonché ai giochi di destrezza e alle lotterie destinati a promuovere le vendite di cui all'articolo 6, il credito fiscale sorge alla scadenza della prestazione imponibile. In caso di trasferimento all'estero della sede (art. 4 cpv. 2), la scadenza della prestazione imponibile coincide con il momento della decisione.*Art. 13 cpv. 1 lett. a*¹ L'imposta preventiva è:

- a. il 35 per cento della prestazione imponibile, per i redditi di capitali di cui agli articoli 4 capoverso 1 e 4a e per le vincite ai giochi in denaro nonché ai giochi di destrezza e alle lotterie destinati a promuovere le vendite di cui all'articolo 6;

*Art. 14 cpv. 1*¹ L'imposta preventiva va dedotta all'atto del pagamento, della girata, dell'accreditamento, del computo o della compensazione della prestazione imponibile. Ogni accordo contrario a tale obbligo è nullo.⁹ RS 951.31¹⁰ RS 951.31

Art. 15 cpv. 1 e 1^{bis}

¹ Sono responsabili in solido con il contribuente:

- a. per l'imposta preventiva dovuta da una società di capitali o società cooperativa, da una società commerciale senza personalità giuridica o da un investimento collettivo di capitale svizzero ai sensi della LICol¹¹ che sono stati sciolti: le persone incaricate della liquidazione, sino a concorrenza del ricavato della liquidazione;
- b. per l'imposta preventiva dovuta da una società di capitali, da una società cooperativa o da un investimento collettivo di capitale svizzero ai sensi della LICol che trasferiscono la sede all'estero: gli organi e, nel caso della società in accomandita per investimenti collettivi di capitale, la banca depositaria, sino a concorrenza del patrimonio netto della persona giuridica o dell'investimento collettivo di capitale svizzero ai sensi della LICol.

^{1bis} La banca depositaria di una società in accomandita per investimenti collettivi di capitale risponde in solido per l'imposta sui redditi che riversa, se:

- a. la maggioranza dei soci illimitatamente responsabili della società in accomandita ha il domicilio all'estero; o
- b. i soci illimitatamente responsabili sono società di capitali o società cooperative cui partecipano in maggioranza persone con domicilio o sede all'estero.

Art. 16 cpv. 1 lett. a e c

¹ L'imposta preventiva scade:

- a. sugli interessi degli averi di clienti: 30 giorni dopo la fine di ogni trimestre commerciale, per gli interessi maturati nel corso dello stesso;
- c. sugli altri redditi da capitale di cui agli articoli 4 capoverso 1 e 4a e sulle vincite ai giochi in denaro, nonché ai giochi di destrezza e alle lotterie destinati a promuovere le vendite di cui all'articolo 6: 30 giorni dopo che è sorto il credito fiscale (art. 12);

¹¹ RS 951.31

Art. 20a cpv. 1

¹ Per le vincite in natura ai giochi in denaro nonché ai giochi di destrezza e alle lotterie destinati a promuovere le vendite di cui all'articolo 6, l'organizzatore è tenuto a soddisfare all'obbligazione fiscale mediante la notifica della prestazione imponibile.

*Inserire prima del titolo del capo secondo**Art. 20b*

C. Vizi di forma Il solo vizio di forma non giustifica la riscossione di un credito fiscale dell'imposta preventiva se risulta chiaro, o la persona soggetta all'imposta prova, che la mancata osservanza di una prescrizione formale non ha comportato una perdita fiscale per la Confederazione.

Art. 21 cpv. 1 lett. b

¹ L'avente diritto, inteso nel senso degli articoli 22–28, può chiedere il rimborso dell'imposta preventiva ritenuta a suo carico dal debitore:

- b. per le vincite ai giochi in denaro nonché ai giochi di destrezza e alle lotterie destinati a promuovere le vendite di cui all'articolo 6: se al momento dell'estrazione era proprietario del biglietto della lotteria o è il partecipante avente diritto.

Art. 26

3. Investimenti
collettivi
di capitale

Le persone che gestiscono, custodiscono o rappresentano un investimento collettivo di capitale svizzero ai sensi della LICol¹² possono far valere il diritto al rimborso dell'imposta preventiva ritenuta a loro carico; l'articolo 25 è applicabile per analogia.

Art. 27

4. Portatori
stranieri di quote
di investimenti
collettivi
di capitale
svizzeri

I portatori domiciliati all'estero di quote di investimenti collettivi di capitale svizzeri ai sensi della LICol¹³ hanno diritto al rimborso dell'imposta preventiva dedotta dal reddito fruttato dalle quote, a condizione che almeno l'80 per cento del reddito provenga da fonte estera.

Art. 28 cpv. 1 e 2

¹ *Abrogato*

¹² RS 951.31

¹³ RS 951.31

² I beneficiari di esenzioni fiscali in virtù della legge del 22 giugno 2007¹⁴ sullo Stato ospite hanno diritto al rimborso dell'imposta preventiva se, alla scadenza della prestazione imponibile, le disposizioni di legge, le convenzioni o l'uso li esentano dal pagare imposte cantonali su titoli e averi di clienti nonché sul reddito fruttato da questi valori.

Inserire prima del titolo del capo terzo

Art. 33a

C. Vizi di forma Il solo vizio di forma non giustifica il rifiuto al rimborso se risulta chiaro, o la persona soggetta all'imposta prova, che la mancata osservanza di una prescrizione formale non ha comportato una perdita fiscale per la Confederazione.

Art. 56 cpv. 2

² L'ufficio cantonale dell'imposta preventiva e l'AFC hanno diritto di ricorrere.

Art. 61

A. Infrazioni
I. Sottrazione

¹ È punito con la multa fino a 30 000 franchi o fino al triplo dell'imposta sottratta o dell'illecito profitto, se tale triplo supera 30 000 franchi, chiunque intenzionalmente, al fine di procacciare un profitto a sé o a un terzo:

- a. sottrae l'imposta preventiva alla Confederazione;
- b. non soddisfa all'obbligo di notificare una prestazione imponibile (art. 19 e 20) o fa una dichiarazione falsa;
- c. ottiene a torto un rimborso dell'imposta preventiva o un altro profitto fiscale illecito.

² Chiunque agisce per negligenza è punito con la multa fino a 10 000 franchi o fino all'importo dell'imposta sottratta o dell'illecito profitto, se tale importo supera 10 000 franchi.

Art. 62 cpv. 1, frase introduttiva, lett. c e comminatoria, nonché 1^{bis}

¹ È punito con la multa fino a 20 000 franchi chiunque compromette intenzionalmente l'applicazione legale dell'imposta preventiva:

- c. fornendo dati falsi o tacendo fatti rilevanti in una distinta o in un rendiconto, in una notifica o in una dichiarazione bancaria,

¹⁴ RS 192.12

in un'istanza di rimborso o di condono dell'imposta o di esenzione dalla stessa, o presentando in tale occasione documenti inesatti per giustificare fatti rilevanti;

Comminatoria: si veda la frase introduttiva

^{1bis} Chiunque agisce per negligenza è punito con la multa fino a 10 000 franchi.

Art. 63

III. Violazione dell'obbligo di trasferire l'imposta

È punito con la multa fino a 10 000 franchi chiunque, intenzionalmente o per negligenza, omette o si obbliga ad omettere il trasferimento dell'imposta preventiva.

Art. 64

IV. Inosservanza di prescrizioni d'ordine

È punito con la multa fino a 5000 franchi chiunque, intenzionalmente o per negligenza:

- a. non adempie una condizione dalla quale dipende un'autorizzazione speciale;
- b. non osserva una decisione notificatagli con la comminatoria della pena contemplata nel presente articolo;
- c. non rispetta i termini previsti nelle disposizioni d'esecuzione per gli atti di cui all'articolo 20 capoverso 3;
- d. non rispetta il termine di cui all'articolo 20a capoverso 2.

Art. 69

Abrogato

Art. 70e

VII. Disposizione transitoria della modifica del 17 dicembre 2021

Agli interessi da obbligazioni emesse formalmente prima del 1° gennaio 2023 da una persona domiciliata in Svizzera si applicano l'articolo 4 capoverso 1 lettera a del diritto anteriore e le relative disposizioni sulla riscossione e il rimborso dell'imposta, nonché quelle penali.

II

La modifica di altri atti normativi è disciplinata nell'allegato.

III

- ¹ La presente legge sottostà a referendum facoltativo.
- ² Il Consiglio federale ne determina l'entrata in vigore, fatti salvi i capoversi 3 e 4.
- ³ L'articolo 4 capoverso 1 lettera a del diritto vigente è abrogato con effetto dal 1° gennaio 2023.
- ⁴ L'articolo 70e entra in vigore il 1° gennaio 2023.

Consiglio nazionale, 17 dicembre 2021

Consiglio degli Stati, 17 dicembre 2021

La presidente: Irène Kälin

Il presidente: Thomas Hefti

Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

La segretaria: Martina Buol

Data della pubblicazione: 28 dicembre 2021

Termine di referendum: 7 aprile 2022

*Allegato
(cifra II)*

Modifica di altri atti normativi

Gli atti normativi qui appresso sono modificati come segue:

1. Legge federale del 27 giugno 1973¹⁵ sulle tasse di bollo

Art. 1 cpv. 1 lett. b n. 1 e 6, b^{bis} e b^{ter}

¹ La Confederazione riscuote tasse di bollo su:

- b. la negoziazione dei seguenti titoli svizzeri ed esteri:
 - 1. *Abrogato*
 - 6. *Abrogato*
- b^{bis}. la negoziazione delle obbligazioni estere;
- b^{ter}. la negoziazione di documenti che giusta la presente legge sono assimilati ai titoli designati alle lettere b e b^{bis};

Art. 13 cpv. 2 lett. a n. 1, a^{bis}, b e c

² Sono documenti imponibili:

- a. i titoli seguenti emessi da persona domiciliata in Svizzera:
 - 1. *Abrogato*
- a^{bis}. le obbligazioni emesse da persona domiciliata all'estero;
- b. i titoli emessi da persona domiciliata all'estero, che nella loro funzione economica corrispondono a quelli di cui alle lettere a e a^{bis};
- c. i certificati concernenti sottopartecipazioni a titoli del genere indicato alle lettere a, a^{bis} e b.

Art. 14 cpv. 1 lett. a, f, g, g^{bis} e k

¹ Non soggiacciono alla tassa:

- a. l'emissione di azioni, quote sociali di società a garanzia limitata e di società cooperative, buoni di partecipazione di banche cooperative, buoni di partecipazione, buoni di godimento e quote di investimenti collettivi di capitale ai sensi della LICol¹⁶ svizzeri;

¹⁵ RS **641.10**

¹⁶ RS **951.31**

- f. l'emissione di obbligazioni di debitori esteri nonché di diritti di partecipazione a società estere, comprese l'assunzione definitiva di titoli da parte di una banca o di una società di partecipazione e l'assegnazione di titoli in occasione di un'emissione successiva;
- g. il commercio di titoli del mercato monetario esteri;
- g.^{bis} l'emissione e il riscatto di quote di fondi del mercato monetario esteri che limitano gli investimenti in valori mobiliari a quelli con una durata residua massima di 397 giorni fino alla data della scadenza;
- k. la mediazione o la compera e vendita di partecipazioni svizzere o estere di almeno il 10 per cento al capitale azionario o sociale di altre società attraverso un negoziatore di titoli secondo l'articolo 13 capoverso 3 lettera d, sempre che la partecipazione costituisca un attivo fisso ai sensi dell'articolo 960d del Codice delle obbligazioni¹⁷.

Art. 45

¹ È punito con la multa fino a 30 000 franchi o fino al triplo della tassa sottratta o dell'illecito profitto, se tale triplo supera 30 000 franchi, chiunque intenzionalmente, al fine di procacciare un profitto a sé o a un terzo, sottrae le tasse di bollo alla Confederazione od ottiene in altro modo, per sé o per un terzo, un profitto fiscale illecito.

² Chiunque agisce per negligenza è punito con la multa fino a 10 000 franchi o fino all'importo della tassa sottratta o dell'illecito profitto, se tale importo supera 10 000 franchi.

Art. 46 cpv. 1, frase introduttiva e comminatoria, nonché 1^{bis}

¹ È punito con la multa fino a 20 000 franchi chiunque compromette intenzionalmente la riscossione legale delle tasse di bollo in quanto:

Comminatoria: si veda la frase introduttiva

^{1bis} Chiunque agisce per negligenza è punito con la multa fino a 10 000 franchi.

Art. 47

È punito con la multa fino a 5000 franchi chiunque, intenzionalmente o per negligenza:

- a. non adempie una condizione cui fu subordinata un'autorizzazione speciale;
- b. contravviene a una decisione notificatagli con la comminatoria della pena contemplata nel presente articolo.

¹⁷ RS 220

2. Legge del 19 giugno 2015¹⁸ sull'infrastruttura finanziaria

Art. 77 cpv. 1 lett. e

¹ Il repertorio di dati sulle negoziazioni accorda alle seguenti autorità l'accesso gratuito ai dati di cui esse necessitano per l'adempimento dei loro compiti:

- e. Amministrazione federale delle contribuzioni.

¹⁸ RS 958.1



Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.

JA

zur REFORM
der VERRECHNUNGSSTEUER

JA zur Reform der Verrechnungssteuer

Steuergeschenke ans Ausland stoppen

Bundesrat und Parlament haben eine Reform der Verrechnungssteuer beschlossen. Sie ist längst überfällig. Heute vertreibt die Verrechnungssteuer das Geschäft mit Anleihen ins Ausland. Dadurch gehen Steuereinnahmen und Wertschöpfung verloren. Die Reform der Verrechnungssteuer holt das Geschäft mit Obligationen und damit Steuereinnahmen in die Schweiz zurück. Sie verhilft Bund, Kantonen und Gemeinden zu Mehreinnahmen. Die Aufnahme von Geld für Investitionen wird günstiger. Trotz der offensichtlichen Vorteile wurde von linker Seite das Referendum ergriffen. Angesichts der Vorteile für Staat und Wirtschaft ist das unverständlich. Das Festhalten an der Verrechnungssteuer ist ein schlechtes Geschäft für Steuerzahlende und Staat. Noch mehr Steuern wandern ins Ausland ab. Abgestimmt wird am 25. September.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Inhalt im Überblick

Steuergeschenke ans Ausland stoppen

1. Die wichtigsten Argumente in Kürze
2. Die Vorlage: Worum es geht
3. Wie die Verrechnungssteuer heute schadet
Verrechnungssteuer vertreibt Geschäft ins Ausland
4. Klare Vorteile der Reform der Verrechnungssteuer
Reform holt Geld zurück
5. Breiter Konsens über Nutzen der Reform der Verrechnungssteuer
Die ganze Schweiz profitiert
6. Gegner argumentieren mit falschen Zahlen
Halbwahrheiten und bewusste Irreführung
7. Zahlen und Fakten zur Reform
Von einem JA profitiert das ganze Land

JA zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

1. Die wichtigsten Argumente in Kürze

Steuergeschenke ans Ausland stoppen

Heute vertreibt die Verrechnungssteuer die Finanzierung von Unternehmen ins Ausland. Dadurch werden Steuereinnahmen in Millionenhöhe ans Ausland verschenkt. Bundesrat und Parlament wollen diesen Missstand endlich stoppen. Die Reform der Verrechnungssteuer holt die Finanzierung von Unternehmen zurück. Bund, Kantone und Gemeinden profitieren von höheren Steuereinnahmen. Gleichzeitig sinken die Zinskosten. Die Reform entlastet dadurch Bund, Kantone und Gemeinden, wenn sie selbst Anleihen ausgeben. Auch Spitäler, der übliche Verkehr und Energieunternehmen zahlen für Fremdkapital künftig tiefere Zinsen.

Verrechnungssteuer vertreibt Geschäft ins Ausland

Die Schweiz hat ein Problem: Die Verrechnungssteuer vertreibt die Finanzierung von Unternehmen ins Ausland. Das Geschäft verlagert sich dorthin, wo es keine Verrechnungssteuer gibt – beispielsweise nach Luxemburg. Statt der Schweiz profitieren andere von den Steuereinnahmen und günstigeren Konditionen für Finanzierungen. Tatsache ist: Unternehmen brauchen Kapital. Damit finanzieren sie Investitionen in neue Technologien und den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft. Arbeitsplätze werden geschaffen. Von gut finanzierten, effizienten Unternehmen profitieren wir alle: als Arbeitnehmende, als Einzahlende in die Pensionskasse und als AHV-Rentnerinnen und -Rentner. Doch wegen der Verrechnungssteuer ist ein guter Teil der Unternehmensfinanzierung ins Ausland abgewandert.

Reform holt Geld zurück

Bundesrat und Politik haben das Problem erkannt. Sie wollen den Nachteil aus dem Weg räumen. Die Zinserträge von inländischen Obligationen sollen von der Verrechnungssteuer befreit werden. Davon profitiert die Schweizer Staatskasse. Die Reform bringt innerhalb von fünf Jahren zusätzliche Steuereinnahmen von jährlich 350 Millionen Franken, innerhalb von zehn Jahren dürften es 490 Millionen Franken pro Jahr sein (vgl. Botschaft des Bundesrats, S. 42). Heute emittieren Schweizer Unternehmen Anleihen im Wert von 470 Milliarden Franken im Ausland. Der Grund dafür ist die Verrechnungssteuer auf Zinsen. Rund ein Viertel dieses Betrags kann in die Schweiz zurückgeholt werden, also etwa 115 Milliarden Franken. Entsprechende Unternehmenssteuern fallen damit künftig in der Schweiz an. Insgesamt rechnen die Schweizer Banken gar mit einem Geschäftsvolumen von über 900 Milliarden Franken, das dank der Reform generiert werden kann. Zusätzlich können sich Bund, Kantone und Gemeinden dank der Reform günstiger finanzieren. Das Einsparpotenzial dank tieferer Zinskosten beträgt 60 bis 200 Millionen Franken.

Die ganze Schweiz profitiert

Wir leben in unsicheren Zeiten mit grossen Verwerfungen. Die Pandemie hat die Staatsverschuldung erhöhet. Der internationale Druck auf die Schweiz nimmt zu. In einer solchen Zeit ist es besonders wichtig, die Hausaufgaben zu machen und Nachteile für unser Land zu beseitigen. Genau das macht die Reform der Verrechnungssteuer. Sie stärkt die Schweiz als Standort und sichert dem Staat Mehreinnahmen, weil Schweizer Unternehmen künftig mehr Steuern in der Schweiz bezahlen. Gleichzeitig können sich die Gemeinwesen, übliche sowie private Unternehmen günstiger finanzieren. Das spart Kosten in Millionenhöhe und schafft Wachstumsimpulse. Das Wachstum findet in der Schweiz statt und nicht im Ausland! Die Reform bringt Steuern zurück und trägt zur Stabilität und gesunden Staatsfinanzen bei. Die ganze Schweiz profitiert.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

2. Die Vorlage: Worum es geht

Steuergeschenke ans Ausland stoppen

Die Verrechnungssteuer benachteiligt den Standort Schweiz. Das Geschäft mit der Finanzierung von Unternehmen ist ins Ausland abgewandert. Entsprechende Wertschöpfung und Steuereinnahmen kommen Standorten wie Luxemburg zugute. Bundesrat und Parlament haben das erkannt. Die Reform der Verrechnungssteuer holt die Finanzierung von Unternehmen in die Schweiz zurück. Zurückgeholt werden auch die damit verbundenen Steuereinnahmen. Es fallen höhere Gewinn-, Einkommens- und Mehrwertsteuern an. Zudem steigen die Beitragszahlungen an die AHV. Bund, Kantone und Gemeinden profitieren künftig von tieferen Zinskosten.

Grundsätzlich ist die Verrechnungssteuer etabliert und erfüllt ihren Zweck. Sie hat jedoch bei Obligationen einen gravierenden Nachteil. Wegen der Verrechnungssteuer wandert die Finanzierung mit Anleihen ins Ausland ab. Die Reform der Verrechnungssteuer geschieht mit Augenmass, betroffen sind nur Obligationen, die neu herausgegeben werden.¹ **In Zukunft sollen Zinserträge auf inländischen Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit werden.** Bei ausländischen Obligationen fällt bereits heute keine Verrechnungssteuer an. Die Verrechnungssteuer wird nur da abgeschafft, wo sie der Schweiz schadet. Zu Sicherungszwecken hat sich die Verrechnungssteuer auf Dividenden und Bankkonten von Privaten bewährt. Das wird auch so bleiben.

Vorteil Luxemburg

Andere Standorte wie Luxemburg kennen keine Verrechnungssteuer auf Obligationen. Deshalb wandert das Geschäft ins Ausland ab. Als Folge ist der Schweizer Kapitalmarkt unterentwickelt. Der Vergleich ist augenfällig: Der Obligationenmarkt in Luxemburg ist gemessen am Bruttoinlandprodukt 190-mal grösser als in der Schweiz. **Die Schweiz liegt um den Faktor 190 (!) zurück.** Schuld am Rückstand ist zu einem guten Teil die Verrechnungssteuer auf schweizerischen Obligationen. Sie vertreibt das Geschäft. Neben der Anpassung der Verrechnungssteuer wird zudem die Umsatzabgabe auf dem Handel mit inländischen Obligationen abgeschafft. Auch sie hemmt die Entwicklung des Obligationenmarktes in der Schweiz. In diesem Segment liegt die Schweiz weit zurück. Auch deshalb handelt es sich bei der Umsatzabgabe um eine kleinere Anpassung.

Verrechnungssteuer auf einen Blick

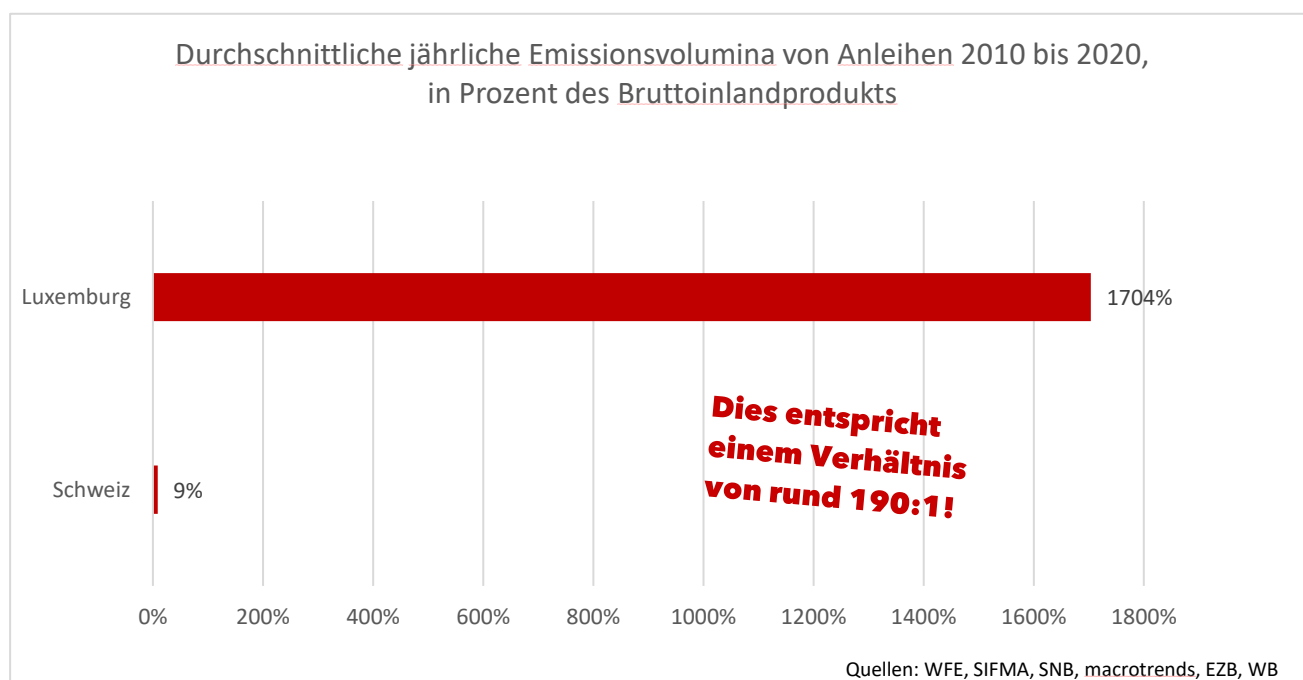
Nach geltendem Recht unterliegen die Zinserträge inländischer Obligationen einer Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Die Verrechnungssteuer wird vom Staat zurückbehalten. Vom Abzug der Verrechnungssteuer sind alle Anlegerinnen und Anleger betroffen. Die meisten Steuerzahlenden haben zwar ein Anrecht auf Rückerstattung, wenn sie die Erträge deklarieren oder wenn sie ein Gesuch stellen. Doch das bedeutet insbesondere für Unternehmen und ausländische Investoren ohne Steuererklärung in der Schweiz einen erheblichen **bürokratischen Aufwand**. Zudem können Anlegerinnen und Anleger bis zur Rückerstattung nicht über ihr Geld verfügen. **Es wird ihnen Liquidität entzogen.** Die bürokratischen Hürden der Verrechnungssteuer in der Schweiz führen dazu, dass Investoren und Unternehmen auf ausländische Obligationen ausweichen. Das Geschäft mit der Fremdfinanzierung findet andernorts statt.

¹ Bei Fondsausschüttungen gibt es die Unterscheidung zwischen Alt- und Neuobligationen nicht.

JA zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Steuereinnahmen und Wertschöpfung wandern ab

Die Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen vertreibt Wertschöpfung und Steuereinnahmen: Schweizer Obligationen sind für die meisten Anlegerinnen und Anleger unattraktiv. Geschäft, Arbeitsplätze, Sozialversicherungsbeiträge und Steuern werden ans Ausland verschenkt. Wenn das Geld zurück in die Schweiz fliesst, resultieren massive Mehreinnahmen für den Staat. Mit Mehreinnahmen von jährlich 350 Millionen Franken kann gemäss Botschaft des Bundesrats alleine der Bund innert fünf Jahren rechnen. Die Reform bringt Steuern zurück. Innerhalb von zehn Jahren dürften es 490 Millionen Franken pro Jahr sein (vgl. Botschaft des Bundesrats, S. 42). Von den Mehreinnahmen der öffentlichen Hand in der Schweiz profitieren alle. Zusätzlich sparen Bund, Kantone und Gemeinden rund 60 bis 200 Millionen Franken dank tieferer Zinskosten. Auch dieses Geld kann zusätzlich in den Service public fließen und entlastet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.



Der Schweizer Obligationenmarkt liegt im Vergleich zu Luxemburg krass im Rückstand. Im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt (BIP) liegt die Schweiz um den Faktor 190 zurück. Der Vergleich ergibt einen Vorteil für Luxemburg von 190:1. (Quelle: Eigene Grafik in Anlehnung an Botschaft des Bundesrats vom 14. April 2021)

Breite Allianz für dringend nötige Reform

Eine breite Allianz aus politischen Parteien und Wirtschaftsverbänden setzt sich dafür ein, dass das Geld und die Steuern aus dem Ausland in die Schweiz zurückkommen. SVP, FDP, Mitte, Grünliberale, Kantone (Finanzdirektorenkonferenz), Handelskammern und Wirtschaftsverbände unterstützen die Reform von Bundesrat und Parlament. Auch die Bauern, die Arbeitgeber und das Gewerbe befürworten die Reform. Die Schweiz soll nicht länger Steuern, Arbeitsplätze und AHV-Beiträge ans Ausland verschenken.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Mit der Reform der Verrechnungssteuer löst die Schweiz ein selbstverschuldetes Problem. Die Benachteiligung des Standorts wird beseitigt. Heute werden Schweizer Unternehmen faktisch gezwungen, im Ausland Kapital für Investitionen aufzunehmen. Die Verrechnungssteuerreform holt Geld zurück.

Wer die Reform der Verrechnungssteuer blockiert, betreibt Wirtschaftsförderung fürs Ausland.

Heute profitieren die Staatskassen in Luxemburg und weiteren Ländern davon, dass die Schweizer Verrechnungssteuer Geschäft ins Ausland vertreibt. Die Reform holt Geschäft und damit Steuereinnahmen zurück. Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden entlastet. Zu den Gewinnern gehören auch öffentliche Unternehmen wie Spitäler, Energieunternehmen, Öffentlicher Verkehr oder das genossenschaftliche Bauwesen. Wie private Unternehmen können sie sich in Zukunft günstiger finanzieren. Das schafft wichtige Wachstumsimpulse. Mit der Reform bleibt das Geld hier. Die Steuern bleiben hier.

Die Blockade von notwendigen Reformen ist gerade in unsicheren Zeiten gefährlich. Aktuell ist es besonders wichtig, Fehler im Steuersystem rasch zu korrigieren. Benachteiligungen sind auszumerzen. Genau das macht die Reform der Verrechnungssteuer. Gemäss Bundesrat lohnt sie sich finanziell. Die Reform bringt Steuern zurück und trägt zur Stabilität und gesunden Staatsfinanzen bei – auf allen drei Staatsebenen: Bund, Kantone und Gemeinden. Die ganze Schweiz profitiert.

SP und Gewerkschaften wollen an der Benachteiligung der Schweiz festhalten

Mit dem Referendum gegen die Anpassung der Verrechnungssteuer hält die Linke an der Benachteiligung der Schweiz fest. Sie blockiert die überfällige Reform. Das ist unverantwortlich. So werden weiterhin Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und Beiträge für die Sozialversicherungen ins Ausland verschenkt. Die linke Opposition schadet den öffentlichen Haushalten in zweifacher Hinsicht:

- **Bund, Kantone und Gemeinden entgehen durch die Fehlkonstruktion der Verrechnungssteuer Steuereinnahmen.** Geld, das sie für künftige Aufgaben dringend brauchen könnten. Die zusätzlichen Steuereinnahmen kompensieren die Ausfälle bei Weitem. Die Reform lohnt sich und kommt allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zugute. Mit steigenden Zinsen steigt der Schaden, der durch die Blockadepolitik der Linken angerichtet wird. Immer mehr Geschäft wandert ins Ausland ab.
- **Bund, Kantone und Gemeinden entgehen günstige Finanzierungsmöglichkeiten.** Ein starker Markt für Fremdfinanzierungen in der Schweiz senkt die Kosten. Die Zinsen sinken auch für die öffentliche Hand. Gerade bei steigenden Zinsen sollten sich Bund, Kantone und Gemeinden diese Chance nicht entgehen lassen.

Entgegen allen Behauptungen: Ohne Reform verschenken wir weiterhin Steuereinnahmen ans Ausland und es fallen weniger Steuern in der Schweiz an. Mit der Reform der Verrechnungssteuer bleiben die Steuern hier.

Die Reform der Verrechnungssteuer ist dringend: Falls die Zinsen künftig steigen, wird sich die Abwanderung des Anleihenmarkts beschleunigen. Durch die Abwanderung gehen noch mehr Steuereinnahmen und Wertschöpfung verloren. Ganz generell: Die Verrechnungssteuer stellt ein Hindernis für den Schweizer Fremdkapitalmarkt dar. Um diesen zu stärken, will der Bundesrat die Zinserträge auf inländischen Anleihen von der Verrechnungssteuer befreien ([Dossier EFD Reform der Verrechnungssteuer](#)). Laut einer Analyse von BAK Basel lässt sich mit der Reform der Verrechnungssteuer das BIP in zehn Jahren um 0,7 Prozent erhöhen.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

3. Wie die Verrechnungssteuer heute schadet

Verrechnungssteuer vertreibt Geschäft ins Ausland

Unternehmen brauchen Kapital. Damit finanzieren sie Investitionen in neue Technologien und den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft. Arbeitsplätze werden geschaffen. Von gut finanzierten, effizienten Unternehmen profitieren wir alle: als Arbeitnehmende, als Einzahlende in die Pensionskasse und als AHV-Rentnerinnen und -Rentner. Doch wir haben ein Problem: Die Verrechnungssteuer vertreibt die Finanzierung von Unternehmen ins Ausland. Dort gibt es meist keine Verrechnungssteuer. Das Geschäft findet beispielsweise in Luxemburg, London, Singapur oder Hongkong statt. Es profitieren andere Staatskassen. Die Schweiz geht leer aus.

In Luxemburg ist das Volumen an Obligationen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt um den Faktor 190 höher als in der Schweiz. Dafür gibt es einen entscheidenden Grund: Luxemburg kennt keine Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen, die Schweiz jedoch schon. Der Wettbewerbsnachteil wirkt sich brutal aus. Die Verrechnungssteuer vertreibt die Finanzierungen von Unternehmen ins Ausland. Dadurch wird Schweizer Wertschöpfung in Millionenhöhe ins Ausland verschenkt.

Finanzierung im Ausland fördert Investitionen im Ausland

Wenn die Finanzierung von Unternehmen im Ausland geschieht, besteht auch das Risiko, dass Investitionen vermehrt im Ausland getätigt werden. Für rein schweizerische Unternehmen ist die Finanzierung zudem teurer. Die Reform der Verrechnungssteuer bringt somit nicht nur das reine Finanzierungsgeschäft zurück. Die Reform fördert auch Investitionen in der Schweiz. Investitionen sind die Triebfeder der Unternehmen. Sie ermöglichen Innovation, sie schaffen Arbeitsplätze. Sie erlauben den Umbau in eine klimafreundliche und nachhaltige Produktion. Wenn die Finanzierung hierbleibt, fallen zudem auch die Steuereinnahmen in der Schweiz an. Mit dem Geld können Bund, Kantone und Gemeinden in den Service public investieren.

Schwacher Fremdkapitalmarkt schadet Bund, Kantonen und Gemeinden

Bund, Kantone und Gemeinden sind heute zudem gezwungen, höhere Zinsen zu zahlen. Ohne Verrechnungssteuer wären Anlegerinnen und Anleger bereit, Kapital zu günstigeren Konditionen zur Verfügung zu stellen. Bund, Kantone und Gemeinden könnten also Zinsen einsparen. Gemäss Schätzungen des Bundes beträgt das Einsparpotenzial je nach Szenario 60 bis 200 Millionen Franken. Die Reform schont damit Steuergelder und macht den Weg frei, das Geld für andere Aufgaben im Inland auszugeben. Davon haben wir alle etwas. Klar ist: Zinskosten bedrängen Ausgaben in Bildung, Verkehr, Sozialem und Sicherheit. Das Geld, das vom Staat nicht für Zinsen ausgegeben wird, kann für Sinnvolleres verwendet werden.

Absurde Behauptungen der Gegner

Es ist völlig absurd, wenn SP und Gewerkschaften von einem Freipass für Steuerkriminelle sprechen. Tatsächlich bleibt der grösste Teil der Verrechnungssteuer erhalten. Lediglich knapp sechs Prozent der Steuereingänge entfallen auf Obligationen. Zu Sicherungszwecken hat sich die Verrechnungssteuer auf Dividenden und Bankkonten bewährt. Das wird auch so bleiben. Nur jener kleine Teil der Verrechnungssteuer auf neu ausgegebene inländische Obligationen wird abgeschafft.² Denn dieser kleine Teil schadet der Schweiz enorm.

² Bei Fondsausüttungen gibt es die Unterscheidung zwischen Alt- und Neuobligationen nicht.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Unter dem Strich ist die Reform ein gutes Geschäft. **Unternehmen werden dank der Reform in der Schweiz mehr (!) Steuern abliefern. Geld fliesst aus dem Ausland zurück in die Schweiz.** Laut Botschaft des Bundesrats können innert fünf Jahren nur schon auf Bundesebene 350 Millionen Franken zusätzliche Steuereinnahmen pro Jahr realisiert werden. Auch die Kantone und Gemeinden profitieren von Mehreinnahmen in Millionenhöhe. Der Staat bekommt mehr Geld. Die Steuern bleiben hier. Sie werden nicht ans Ausland verschenkt. Der Sicherungszweck der Verrechnungssteuer entfällt nur bei inländischen Obligationen. Das ist aber absolut vertretbar, weil die Mehreinnahmen des Staates allfällige Ausfälle mehr als wettmachen. Die Reform ist ein gutes Geschäft für den Staat.

Anstatt zu polemisieren müssten Linke jubilieren – mehr Geld für den Staat!

Der Staat bekommt durch die sinnvolle Reform mehr Geld. Doch bei der Linken wirft man lieber mit Schlagworten um sich, als die Vorlage im Detail zu studieren. In der Medienmitteilung zur Einreichung des Referendums bemühen die Gegner sogar Oligarchen als Hauptnutznießer der Reform. Offensichtlich fehlen die Argumente. Tatsache ist: Wer die Reform der Verrechnungssteuer ablehnt, vertreibt Steuereinnahmen, Arbeitsplätze, Sozialversicherungsbeiträge und Investitionen ins Ausland. Tatsache ist auch: Die Verrechnungssteuer auf inländische Obligationen benachteiligt und schwächt die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb. Wer weiter an ihr festhalten will, fördert die Wirtschaft in Luxemburg, London oder den Kanalinseln – zulasten der Schweiz.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

4. Klare Vorteile der Reform der Verrechnungssteuer

Reform holt Geld zurück

Bundesrat und Politik haben erkannt, dass die Verrechnungssteuer Geschäft ins Ausland vertreibt. Sie wollen den stossenden Nachteil aus dem Weg räumen. Die Zinserträge von inländischen Obligationen sollen von der Verrechnungssteuer befreit werden. So wird das Geschäft der Finanzierung von Unternehmen in die Schweiz zurückgeholt. Steuern fallen in der Schweiz an. Zusätzlich können sich Bund, Kantone, Gemeinden sowie öffentliche und private Unternehmen dank der Reform günstiger finanzieren. Das spart Kosten in Millionenhöhe und schafft Wachstumsimpulse in der Schweiz und nicht im Ausland!

Mit der Reform können Steuereinnahmen und Investitionen aus dem Ausland in die Schweiz zurückgeholt werden. Statt Staatskassen in Luxemburg und anderen Ländern sollen Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet werden. Das geschieht auf zwei Ebenen: Einerseits steigen bereits nach kurzer Zeit die Unternehmenssteuereinnahmen durch die Rückkehr der verlorenen Geschäfte. Andererseits können sich Bund, Kantone und Gemeinden künftig günstiger finanzieren. Statt für Zinsen können Steuergelder zugunsten der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden. Auch private und öffentliche Unternehmen wie etwa Spitäler, Energieversorger und der öffentliche Verkehr können sich in Zukunft so günstiger finanzieren. Das spart Kosten in Millionenhöhe und schafft wichtige Wachstumsimpulse in der Schweiz statt im Ausland! Die Reform sorgt dafür, dass das Geld hierbleibt und der Schweiz zugutekommt.

Verrechnungssteuer fördert Geschäft im Ausland

Die Schweiz hat einen attraktiven Finanzplatz, wenn es um Vermögensverwaltung geht. Das schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Bei der Finanzierung von Unternehmen durch Obligationen ist der Schweizer Finanzplatz jedoch verkümmert. Der Beitrag für den Wohlstand ist bescheiden. Luxemburg gewinnt im direkten Vergleich mit 190:1. Hauptverantwortlich ist die Verrechnungssteuer von 35 Prozent auf Obligationenzinsen. Damit ist die Schweiz bei der Unternehmensfinanzierung nicht konkurrenzfähig. Die Verrechnungssteuer vertreibt das Geschäft ins Ausland.

Reform macht den Fremdkapitalmarkt Schweiz attraktiv

Künftig sollen Zinszahlungen auf neuen Obligationen nicht mehr der Verrechnungssteuer unterliegen. Die Finanzierung von Unternehmen wird so vermehrt in der Schweiz abgewickelt. Die Schweizer Banken rechnen mit einem zusätzlichen Geschäftsvolumen in der Höhe von 900 Milliarden Franken. 115 Milliarden Franken davon stammen von Schweizer Unternehmen, die wegen der Verrechnungssteuer ihre Anleihen heute im Ausland ausgeben. Die hiesigen Unternehmen setzen künftig wieder vermehrt auf die Schweiz. Das bringt zusätzliche Steuern, Arbeitsplätze und Beiträge an die Sozialversicherungen. Werden Steuern nicht mehr in Luxemburg, sondern in der Schweiz bezahlt, haben alle Schweizerinnen und Schweizer etwas davon. Gleichzeitig profitieren Bund, Kantone, Städte und Gemeinden von tieferen Zinskosten. Das schont den Umgang mit Steuergeldern.

JA zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Finanzieller Nutzen für Bund, Kantone und Gemeinden

Die Befreiung von inländischen Obligationen von der Verrechnungssteuer holt Geschäft in die Schweiz zurück. Gemäss Bund lohnt sich die Reform der Verrechnungssteuer für den Staat. Die Steuereinnahmen steigen. Unternehmen werden dank der Reform mehr (!) Steuern abliefern. Geld fliesst aus dem Ausland zurück in die Schweiz. Laut Botschaft des Bundesrats kann allein der Bund innert fünf Jahren 350 Millionen Franken zusätzliche Steuereinnahmen realisieren. Hinzu kommen noch die Mehreinnahmen auf Kantons- und Gemeindeebene. Das heisst: Im Gegensatz zu heute bleiben die Steuern hier. Sie kommen nicht mehr ausländischen Staaten, sondern der Schweiz zugute. Weil die Reform das Geschäft mit der Unternehmensfinanzierung zurückholt.

Zugang zu günstigeren Finanzierungen

Die Reform belebt den schweizerischen Kapitalmarkt und schafft Zugang zu günstigeren Finanzierungen. Von diesen zusätzlichen, günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten profitieren einerseits Unternehmen. Andererseits profitieren auch Bund, Kantone und Gemeinden in besonderem Mass. Die eingesparten Zinskosten von jährlich rund 60 bis 200 Millionen Franken sparen Steuergeld! Gerade bei steigenden Zinsen sollten sich Bund, Kantone und Gemeinden diese Chance nicht entgehen lassen. Wenn sich die öffentliche Hand günstiger finanzieren kann, profitieren Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und alle, die auf die Leistungen des Staates angewiesen sind. Statt hohe Zinsen zu zahlen, kann der Staat das Geld für weitaus Sinnvolleres einsetzen.

Chance für einen nachhaltigen Finanzplatz

Mit der Reform der Verrechnungssteuer wird der Finanzplatz effizienter, auch gerade mit Bezug auf die Umwelt. Der Schweizer Markt für nachhaltige Anleihen wird gestärkt. Bisher wurden in der Schweiz 75 sogenannte «Green Bonds» im Wert von 24 Milliarden Franken ausgegeben. In Luxemburg sind es allerdings bereits über 1300 «Green Bonds» im Wert von insgesamt fast 700 Milliarden. Wichtiger Grund für den Rückstand der Schweiz ist die Verrechnungssteuer. Mit der Reform wird die Verrechnungssteuer auf «Green Bonds» abgeschafft. Investitionen in erneuerbare Anlagen werden gestärkt. Die Schweiz hat die Chance, sich als führender Finanzplatz für nachhaltige Finanzdienstleistungen zu positionieren. Der Umbau in eine klimafreundliche Wirtschaft wird gefördert. Das Erreichen von Netto-Null bis 2050 wird vereinfacht.

Gesamtwirtschaftlicher Nutzen

Von einem florierenden Kapitalmarkt profitiert die ganze Schweiz. Da sind zum einen die direkten Wirkungen. Arbeitsplätze im Finanzplatz und in den Finanzierungsabteilungen der grossen Unternehmen werden geschaffen. Und auch die Beratungsbranche profitiert. Es handelt sich dabei um gut bezahlte Arbeitsplätze, die auch entsprechende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge generieren. Nicht zu unterschätzen sind jedoch auch die indirekten Wirkungen. Wenn Unternehmen die Finanzierung in der Schweiz abwickeln können, dann neigen sie auch dazu, in der Schweiz zu investieren. Investitionen schaffen ihrerseits Arbeitsplätze. Und sie ermöglichen Innovation. Das Bruttoinlandprodukt dürfte gemäss Botschaft des Bundesrats nach fünf Jahren um 0,5 Prozent und nach zehn Jahren um 0,7 Prozent höher liegen.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Die Schweiz hat allen Grund, ihre Hausaufgaben zu machen. Tatsache ist: Das internationale Steuerumfeld verschärft sich zusehends. Die von grossen Industrie- und Schwellenländern durchgesetzte OECD-Mindestbesteuerung schwächt wettbewerbsfähige Staaten wie die Schweiz. Als Reaktion müssen andere Steuernachteile abgeschafft werden, damit die Schweiz als Unternehmensstandort attraktiv bleibt. Die Verrechnungssteuer steht dabei an vorderster Stelle. Hier besteht Handlungsspielraum völlig unabhängig von internationalen Vorgaben. Mit der Reform der Verrechnungssteuer kann die Schweiz die Standortschwächung durch die OECD-Reform teilweise kompensieren.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

5. Breiter Konsens über Nutzen der Reform der Verrechnungssteuer

Die ganze Schweiz profitiert

Wir leben in unsicheren Zeiten mit grossen Verwerfungen. Die Pandemie hat die Staatsverschuldung erhöht. Der internationale Druck auf die Schweiz nimmt zu. In einer solchen Zeit ist es besonders wichtig, Nachteile für unser Land abzubauen. Genau das macht die Reform der Verrechnungssteuer. Sie stärkt die Schweiz als Standort und sichert dem Staat Mehreinnahmen, weil Schweizer Unternehmen künftig mehr Steuern in der Schweiz statt im Ausland bezahlen. Gleichzeitig kann sich das Gemeinwesen günstiger finanzieren. Die Reform bringt Steuern zurück und trägt zur Stabilität und gesunden Staatsfinanzen bei. Die ganze Schweiz profitiert.

Die heutige Ausgestaltung der Verrechnungssteuer bremst die Schweiz aus. Die Finanzierung von Unternehmen wurde verlagert. Damit fliessen auch Steuereinnahmen ab. Wenn die Schweiz beim Geschäft mit Obligationen wieder attraktiv werden will, muss sie die Rahmenbedingungen ändern. Darüber gibt es einen breiten politischen Konsens. Bundesrat, Parlament und die grosse Mehrheit der Parteien sind dieser Ansicht. Zu den Befürwortern zählen die Grünliberalen, die Mitte, FDP und SVP, aber auch kantonale Finanzdirektoren, Wirtschaftsverbände, Handelskammern, der Gewerbeverband und der Bauernverband. Sie alle wollen den selbstverschuldeten Steuerabfluss stoppen.

Günstigere Finanzierungen sind im Interesse aller

Unternehmen wie auch Bund, Kantone, Gemeinden und Städte finanzieren sich unter anderem durch die Ausgabe von Obligationen (Anleihen). Im Gegenzug für das geliehene Kapital schulden sie den Geldgebern (u.a. Pensionskassen) Zinsen. Diese Zinsen fliessen heute nicht vollumfänglich an die Geldgeber. 35 Prozent davon gehen als Verrechnungssteuer an die Steuerverwaltung. Erst wenn Geldgeber die Zinserträge in der Steuererklärung deklarieren oder ein Rückerstattungsgesuch eingereicht haben, erhalten sie dieses einbehaltene Geld zurück. Das sind Hürden, die das Finanzierungsgeschäft ins Ausland vertreiben, wo keine Verrechnungssteuer anfällt. Es ist im Interesse aller, dass die Schweiz bei der Finanzierung über Obligationen wieder konkurrenzfähig wird. Wettbewerbsfähigkeit bringt Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zurück.

Tatsache ist: International tätige Schweizer Unternehmen beschaffen sich heute Geld notgedrungen im Ausland. Nur so können sie internationale Investoren gewinnen. Mit der Geldbeschaffung sind Arbeitsplätze im Ausland und Steuereinnahmen für ausländische Staaten verbunden. Es ist Zeit, diese verschenkten Steuereinnahmen und auch Arbeitsplätze wieder zurück in die Schweiz zu holen. Davon profitiert die ganze Schweiz. Bund, Kantone und Städte sind heute gezwungen, höhere Zinsen zu zahlen.

Ohne Verrechnungssteuer wären Anlegerinnen und Anleger bereit, Kapital zu günstigeren Konditionen zur Verfügung zu stellen. Bund, Kantone und Gemeinden könnten also deutlich Zinskosten einsparen. Das schont Steuergelder und macht den Weg frei, das Geld statt für Zinsen für sinnvolle Staatsaufgaben auszugeben. Davon haben wir alle etwas.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Reform mit Augenmass

Verrechnungssteuerfrei werden künftig nur neu ausgegebene, inländische Obligationen. Das beschränkt die kurzfristigen Steuerausfälle auf ein absolutes Minimum. Im weit gewichtigeren Bereich der Dividenden, die für die Milliardenereinnahmen beim Bund verantwortlich sind, ändert sich hingegen nichts. Die Reform führt bereits mittelfristig zu Mehreinnahmen für den Staat. Bei geringen kurzfristigen Kosten können bedeutende volkswirtschaftliche Vorteile erreicht werden. Es handelt sich um eine Reform mit Augenmass.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

6. Gegner argumentieren mit falschen Zahlen

Halbwahrheiten und bewusste Irreführung

Die Gegner der Reform argumentieren mit falschen Zahlen und Halbwahrheiten. So versuchen sie Verwirrung zu stiften und Ängste zu wecken. Beispielsweise sprechen sie von jährlichen Steuerausfällen in Millionenhöhe. Doch die von den Reformgegnern herumgereichten Zahlen sind dreifach falsch:

- **Erstens unterschlagen die Gegner, dass das Parlament die Vorlage deutlich eingeschränkt hat.** Nur **neu ausgegebene** Obligationen sind von der Befreiung der Verrechnungssteuer betroffen. Somit sind die Zahlen zu den Ausfällen aus der Botschaft überholt. Weil das Parlament auf Antrag der Grünliberalen die Vorlage angepasst hat, fallen die unmittelbaren Kosten wesentlich tiefer aus.
- **Zweitens unterschlagen die Gegner den Nutzen der Reform komplett.** Laut Botschaft des Bundesrats übersteigt der Nutzen der Vorlage (zusätzliche Steuereinnahmen) deren Kosten (Steuerausfälle) klar. Weil aber die Kosten in der aktuellen Vorlage mit der Einschränkung auf neue Obligationen massiv geringer ausfallen als in der Botschaft, überwiegt der Nutzen noch viel deutlicher.
- **Drittens profitieren auch Bund, Kantone und Gemeinden von tieferen Zinskosten.** Die Gemeinwesen können sich dank der Reform günstiger finanzieren. Das entlastet die öffentlichen Haushalte und kommt sowohl den Steuerzahlenden als auch allen, die auf Leistungen des Staates angewiesen sind, zugute.

Das Parlament hat die Vorlage verändert. Wer heute noch mit den Steuerausfällen aus der Botschaft argumentiert, handelt unredlich. Die Stimmberechtigten werden bewusst irreführt. Ausfälle werden durch Mehreinnahmen mehr als kompensiert.

In eine ähnliche Kategorie gehört die Drohung mit einem einmaligen Ausfall von einer Milliarde Franken für die Bundeskasse. Zwar stimmt es, dass die Reform zu einmaligen buchhalterischen Effekten führt, da die Rückerstattung der bestehenden Verrechnungssteuer auf Zinserträgen noch bis zu drei Jahre beantragt werden kann. Doch diese Rückerstattungen sind durch Rückstellungen des Bundes gedeckt. Sie wurden in der Vergangenheit gebildet. Die Milliarde ist also nicht budgetwirksam. Die Drohung löst sich in Luft auf.

Bei steigenden Zinsen steigt der Nutzen der Reform

Die heutigen Nachteile der Verrechnungssteuer für die Schweiz fallen bei höheren Zinsen umso gravierender aus. Wird bei steigenden Zinsen auf die Reform verzichtet, kommt der Finanzierungsmarkt in der Schweiz noch stärker unter Druck. Das Finanzierungsgeschäft wandert noch mehr ins Ausland ab. Damit sinken die Einnahmen aus Gewinnsteuern, Einkommenssteuern und Mehrwertsteuern weiter. Die Steuergeschenke ans Ausland werden immer grösser. Der Staat verliert.

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Bei höheren Zinsen ist die Reform deshalb umso dringender, der Nutzen der Reform umso höher.

- Die Rückführung der Finanzierung der Unternehmen aufgrund der Reform wird bei höheren Zinsen umso stärker ausfallen. Und die Zunahme der Wertschöpfung in der Schweiz fällt höher aus. Das heisst: Auch die zusätzlichen Steuereinnahmen, die durch die Reform generiert werden, sind höher.
- Gleichzeitig werden auch die Einsparungen von Zinskosten von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden höher sein. Die öffentliche Hand wird stärker entlastet. Auch zahlreiche Staatsunternehmen können sich günstiger finanzieren. Es profitieren Steuerzahlende und alle, die auf Leistungen vom Staat angewiesen sind.
- Die Finanzierung von Investitionen der Unternehmen in der Schweiz wird noch stärker vergünstigt. So können sie mehr in Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Nachhaltigkeit investieren.

Zwar steigen bei höheren Zinsen die Kosten, doch auch der Nutzen ist bei höheren Zinsen grösser. Der Nettoeffekt ist klar positiv. Trotzdem verkünden die Gegner, dass bei steigenden Zinsen die Ausfälle immer grösser werden. Sie blenden den höheren Nutzen der Reform für die öffentliche Hand komplett aus. Das ist unredlich und falsch. Wichtig ist, was unter dem Strich bleibt. Die Reform der Verrechnungssteuer ist ein gutes Geschäft für den Staat. Die Steuereinnahmen steigen. Von der Reform profitiert die ganze Schweiz.

Das Festhalten an der Verrechnungssteuer auf Anleihen ist ein schlechtes Geschäft für den Staat. Bei steigenden Zinsen geht noch mehr Geschäft verloren.

JA zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

7. Zahlen und Fakten zur Reform

Von einem JA profitiert das ganze Land

Höhere Steuereinnahmen

Dank der Reform profitiert die Schweiz in Zukunft von mehr Steuereinnahmen. Innerhalb von fünf Jahren rechnet der Bund mit 350 Millionen Franken Mehreinnahmen jährlich. Innert zehn Jahren wachsen die Mehreinnahmen gar auf **490 Millionen Franken** pro Jahr an. (Quelle: [Botschaft des Bundesrats](#), Seite 42)

Tiefere Zinskosten

Die Reform führt zu tieferen Zinskosten für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden. Bei den eigenen Anleihen können sie zwischen **60 und 200 Millionen Franken** an Zinskosten einsparen. Davon profitieren die Steuerzahlenden auf allen drei Staatsebenen. (Quelle: [Eidgenössische Steuerverwaltung](#), Seite 3)

Profitablere Staatsunternehmen

Anleihen von **47 Unternehmen**, die sich in staatlichem Besitz befinden, waren 2021 an der Schweizer Börse kotiert. Es handelt sich um Spitäler, Energieversorger oder öffentliche Verkehrsbetriebe. Auch sie profitieren von tieferen Zinskosten und können ihr Geld künftig sinnvoller investieren. Beispielsweise in Nachhaltigkeit oder Versorgungssicherheit. (Quelle: [Six – Anleihen-Explorer](#))

Riesiges Geschäftsvolumen

Für den Schweizer Bankenplatz geht es um ein Geschäftsvolumen von **900 Milliarden Franken**. Rund die Hälfte der Treuhandanlagen im Umfang von 80 Milliarden Franken, die heute im Ausland liegen, dürften künftig wieder in der Schweiz angelegt werden. 115 Milliarden Franken sind Schweizer Unternehmensanleihen, die heute im Ausland ausgegeben werden. Zusätzlich kann mit Neuemissionen von ausländischen Unternehmen in der Höhe von 475 Milliarden Franken gerechnet werden. Ausserdem entsteht dank der Reform ein zusätzlicher Markt für Anlageprodukte, wie etwa strukturierte Produkte. Hier rechnet man mit einem Volumen von 30 Milliarden Franken. (Quelle: [Schweizerische Bankiervereinigung](#))

Grosses Rückholpotenzial

Viele Schweizer Unternehmen platzieren ihre Anleihen heute im Ausland. Grund dafür ist die Verrechnungssteuer. Dank der Reform werden die Schweizer Unternehmen künftig wieder mehr auf den Standort Schweiz setzen. Das Rückholpotenzial beträgt **115 Milliarden Franken**. Das gilt es zu nutzen. Denn Finanzierungen sind Geschäft und Geschäft sind Arbeitsplätze, Steuern und AHV-Beiträge.

(Quelle: [Schweizerische Bankiervereinigung](#))

Mehr Wertschöpfung

Von der Reform der Verrechnungssteuer profitiert das Bruttoinlandprodukt der Schweiz. In zehn Jahren fällt dieses **0,7 Prozent** höher aus als ohne Reform. Ein höheres Bruttoinlandprodukt bedeutet nichts anderes als mehr Wohlstand für alle Schweizerinnen und Schweizer. (Quelle [Analyse von BAK Economics](#) im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung)

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Krasser Rückstand

In Luxemburg wird im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt ein rund **190-mal so grosses Volumen** an Anleihen ausgegeben wie in der Schweiz. Die Schweiz vergibt sich selbstverschuldet ein riesiges Potenzial. Gerade auch in zukunftssträchtigen Feldern wie den Green Bonds, welche für Nachhaltigkeit stehen. (Quelle: [Beirat Zukunft Finanzplatz](#), Seite 4)

Gezielte Reform

Nur gerade rund **1 Prozent** der Finanzvermögen von Privathaushalten wird direkt in Schweizer Anleihen gehalten. Das beweist eindrücklich, dass die Reform der Verrechnungssteuer ganz gezielt nur dort Wirkung entfaltet, wo das Problem besteht. (Quelle: [Schweizerische Nationalbank](#))



Argumentaire

Cessons d'offrir des recettes fiscales à d'autres pays !

Le Conseil fédéral et le Parlement ont décidé de réformer l'impôt anticipé. En effet, l'impôt anticipé suisse, au taux le plus élevé au monde, chasse les activités de financement obligatoires (emprunts) à l'étranger. Des recettes fiscales et de la valeur ajoutée sont ainsi perdues. La réforme proposée incite à ramener en Suisse des activités, des emplois et des recettes fiscales. Elle permet aussi aux collectivités publiques de se financer à meilleur compte, en empruntant à des taux inférieurs.

Les partis de gauche ont lancé le référendum contre cette loi. Il s'agit pourtant d'une réforme avantageuse à la fois pour l'économie, l'Etat et les contribuables.

La votation aura lieu le 25 septembre.

www.impot-anticipe-oui.ch

Alliance pour la réforme de l'impôt anticipé - c/o economiesuisse – cp - 1211 Genève 4

Sommaire

Une réforme pour récupérer des cotisations sociales et des recettes fiscales, des activités et des emplois

1. Les principaux arguments en bref	3
Cessons d'offrir des recettes fiscales à d'autres pays	
2. Impôt anticipé : des effets anti-économiques	4
L'impôt anticipé chasse des activités à l'étranger	
3. La solution : supprimer l'impôt sur les obligations (et seulement sur les obligations)	6
Abolir un impôt pour récupérer plus de recettes fiscales	
4. Opposition de gauche contre une réforme utile	8
Les opposants peignent le diable sur la muraille	
5. Bilan positif des réformes fiscales précédentes	9
Les réformes fiscales rapportent de l'argent et consolident les finances publiques	

1. Les principaux arguments en bref

Cessons d'offrir des recettes fiscales à d'autres pays

Aujourd'hui, la Suisse offre à d'autres pays des activités de financement des entreprises, des recettes fiscales et des cotisations sociales, à cause de l'impôt anticipé. Le Conseil fédéral et le Parlement veulent mettre fin à cette situation. La réforme de l'impôt anticipé permettra de faire revenir le financement d'entreprises en Suisse. Elles généreront de nouvelles recettes fiscales qui profiteront aux collectivités, et donc au contribuable. Parallèlement, leurs frais d'intérêts baisseront. Le financement de structures comme les hôpitaux, les transports publics ou les entreprises du secteur de l'énergie sera moins coûteux.

L'impôt anticipé fait fuir les affaires à l'étranger

La Suisse a un problème : l'impôt anticipé fait fuir le financement des entreprises à l'étranger. Les affaires se déplacent là où il n'y a pas d'impôt anticipé - par exemple au Luxembourg. Ce sont d'autres pays qui profitent des recettes fiscales générées par ces activités. Les entreprises ont besoin de capital pour financer, entre autres, les nouvelles technologies et la transformation durable de l'économie. Mais à cause de l'impôt anticipé, une bonne partie du financement – les emprunts obligataires - des entreprises est partie à l'étranger.

La réforme permet d'augmenter les recettes fiscales

Le Conseil fédéral et les milieux politiques ont reconnu le problème. Ils proposent de supprimer l'impôt anticipé sur les intérêts des obligations suisses. Les entreprises suisses seront incitées à ramener en Suisse une partie de leurs émissions d'obligations, pour un montant estimé à 115 milliards de francs. Des entreprises étrangères pourront aussi émettre leurs obligations en Suisse, ce qu'elles ne font pas aujourd'hui. Là aussi, cela représente des centaines de milliards de francs de volume d'affaires potentiel. Les impôts et les cotisations sociales qui résultent de ces activités reviendront à la Suisse à l'avenir. La réforme générera des recettes fiscales supplémentaires de 350 millions de francs par an sur cinq ans pour la Confédération, et de 490 millions de francs par an sur dix ans (cf. message du Conseil fédéral, p. 42). De plus, la réforme permettra à la Confédération, aux cantons et aux communes de se financer à moindre coût. Le potentiel d'économie grâce à la baisse des coûts d'intérêt se situe entre 60 et 200 millions de francs par an.

Dans l'intérêt de l'économie, de l'Etat et des contribuables

La période actuelle est très incertaine. La pandémie a laissé des traces sur les finances publiques. Il est particulièrement important d'éliminer un désavantage pour la Suisse. La réforme de l'impôt anticipé renforce la Suisse en tant que place économique, assure à l'État des recettes supplémentaires et lui permet de se financer à meilleur marché. Tout le monde en bénéficie.

Les réformes fiscales précédentes, toujours critiquées ou craintes, ont en réalité rapporté beaucoup d'argent à la Confédération. Il n'en ira pas autrement avec la réforme de l'impôt anticipé

Le 25 septembre : OUI à une réforme gagnante !

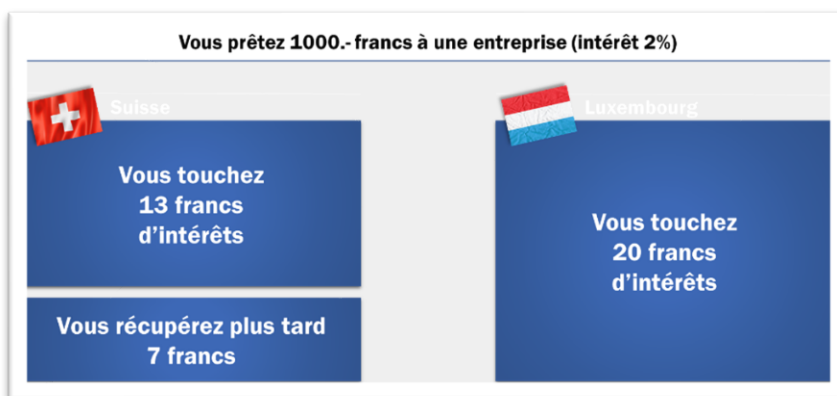
2. Impôt anticipé : des effets anti-économiques

L'impôt anticipé chasse des activités à l'étranger

L'impôt anticipé suisse sur les emprunts (obligations) handicape la Suisse. Il n'est pas aimé des investisseurs étrangers, que ce soient des personnes physiques ou des institutionnels comme les caisses de pension. Ces personnes ou entités ne doivent rien au fisc suisse et ne veulent pas être contraintes à de lourdes démarches administratives pour récupérer l'impôt anticipé prélevé par la Suisse. Notre pays se prive d'importantes activités au profit d'autres Etats.

La Suisse applique systématiquement l'impôt anticipé sur les revenus d'intérêts (par exemple sur les obligations et les dépôts bancaires), les gains de loterie et encore les dividendes. Le taux de 35% est le plus élevé au monde. L'impôt anticipé vise à inciter les contribuables à déclarer les revenus qu'il a reçus. Il est ensuite remboursé, lorsque la déclaration fiscale est déposée.

A cause de l'impôt anticipé, le Luxembourg est par exemple nettement plus intéressant que la Suisse pour l'émission d'obligations



Ce système présente de grands défauts : l'impôt anticipé est aussi prélevé auprès des investisseurs institutionnels, comme les caisses de pension, et auprès des personnes physiques et des institutionnels à l'étranger.

- L'acheteur à l'étranger d'une obligation suisse ne reçoit que 65% des intérêts qui lui sont dus. Il devra ensuite réclamer le remboursement des 35% restants par le biais d'une procédure administrative compliquée. Parfois, il ne peut même pas tout récupérer, car cela dépend de la convention contre la double imposition, s'il y en a une, conclue entre son pays et la Suisse.
- Les caisses de pensions suisses ne paient de toute façon pas d'impôt, il est donc absurde de retenir un impôt à la source. Un tiers de leurs revenus d'intérêt est bloqué d'une année à l'autre et ne peut être investi. Pendant ce temps, l'argent ne rapporte rien aux assurés.

Voilà pourquoi les obligations émises dans notre pays n'attirent pas suffisamment les investisseurs. Pour éviter ce problème, les entreprises suisses émettent souvent leurs emprunts obligataires à l'étranger, dans des pays qui n'appliquent pas d'impôt anticipé.

Par conséquent, les activités de financement, les emplois, les cotisations sociales et les recettes fiscales qui en découlent profitent à d'autres pays ! Avec la réforme, les obligations suisses seront mises sur pied d'égalité avec les obligations étrangères.

Peu de pays prélèvent l'impôt anticipé sur les intérêts et la Suisse applique un taux record

3 Retenue à la source¹ 2020

Pays	Intérêts	Dividendes
Belgique	30	30
Danemark	22 ²	27
Allemagne		25 ³
Finlande	4	20/ (15) ⁵
France		30/ (34)
Grèce	15	10
Royaume-Uni	20 ⁶	
Irlande	20	25 ⁷
Italie	26	26
Luxembourg		15
Pays-Bas		15
Norvège		25 ⁸
Autriche		27.5 ⁹
Portugal	25/28	25 ¹⁰
Suède		30
Suisse	35	35
Espagne	19	19
Etats-Unis	30	30

Source : IBFD Tax Research Platform

Une comparaison internationale montre que si l'impôt anticipé sur les dividendes est largement pratiqué à l'échelle internationale, il n'en va pas de même pour l'impôt anticipé sur les intérêts (obligations ou emprunts).

La France, l'Allemagne, le Luxembourg, les Pays-Bas, la Norvège, l'Autriche ou encore la Suède ne prélèvent pas d'impôt anticipé sur les intérêts des emprunts obligataires.

L'investisseur préfère se simplifier la vie et ne pas voir une partie de son argent être bloqué par l'impôt anticipé, ni avoir à procéder à des pénibles démarches pour le récupérer. Il aura donc tendance à préférer les obligations émises dans un pays où il n'y a pas d'impôt anticipé. C'est d'autant plus compréhensible que l'investisseurs – étranger en l'occurrence, ne doit rien à la Suisse du point de vue fiscal

Avantage au Luxembourg

Parmi les pays qui ne pratiquent pas l'impôt anticipé, le Luxembourg est probablement celui qui a le mieux exploité cet avantage. Les activités de financement y sont florissantes. La différence avec la Suisse est frappante : **mesuré au produit intérieur brut, le marché des obligations au Luxembourg est 190 fois plus important qu'en Suisse !** Ce retard est dû à l'impôt anticipé sur les obligations suisses.



Par rapport au produit intérieur brut (PIB), la Suisse accuse un retard d'un facteur 190 sur le Luxembourg (source : message du Conseil fédéral du 14 avril 2021).

Les obligations durables : une spécialité du Grand-Duché

Pour financer les investissements dans la transition écologique, les entreprises, comme les pouvoirs publics, peuvent emprunter de l'argent auprès du public en émettant des obligations « vertes ».

A l'heure actuelle (juin 2022), 75 obligations durables avaient été émises en Suisse, pour un montant total de 24 milliards de francs. En comparaison, notre pays est un nain par rapport au Luxembourg. Là en effet, plus de 1'300 obligations vertes ont déjà été émises, pour un total d'environ 700 milliards d'euros.

C'est dire si ce marché échappe aujourd'hui à notre pays, à cause de l'impôt anticipé. Avec la réforme, notre pays gagnerait des parts de ce marché.



3. La solution : supprimer l'impôt sur les obligations (et seulement sur les obligations)

Abolir un impôt pour récupérer plus de recettes fiscales

La réforme de l'impôt anticipé supprime ce dernier sur **les revenus d'intérêts des nouvelles obligations suisses**. Les obligations émises en Suisse seront donc mises sur pied d'égalité avec les obligations étrangères, qui ne sont pas soumises à l'impôt anticipé. Cette exonération ne sera valable que pour les **nouvelles** obligations, ainsi qu'en a décidé le Parlement. De cette manière, les coûts de la réforme seront nettement plus bas que ce que prévoyait initialement le Conseil fédéral. En revanche, l'incitation à emprunter en Suisse, et donc à récupérer des affaires qui se font ou se feraient à l'étranger, sera immédiat.

Dans les autres domaines, comme dans celui des dividendes et des avoirs en banque, l'impôt anticipé sera maintenu, car il ne crée pas de problèmes particuliers.

Outre l'adaptation de l'impôt anticipé, la réforme supprime aussi le droit de timbre de négociation sur le commerce des obligations suisses. Cette taxe freine aussi les investisseurs, tout particulièrement lorsque les taux d'intérêt sont faibles. La suppression de ce droit de timbre ne représente qu'une adaptation mineure par rapport à l'ensemble des droits de timbre.

Un potentiel énorme : 115 milliards pour les seules obligations suisses

Selon les estimations de l'Association suisse des banquiers ASB¹, la réforme de l'impôt anticipé pourrait permettre de récupérer des potentiels d'activités très importants.

Le volume des emprunts d'entreprises suisses s'établit à quelque 800 milliards de francs. Mais sur ce montant, seuls 330 milliards environ sont émis en Suisse, contre près de 470 milliards émis à l'étranger pour éviter l'impôt anticipé sur les intérêts.

¹ <https://www.swissbanking.ch/fr/actualites-et-positions/opinions/arretons-les-cadeaux-fiscaux-aux-pays-etrangers>

La réforme permettrait de rapatrier en Suisse environ un quart du volume des émissions à l'étranger sur cinq ans, soit quelque 115 milliards de francs. En outre, la Suisse deviendrait attrayante pour les émetteurs étrangers, à l'image par exemple du Luxembourg qui lui a déjà damé le pion en matière de placements durables.

Les nouvelles émissions d'emprunts d'entreprises étrangères en Suisse représentent un potentiel supplémentaire d'environ 475 milliards de francs sur cinq ans. Cela correspond à la moitié du volume des emprunts étrangers actuellement émis au Luxembourg, qui s'établit à 950 milliards de francs.

Récupérer des recettes fiscales et de la valeur ajoutée

Selon le message du Conseil fédéral, la Confédération peut compter à elle seule sur des recettes supplémentaires de 350 millions de francs par an en cinq ans. En l'espace de dix ans, cela devrait représenter 490 millions de francs par an (cf. message du Conseil fédéral, p. 42). Tout le monde profite de l'augmentation des recettes publiques en Suisse.

En outre, si l'impôt anticipé qui fait figure d'épouvantail aujourd'hui pour les investisseurs étrangers, est supprimé, le marché obligataire suisse intéressera potentiellement beaucoup plus de monde. Les collectivités suisses pourront alors proposer leurs obligations dans un marché élargi, en offrant des taux d'intérêts moins élevés qu'aujourd'hui. Selon les estimations de la Confédération, le potentiel d'économies se situe entre 60 et 200 millions de francs, selon le scénario d'une baisse de 5, 10 ou 15 points de base. Ces économies préservent aussi le contribuable et peuvent être attribuées à d'autres tâches publiques.

La réforme allège la charge du contribuable et permet d'affecter les montants économisés à d'autres tâches que le paiement des intérêts. Une chose est sûre : l'argent que l'État ne dépense pas pour payer des intérêts peut être utilisé à des fins plus utiles, dans différents domaines comme la formation, les transports, le social ou la sécurité.

Les entreprises privées et publiques, telles que les hôpitaux, les fournisseurs d'énergie et les transports publics, pourront également se financer à l'avenir à moindre coût. Cela permet d'économiser des coûts et de créer d'importantes impulsions de croissance en Suisse plutôt qu'à l'étranger ! La réforme fait en sorte que l'argent reste ici et profite à la Suisse.

Développer le marché des obligations vertes

Il n'y a aucune raison pour que la Suisse ne devienne pas, comme le Luxembourg, un lieu où Etats et entreprises lèvent des fonds pour financer les investissements dans la transition écologique, le développement des énergies renouvelables ou les technologies permettant de réduire l'utilisation des combustibles fossiles.

En matière de placements durables, le Luxembourg s'est construit une situation forte, mais pas inexpugnable. La Suisse a du retard, mais elle pourra le combler. Le train peut encore être rattrapé.

Maintenir la compétitivité

La Suisse a toutes les raisons de mettre à jour son système fiscal. L'environnement fiscal international se durcit à vue d'œil. L'imposition minimale de l'OCDE imposée par les grands pays industrialisés et émergents affaiblit les États compétitifs comme la Suisse. En réaction, des désavantages fiscaux existants doivent être supprimés afin que la Suisse reste attractive pour les entreprises. L'impôt anticipé est au

premier rang de ces mesures. Il existe ici une marge de manœuvre car il n'est pas concerné par des règles internationales. La réforme de l'impôt anticipé permet à la Suisse de compenser partiellement l'affaiblissement de sa place économique dû à la réforme de l'OCDE.

4. Opposition de gauche contre une réforme profitable pour les collectivités publiques

Les opposants peignent le diable sur la muraille

Le PS et les syndicats accusent la réforme de provoquer toute une série de problèmes : ils annoncent des « pertes fiscales énormes, des cadeaux aux grandes entreprises (!), des privilèges pour les fraudeurs fiscaux, des réformes faites en faveur des entreprises et au détriment des citoyens », etc. Ces reproches ne sont pas surprenants, mais ils sont particulièrement absurdes, étant donné que la réforme rapportera nettement plus d'argent que ce qu'elle coûte

Un « manque à gagner » manipulé

Lorsqu'ils prétendent que la réforme fera perdre des centaines de millions de francs à la Suisse, les opposants grossissent le trait de manière ridicule et malhonnête, pour plusieurs raisons.

Il faut rappeler tout d'abord que le manque à gagner fiscal évoqué par le Conseil fédéral dans son message (175 millions de francs pour l'impôt anticipé et 25 millions pour le droit de timbre de négociation) **ne sont plus d'actualité**. La raison en est simple : le Parlement a décidé de n'exonérer que les **nouvelles** obligations. L'évaluation faite par l'administration concernait la suppression de l'impôt anticipé sur toutes les obligations actuelles et futures. Les chiffres ne sont donc plus valables. Ils seront bien inférieurs, de l'ordre de quelques dizaines de millions de francs les premières années. Il est toutefois difficile de les chiffrer précisément.

En revanche, les gains (les aspects dynamiques) résultant de la réforme seront immédiats. Dès l'entrée en vigueur, les nouvelles obligations pourront être émises en Suisse sans impôt anticipé, ce qui signifie que les opérations financières et le conseil se feront en Suisse et non plus à l'étranger. Cela se traduira par des activités, des emplois, des salaires, des cotisations sociales, des impôts sur le revenu et des impôts sur les bénéficiaires qui bénéficieront aux collectivités suisses, et non plus à des pays étrangers.

Par ailleurs, la réforme est très ciblée et ne concerne que les obligations. Ce domaine représente seulement 6% des recettes de l'impôt anticipé. Il n'y a aucun risque de mauvaise surprise financière. L'impôt anticipé continuera d'être prélevé sur les avoirs en banques et les dividendes, car dans ces domaines, il ne provoque pas de problème spécifique.

Les fraudeurs fiscaux : une argumentation caricaturale

Il est absurde de prétendre, comme le font le PS et les syndicats, que la réforme est un passe-droit pour les criminels fiscaux. Tout d'abord, cela sous-entend que les Suisses sont des fraudeurs, ce qui n'est pas le cas. Ensuite, dans la fortune des ménages, les obligations ne représentent qu'une très petite part, soit 3%, dont 2% sont des obligations étrangères (et donc sans impôt anticipé). La réforme n'ouvre donc pas de brèche, puisque la Confédération souligne que l'impôt anticipé n'est pas appliqué sur ces revenus

étrangers. En outre, la plus grande partie des obligations est détenue par des institutionnels, comme les caisses de pension, chez qui il n'y a de toute façon aucune fraude fiscale.

En cas de hausse des taux d'intérêt, les avantages de la réforme augmentent

Les opposants affirment qu'en cas de hausse des taux d'intérêt à 3 ou 4%, les pertes seraient encore plus importantes que les 200 millions annoncés initialement. Ils évoquent le chiffre de 600 voire 800 millions de francs, ce qui est une véritable tromperie. En réalité, les coûts ne seront pas de 200 millions, mais bien inférieurs. Et les nouvelles recettes fiscales seront plus importantes que les recettes que l'on abandonne. Reprendre ce chiffre de 200 millions et le tripler ou le quadrupler est donc une manipulation.

Par ailleurs, en cas de hausse des taux, les avantages de la réforme seront aussi plus importants pour les collectivités. Si les taux d'intérêt augmentent, il sera d'autant plus utile pour elles de pouvoir réduire les coûts des intérêts qu'elles versent aux emprunteurs.

Au lieu de polémiquer, la gauche devrait jubiler !

L'Etat encaissera plus d'argent grâce à cette réforme. L'opposition de gauche est donc incompréhensible, si ce n'est pour des motifs purement idéologiques. Dans leur communiqué de presse publié lors de l'annonce du référendum, les opposants allaient jusqu'à évoquer les oligarques comme principaux bénéficiaires de la réforme ! Il s'agit manifestement de forcer le trait, sachant que ce n'est pas à la Suisse de soumettre ces personnes à la taxation. D'autre part, l'échange d'informations entre pays ne cesse de s'étendre. Les autorités fiscales de plus de cent pays sont désormais informées des revenus d'intérêts qui sont versés à leurs ressortissants.

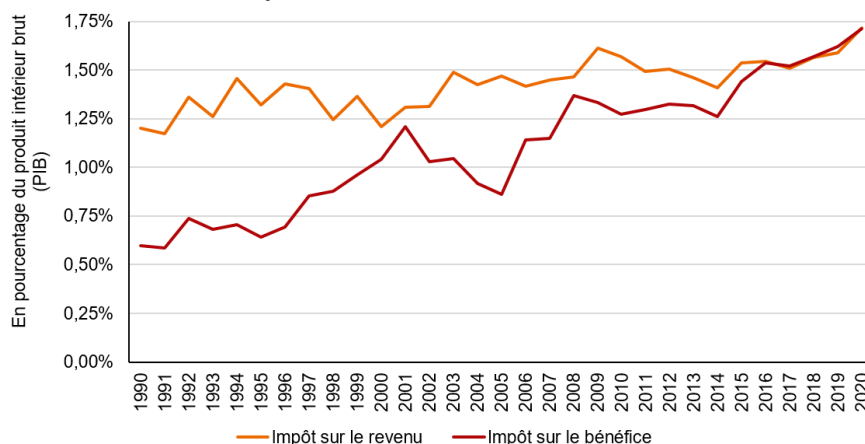
Au final, cette opposition de la gauche affaiblit la Suisse dans la concurrence internationale entre places économiques. Elle favorise les économies du Luxembourg, de Londres ou des îles anglo-normandes, au détriment de notre propre pays.

5. Bilan positif des réformes fiscales précédentes

Les réformes fiscales rapportent de l'argent aux collectivités

A chaque réforme fiscale, le discours du PS et des syndicats est le même : « les pertes financières seront gigantesques, on fait des cadeaux fiscaux aux plus riches, aux grandes entreprises, le citoyen devra payer les pots cassés, les baisses d'impôt sont pour les entreprises et il n'y a rien pour les travailleurs, etc. ». Il est pourtant facile de démontrer que cette litanie populiste ne repose sur aucun fondement. Trois réformes de l'imposition des entreprises ont été réalisées en 25 ans au niveau de la Confédération et le résultat est très positif : les recettes fiscales de l'imposition des bénéficiaires n'ont fait qu'augmenter.

Taxation des bénéfiques par la Confédération 1990-2020: hausse des recettes



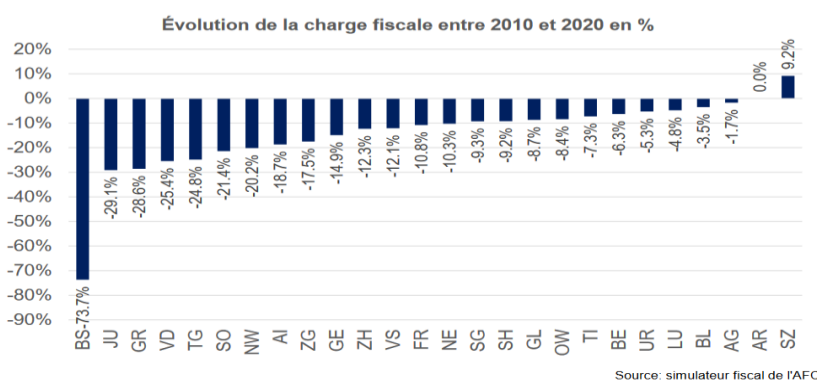
Comme on le voit sur ce graphique, les recettes de l'imposition des entreprises n'ont fait qu'augmenter au fil du temps. En 2016, elles ont pour la première fois dépassé les recettes de l'impôt fédéral direct payé par les ménages. Depuis 2007 en outre, l'impôt fédéral direct a subi plusieurs modifications qui ont permis de baisser la facture fiscale des contribuables et d'augmenter le nombre de personnes qui ne paient pas cet impôt.

Au niveau des cantons, des baisses d'impôt ont eu lieu dans 24 cantons sur 26 (graphique), d'ampleur variable bien évidemment.



Évolution de la charge fiscale dans les chefs-lieux des cantons entre 2010 et 2020

Couple marié à un revenu, sans enfant et sans confession; revenu brut de 50 000 francs



Département fédéral des finances DFF

Conférence de presse du 21 décembre 2021

3

Il est donc doublement faux de prétendre, comme le fait la gauche, que les réformes de l'imposition des entreprises se soient répercutées négativement sur les ménages. Au contraire, l'imposition des entreprises rapporte plus que jamais et de leur côté les ménages ont aussi eu des réductions de leur facture fiscale (même si dans certains cantons celle-ci reste élevée, mais c'est un autre débat). Le niveau de notre TVA, actuellement de 7,7%, démontre aussi que les ressources fiscales ne manquent pas (grandes entreprises, personnes aisées). A titre de comparaison, la TVA la « moins chère » de l'Union

européenne est à 17%. Or l'on sait que la TVA pèse plus sur les ménages modestes que les autres. Notre système fiscal préserve donc les contribuables les plus modestes, contrairement aux affirmations. Si nous avions écouté la gauche à chaque fois qu'elle s'opposait à une réforme, la Confédération encaisserait aujourd'hui non pas plus d'argent, mais beaucoup moins !

Avec la réforme de l'impôt anticipé, les collectivités suisses verront les recettes fiscales et les cotisations sociales augmenter. Cette réforme est pensée pour nous rapporter de l'argent, non pour nous en faire perdre, ce qui la rendrait indéfendable.

Large alliance pour une réforme gagnante

Une large alliance de partis politiques et d'associations économiques approuvent la réforme. Les groupes parlementaires du Centre, du PLR, de l'UDC et des Vert'libéraux, la Conférence des directeurs cantonaux des finances, les Chambres de commerce et les associations économiques faitières économiquesuisse, Union suisse des arts et métiers, Union suisse des paysans et Union patronale suisse lui sont favorables.

<https://www.garantireilfuturo.ch/argomenti>

Abolire gli svantaggi per la Svizzera

L'imposta preventiva mette il nostro paese in una posizione di svantaggio e lo indebolisce nella competizione internazionale per le piazze commerciali. La tassa induce le imprese svizzere a reperire fondi all'estero invece che in Svizzera. Inoltre, rende il finanziamento delle PMI più costoso e pone così la piazza di ricerca, economica e finanziaria svizzera in una posizione di svantaggio.

Riconquistare posti di lavoro ed entrate fiscali

Con la riforma, il Consiglio federale e il Parlamento vogliono rimpatriare gli affari e la creazione di valore persi all'estero. La riforma permette la creazione di nuovi posti di lavoro in Svizzera e porta a maggiori entrate fiscali per la Confederazione e i Cantoni.

Le PMI hanno accesso a finanziamenti più favorevoli

Le PMI sono attualmente in svantaggio nella ricerca di finanziatori perché hanno meno possibilità delle grandi aziende di trasferirsi all'estero. La riforma rilancia il mercato svizzero dei capitali e apre ulteriori e più favorevoli possibilità di finanziamento per le PMI.

Confederazione, Cantoni e Comuni ne beneficerebbero

Secondo il Consiglio federale, la riforma porta a entrate supplementari già dopo pochi anni, perché le opportunità commerciali perse possono essere rimpatriate in Svizzera. Inoltre, la Confederazione, i Cantoni e i comuni stessi risparmierebbero fino a 200 milioni di franchi all'anno di interessi. Infatti, attualmente sono costretti a pagare tassi d'interesse più alti perché i titoli di Stato sono poco attrattivi per gli investitori stranieri.

Mantenere la competitività

Il contesto fiscale internazionale sta prevedibilmente diventando più complicato. La tassazione minima dell'OCSE imposta dai grandi paesi industrializzati ed emergenti indebolisce i paesi competitivi come la Svizzera. In risposta, devono essere aboliti altri svantaggi fiscali in modo che la Svizzera rimanga attrattiva come piazza economica. In questo contesto l'imposta preventiva è in prima linea. Qui, c'è un margine di manovra completamente indipendente da qualsiasi requisito internazionale. In questo modo, la Svizzera può compensare parzialmente l'indebolimento della sua posizione dovuto alla riforma dell'OCSE.

Neue Sonderrechte für Konzerne und Grossanleger?



NEIN

zur Verrechnungssteuer-Vorlage
am 25. September

- **Kein Respekt vor Volksentscheid**
- **Normale Sparer:innen werden benachteiligt**
- **200 Konzerne erhalten neue Sonderrechte, die Bevölkerung bezahlt**
- **Die Vorlage fördert die Steuerkriminalität**
- **800 Millionen Steuerausfälle, Grossteil fliesst ins Ausland ab**

Kurzfassung

Mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen erhalten einige wenige Grosskonzerne neue Sonderrechte. Sie werden begünstigt, wenn sie Geld am Kapitalmarkt besorgen. Gleichzeitig fördert die Abschaffung die Steuerkriminalität von Grossanlegern und Oligarchen. Das führt insgesamt zu Steuer-Ausfällen von jährlich bis zu 800 Millionen Franken. Der Bund schätzt, dass davon rund 500 Millionen ins Ausland abfliessen. Am Schluss müssten einmal mehr die Bürgerinnen und Bürger für diese Kosten aufkommen. Die folgenden Seiten geben einen Überblick darüber, weshalb ein NEIN zur Verrechnungssteuer-Abschaffung am 25. September 2022 zwingend ist.

Inhalt

1.	Die Geschichte der Vorlage	4
2.	Nur 200 Konzerne profitieren	4
3.	Die Abschaffung fördert die Steuerkriminalität	5
4.	Die Vorlage führt zu Steuerausfällen von um die 800 Millionen Franken, wovon mindestens 500 Millionen ins Ausland abfliessen	7
5.	Normale Bürger:innen bezahlen weiter, während neue Sonderrechte für einige wenige geschaffen werden	8
6.	Der Umsatzabgaben-Bschiss	9
7.	FAQ	10
7.1.	Profitieren KMU?	10
7.2.	Schafft die Vorlage eine Benachteiligung der Schweiz ab?	10
7.3.	Bringt die Vorlage dem Staat mittel- bis langfristig zusätzliche Einnahmen, weil der Wirtschaftsstandort attraktiver wird?	10
7.4.	Schafft die Vorlage Arbeitsplätze?	10
7.5.	Führt die Vorlage zu 120 Millionen Mehreinnahmen bei Bund, Kantonen und Gemeinden?	11
7.6.	Ist die Vorlage eine Kompensationsmassnahme für die OECD-Mindestbesteuerung?	11

1. Die Geschichte der Vorlage

Mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen erhalten einige wenige Grosskonzerne neue Sonderrechte. Sie werden begünstigt, wenn sie Geld am Kapitalmarkt besorgen. Sinn und Zweck der Verrechnungssteuer ist es, Steuerkriminalität zu verhindern. Sie ist somit eine «Sicherungssteuer». Der Bund schreibt: «Die Steuer bezweckt in erster Linie die Eindämmung der Steuerhinterziehung»¹. Die Verrechnungssteuer stellt sicher, dass Zinserträge und Vermögen in der Steuererklärung korrekt deklariert werden. Dafür werden in einem ersten Schritt auf den entsprechenden Kapitalerträgen 35 % Verrechnungssteuer abgezogen und an die Steuerverwaltung weitergeleitet. Wer die entsprechenden Vermögen in der Steuererklärung dann korrekt angibt, erhält die Verrechnungssteuer in einem zweiten Schritt wieder zurück. Dieses simple und bewährte Anreizsystem erhöht die Steuerehrlichkeit.

Schon seit langer Zeit ist die Verrechnungssteuer der Banken- und Finanzlobby ein Dorn im Auge. So forderte beispielsweise Alt-Nationalrat Hans Kaufmann – ehemaliger Direktor der Bank Julius Bär und ausgebildeter Goldman Sachs Banker – im Jahr 2013 die Abschaffung der «obsoleten Verrechnungssteuer», insbesondere für «ausländische Kunden von Schweizer Finanzinstituten»². **Bei der aktuellen Vorlage zur Abschaffung der Verrechnungssteuer nur auf Obligationen lag zu Beginn eine Reform auf dem Tisch, die den Sicherungszweck bei einer Abschaffung der Verrechnungssteuer kompensieren wollte. Doch die Bankenlobby wehrte sich vehement.**³ Anstatt den wegfallenden Sicherungszweck zu kompensieren, stoppte das bürgerliche Parlament unter dem Druck der Bankenlobby diese Kompromiss-Vorlage und stimmte für eine ersatzlose Streichung der Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen⁴ – sowohl für inländische wie für ausländische Anleger:innen. In letzter Sekunde hat das Parlament zusätzlich auch die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf indirekten Anlagen (z.B. Obligationenfonds) hinzugefügt, was die Ausfälle nochmals erhöht.⁵ Weitere Teilabschaffungen werden bereits diskutiert.

Damit erleichtert die nun vorliegende Vorlage die Steuerkriminalität und führt zu massiven Steuerausfällen für die öffentliche Hand. Denn ohne Verrechnungssteuer fällt für reiche Anleger:innen ein wichtiger Anreiz weg, ihre Vermögenserträge korrekt bei der Steuererklärung anzugeben. Die Abschaffung der Verrechnungssteuer führt zu neuen Sonderrechten für Oligarchen, Steuerkriminelle und Konzerne, welche die Bundeskasse massiv belasten werden.

2. Nur 200 Konzerne profitieren

Mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer wird die Kapitalbeschaffung von rund 200 Konzernen, deren Finanzierungsgesellschaften und von Banken privilegiert. **Nachdem die Schweizer Bevölkerung die Stempelsteuer-Vorlage wuchtig abgelehnt hat, soll nun schon wieder eine kleine Minderheit von 0,03% aller Unternehmen in der Schweiz neue Sonderrechte erhalten.** KMU hingegen finanzieren sich nicht über die Ausgabe von Obligationen.

¹ Website Eidgenössische Steuerverwaltung unter «Was ist die Verrechnungssteuer?», siehe: <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/verrechnungssteuer.html>

² Siehe Motion 13,3857

³ <https://www.swissbanking.ch/de/medien/news/reform-der-verrechnungssteuer-fuer-eine-smarte-und-einfache-loesung>

⁴ Eine Obligation ist eine Schuldverschreibung. Ein Unternehmen gibt Obligation an Anleger:innen aus und erhält im Gegenzug Geld zu vereinbarten Bedingungen. Am Ende der Laufzeit zahlt das Unternehmen den Anleger:innen ihr Geld und einen Zins zurück. Obligationen werden ähnlich wie Aktien gehandelt, die Anleger:innen dürfte auch ähnlich sein.

⁵ Auch «kollektive Kapitalanlagen» genannt.

Offiziell sollen gemäss Bundesrat mit der Reform «konzerninterne Finanzierungsaktivitäten» in die Schweiz geholt werden. Die Vorlage erleichtere es Unternehmen, ihre Obligationen aus der Schweiz zu emittieren.⁶ **Getrieben wird die Vorlage von grossen Beratungsunternehmen und Grossbanken, die noch mehr Finanzspekulation anziehen und ihre Gewinne noch weiter in die Höhe schrauben wollen.** Doch selbst der Bundesrat anerkennt, dass die Abschaffung der Verrechnungssteuer «aus Sicht des Kapitalmarkts nicht erforderlich» sei.⁷

Aktuell existieren in der Schweiz ungefähr 200 Konzerne, welche genügend grosse Emissionen tätigen und deshalb Obligationen emittieren. Das sind rund 0,03 Prozent der Unternehmen in der Schweiz. **Diese 200 Konzerne sollen mit der Vorlage privilegiert werden. Für KMU ist die Finanzierung via Obligationen hingegen irrelevant.** Gemäss einer Studie des Seco zur Finanzierung von KMU greifen 62 % der Schweizer KMU gar nicht auf Fremdfinanzierungsmittel zurück. Für die verbleibenden 38 % der KMU, die auf Fremdfinanzierungsformen zurückgreifen, sind Kredite, Darlehen und Hypotheken relevant.⁸ Gemäss Seco-Studie ist die Finanzierung via Obligationen hingegen für 100 % (sic!) der KMU irrelevant.⁹

Gemäss einer Studie der BAK Basel Economics, auf welcher der Bund grosse Teile seiner Botschaft zur Verrechnungssteuer-Vorlage aufbaut, würde eine umfassende Reform der Stempelsteuer und der Verrechnungssteuer (die viel weiter ginge als die vorliegende Reform) angeblich dazu führen, dass das BIP innerhalb von 10 Jahren um 1,4 Prozentpunkte wachsen würde und 22'000 Arbeitsplätze entstehen würden. Diese «umfassende Reform» hätte Steuerausfälle von jährlich 3,4 Milliarden Franken zur Folge.¹⁰ Gemäss Bund und BAK Basel Economics würde die vorliegende Reform der Verrechnungssteuer auf Obligationen dabei etwa 200 Millionen, sprich etwa 6 % des gesamten Reformvolumens ausmachen. Man könnte im Umkehrschluss argumentieren: Der Bund stützt sich auf eine Studie, die davon ausgeht, dass eine Reform der Verrechnungssteuer nur auf Obligationen innerhalb von 10 Jahren ein Wachstum des BIP um 0,08 % und 1320 neue Arbeitsplätze zur Folge hätte. Ein Arbeitsplatz kostet gemäss dieser der Vorlage zugrundeliegenden volkswirtschaftlichen Rechnung die Steuerzahlenden exakt 2,7 Millionen Franken.¹¹ **Das bedeutet: Volkswirtschaftlich bringt die Vorlage nichts, es werden lediglich neue Sonderrechte für 200 grosse Konzerne geschaffen.**

3. Die Abschaffung fördert die Steuerkriminalität

Die Verrechnungssteuer-Abschaffung würde die Hinterziehung von Vermögen attraktiver machen. Denn künftig müssten Steuerkriminelle nicht einmal mehr den Verlust der Verrechnungssteuer auf ihren Zinsertrag auf Obligationen hinnehmen. Eine Abschaffung der Verrechnungssteuer ist damit eine Belohnung für Steuerhinterzieher:innen sowie eine Einladung

⁶ Botschaft des Bundesrates (Seite 2).

⁷ Motion 13.3857, Stellungnahme Bundesrat:
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20133857>

⁸ Studie zur Finanzierung der KMU in der Schweiz (Seite 26)

⁹ Studie zur Finanzierung der KMU in der Schweiz (Seite 26, Abbildung 18)

¹⁰ BAK Basel Economics, Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer Reform der Stempelabgaben und Verrechnungssteuer (Seite 52, Tabelle 5-5)

¹¹ Diese Rechnung basiert auf der Annahme, dass die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen 6% des in der Studie der BAK Basel Economics ausgewiesenen volkswirtschaftlichen Effekts aufweist. 6% von 22'000 Arbeitsplätzen bzw. 1.4% BIP-Wachstum sind die genannten 1320 Arbeitsplätze bzw. 0,08% BIP-Wachstum. Gemäss Rechnung des Bundes kostet die VRST-Reform in 10 Jahren ca. 3 Milliarden Franken (1 Milliarde einmalig + 200 Millionen pro Jahr), bei einem normalisierten Zinsniveau belaufen sich die Kosten auf 8 Milliarden (1 Milliarde einmalig + 700 Millionen pro Jahr). Folglich können die Kosten pro Arbeitsplatz berechnet werden.

für bisher ehrliche Steuerzahler:innen, künftig ebenfalls zu hinterziehen.¹² Da es im Inland keinen Informationsaustausch gibt, das Bankgeheimnis weiterhin gilt und Steuerhinterziehung (im Gegensatz zu Steuerbetrug) nicht als Straftat gilt, werden Grossanleger, die in Obligationen investieren, geradezu zu Steuerkriminalität eingeladen.

Der Bund sieht diese Gefahr ebenso: **«In einer längerfristigen dynamischen Hinsicht ist nicht auszuschliessen, dass ein Teil der Anlegerinnen und Anleger, die bisher aufgrund des Verrechnungssteuerabzugs korrekt deklariert haben, in Zukunft davon Abstand nehmen werden.** Aufgrund dieser potenziellen Anpassungsreaktionen bei inländischen natürlichen Personen könnten vermehrt Vermögenswerte und Einkommen aus diesen Vermögen nicht mehr deklariert werden. **In diesem Fall würden Mindereinnahmen** vornehmlich bei der Einkommens- und Vermögenssteuer anfallen, die vollständig (Vermögenssteuer) oder überwiegend (Einkommenssteuer) **die kantonalen Haushalte belasten.** [...]»¹³

Davon profitieren können nur diejenigen, bei denen die Vermögenssteuer ins Gewicht fällt (zwei Drittel der Schweizer:innen zahlen weniger als 100 Franken Vermögenssteuer) und die ihr Vermögen in Obligationen angelegt haben (80 % der Schweizer:innen haben keine Aktien oder Obligationen). Das neue Steuerschlupfloch nützt also nur einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung: den reichsten paar Prozent, und unter diesen nur die Unehhrlichen.

Profiteure im Ausland

Im Ausland profitieren zwei Gruppen: Grossanleger aus Ländern, die keinen automatischen Informationsaustausch (AIA) mit der Schweiz kennen und solche aus Ländern, mit denen die Schweiz ein Doppelbesteuerungsabkommen hat.

Der AIA wurde in der Schweiz nach dem steigenden Druck auf das Bankgeheimnis 2017 eingeführt. Der AIA regelt, dass Länder Daten zu Konten von Steuerpflichtigen austauschen können mit dem Ziel, grenzübergreifende Steuerhinterziehung zu verhindern.

Reiche Anleger:innen aus Ländern ohne AIA profitieren somit vom gleichen Schlupfloch wie inländische Steuerkriminelle (wegen dem fehlenden inländischen Informationsaustausch bzw. dem Bankgeheimnis. Künftig müssten ausländische Steuerkriminelle nicht einmal mehr den Verlust der Verrechnungssteuer auf ihren Zinsertrag aus Obligationen hinnehmen. Die Schweiz macht sich damit mitverantwortlich, wenn die Herkunftsländer um Steuern betrogen werden. Hier lauert ein Reputationsrisiko für die Schweiz. Keinen AIA hat die Schweiz in erster Linie mit armen Staaten, die sich durch mangelhafte Rechtsstaatlichkeit und Korruption auszeichnen. Oligarchen aus diesen Ländern (z.B. Belarus, Honduras oder die Philippinen) profitieren davon, wenn die Schweiz die Verrechnungssteuern abschafft.

Die zweite Gruppe von Profiteuren sind reiche Anleger:innen und Oligarchen aus Ländern, mit denen die Schweiz ein Doppelbesteuerungsabkommen hat und die bis anhin die Verrechnungssteuer nur teilweise zurückfordern konnten. Wenn eine Person im Erwerbs-Staat («Quellenstaat», hier die Schweiz) und im Wohnsitz-Staat für die gleiche Sache Steuern bezahlen muss, wird sie doppelt besteuert. Um das zu verhindern, hat die Schweiz mit

¹² Der Bundesrat schreibt dazu (Seite 43 Botschaft zur Vorlage): «Gewichtiger dürften dagegen die Anpassungsreaktionen natürlicher Personen bei Zinsanlagen sein. **Die Reform führt zu einer Schwächung des Sicherungszwecks. Diese Schwächung hat auch negative Rückwirkungen auf die Einkommens- und Vermögenssteuer. Aus Sicht inländischer natürlicher Personen bestünde eine Option darin, ihr Portfolio umzustrukturieren und vornehmlich Erträge aus nicht mit Verrechnungssteuer besicherten Anlagen** (neu: inländische Obligationenzinsen) zu vereinnahmen. In diesem Fall ist eine korrekte Deklaration der Einkünfte nicht sichergestellt, wenngleich die Kundenbeziehung im Inland verbleiben kann.»

¹³ Botschaft des Bundesrates (Seite 43/44).

über 100 Staaten Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) abgeschlossen, unter anderem mit allen EU-Ländern. In Bezug auf Obligationen bedeutet das, dass in diesen DBA geregelt ist, dass die Schweiz 35 % Verrechnungssteuer auf die Zinserträge der Obligationen erhebt – und vor allem, wieviel davon die Schweiz zurückbehalten darf.¹⁴ Normalerweise liegt diese «Rückhaltungsquote» (auch Residualsteuer genannt) zwischen 0 % und 15 %, wobei mit den meisten Staaten Westeuropas, der EU sowie Grossbritannien und den USA 0 % vereinbart wurde.

Müssen ausländische reiche Anleger:innen aus Ländern, mit denen die Schweiz nur eine teilweise Rückerstattung der Verrechnungssteuer geregelt hat, diese künftig nicht mehr bezahlen, fliesst dieses Geld künftig direkt ins Ausland ab – ohne jegliche positiven Effekte in der Schweiz. Profitieren würden Oligarchen und reiche Anleger:innen aus Ländern wie Belarus, Venezuela oder Saudi-Arabien. **Gemäss Bund macht dieser Teil der Reform ungefähr einen Drittel der Steuerausfälle (270 Millionen Franken jährlich) aus, die ohne jeglichen volkswirtschaftlichen Nutzen an ausländische Superreiche und Oligarchen verschenkt werden. Doch die Residualsteuer ist das Entgelt dafür, dass die Grossanleger:innen von der Rechtssicherheit der Schweiz profitieren.**¹⁵

4. Die Vorlage führt zu Steuerausfällen von um die 800 Millionen Franken, wovon mindestens 500 Millionen ins Ausland abfliessen

Wieso erzielt der Bund überhaupt Einnahmen aus der Verrechnungssteuer? Der Grund ist die sogenannte «Rückerstattungslücke»: Sie entsteht, weil einige Anleger:innen die Verrechnungssteuer nicht wieder vom Staat einfordern oder nicht wieder (vollständig) einfordern dürfen. **Wird die Verrechnungssteuer auf Obligationen abgeschafft, fehlen jedes Jahr mehrere hundert Millionen Franken in der Bundeskasse.** Der Bund beziffert die jährlichen Ausfälle der gesamten Vorlage auf 200 Millionen Franken, wobei diese Rechnung auf sehr wackligen Füßen steht und vom gegenwärtig historisch tiefen Zinsniveau ausgeht. **Bei einem normalisierten Zinsniveau von 3 bis 4 % geht der Bund von wiederkehrenden Ausfällen von 600 bis 800 Millionen jährlich aus.**

Die jährlich wiederkehrenden Steuerausfälle werden zusätzlich ansteigen als Folge der erhöhten Steuerkriminalität, deren Umfang nur schwer absehbar ist. Klar ist allerdings: Fällt die Verrechnungssteuer als Sicherungssteuer weg, wird die Steuerhinterziehung steigen – das räumt sogar der Bundesrat ein. Die Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen betrifft vor allem sehr wohlhabende Personen und institutionelle Anleger:innen. Werden solch grosse Vermögen künftig nicht korrekt deklariert, fällt das rasch ins Gewicht.

Auch die Kantone sind von einer Abschaffung betroffen. Der Ertrag aus der Verrechnungssteuer geht zu 90 % an den Bund, zu 10 % an die Kantone. Sollte der Ausfall real beispielsweise 600 bis 800 Millionen pro Jahr betragen (bei einem Zinsniveau von bereits 3-4 %, wie es noch 2007 verbreitet war), würden die Steuerausfälle allein aus dem

¹⁴ Beispiel: Eine Anlegerin aus Ägypten kauft in der Schweiz eine Obligation. Auf den Zinsen werden automatisch 35% Verrechnungssteuer abgezogen und an den Bund weitergeleitet. Gemäss dem geltenden DBA mit Ägypten kann die Anlegerin vom Bund 20% zurückfordern. 15% behält der Bund zurück (Die Anlegerin kann sich diese 15% in der Regel im eigenen Staat bei der Besteuerung ihres Zinseinkommens anrechnen lassen, wenn sie das Vermögen deklariert). Liste DBA : <https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/international/auslaendische-quellensteuern-pro-land/dba-steuerentlastungen.pdf.download.pdf/dba-steuerentlastungen.pdf>

¹⁵ Seite 8: <https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/estv/steuersystem/dossier-steuerinformationen/d/d-eidgenoessische-verrechnungssteuer.pdf.download.pdf/d-eidgenoessische-verrechnungssteuer.pdf>

Verrechnungssteuerwegfall bei den Kantonen bereits mindestens 60 bis 80 Millionen betragen. Die erhöhte Steuerkriminalität betrifft sie zusätzlich, da die Besteuerung der Vermögen ausschliesslich durch die Kantone erfolgt.

Konkret setzen sich diese jährlichen Ausfälle von 600 bis 800 Millionen Franken gemäss Bund folgendermassen zusammen:

Ausländische Anleger:innen (Verlust Residualsteuer)	270 Millionen Franken
Ausländische Anleger:innen (nicht zurückgeforderte Verrechnungssteuer)	210 Millionen Franken
Inländische natürliche Personen (nicht zurückgeforderte Verrechnungssteuer)	40 Millionen Franken
Indirekte Anlagen (Fonds)	60 bis 240 Millionen Franken
Abschaffung Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen	25 Millionen Franken
Erhöhte Steuerkriminalität	Keine Angaben
Total	Mindestens 600 bis 800 Millionen Franken jährlich

Von diesen 600 bis 800 Millionen Franken fliessen um die 500 Millionen Franken jährlich an ausländische Anleger:innen ab. Auch bei Berücksichtigung eines historischen Tiefzinsniveaus, wie es der Bund annimmt, würden bei einer Annahme der Vorlage jährlich 160 Millionen Franken ins Ausland abfliessen.

Zu diesen jährlichen Kosten kommt durch die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen ein einmaliger Steuerausfall von 1 Milliarde Franken hinzu. Dies weil nach der Abschaffung zunächst noch mehrere Jahren die Verrechnungssteuern für deklarierte Zinseinkünfte zurückgefordert werden können, während es keine neuen Einnahmen gibt.

Fazit: Die Abschaffung der Verrechnungssteuer ist finanzpolitisch unverantwortlich. Steigt das Zinsniveau, steigen die jährlichen Ausfälle. Zudem fliesst ein Grossteil der bisherigen Einnahmen ins Ausland ab. Einmal mehr werden es die ehrlichen Bürger:innen sein, die diese Ausfälle via steigenden Gebühren und Abgaben kompensieren müssen.

5. Normale Bürger:innen bezahlen weiter, während neue Sonderrechte für einige wenige geschaffen werden

Besonders dreist: Die Zinserträge aus normalen Bankguthaben der inländischen Privatpersonen werden weiterhin der Verrechnungssteuer unterliegen. Vergisst jemand, sie zurückzufordern, wandern sie in die Staatskasse. Grund gemäss Bundesrat: Sonst drohe ein riesiger Steuer ausfall. **Während also die normalen, ehrlichen Steuerzahler:innen weiterhin kontrolliert**

werden, werden Sonderrechte für ausländische Anleger:innen, Oligarchen und Steuerkriminelle, geschaffen.

Die normale Bevölkerung wird von der Vorlage nicht profitieren. Sie werden im Gegenteil die Steuerausfälle mit höheren Abgaben und Steuern berappen müssen. Gleichzeitig fließen bei einer Annahme der Vorlage hunderte Millionen Schweizer Steuereinnahmen ohne volkswirtschaftlichen Nutzen an reiche ausländische Anleger:innen, Oligarchen und Steuerkriminelle ab.

6. Der Umsatzabgaben-Bschiss

Zusätzlich zur Abschaffung der Verrechnungssteuern hat der Bundesrat die Abschaffung der Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen in die Vorlage gepackt. Beim Handel mit Obligationen wird derzeit eine Umsatzabgabe fällig von 0,15 Prozent und 0,3 Prozent bei ausländischen Obligationen. **Die Umsatzabgabe dient dabei als Ersatz dafür, dass diese Kapitaltransaktionen nicht mehrwertsteuerpflichtig ist.** Zum Vergleich: Der ordentliche MWSt-Satz für KMU und Konsument:innen beträgt 7,7 %. Auch der Bundesrat hat diese Ersatzfunktion unterstrichen: «Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Umsätze beim Handel mit Wertpapieren – um eine Überschneidung mit der Emissionsabgabe und der Umsatzabgabe zu vermeiden – von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind.»¹⁶ Eine Abschaffung rein zugunsten des Kapitalmarktes ohne für die breite Bevölkerung bei der Mehrwertsteuer etwas zu ändern, ist darum ungerecht.

Im Abstimmungskampf um den Stempelsteuer-Bschiss liess sich FDP-Ständerat Ruedi Noser folgendermassen zitieren: «Der besagte Kompromiss [Stempelsteuer als Ersatz für die Mehrwertsteuer im Finanzbereich] betraf lediglich den sogenannten Börsenstempel, mit dem Finanztransaktionen belastet werden, sowie die Stempelabgabe auf Versicherungsprämien. Diese beiden Abgaben werden nicht abgeschafft. Kommt es einmal so weit, bin ich der Erste, der eine Unterstellung dieser Finanzdienstleistungen unter die Mehrwertsteuer fordert.»¹⁷ Nun wird der von Noser genannte «Börsenstempel» – sprich die Umsatzabgabe – auf Obligationen abgeschafft. Dieses falsche Versprechen von Ruedi Noser passt ins Bild: In der parlamentarischen Beratung und dem folgenden Abstimmungskampf über die Abschaffung der Emissionsabgabe haben die Bürgerlichen steif und fest behauptet, sie würden den zweiten Teil der Stempelsteuer, nämlich den Umsatzstempel, nicht anfassen. Obwohl die Stimmberechtigten die Abschaffung der Emissionsabgabe mit über 60 % NEIN-Stimmen wichtig abgelehnt haben, brechen sie dieses Versprechen, indem sie bei der Verrechnungssteuer-Vorlage bereits einen Teil des Umsatzstempels angreifen. Im Januar 2022 wurde öffentlich, dass diese Salamtaktik eine interne Strategie der bürgerlichen Kräfte in der mächtigen Wirtschafts- und Abgabenkommission (WAK) ist.¹⁸ Mit einem NEIN zur Verrechnungssteuer-Vorlage kann also auch dieser Umsatzabgaben-Bschiss verhindert werden.

¹⁶ Motion 00.3500, Stellungnahm Bundesrat:
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20003500>

¹⁷ Streitgespräch Ruedi Noser gegen Tamara Funicello:
<https://www.nzz.ch/schweiz/streitgesprach-noserrfunicello-id.1665742>

¹⁸ <https://www.blick.ch/politik/vertrauliche-dokumente-stuetzen-linke-befuerchtungen-buergerliche-planen-weitere-steuergeschenke-id17181467.html>

7. FAQ

7.1. Profitieren KMU?

Nein. Aktuell existieren in der Schweiz ungefähr 200 Konzerne, die kapitalmarktfähig sind und überhaupt Obligationen emittieren könnten. **Diese 200 Konzerne sollen mit der Vorlage privilegiert werden. Für KMU ist die Finanzierung via Obligationen hingegen irrelevant.** Gemäss einer Studie des Seco zur Finanzierung von KMU greifen 62 % der Schweizer KMU überhaupt nicht auf Fremdfinanzierungsmittel zurück und von den verbleibenden 38 % der KMU, die auf Fremdfinanzierungsformen zurückgreifen, sind Kredite, Darlehen und Hypotheken relevant.¹⁹ Gemäss Seco-Studie ist die Finanzierung via Obligationen hingegen für 100 % (sic!) der KMU irrelevant.²⁰ **KMU profitieren deshalb von der Vorlage in keiner Art und Weise.**

7.2. Schafft die Vorlage eine Benachteiligung der Schweiz ab?

Der Bund will internationalen Grosskonzernen neue Sonderrechte bieten, damit diese vermehrt Geld in der Schweiz aufnehmen (auch wenn sie es etwa für Unternehmenszweige im Ausland brauchen). Der im internationalen Vergleich grosse Finanzplatz zeigt eindrücklich, dass die Schweiz bereits heute äusserst gute Rahmenbedingungen für Banken und (Rück-)Versicherungen verfügt. Es braucht keine zusätzlichen Finanzjongleur-Stellen auf Kosten von grossen Steuerausfällen. Die Dummen wären einmal mehr die ehrlichen Steuerzahlenden und die Bevölkerung.

7.3. Bringt die Vorlage dem Staat mittel- bis langfristig zusätzliche Einnahmen, weil der Wirtschaftsstandort attraktiver wird?

Der Bund geht davon aus, dass die Bilanz der Vorlage für den Staat nach einigen Jahren positiv ausfallen würde. Der Staat «sollte» über die erhofften «Wertschöpfungs- und Beschäftigungsimpulse» (Zitat ESTV) mehr an Steuern einnehmen, als ihm an Einnahmen jährlich wegfallen. Allerdings rechnet der Bund die Ausfälle sträflich klein (indem er von rekordtiefen Zinsen ausgeht) und ignoriert die Zunahme von Steuerhinterziehung. Bei einer realistischen Annahme sind die Ausfälle um ein mehrfaches höher als vom Bund veranschlagt. Es gibt bezüglich der angenommenen dynamischen Auswirkungen und der allfälligen Mehreinnahmen keine seriöse Studie, welche diese Behauptung stützt. Kommt hinzu: Selbst der Bund geht davon aus, dass in der Regel nur in- und ausländische Finanzzentren profitieren würden.²¹ Es ist jedoch nicht sinnvoll, ausgerechnet der Finanzbranche und Grosskonzernen Sonderrechte zu geben, die sowieso gut durch die Krise gekommen sind und Regionen ausserhalb der grossen Finanzzentren zu benachteiligen.

7.4. Schafft die Vorlage Arbeitsplätze?

Mit einer Auftragsstudie von BAK Basel Economics wollte der Bund aufzeigen, dass Steuer-senkungen für Konzerne positive Auswirkungen habe. Doch selbst diese Studie kommt zum Schluss, dass die Auswirkungen einer hypothetischen Totalreform des Steuersystems auf die Zahl Arbeitsplätze nur beschränkt ist. Da die vorliegende Reform in Franken ungefähr 6 %

¹⁹ Studie zur Finanzierung der KMU in der Schweiz (Seite 26)

²⁰ Studie zur Finanzierung der KMU in der Schweiz (Seite 26, Abbildung 18)

²¹ «Diese Mehreinnahmen dürften stärker auf Regionen mit einer ausgeprägten Präsenz des Finanzsektors konzentriert sein.» (Botschaft Seite 43)

dieser Totalreform ausmacht, dürften ebenfalls nur rund 6 % der prognostizierten Arbeitsplätze entstehen. Das wären ungefähr 130 neue Arbeitsplätze jährlich – was in keinem Verhältnis steht zu den Steuerausfällen von jährlich 600 bis 800 Millionen Franken. Die Vorlage schafft somit keine neuen Jobs, sie gefährdet vielmehr bestehende Jobs. Dies weil die Kosten von der Bevölkerung und dem Gewerbe bezahlt werden müssen und so die Kaufkraft geschwächt sind.

7.5. Führt die Vorlage zu 120 Millionen Mehreinnahmen bei Bund, Kantonen und Gemeinden?

Nein. Auf die öffentliche Hand kommen im Gegenteil massive Ausfälle zu. Die Befürworter behaupten, dass die öffentliche Hand jährlich rund 120 Mio Franken an Zinskosten sparen könnten, wenn ihre Obligationen durch die Verrechnungssteuer-Abschaffung attraktiver werden. Zurzeit seien Staatsanleihen für ausländische Investoren unattraktiv. Das ist komplett falsch. Schweizer Staatsanleihen gelten bei ausländischen Investoren schon heute als äusserst attraktiv. Langfristige Staatsanleihen des Bundes verzeichneten in den letzten Jahren sogar negative Renditen, das heisst die Anleger:innen bezahlten den Bund dafür, ihr Geld bei ihm parkieren zu dürfen.^{22/23}

Die Vorlage nützt der öffentlichen Hand also nichts, sondern führt zu massiven Steuer-Ausfällen bei Bund und Kantonen: Durch den Wegfall der Verrechnungssteuer auf Obligationen drohen jährlich Ausfälle von 600 bis 800 Millionen Franken. Hinzu kommen mittelfristig zusätzliche Ausfälle bei der Vermögenssteuer, weil der Anreiz für die Reichsten steigt, ihr Vermögen zu verstecken.

7.6. Ist die Vorlage eine Kompensationsmassnahme für die OECD-Mindestbesteuerung?

Die Befürworter argumentieren, dass die Schweiz ihre Finanzbranche stärken muss, sie einen Standortvorteil verlieren könnte, da sie die OECD-Steuerreform mittragen und die Steuern auf Unternehmensgewinne auf den neuen internationalen Mindeststeuersatz von 15 % anheben müsse. Deshalb müsse die Schweiz nun Gegenmassnahmen treffen und den Schweizer Finanzplatz andernorts attraktiver machen. Dieses Argument verkennt einerseits, dass die Schweiz sehr viel mehr zu bieten hat als halbseriöse Steuervorteile: Unser Land verfügt über eine ausserordentlich hohe politische und gesellschaftliche Stabilität, sowie über eine Rechtssicherheit, attraktive Lebensbedingungen für Angestellte und ihre Familien und gut ausgebildete Fachkräfte. Mit diesen Vorteilen muss die Schweiz der Zukunft punkten und nicht mit wieder verstärkter Beihilfe zu Steuerhinterziehung (die international früher oder später ebenfalls wieder zu Problemen führen wird). Ein Rückfall in die Schwarzgeld-Ära, wo die Schweiz offensiv um unversteuertes Vermögen aus aller Welt warb, wäre völlig verkehrt und nicht zukunftsfähig.

²² <https://www.fuw.ch/boerse/anleihen/schweiz/alle/> oder <https://de.investing.com/rates-bonds/switzerland-government-bonds>

²³ Das ändert sich nun natürlich in einem Umfeld von steigenden Zinsen wieder - aber die Schweizer Behörden können ihre Staatsanleihen nach wie vor zu rekordverdächtig tiefen Zinsen ausgeben.

NEIN zur unüberlegten Abschaffung der Verrechnungssteuer

Wir Unternehmerinnen und Unternehmer sagen NEIN

Unsere Argumente

1. Nach der Stempelsteuer-Abstimmung wird schon wieder versucht, neue Privilegien für Konzerne und Grossanleger einzuführen. Denn die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen bringt KMU, Gewerbe und Mittelstand nichts. Dabei sind gerade in der aktuellen Situation kaufkräftige private Haushalte entscheidend für unsere Wirtschaft. Diese unüberlegte und volkswirtschaftlich schädliche Steuerpolitik muss gestoppt werden.
2. Die Abschaffung der Verrechnungssteuer reisst ohne Not ein Loch in die Bundeskasse, das am Ende der Mittelstand und das Gewerbe stopfen müssen. Konzerne, Grossanleger aus dem In- und Ausland und Oligarchen brauchen keine Anreize, noch mehr Geld durch den Finanzplatz zu schleusen. Die Schweizer Wirtschaft lebt von guten Rahmenbedingungen – nicht von Finanzspekulation.
3. Schon die Abschaffung der Stempelsteuer war ein unüberlegter Angriff auf das austarierte Steuersystem. Bei der Verrechnungssteuer ist es noch absurder: Mehr Handel mit Obligationen steigert höchstens die Gewinne der Finanzbranche, sie führt nicht zu mehr Wohlstand oder neuen Arbeitsplätzen. Für normale Sparerinnen und Sparer und KMU wird nichts unternommen.
4. Die Verrechnungssteuer hat genau einen Zweck: Steuerhinterziehung vermeiden. Mit dieser Vorlage fehlen jährlich bis zu 800 Millionen Franken und 480 Millionen davon fliessen ins Ausland. Doch gerade jetzt wären Investitionen und Konsum in der Schweiz wichtig.
5. Der Bundesrat hat diese Steuerausfälle ohne Not vorgeschlagen, das Parlament hat die Vorlage dann noch ohne jedes Augenmass ausgebaut. Keinerlei Kompensation, zusätzliche Ausnahmen und unverständliche Verfahrensregeln, die nur hochdotierte Rechtsabteilungen navigieren können. Wann hört diese sture Steuer-Ideologie auf, die KMU und Gewerbe nichts bringt?

Kontakt

info@steuern-mit-vernunft.ch

De nouveaux passe-droits pour les multinationales et les gros investisseurs ?



NON

à l'abolition de l'impôt anticipé

- **Aucun respect pour la décision du peuple**
- **Les épargnant-es ordinaires sont désavantagés**
- **200 multinationales obtiennent de nouveaux passe-droits, la population trinque**
- **Le projet favorise la criminalité fiscale**
- **800 millions de pertes fiscales, une grande partie part à l'étranger**

Résumé

Avec la suppression prévue de l'impôt anticipé sur les obligations suisses, une poignée de multinationales se verront accorder de nouveaux passe-droits. Elles seront favorisées lorsqu'elles se procureront de l'argent sur le marché des capitaux. Dans le même temps, cette suppression favorisera la criminalité fiscale des grands investisseurs et des oligarques. Tout cela entraînera des pertes fiscales pouvant atteindre 800 millions de francs par an. La Confédération estime qu'environ 500 millions de cette somme partiront à l'étranger. Au bout du compte, ce sont une fois de plus les citoyen-nés qui devraient payer pour ces coûts. Les pages suivantes donnent une vue d'ensemble des raisons pour lesquelles il est impératif de voter NON à l'abolition de l'impôt anticipé le 25 septembre 2022.

Contenu

1.	Historique du projet	4
2.	Seuls 200 grands groupes sont gagnants	4
3.	L'abolition favorise la criminalité fiscale	5
4.	Le projet entraînera des pertes fiscales d'environ 800 millions de francs, dont au moins 500 millions partiront à l'étranger	7
5.	Les citoyens ordinaires continueront de payer, tandis que de nouveaux passe-droits seront octroyés à une minorité	8
6.	L'arnaque du droit de timbre de négociation	9
7.	FAQ	10
7.1.	Les PME seront-elles gagnantes ?	10
7.2.	Le projet supprime-t-il un désavantage pour la Suisse ?	10
7.3.	Le projet apporte-t-il des recettes supplémentaires à l'État à moyen et long terme – parce que la place économique devient plus attrayante ?	11
7.4.	Le projet de loi crée-t-il des emplois ?	11
7.5.	Le projet entraînera-t-il 120 millions de recettes supplémentaires pour la Confédération, les cantons et les communes ?	11
7.6.	Le projet est-il une mesure de compensation pour l'imposition minimale de l'OCDE ?	12

1. Historique du projet

Avec la suppression prévue de l'impôt anticipé sur les obligations suisses, une poignée de multinationales se verront accorder de nouveaux passe-droits. Elles seront favorisées lorsqu'elles se procureront de l'argent sur le marché des capitaux. Le sens et le but de l'impôt anticipé sont d'empêcher la criminalité fiscale. Il s'agit donc d'un « impôt de sûreté » (ou « impôt de garantie »). La Confédération écrit : « Il constitue avant tout un moyen de technique fiscale destiné à lutter contre la fraude fiscale [...]. »¹ L'impôt anticipé garantit que les produits des intérêts et la fortune sont dûment et correctement mentionnés dans la déclaration d'impôts. Pour cela, dans un premier temps, 35 % d'impôt anticipé sont prélevés sur les revenus du capital correspondants et transmis à l'administration fiscale. Les personnes qui déclarent ensuite correctement les avoirs correspondants dans leur déclaration d'impôts se voient, dans un deuxième temps, rembourser l'impôt anticipé. Ce système d'incitation simple et éprouvé accroît la probité fiscale.

Depuis longtemps déjà, l'impôt anticipé est une épine dans le pied du lobby bancaire et financier. Par exemple, l'ancien conseiller national Hans Kaufmann – ancien directeur de la banque Julius Bär et banquier formé à Goldman Sachs – a demandé en 2013 la suppression de « l'impôt anticipé, [qu'il juge] obsolète », notamment pour « les clients étrangers des établissements financiers suisses ».² **Dans le cadre du projet actuel de suppression de l'impôt anticipé sur les seules obligations, une réforme était au départ sur la table, qui visait à compenser l'objectif de sécurité en cas de suppression de l'impôt anticipé. Mais le lobby bancaire s'y est opposé avec force.**³ Au lieu de compenser la suppression de l'objectif de sécurité, le Parlement bourgeois a stoppé ce projet de compromis sous la pression du lobby bancaire et a voté la suppression sans remplacement de l'impôt anticipé sur les intérêts des obligations suisses⁴ – tant pour les investisseurs suisses que pour les investisseurs étrangers. Au dernier moment, le Parlement a aussi ajouté la suppression de l'impôt anticipé sur les placements indirects (p. ex. les fonds obligataires), ce qui augmente encore les pertes.⁵ D'autres suppressions partielles sont déjà en discussion.

Le projet actuel facilite ainsi la criminalité fiscale et entraîne des pertes fiscales massives pour les pouvoirs publics. En effet, sans impôt anticipé, les riches investisseurs perdent une incitation importante à déclarer correctement les revenus provenant de leur fortune dans leur déclaration d'impôts. La suppression de l'impôt anticipé conduit à de nouveaux passe-droits pour les oligarques, les criminels fiscaux et les multinationales – lesquels droits grèveront massivement les caisses de la Confédération.

1 Site Internet de l'Administration fédérale des contributions (AFC), sous « Comment fonctionne l'impôt anticipé ? », voir : <https://www.estv.admin.ch/estv/fr/accueil/impot-anticipe.html>

2 Voir motion 13.3857

3 <https://www.swissbanking.ch/fr/actualites-et-positions/actualites/reforme-de-l-impot-anticipe-pour-une-solution-ingenieuse-et-simple>

4 Une obligation est un titre de créance (promesse de paiement / reconnaissance de dette). Une entreprise émet des obligations à l'intention d'investisseurs et reçoit en contrepartie de l'argent selon des conditions fixées de concert. À l'échéance de la période définie, l'entreprise rembourse l'investisseur et lui verse un intérêt. Les obligations se négocient de la même manière que les actions, et les investisseurs devraient également être similaires.

5 Également appelés « placements collectifs de capitaux ».

2. Seuls 200 grands groupes sont gagnants

La suppression de l'impôt anticipé privilégie la levée de capitaux de quelque 200 multinationales, de leurs sociétés de financement et de banques. **Après le rejet massif par le peuple suisse du projet de droit de timbre, une petite minorité de 0,03 % de toutes les entreprises présentes en Suisse devrait déjà et de nouveau bénéficier de nouveaux passe-droits.** Les PME, en revanche, ne se financent pas par l'émission d'obligations et ne tireraient aucun bénéfice de cette suppression.

Officiellement, la réforme vise, selon le Conseil fédéral, à attirer en Suisse des « activités de financement intragroupe ». Selon lui, le projet faciliterait l'émission d'obligations par les entreprises depuis la Suisse.⁶ **Le projet est poussé par de grandes entreprises de conseil et de grandes banques qui veulent attirer encore plus de spéculation financière et augmenter encore davantage leurs bénéfices.** Pourtant, même le Conseil fédéral reconnaît que la suppression de l'impôt anticipé n'est « pas nécessaire pour le marché financier suisse ».⁷

Actuellement, il existe en Suisse environ 200 groupes qui procèdent à des émissions suffisamment importantes et qui, par conséquent, émettent des obligations. Cela représente environ 0,03 % des entreprises en Suisse. **Ces 200 groupes seraient privilégiés par le projet. En revanche, le financement par obligations n'est pas pertinent pour les PME.** Selon une étude du Seco sur le financement des PME, 62 % des PME suisses ne recourent pas du tout à des moyens de financement externes. Pour les 38 % de PME restantes qui ont recours à des formes de financement externe, ce sont les crédits, les prêts et les hypothèques qui sont pertinents.⁸ Selon l'étude du Seco, le financement par obligations n'est en revanche pas pertinent pour 100% (sic !) des PME.⁹

Selon une étude de l'institut de recherche BAK Basel Economics, sur laquelle la Confédération a basé une grande partie de son message sur le projet d'impôt anticipé, une réforme globale des droits de timbre et de l'impôt anticipé (qui irait beaucoup plus loin que la réforme actuelle) permettrait, prétendument, d'augmenter le PIB de 1,4 point de pourcentage en 10 ans et de créer 22 000 emplois. Cette « réforme globale » entraînerait des pertes fiscales à hauteur de 3,4 milliards de francs par an.¹⁰ Selon la Confédération et l'institut BAK Basel Economics, la réforme prévue de l'impôt anticipé sur les obligations représenterait environ 200 millions, soit environ 6 % du volume total de la réforme. On pourrait avancer des arguments allant dans un sens inverse : la Confédération s'appuie sur une étude qui estime qu'une réforme de l'impôt anticipé sur les seules obligations entraînerait une croissance du PIB de 0,08 % et la création de 1320 emplois en l'espace de 10 ans. Selon ce calcul économique, qui sous-tend le projet, un emploi (une place de travail) coûte exactement 2,7 millions de francs aux contribuables.¹¹ **En clair : sur le plan économique, le projet n'apporte rien, il ne fait que créer de nouveaux passe-droits pour 200 grands groupes.**

6 Message du Conseil fédéral (page 2).

7 Motion 13.3857, avis du Conseil fédéral : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20133857>

8 Étude sur le financement des PME en Suisse (page 26-27)

9 Étude sur le financement des PME en Suisse (page 27, illustration 18)

10 BAK Basel Economics, Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer Reform der Stempelabgaben und Verrechnungssteuer (page 52, tableau 5-5)

11 Ce calcul se base sur l'hypothèse selon laquelle la suppression de l'impôt anticipé sur les obligations a 6 % de l'effet économique indiqué dans l'étude de BAK Basel Economics. 6 % de 22 000 emplois ou 1,4 % de croissance du PIB sont les 1320 emplois mentionnés ou 0,08 % de croissance du PIB. Selon les calculs de la Confédération, la réforme de l'impôt anticipé coûtera environ 3 milliards de francs en 10 ans (1 milliard en une seule fois + 200 millions par an). Si le niveau des taux d'intérêt est normalisé, les coûts s'élèveront à 8 milliards (1 milliard en une seule fois + 700 millions par an). Par conséquent, les coûts peuvent être calculés par poste de travail.

3. L'abolition favorise la criminalité fiscale

La suppression de l'impôt anticipé rendrait la soustraction d'actifs plus attrayante. En effet, à l'avenir, les criminels fiscaux n'auraient même plus à subir la perte de l'impôt anticipé sur le produit de leurs intérêts sur les obligations. L'abolition de l'impôt anticipé est donc une récompense pour les fraudeurs et une incitation pour les contribuables honnêtes à frauder à l'avenir.¹² Comme il n'y a pas d'échange d'informations à l'intérieur du pays, que le secret bancaire reste en vigueur et que l'évasion fiscale (contrairement à la fraude fiscale) n'est pas considérée comme un délit, les grands investisseurs qui investissent dans des obligations sont carrément invités à commettre des délits fiscaux.

La Confédération voit également ce danger : **toutefois, sur le plan dynamique à plus long terme, il n'est pas exclu qu'une partie des investisseurs, qui déclaraient jusqu'alors de manière correcte en raison de la déduction de l'impôt anticipé, s'en abstiennent à l'avenir.** Compte tenu de ces possibles réactions d'adaptation de la part de personnes physiques domiciliées en Suisse, il se pourrait que davantage de valeurs patrimoniales et de revenus provenant de ces avoirs ne soient plus déclarés. **Dans ce cas, la baisse des recettes concernerait essentiellement l'impôt sur le revenu et l'impôt sur la fortune, qui pèsent sur les budgets cantonaux** en totalité (impôt sur la fortune) ou en grande partie (impôt sur le revenu). [...]. »¹³

Seuls ceux pour qui l'impôt sur la fortune est important (deux tiers des Suisses paient moins de 100 francs d'impôt sur la fortune) et qui ont placé leur fortune en obligations (80 % des Suisses n'ont pas d'actions ou d'obligations) ont quelque chose à gagner. La nouvelle niche fiscale ne profite donc qu'à une très petite partie de la population : le petit pourcentage des plus riches, et, parmi eux, uniquement ceux qui sont malhonnêtes.

Des gagnant-es à l'étranger

À l'étranger, deux groupes sont gagnants : les grands investisseurs de pays qui ne connaissent pas l'échange automatique de renseignements (EAR) avec la Suisse et ceux de pays avec lesquels la Suisse a conclu une convention de double imposition.

L'échange automatique de renseignements (EAR) (Automatic Information Exchange (AEOI)) a été introduit en Suisse en 2017, consécutivement à la pression croissante exercée sur le secret bancaire. L'EAR prévoit que les pays peuvent échanger des données sur les comptes des contribuables dans le but de prévenir l'évasion fiscale transfrontalière.

Les riches investisseurs des pays sans EAR profitent ainsi de la même échappatoire que les criminels fiscaux nationaux (en raison de l'absence d'échange d'informations au niveau national ou du secret bancaire). À l'avenir, les criminels fiscaux étrangers n'auraient même plus à subir la perte de l'impôt anticipé sur le produit de leurs intérêts obligataires. La Suisse se rend ainsi co-responsable lorsque les pays d'origine se font soutirer frauduleusement leurs impôts. Il y a là un risque pour la réputation de la Suisse. La Suisse n'a pas d'EAR en premier lieu avec les États pauvres qui se distinguent par un état de droit déficient et par la corruption. Les

12 Le Conseil fédéral écrit à ce sujet (page 43 du message relatif au projet) : « En revanche, les réactions d'adaptation des personnes physiques en matière de placements portant intérêts devraient peser davantage. **La réforme conduit à un affaiblissement de la fonction de garantie. À son tour, cet affaiblissement a des incidences négatives sur l'impôt sur le revenu et sur l'impôt sur la fortune. Du point de vue des personnes physiques domiciliées en Suisse, une option consisterait à restructurer leur portefeuille et à percevoir avant tout des rendements provenant de placements dont l'imposition n'est pas garantie par l'impôt anticipé** (désormais : intérêts provenant d'obligations suisses). Dans un tel cas, une déclaration correcte des revenus n'est pas assurée, même si la relation client demeure en Suisse. »

13 Message du Conseil fédéral (page 44), voici : <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/976/fr>

oligarques de ces pays (par exemple la Biélorussie, le Honduras ou les Philippines) profiteront de la suppression des impôts anticipés par la Suisse.

Le deuxième groupe de bénéficiaires est constitué de riches investisseurs et d'oligarques de pays avec lesquels la Suisse a conclu une convention de double imposition et qui ne pouvaient jusqu'à présent récupérer que partiellement l'impôt anticipé. Si une personne doit payer des impôts dans l'État où elle exerce une activité lucrative (« État de la source », ici la Suisse) et dans l'État de résidence pour la même chose, elle est doublement imposée. Pour éviter cela, la Suisse a conclu des conventions de double imposition (CDI) avec plus de 100 États, dont tous les pays de l'UE. En ce qui concerne les obligations, cela signifie que ces CDI stipulent que la Suisse prélève 35 % d'impôt anticipé sur les revenus d'intérêts des obligations – et, surtout, précisent combien la Suisse peut en retenir.¹⁴ Normalement, ce « taux de rétention » (également appelé « impôt résiduel ») se situe entre 0 % et 15 %, 0 % ayant été convenu avec la plupart des États d'Europe occidentale, l'UE ainsi que le Royaume-Uni et les États-Unis.

Si les riches investisseurs étrangers des pays avec lesquels la Suisse n'a réglé qu'un remboursement partiel de l'impôt anticipé ne doivent plus le payer à l'avenir, cet argent partira directement à l'étranger, sans aucun effet positif en Suisse. Ce sont les oligarques et les riches investisseurs de pays comme la Biélorussie, le Venezuela ou l'Arabie saoudite qui profiteraient de cette situation. **Selon la Confédération, cette partie de la réforme représente environ un tiers des pertes fiscales (270 millions de francs par an) qui sont offertes aux super-riches et oligarques étrangers sans aucun bénéfice pour l'économie. Mais l'impôt résiduel sert de contrepartie au fait que les grands investisseurs profitent de la sécurité juridique de la Suisse.**¹⁵

4. Le projet entraînera des pertes fiscales d'environ 800 millions de francs, dont au moins 500 millions partiront à l'étranger

Pourquoi la Confédération perçoit-elle des recettes provenant de l'impôt anticipé ? La raison en est ce que l'on appelle le « déficit de remboursement » : celui-ci résulte du fait que certains investisseurs ne récupèrent pas l'impôt anticipé auprès de l'État ou ne sont pas autorisés à le récupérer (intégralement). **Si l'impôt anticipé sur les obligations est supprimé, plusieurs centaines de millions de francs manqueront chaque année dans les caisses de la Confédération.** La Confédération chiffre les pertes annuelles de l'ensemble du projet à 200 millions de francs, mais ce calcul repose sur des bases très fragiles et se fonde sur le niveau historiquement bas des taux d'intérêt actuels. **Avec un niveau normalisé des taux d'intérêt de 3 à 4 %, la Confédération s'attend à des pertes récurrentes de 600 à 800 millions par an.**

Les pertes fiscales annuelles récurrentes augmenteront encore à la suite de la prolifération de la criminalité fiscale, dont l'ampleur est difficilement prévisible. Une chose est

14 Exemple : une investisseuse égyptienne achète une obligation en Suisse. Un impôt anticipé de 35 % est automatiquement prélevé sur les intérêts et reversé à la Confédération. Conformément à la CDI en vigueur avec l'Égypte, l'investisseur peut demander à la Confédération de lui rembourser 20 %. 15 % sont retenus par la Confédération (l'investisseuse peut généralement faire valoir ces 15 % dans son propre pays lors de l'imposition de ses revenus d'intérêts si elle déclare sa fortune). Liste des CDI : <https://www.estv.admin.ch/estv/fr/accueil/droit-fiscal-international/international-par-pays/sif/impots-source-selon-cdi.html>

15 Page 8 : <https://www.estv.admin.ch/estv/fr/accueil/afc/systeme-fiscal-suisse/recueil-informations-fiscales.html>

toutefois claire : si l'impôt anticipé disparaît en tant qu'impôt de sûreté (impôt de garantie), la fraude fiscale augmentera – même le Conseil fédéral en convient. L'impôt anticipé sur les intérêts obligataires (intérêts des obligations) concerne surtout les personnes très aisées et les investisseurs/euses institutionnels. Si des fortunes aussi importantes ne sont pas déclarées correctement à l'avenir, cela pèsera rapidement dans la balance.

Les cantons sont eux aussi concernés par une suppression. Le produit de l'impôt anticipé est versé à hauteur de 90 % à la Confédération et de 10 % aux cantons. Si la perte réelle devait par exemple atteindre une valeur située entre 600 et 800 millions par an (avec un niveau d'intérêt de déjà 3-4 %, comme c'était encore le cas en 2007), les pertes fiscales dues à la seule suppression de l'impôt anticipé s'élèveraient déjà à au moins 60 à 80 millions pour les cantons. L'augmentation de la criminalité fiscale les concerne à un titre supplémentaire, car l'imposition de la fortune est exclusivement cantonale.

Concrètement, ces pertes annuelles de 600 à 800 millions de francs se composent comme suit, selon la Confédération :

Investisseurs étrangers (perte de l'impôt résiduel)	270 millions de francs
Investisseurs étrangers (impôt anticipé non récupéré)	210 millions de francs
Personnes physiques suisses (impôt anticipé non récupéré)	40 millions de francs
Placements indirects (fonds)	Entre 60 et 240 millions de francs
Abolition du droit de timbre de négociation sur les obligations suisses	25 millions de francs
Augmentation de la criminalité fiscale	Pas de données
Total	Au moins 600 à 800 millions de francs par an

Sur ces 600 à 800 millions de francs, environ 500 millions de francs sont versés chaque année à des investisseurs étrangers. Même en tenant compte d'un niveau de taux d'intérêt historiquement bas, comme le fait la Confédération, 160 millions de francs par an partiraient à l'étranger en cas d'acceptation du projet.

À ces coûts annuels s'ajoute une perte fiscale unique d'un milliard de francs en raison de la suppression de l'impôt anticipé sur les intérêts obligataires. En effet, après l'abolition, les impôts anticipés sur les revenus d'intérêts déclarés pourront encore être récupérés (demandés en remboursement) pendant plusieurs années, alors qu'il n'y aura pas de nouveaux revenus.

Conclusion : la suppression de l'impôt anticipé est irresponsable du point de vue de la politique financière. Si le niveau des taux d'intérêt augmente, les pertes annuelles augmenteront. De plus, une grande partie des recettes actuelles partira à l'étranger. Une fois de plus, ce sont les citoyen-nes honnêtes qui devront compenser ces pertes par une augmentation des taxes et des redevances.

5. Les citoyens ordinaires continueront de payer, tandis que de nouveaux passe-droits seront octroyés à une minorité

Particulièrement culotté : les revenus des intérêts sur les avoirs bancaires normaux des personnes privées suisses continueront d'être soumis à l'impôt anticipé. Si quelqu'un oublie de les réclamer, ils finissent dans les caisses de l'État. Raison invoquée par le Conseil fédéral : il y aurait sinon un risque d'énorme perte fiscale. **Ainsi, alors que les contribuables ordinaires et honnêtes continueront d'être contrôlés, des passe-droits seront accordés à des investisseurs, oligarques et criminels fiscaux étrangers.**

La population ordinaire ne tirera aucun bénéfice de ce projet. Au contraire, elle devra faire face aux pertes fiscales en payant plus de taxes et d'impôts. Parallèlement, si le projet est accepté, des centaines de millions de francs de recettes fiscales suisses seront détournés vers l'étranger, allant dans les poches de riches investisseurs, d'oligarques et de criminels fiscaux, sans aucun bénéfice pour l'économie.

6. L'arnaque du droit de timbre de négociation

Outre l'abolition des impôts anticipés, le Conseil fédéral a inclus dans le projet la suppression du droit de timbre de négociation sur les obligations nationales. Le commerce d'obligations est actuellement soumis à un droit de timbre de négociation correspondant à 0,15 % et à 0,3 % pour les obligations étrangères. **Le droit de timbre de négociation sert ici de substitut au fait que ces transactions en capital ne sont pas soumises à la TVA.** À titre comparatif : le taux de TVA ordinaire pour les PME et les consommateurs/trices est de 7,7 %. Le Conseil fédéral a lui aussi souligné cette fonction de substitution : « Sans compter que les chiffres d'affaires réalisés lors de transactions de papiers-valeurs sont exonérés de la taxe sur la valeur ajoutée pour éviter qu'elle ne s'ajoute au droit de timbre d'émission et au droit de timbre de négociation. »¹⁶ Une suppression purement en faveur du marché des capitaux, sans changement pour le grand public en matière de TVA, est donc injuste.

Lors de la campagne de votation sur l'arnaque du droit de timbre, le conseiller aux États PLR Ruedi Noser (ZH) s'est fait citer comme suit : « Le compromis en question [droit de timbre remplaçant la TVA dans le domaine financier] ne concernait que le « droit de timbre boursier », qui frappe les transactions financières, et le droit de timbre sur les primes d'assurance. Ces deux taxes ne seront pas supprimées. Si cela devait arriver un jour, je serais le premier à demander l'assujettissement de ces services financiers à la TVA. »¹⁷ Désormais, le « timbre boursier » – c'est-à-dire l'indication du chiffre d'affaires – sur les obligations, dont parle Noser, sera supprimé. Cette fausse promesse de Ruedi Noser n'a rien de surprenant : lors des débats parlementaires et de la campagne de votation qui a suivi sur la suppression du droit d'émission, le camp bourgeois a affirmé haut et fort qu'il ne toucherait pas au deuxième volet du droit de timbre, à savoir le droit de timbre de négociation. Bien que les votant-es aient rejeté – et c'est important – la suppression du droit de timbre d'émission par plus de 60 % de NON, le camp bourgeois ne tient pas cette promesse en s'attaquant déjà à une partie du timbre de négociation dans le cadre du projet sur l'impôt anticipé. En janvier 2022,

16 Motion 00.3500, Avis du Conseil fédéral : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?t=AffairId=20003500>

17 Débat Ruedi Noser contre Tamara Funicello : <https://www.nzz.ch/schweiz/streitgesprach-noserruedi-funicello-ld.1665742> / Article de l'Economiesuisse : <https://www.economiesuisse.ch/fr/articles/droit-de-timbre-et-tva-des-affirmations-erronees-du-ps-induisent-la-population-en-erreur>

il est apparu publiquement que cette tactique du salami était une stratégie interne des forces bourgeoises au sein de la puissante Commission de l'économie et des redevances (CER).¹⁸ En votant NON au projet d'impôt anticipé, il est donc possible d'empêcher la suppression du droit de timbre de négociation.

7. FAQ

7.1. Les PME seront-elles gagnantes ?

Non. Actuellement, il existe en Suisse environ 200 multinationales capables d'accéder au marché des capitaux et d'émettre des obligations. **Ces 200 groupes devraient être privilégiés par le projet. En revanche, le financement par obligations n'est pas pertinent pour les PME.** Selon une étude du Seco sur le financement des PME, 62 % des PME suisses ne recourent pas du tout à des moyens de financement externes et, parmi les 38 % restants, les crédits, les prêts et les hypothèques sont les formes de financement externes pertinentes.¹⁹ Selon l'étude du Seco, le financement par obligations n'est en revanche pas pertinent pour 100% (sic !) des PME.²⁰ **Les PME ne tireront donc aucun bénéfice du projet.**

7.2. Le projet supprime-t-il un désavantage pour la Suisse ?

La Confédération veut offrir de nouveaux passe-droits aux grands groupes internationaux, afin qu'ils empruntent davantage d'argent en Suisse (même s'ils en ont besoin pour des branches d'entreprises à l'étranger, par exemple). La taille de la place financière, importante en comparaison internationale, montre de manière éloquent que la Suisse dispose déjà d'un cadre extrêmement favorable pour les banques et les (ré)assurances. Il n'est pas nécessaire de créer des postes de jongleurs financiers supplémentaires au prix d'importantes pertes fiscales. Les din-dons de la farce seraient une fois de plus les contribuables honnêtes et la population.

7.3. Le projet apporte-t-il des recettes supplémentaires à l'État à moyen et long terme – parce que la place économique devient plus attrayante ?

La Confédération présuppose que le bilan du projet serait positif pour l'État au bout de quelques années. L'État « devrait », via les « impulsions [espérées] en matière de création de valeur et d'emploi » (citation de l'AFC), encaisser plus d'impôts que les recettes qui lui échappent chaque année. Toutefois, la Confédération minimise énormément les pertes (en se basant sur des taux d'intérêt historiquement bas) et ignore délibérément l'augmentation de la fraude fiscale. Dans une hypothèse réaliste, les pertes sont plusieurs fois supérieures aux estimations de la Confédération. Aucune étude sérieuse ne vient étayer cette affirmation en ce qui concerne les effets dynamiques supposés et les éventuelles recettes supplémentaires. Par ailleurs : même la Confédération part du principe qu'en règle générale, seuls les centres financiers nationaux et étrangers seraient gagnants.²¹ Il n'est toutefois pas judicieux d'accorder des passe-droits précisément au secteur financier et aux multinationales, qui ont de toute façon bien traversé la crise, et de désavantager les régions situées en dehors des grands centres financiers.

18 <https://www.blick.ch/politik/vertrauliche-dokumente-stuetzen-linke-befuerchtungen-buergerliche-planen-weitere-steuergeschenke-id17181467.html>

19 Étude sur le financement des PME en Suisse (page 26-27)

20 Étude sur le financement des PME en Suisse (page 27, illustration 18)

21 « Ces recettes supplémentaires devraient vraisemblablement se concentrer davantage sur les régions dans lesquelles le secteur financier est très présent. » (Message, page 44)

7.4. Le projet de loi crée-t-il des emplois ?

En commandant une étude à l'institut BAK Basel Economics, la Confédération voulait montrer que les baisses d'impôts avaient des effets positifs pour les groupes. Or, même cette étude conclut que l'impact d'une hypothétique réforme totale du système fiscal sur le nombre d'emplois est limité. Comme la réforme, sous sa forme actuelle, représente en francs environ 6 % de cette réforme totale, seuls environ 6 % des emplois prévus devraient également être créés. Cela représenterait environ 130 nouveaux emplois par an – ce qui est sans commune mesure avec les pertes fiscales annuelles de 600 à 800 millions de francs. Le projet ne crée donc pas de nouveaux emplois. Plutôt, il menace les emplois existants. Cela parce que les coûts doivent être payés par la population et le commerce, ce qui affaiblit le pouvoir d'achat.

7.5. Le projet entraînera-t-il 120 millions de recettes supplémentaires pour la Confédération, les cantons et les communes ?

Non. Au contraire, les pouvoirs publics devront faire face à des pertes massives. Les partisans affirment que les pouvoirs publics pourraient économiser environ 120 millions de francs par an en frais d'intérêts si leurs obligations devenaient plus attractives grâce à la suppression de l'impôt anticipé. Actuellement, les emprunts (obligations) d'État ne seraient pas attractifs pour les investisseurs étrangers. C'est complètement faux. Les emprunts d'État suisses sont déjà considérés comme extrêmement attrayants par les investisseurs étrangers. Ces dernières années, les emprunts d'État à long terme de la Confédération ont même enregistré des rendements négatifs, ce qui signifie que les investisseurs ont payé la Confédération pour qu'elle leur permette de parquer leur argent chez elle.²²²³

Le projet ne profite donc pas aux pouvoirs publics, mais entraîne au contraire des pertes fiscales massives pour la Confédération et les cantons : la suppression de l'impôt anticipé sur les obligations risque d'entraîner des pertes annuelles de 600 à 800 millions de francs. À cela s'ajoute, à moyen terme, un manque à gagner supplémentaire au niveau de l'impôt sur la fortune, car les plus riches seront davantage incités à dissimuler leur patrimoine.

7.6. Le projet est-il une mesure de compensation pour l'imposition minimale de l'OCDE ?

Les partisans avancent l'argument selon lequel la Suisse doit renforcer son secteur financier, prétendant qu'elle pourrait perdre un avantage en tant que lieu d'implantation, car devant soutenir la réforme fiscale de l'OCDE et augmenter les impôts sur les bénéfices des entreprises pour atteindre le nouveau taux d'imposition minimum international de 15 %. C'est pourquoi la Suisse devrait maintenant prendre des contre-mesures et rendre la place financière suisse plus attrayante ailleurs. D'une part, cet argument méconnaît le fait que la Suisse a beaucoup plus à offrir que des avantages fiscaux à demi sérieux : notre pays jouit d'une stabilité politique et sociale exceptionnelle, ainsi que d'une sécurité juridique, de conditions de vie attrayantes pour les employé-es et leurs familles et d'une main-d'œuvre bien formée. C'est avec ces avantages que la Suisse doit marquer des points à l'avenir, et non pas avec une aide accrue à l'évasion fiscale (qui, tôt ou tard, posera de nouveau des problèmes au niveau international). Un retour à l'ère de l'argent sale, où la Suisse cherchait de manière offensive à attirer les fortunes non déclarées du monde entier, constituerait une option totalement dévoyée et non viable.

²² <https://www.fuw.ch/boerse/anleihen/schweiz/alle/>
ou <https://de.investing.com/rates-bonds/switzerland-government-bonds>

²³ Bien sûr, cela change de nouveau dans un contexte de hausse des taux d'intérêt – mais les autorités suisses peuvent toujours émettre leurs obligations d'État à des taux d'intérêt étonnamment bas.

NON à la suppression déraisonnée de l'impôt anticipé

Les entrepreneurs et entrepreneuses disent NON !

Nos arguments

1. Alors que nous sortons à peine de la votation sur le droit de timbre, nous sommes confrontés à une nouvelle tentative d'introduire des privilèges fiscaux supplémentaires pour les multinationales et les investisseurs. La suppression de l'impôt anticipé sur les obligations n'apporte rien aux PME, aux secteurs de l'artisanat, du commerce, à l'industrie ainsi qu'à la classe moyenne. Dans la situation actuelle, alors que les ménages privés à fort pouvoir d'achat sont décisifs pour la prospérité de la Suisse, cette politique fiscale irréfléchie et qui nuit à l'économie doit être stoppée.
2. La suppression de l'impôt anticipé creuse, sans aucune nécessité, un trou dans la caisse de l'État. Ce manque, ce sont la classe moyenne ainsi que les secteurs de l'artisanat, du commerce et de l'industrie qui devront le compenser. Les multinationales, les grands investisseurs suisses et étrangers et les oligarques n'ont pas besoin d'être incités à faire circuler encore plus d'argent par le biais de la place financière. C'est grâce à de bonnes conditions-cadres que l'économie suisse prospère, pas grâce à la spéculation financière.
3. L'abolition du droit de timbre était déjà une attaque irréfléchie contre notre système fiscal équilibré, qui veut que chacun paie sa part. Avec l'impôt anticipé, l'effet provoqué serait encore plus absurde : un commerce accru d'obligations augmente tout au plus les bénéficiaires du secteur financier. Il ne conduit en aucun cas à plus de prospérité ou à de nouveaux emplois. En résumé, rien n'est fait pour les épargnants ordinaires et les PME.
4. L'impôt anticipé a un but précis : éviter la fraude fiscale. Avec ce projet, ce sont 800 millions de francs par an qui manqueront dans les caisses, dont 480 millions qui partiront directement à l'étranger. Or, dans le contexte de sortie de crise actuel, nous devons justement favoriser les investissements et la consommation en Suisse.
5. C'est en réalité sans réel besoin que le Conseil fédéral a proposé ces nouvelles dispositions, qui engendreront des pertes fiscales. Le Parlement a ensuite développé ce projet sans aucun sens de la mesure. En effet, celui-ci ne comprend aucune compensation, mais des exceptions supplémentaires et des règles de procédure incompréhensibles que seuls des services juridiques fortement dotés en personnel seront capables d'utiliser à leurs propres fins. Il est temps de mettre un terme à cette logique fiscale insensée qui n'apporte rien aux PME et aux entreprises.

Contact

info@impots-raisonnables.ch

<https://privilegi-no.ch/>

Nuovi privilegi per multinazionali e grandi investitori? NO all'abolizione dell'imposta preventiva

Con la prospettata abolizione dell'imposta preventiva sulle obbligazioni svizzere, alcune multinazionali riceveranno nuovi privilegi fiscali quando cercano finanziamenti sul mercato dei capitali. Allo stesso tempo, l'abolizione incoraggerà la criminalità fiscale dei grandi investitori e degli oligarchi. Tutto questo causerà perdite fiscali fino a 800 milioni di franchi all'anno, di cui circa 500 milioni fluiranno all'estero secondo le stime del Consiglio federale. Alla fine, saranno ancora una volta i contribuenti onesti a pagare per questo ammanco.

Benefici solo per 200 imprese

Con l'abolizione di questa imposta si privilegiano circa 200 multinazionali, le loro società di finanziamento e le banche che raccolgono capitale attraverso le obbligazioni. Dopo che la popolazione svizzera ha respinto a chiara maggioranza il progetto di legge sulla tassa di bollo, si vogliono ora dare nuovi privilegi a una piccola minoranza d'impresе in Svizzera: solo lo 0,03%. Le PMI, d'altra parte, non si finanziano emettendo obbligazioni.

Chi emette obbligazioni e riceverebbe quindi nuovi privilegi? Nella prima metà del 2022, si trattava di gruppi aziendali svizzeri come Roche, Sonova Holding o ABB. Un numero cospicuo di obbligazioni riguarda il settore immobiliare e delle infrastrutture con HIAG, Zug Estates o il gruppo australiano Macquarie Group."

L'abolizione incoraggia la criminalità fiscale

Mentre l'imposta preventiva rimane per i conti di risparmio della popolazione, sarà abolita per i grandi investitori obbligazionari, i gestori di patrimoni disonesti e gli oligarchi. Così facendo si toglie loro l'incentivo a dichiarare correttamente i propri capitali: infatti a chi dichiara correttamente il corrispondente reddito da interessi veniva rimborsata l'intera imposta preventiva. Il Consiglio federale scrive chiaramente: "Lo scopo principale dell'imposta preventiva è quello di frenare l'evasione fiscale". Proprio per questo, la proposta iniziale del Consiglio federale voleva lottare contro un aumento della criminalità fiscale, ma la lobby delle banche e della finanza si è imposta in parlamento.

Le perdite fiscali vengono minimizzate

Il Dipartimento delle finanze di Ueli Maurer ipotizza perdite fiscali annuali di circa 200 milioni. Con un tasso d'interesse normale, tuttavia, queste perdite annuali salgono a 600-800 milioni di franchi svizzeri. Anche i comuni e i cantoni ne sono toccati. Una cosa è chiara: l'ammanco lo dovrà pagare la popolazione – con ulteriori tasse o tagli alle prestazioni.

Benefici per l'estero?

I fautori affermano che l'abolizione dell'imposta preventiva aiuterà l'economia svizzera. Ma in verità 500 milioni di franchi fluiranno direttamente all'estero - nelle tasche di

grandi investitori, oligarchi e criminali fiscali. Il popolo svizzero dovrà invece pagare il conto.

Questo rientra nel grande piano dei borghesi: alla fine, solo i salari, le pensioni e il consumo saranno tassati

Un documento strategico del Dipartimento federale delle finanze di Maurer mostra che Economiesuisse e Co. mirano a ridurre progressivamente le tasse per l'industria finanziaria e i suoi approfittatori. Così facendo verranno tassati solo i salari, le pensioni e il consumo.